



# AIB

2 V 20899 E

3,- DM

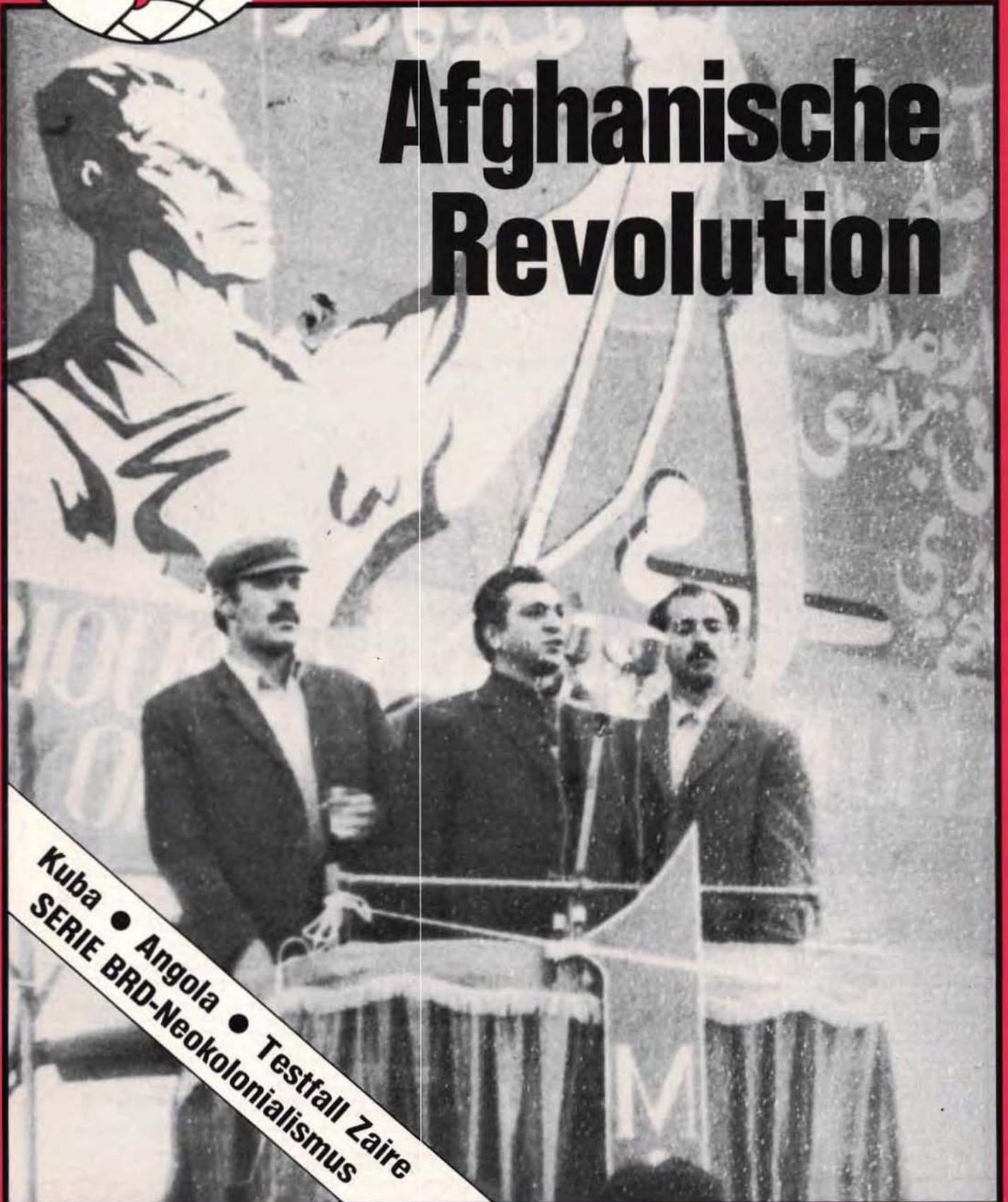
Juli-August

Nr. 7-8 / 1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Afghanische Revolution



Kuba • Angola • Testfall Zaire  
SERIE BRD-Neokolonialismus

# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Testfall Zaire	S. 3
Interview mit Nathaniel Mbumba: Kein Alibi für Mobutu	S. 4 — 6
<b>Frontstaaten Afrikas</b>	
Augusta Conchiglia: Aggressionsziel Angola	S. 7 — 9
Südwestafrikanische Volksorganisation: Südafrikas Antigerillakrieg	S. 10 — 11
<b>Südafrika</b>	
Offener Brief der AAB zum Todesurteil gegen S. Mahlangu	S. 12
<b>Friedensbewegung</b>	
Jürgen Ostrowsky: Baseler Antirassismus-Konferenz	S. 13 — 14
<b>Festivalbewegung</b>	
Vor den XI. auf Kuba	S. 16
Erklärung des Initiativ Ausschusses zum XI. Festival	S. 17 — 18
<b>Kuba</b>	
Rede Fidel Castros: Kubanische Hilfe für Äthiopien	S. 19 — 23
Interview mit Vilma Espin: Die Aktivierung der Frau	S. 24 — 26
<b>Jamaika</b>	
Anna Hermanns: Manley am Scheideweg	S. 27 — 30
<b>Guayana</b>	
Barbara Pflug: Progressive Züge des Burnham-Regimes	S. 31 — 32
Fortschrittliche Volkspartei: Programm für eine Nationale Front-Regierung	S. 33
<b>US-Imperialismus</b>	
J. Rodriguez: Lateinamerikanische US-Militärpolitik	S. 34 — 41
<b>Afghanistan</b>	
Ghafur Attar: Das Volk an der Macht	S. 42 — 49
Programm der Volksdemokratischen Partei Afghanistans	S. 45
<b>Vietnam</b>	
Jutta von Freyberg: Ein beschwerlicher Wirtschaftsaufbau	S. 50 — 53
<b>BRD-Neokolonialismus</b>	
Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (I. Teil)	S. 54 — 65
Lateinamerika — Zentrum der BRD-Außenwirtschaftsexpansion	S. 63
<b>Rezensionen:</b> Kuba — ein „wurmstichiger Fetisch“?	S. 66
<b>Kurzinformationen:</b> Palästina-Solidarität, Israel, Ägypten, Dominikanische Republik, Iran, Namibia	S. 67
<b>Kommentar:</b> Verschwundene — Achillesferse der Junta	S. 68



Das AIB erscheint monatlich (Ausnahme Dezember) 15,- DM; Einzelheft: 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.  
Anschrift von Redaktionen und Vertrieb:  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. (0642) 1-24672  
Konto: Welkreis Verlag, GmbH Pauschekonto 31 2093-607, Postfachamt Frankfurt/M.  
Herzangehör: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Bräuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gebrcke, Mechthild Janen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Weikmeister, Prof. Erich Wulff  
Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maacke, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter  
Verlag: Welkreis Verlag GmbH, Bräuerweg 16, 4600 Dortmund  
Druck: W. J. Becker, Marburg  
Namentlich genannte Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Absdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionschluss: 8. 6. 1978

Es arbeiten weiter mit: B. Brinkmann, D. Buch, G. Eckart, G. Faust, R. Hegewald, M. Hellmann, L. Letzke, H. Mayer, M. Meyn-Rodriguez, B. Pflug, D. Prilowski, J. Rodriguez, U. Rupp, Ch. Theck, K. Weitzel  
— Verlag Pflanz  
— Welkreis Verlag  
— Das Argument  
— elan  
— Werbeagentur AIB-Festivalbüro  
— Postkartenbeleg Solonow Malaga

**elan**  
DAS JUGENDMAGAZIN

**Exklusiv 16 Seiten internationale Solidarität**

Es ist viel über Südafrika und Namibia geschrieben worden. Was das Jugendmagazin elan in seiner Juli-Ausgabe enthält, ist hochaktuell:  
Was deutsche Siedler in Südafrika und Namibia treiben, was Rassisten hier und dort planen — ein von elan entsandter Mitarbeiter hat es hautnah und vor Ort miterlebt. Er reiste wochenlang unerkannt als Mitglied einer reaktionären Touristendelegation durchs südliche Afrika. Er war als einer der wenigen demokratischen Journalisten in Mobutus Zaire, erlebte den Widerstand in Soweto und anderswo.  
Sein exklusiver Bericht auf einem 16seitigen Sonderteil zur antimperialistischen Solidarität.

52 Seiten Interessantes aus Betrieb, Schule und Kaserne, Aktuelles aus Sport und Kultur. Jetzt bestellen bei:  
Jugendmagazin elan, Postfach 789 4600 Dortmund  
1,50 DM in Briefmarken beilegen.

# AIB - Aktuell: Testfall Zaire

Das gemeinsame Eingreifen einer französisch-amerikanisch-belgischen Militäralianz in den Aufstand der Nationalen Befreiungsfront des Kongo (FLNC) in der zairischen Provinz Shaba bedurfte der Rechtfertigung. Angesichts der „Bedrohung“ des Lebens weißer, besonders belgischer Bergbauexperten schien die Entsendung von französischen und belgischen Fallschirmjägern als „eine menschlich selbstverständliche, humanitäre Aktion“ (Theo Sommer in der Zeit vom 26. 5. 1978). Nachdem jedoch bekannt wurde, daß die FLNC ein Evakuierungsangebot unterbreitet hatte (siehe nachstehendes Interview mit dem FLNC-Präsidenten N. Mbumba) und selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 20. 5. d. J. als Konsequenz der Entsendung von Luftlandtruppen „viele Menschenleben“ gefährdet sah, und als schließlich viele der aus Kolwezi ausgeflogenen Europäer bezeugten, daß ihr Leben hauptsächlich von marodierenden Soldaten der Mobutu-Armee bedroht werden sei, die plündernd und um sich schießend durch die Straßen gezogen seien, da wurde die Argumentation von der „rein humanitären Aktion“ doch allzu fadenscheinig. Hinzu kamen Berichte über das aus den Kolonialkriegen gegen Algerien und in Indochina hinlänglich bekannte äußerst grausame Vorgehen der französischen Fremdenlegionäre gegen alles, was keine weiße Hautfarbe hatte.

Ein anderer – in beinahe allen Krisensituationen in Afrika und anderswo erprobter Rechtfertigungsmechanismus schien erfolgversprechender: Die „eigentlichen Unruhestifter in Afrika“ sind danach – wie bereits vor 14 Monaten – „die Sowjets und ihre kubanischen Janitscharen . . . Erst Angola, dann die Region am Horn – überall haben sowjetische und kubanische Kommunisten sich eingemischt“ (Die Zeit, 26. 5. 1978). Es blieb dem Spiegel (Nr. 22/1978) vorbehalten, den „karibischen Kleinstaat Kuba“ zum „neuen Weltgendarmerie“ zu stilisieren. Die tatsächliche Gendarmenrolle in Afrika fällt indessen der vormaligen Kolonialmacht Frankreich zu, welches sich schon durch seine direkten Interventionen im Tschad gegen die Befreiungsfront FROLINAT und in der Westsahara gegen die Fronte POLISARIO sowie durch seine offene Unterstützung des Rassistenregimes in Südafrika als imperialistische Speerspitze gefährdeter Konzern- und Rohstoffinteressen bestens bewährt hat.

Angesichts von 13 700 französischen Truppen in Afrika sowie sechs festen Militärstützpunkten (im Senegal, der Elfenbeinküste, dem Tschad, Gabun, Mayotte und Reunion), die als operative Einsatzbasen zur Bekämpfung von Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent dienen, bedarf es schon einer gehörigen Portion großbürgerlicher Verwegenheit, das Gespenst eines „kommunistischen Neokolonialismus“ – ein Widerspruch in sich – an die Wand zu malen (FAZ, 22. 5. 1978).

## Frankreichs Gendarmenrolle gleich Kuba?

Diese Argumentation erfolgt zweifellos nach der Methode, lauthals „Haltet den Dieb!“ zu schreien, wenn man selbst erwischt worden ist. Denn weder die Sowjetunion, noch Kuba, noch ein anderes sozialistisches Land ist im Besitz von Land oder Rohstoffquellen in Zaire. Ganz anders die imperialistischen Länder: Allein die US-Monopole haben in Shaba 1 Mrd Dollar (in ganz Zaire sind es rund 2 Mrd Dollar, also fast soviel wie in Südafrika) investiert, andere multinationale Konzerne sind mit einer weiteren Milliarde Dollar in Shaba beteiligt. Diese Summen können nicht überraschen, wenn man weiß, daß Zaire in der Weltförderung von Industriediamanten und Kobalt (extrem wichtiger Rohstoff für den Flugzeugbau) an erster Stelle, bei Kupfer und Kadmium auf Platz sechs, bei Zinn und Zink an siebenter und neunter Stelle in der Weltförderung rangiert (siehe J. Rymenon, Mobutus Regime des Ruins, in: AIB 10/1977).

Zu diesen direkten ökonomischen Interessen der imperialistischen Länder kommen noch militärstrategische Überlegungen hinzu, die für das sofortige rücksichtslose Eingreifen in Zaire eine Erklärung liefern: Zaire ist mit 2,3 Mio qkm das drittgrößte Land des afrikanischen Kontinents und grenzt an neun andere Staaten. Diese strategische Lage, die insbesondere als Aufmarschgebiet für einen Angriff auf Angola sowie für Interventionen des Westens zugunsten der Rassisten-Regimes in Südafrika und Rhodesien von enormer Wichtigkeit ist, war sicherlich ein Hauptgrund für den Ankauf eines 100 000 qkm großen Gebietes in Zaire durch den BRD-Konzern OTRAG. Die OTRAG installierte so in einer Art kolonialer Enklave Abschußbasen für Raketen mit einer Reichweite von mittlerweile über 5000



km (Wortlaut des OTRAG-Vertrages in AIB 10/1977).

Das besondere Interesse der BRD an Zaire kommt auch in der Lobhudelei Außenminister Genschers zum Ausdruck, der die militärische Aktion in Shaba ausdrücklich begrüßte. Zur gleichen Zeit weilte der Außenminister des Mobutu-Regimes in Bonn und handelte sich für die Betonung der „besonders guten Beziehungen seines Landes“ zur BRD ein neuerliches Kapitalhilfe-Abkommen über 60 Mio DM ein.

Machart und Begleitumstände der Invasion in Shaba sprechen dafür, daß es sich um eine im Rahmen der NATO geplante Militäraktion handelte. Die logistische Vorbereitung wurde im US-Hauptquartier in Heidelberg abgewickelt, wobei den Franzosen und Belgiern in der Hauptsache die Bereitstellung von Fallschirmjägern und den USA die Lösung des Transport- und Nachschubproblems zufiel.

Weitere Klarheit über die zukünftige imperialistische Afrika-Politik verschafften die jüngsten Bemühungen, eine Strategie der „Eindämmung“, wie sie aus der Zeit des Kalten Krieges bekannt ist, für diesen Kontinent wiederzuerwecken. Zunächst wurde auf dem Treffen von 15 frankophonen afrikanischen Staaten in Paris eine Panafrikanische „Interventionstruppe“ dieser neokolonialistisch beherrschten Länder als Projekt beschlossen. Nach vollbrachter Arbeit werden nunmehr die französischen Fallschirmjäger in Zaire durch eine afrikanisierte „Schutztruppe“ aus 1500 Marokkanern und 1000 Soldaten Gabuns, Togos und der Elfenbeinküste abgelöst. Zudem wird über das auf der NATO-Gipfelkonferenz in Washington vorgestellte Konzept der „Sicherheit und Entspannung“ durch die Hintertür der Aktionsraum der NATO auch auf Afrika ausgedehnt. Mit diesem Konzept – so die Süddeutsche Zeitung vom 31. 5. 1978 – sei „für gefährdete afrikanische Nationen noch keine Bündnispflicht hergestellt, zumindest aber die ‚Zuständigkeit‘ der NATO für ein Gebiet, das wegen seiner strategisch wichtigen Rohstoffquellen und Versorgungslinien zum lebenswichtigen Hinterland der NATO gehört.“

Es scheint im Moment so, als ob die Westmächte angesichts des Scheiterns ihrer Lösungsvorschläge für Namibia und Zimbabwe wieder zu einer Politik der brachialen Gewalt, des „dicken Knüppels“ – wie sie ein amerikanischer Präsident einmal genannt hat – zurückkehren wollen.

Eine solche Politik aber, die auf eine mit den NATO-Zielen koordinierte militärische Blockbildung in Afrika hinausläuft – wie in den 50er Jahre mit der Gründung des SEATO- und Bagdad- (später CENTO-) Pakts in Asien –, bedeutet nicht nur eine unmittelbare Bedrohung für den erstarkenden nationalen Befreiungskampf auf dem Kontinent. Sie ist gleichbedeutend mit der offenen Spaltung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Sie ist unvereinbar mit dem von den afrikanischen Staaten gefundenen Konsens, wie er in der OAU-Charta festgelegt ist. Sie widerspricht nicht nur den Interessen der Völker Afrikas, sondern ist auch unvereinbar mit denen der Völker Westeuropas.

Am 5. Juni d. J. folgten deshalb Tausende französischer Werktätiger dem Ruf der Französischen Kommunistischen Partei und ihres Jugendverbandes zu Demonstrationen unter den Losungen „Nein zur kolonialistischen Allianz Giscard-Schmidt-Carter! Nein zur Rückkehr Frankreichs in die NATO! Keine militärischen Abenteuer! Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Völkern Afrikas!“ Dieses Beispiel sollte gerade auch in Belgien, den USA und der Bundesrepublik Schule machen.



## Interview mit Nathaniel Mbumba

# Kein Alibi für Mobutu

**FRAGE:** Der blitzartige Angriff auf Kolwezi und die Einnahme der Stadt am 13. Mai d. J. haben das verfallende Regime Mobutus und die Aktion der Kräfte, die die internationalen Interessen repräsentieren und ihm erlauben, sich an der Macht zu halten, wieder in den Mittelpunkt der Aktualität gerückt. Was ist zwischen dem 8. März 1977 und diesem 13. Mai passiert?

**N. MBUMBA:** Seit dem Ausbruch unseres Befreiungskampfes am 8. März letzten Jahres haben unsere Kämpfer nie das Territorium des Landes verlassen. Während des – wie Mobutu sagt – „Krieges der 80 Tage“ – der in Wirklichkeit nie aufgehört hat – haben wir die enthusiastische Unterstützung des Volkes bekommen. Eine große Anzahl junger Leute hat sich unseren Reihen angeschlossen: Bauern von Shaba genauso wie Arbeiter dieser Bergbau- und Industrieregion, die aus anderen Provinzen kommen.

### „In zwei Stunden war Kolwezi befreit“

Nach der französisch-ägyptischen-marokkanischen Intervention haben wir uns im Land verstreut und in unseren Basen im Innern des Landes versteckt, zur intensiven Vorbereitung auf die großangelegte Aktion der letzten Tage. Wir wollten die Interessen, die den korrupten Diktator Mobutu an der Macht halten, ins Herz treffen.

Und militärisch sind wir natürlich nicht inaktiv geblieben. Unsere Kämpfer haben mehrere Male die Einheiten der zairischen Armee angegriffen. Sie haben industrielle Einrichtungen und Nachrichteneinrichtungen sabotiert, in Shaba wie in Kasai. Das hat es uns erlaubt, militärisches Material, Waffen und Munition zu erbeuten, die wir für die vorgesehene Operation gelagert haben.

**FRAGE:** Warum jetzt? Gab es einen besonderen Grund?

**N. MBUMBA:** Wir wußten, daß die Armee Mobutus extrem demoralisiert war. Sie hat die schlimmsten Schikanen erdul-

det, Unterdrückung, die bis zur Eliminierung eines Teils ihrer Führungskräfte ging. Unsere Freunde in Kinshasa und in den wichtigsten Städten teilten uns die vollständige Auflösung aller Strukturen des Staates und der Verwaltung und die unglaubliche Verbreitung der Korruption mit. Was die Bevölkerung betrifft, insbesondere in dieser Region und in der von Kwilu – wo kürzlich Aufstände gegen die lokalen Autoritäten im Blut erstickt wurden – waren wir gut genug verankert, um zu wissen, daß eine grausame und ausgedehnte Unterdrückung das entsetzliche Elend gesteigert hat, in dem unser ganzes Volk seit der kolonialistischen Ära lebt. Insbesondere die Bewohner dieser Region, die zu Sündenböcken des Scheiterns des Regimes und der Soldateska Mobutus geworden sind, haben alle Arten schlechter Behandlung erlitten. Sie sind aus ihren Dörfern deportiert worden, um die Bevölkerung aus den Zonen zu entfernen, wo sie Gefahr liefen, durch unsere Volksmobilisierung beeinflusst zu werden.

Überall wo wir vorbeikamen, gab es nur einen Wunsch der gesamten Bevölkerung: Wann wird man den Aufstand durchführen können, um mit diesem Regime Schluß zu machen? Wir konnten nicht mehr warten. Auf der einen Seite waren unsere Kämpfer ungeduldig, zu härteren Aktionen gegen Mobutu überzugehen und dazu beizutragen, mit der Ungerechtigkeit Schluß zu machen. Auf der anderen Seite war die Bevölkerung an der Grenze der Verzweiflung.

**FRAGE:** Wie hat sich die Befreiung Kolwezis abgespielt?

**N. MBUMBA:** In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai haben unsere Kämpfer die Stadt umzingelt. Um 5 Uhr begannen sie den Angriff gegen die Kasernen der zairischen Streitkräfte (Forces Armées Zairoises – FAZ) und der Polizei sowie gegen das Hotel Impala, wo sich Söldner, westliche militärische „Berater“ und Mitglieder der UNITA befanden. Der Überraschungseffekt bewirkte bei ihnen Panik und sie haben sich praktisch damit begnügt, nach allen Seiten zu fliehen; obwohl sie mehr als 5000 Soldaten waren, kommandiert von Gene-

ral Likuta. Eine unserer Kampfgruppen hat sich sofort des Flughafens bemächtigt und zerstörte drei Mirage, vier Aeromacchi, sechs zivile Transportflugzeuge und zwei Hubschrauber.

In der Stadt haben einige isolierte europäische militärische Gruppen versucht zu reagieren, sie sind jedoch vertrieben und einige sogar gefangengenommen worden. Die Kasernen waren vollgestopft mit Bewaffnung aller Art, einschließlich schwerer Waffen; und wir haben uns ausgiebig bedienen können. Einige Panzer sind verbrannt, aber zwei ganz neue wurden erbeutet, darunter ein Panhard sowie Militärfahrzeuge, die uns erlaubten, uns schneller als zuvor zu Fuß zu bewegen.

### Der Terror der Mobutu-Armee

Zwei Stunden später, die Nachrichtensysteme waren abgeschnitten, hatten wir die Stadt vollständig unter Kontrolle. Der Generalstab der FAZ, der es nicht geschafft hatte, in die Felder der Umgebung zu fliehen, wurde entweder gefangen oder war in den Kämpfen gefallen. Die Soldaten der FAZ, die in wilder Unordnung flohen, riefen der Bevölkerung zu, ihnen zu folgen, da die Tigerkommandos daran seien, sich der Stadt zu bemächtigen. Sie hofften, nach der langen Verteilungskampagne gegen die FLNC die Zivilbevölkerung zu terrorisieren.

Jedoch nach einem Moment der Überraschung und des Zögerns versammelten sich noch am Morgen des 13., als unsere Kräfte die politischen Gefangenen – darunter viele Militärs –



Französische Fremdenlegionäre in Kolwezi

aus dem Gefängnis von Kolwezi befreien, an verschiedenen Stellen in der Stadt die Bewohner. Die politischen Kommissare der Front improvisierten Kundgebungen, auf denen sie die Ziele unserer Aktion, des Kampfes der FLNC, erklärten, Anweisungen gaben, um die Ruhe wiederherzustellen und um – in Zusammenarbeit mit unseren Volksstreitkräften des Kongo (Forces Armées Populaires du Congo – FAPC) – die zum Überleben der Einwohner notwendigen Dienstleistungen zu sichern. Man bat sie, die Wohnviertel nicht zu verlassen, außer zur Verpflegung nicht auszugehen. Man fürchtete die Bombardements, und die Aufräumung der Stadt mußte beendet werden. Maßnahmen wurden sofort ergriffen, um Plünderungen und Diebstähle zu verhindern und die Bankdirektoren bekamen unter Bewachung Hausarrest. Aber man erlaubte ihnen, ihre Tresorschlüssel bei sich zu behalten.

Die einzigen gewaltsam geöffneten Türen waren die der Lebensmittelläden, insbesondere der Verwaltungsstelle der Stadt, von wo aus die notwendigen Lebensmittel an alle verteilt werden konnten. Die Ausländer, die für die Gecamines (Minengesellschaft) arbeiteten, durften sich in ihren Geschäften verpflegen, jedoch – um jegliche Verschwendung und jedes Horten zu vermeiden – waren Verantwortliche unserer FAPC bei den Einkäufen anwesend.

Am 14. wurden aus dem Hospital, das nicht aufgehört hatte, zu arbeiten, die Kranken evakuiert, da sich nach unseren Informationen Flugzeuge anschickten, es zu bombardieren. Die Ärzte wurden nach Hause gebracht und die ernstlich Kranken in privaten Häusern untergebracht. In der Tat intensivierte sich die Bombardements auf dem Flugplatz. In der Stadt herrschte Ruhe nach der Lokalisierung und Eliminierung einiger Heckenschützen, die noch hier und da aktiv waren, Zivile, von der FAZ oder Elemente der UNITA.

An diesem selben Montag näherten sich die Verstärkungen, die von Mobutu aus Lubumbashi geschickt wurden. Unsere Widerstandskämpfer erwarteten sie jedoch am Fluß Lualaba und schlugen sie zurück.

FRAGE: Nur zairische Soldaten an jenem Tag?

N. MBUMBA: Ja. Erst Dienstag morgen gegen 3 Uhr trafen die ersten französischen Fallschirmjäger in der Nähe des Flughafens ein, während sich die Bombardements der Mirages verstärkten. Und zweifellos gab es dort die meisten Opfer unter der Zivilbevölkerung! In diesem Augenblick haben wir ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem wir unsere Entscheidung bekannt gaben, im Falle einer ausländischen Intervention die Mineneinrichtungen ernstlich zu beschädigen. Wir dachten, daß dies das einzige Argument sei, das geeignet sei, diese Intervention zu stoppen.

### Einflug der westlichen Fremdenlegionäre

FRAGE: Während dieser Zeit ging der Vormarsch in Richtung Mutshatsha weiter . . .

N. MBUMBA: Es war Sonntag, der 14., als die Kämpfer der FLNC (immer noch zu Fuß) Mutshatsha angriffen. Das Bataillon der FAZ, das dort seinen Standort hatte, wurde vernichtet, ohne daß es Zeit zum Reagieren gehabt hätte. Dann ging der Vormarsch nach Westen weiter. In zwei Tagen wurden so die Bahnhöfe von Mungulunga, Kaiongo und Kakopa befreit.

Die Posten der FAZ, die wir trafen, waren meistens verlassen, ihre Besatzung war schon vor unserer Ankunft geflohen, ohne Waffen und meistens ohne Uniformen. Man muß sagen, daß der Brigadegeneral Mulimba, der in der Region den Befehl innehatte, dort nur über 2300 Männer verfügte, während das Gros der Truppe, wie ich schon sagte, in Kolwezi selbst stationiert war. Viele suchten sich uns anzuschließen, nachdem sie im Busch umhergeirrt waren.

Während Radio Kinshasa und die zairische Presseagentur (Azap) die „heroische“ Intervention seiner Fallschirmjäger-

elitekorps verkündeten, waren das, was wir vom Himmel fallen sahen, in der Überzahl weiße Spezialtruppen. Etwa 30 aus der ersten französischen Fallschirmjägertruppe, die am 16. Mai im Umkreis der Stadt von den FAPC geschlagen wurden, versuchten am 17. einen anderen Angriff vom Westen her zu starten, indem sie einige Gruppen der FAZ, die sich im Busch verstreut hatten, zusammenfaßten. Sie wurden jedoch am Nachmittag wieder zurückgeschlagen und zerstreut. Da gab es noch zivile Opfer, da sie Stützpunkte in den Villas suchten, in denen sich die Europäer eingeschlossen hatten.



\*Natürlich sind wir eine Privatfirma!\*

Unterdessen schlossen Fallschirmjäger einer gemeinsamen französisch-belgisch-amerikanischen Streitmacht im Osten schon das Gebiet des Flughafens ein und begannen einen Zermübungskampf gegen unsere Befreiungskämpfer. An diesem Morgen des 18. Mai gab es zahlreiche Tote auf dem Feld. Zwölf Fallschirmjäger wurden von der FAPC gefangen genommen, die Kämpfe dauerten jedoch an und es wurden immer mehr Interventionskräfte.

Trotz der durch die Kämpfe und die sehr nahen Bombardements provozierten Spannungen wurde ein Treffen zwischen zwei unserer politischen Kommissare und dem Delegierten des ausländischen Personals der Gecamines, Renard, in Anwesenheit anderer Ausländer durchgeführt. Wir wollten, daß sie verstanden, daß unser Befreiungskampf nicht gegen sie persönlich gerichtet war und daß sie an der Verwaltung der Stadt mitarbeiten könnten. Sie akzeptierten und versprachen auf diesem Gebiet dem Stadtkomitee, das sich aus unseren Kämpfern und der Bevölkerung gebildet hatte, aktive Unterstützung zukommen zu lassen. Herr Renard hat sogar ein Dokument unterzeichnet, das diese Übereinkunft festhält und das festhielt, daß das Verhalten der Widerstandskämpfer der FLNC lobenswert und in keiner Hinsicht mit dem der FAZ zu vergleichen sei.

### Mobutu: nur noch dank der Neokolonialisten

FRAGE: Gab es Echos von Solidaritätskundgebungen mit der FLNC in anderen Regionen des Landes?

N. MBUMBA: Ja, am 16. Mai fanden in einigen Wohnvierteln von Lubumbashi Unterstützungsdemonstrationen statt. Die Leute kamen aus ihren Häusern, versammelten sich und riefen: „Die Stunde hat geschlagen . . . Die FLNC ist gekommen!“ Sie wurden mit der üblichen Grausamkeit unterdrückt. Auch in Kinshasa blieben unsere geheimen Zellen nicht untätig. (. . .)

FRAGE: Wenn Sie gezwungen sind, wieder unterzutauchen, wird das also wie in der Vergangenheit das Werk ausländischer Interventionskräfte sein?

N. MBUMBA: Ganz genau. Es ist allen bekannt, daß uns

die zairische Armee nie Widerstand, der diesen Namen verdiente, entgegengesetzt hat, wenn man sich nicht unseren Streitkräften anschloß. Und noch viele wollen sich uns anschließen, um Mobutu zu bekämpfen. Der „Führer“ selbst hat gerade eine Generalmobilmachung angeordnet. Es haben sich jedoch weniger dazu gemeldet, als zur Bewunderung der Folkloreumzüge, die schwüchtig „Unterstützungsdemonstrationen“ getauft wurden. Selbst in der MPR, der Einheitspartei, wo es nicht zum Besten für den Diktator läuft, existiert Unbehagen. Wie soll man sich sonst diese „rigorose Aufpasserei“ unter den Parteikadern gegen die Versuchung der aktiven oder passiven Kollaboration mit der FLNC erklären?

FRAGE: Und das Risiko gilt nicht nur für die, die kollaborieren. Nguza Karl I Bond, der Premierminister . . .

N. MBUMBA: Mobutu vertraut niemandem mehr – zu Recht – und er läßt seine Widersacher aus dem Weg schaffen. Nur noch die Neokolonialisten halten ihn über Wasser. Die Promptheit der amerikanisch-französisch-belgischen Intervention zeugen von den Interessen, die im Spiel sind.

FRAGE: Der Befreiungskampf geht also Ihrer Meinung nach über die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus . . .

N. MBUMBA: Das wäre nicht das erste Mal in der Emanzipationsgeschichte der Völker. Und Mobutu ist sogar bereit, Parzellen seines Landes für die Einrichtung von Militärbasen zu verkaufen, um die westlichen strategischen Interessen zu befriedigen. Kinshasa ist in der Tat eine vorgeschobene Basis der NATO geworden. Der Fall OTRAG ist eine ausgesprochene Herausforderung für alle afrikanischen Völker. (. . .)

### Die Kubaner – schwaches Alibi für den Westen

FRAGE: Was ist mit Ihren Beziehungen zu den Nachbarländern Angola und Sambia, die man beschuldigt, Sie zu unterstützen?

N. MBUMBA: In Angola waren wir im Augenblick der doppelten Invasion der Zairer und der Südafrikaner, und wir haben für die MPLA Partei ergriffen, das heißt für das angolische Volk. Seit der Befreiung Angolas 1976 haben wir uns jedoch heimlich in Zaire eingeschleust bis zum Ausbruch unseres bewaffneten Kampfs am 8. März 1977. Seit diesem Tag haben wir das Land nicht mehr verlassen, haben wir uns auf Kosten der zairischen Armee versorgt. (. . .)

Was Sambia betrifft, haben wir nie wirkliche Beziehungen unterhalten. Und wir brauchten überhaupt nicht ihr Territorium zu überqueren, da wir uns sehr wohl bei uns bewegen können. Dagegen freuen wir uns über die Hilfe, die diese beiden Länder, Angola und Sambia, den Flüchtlingen gewähren, die vor den Bombardements von Mobutu im letzten Jahr geflohen sind, und die hinter ihren Grenzen Schutz gesucht haben.

FRAGE: Parallel dazu hat (der gabunesische Staatschef) Omar Bongo, der amtierende Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit, an die Mitgliedstaaten appelliert, Mobutu zu Hilfe zu eilen . . .

N. MBUMBA: Wir haben unsere Überraschung schon ausgedrückt als wir von dieser Initiative erfuhren. Das Schreckbild des sowjetisch-kubanischen Eindringens ist nur eine Ausflucht, dazu bestimmt, der Intervention ein Alibi zu verschaffen, die die Befreiung des kongolesischen Volkes verhindern will.

Jedoch alles, was jetzt auch geschehen mag, wir sind der festen Überzeugung, daß das, was gerade geschehen ist, eine unumkehrbare Situation geschaffen hat, die sich perspektivisch auf den Sturz Mobutus und seines Regimes hinentwickeln wird.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 162/29, 5. 1978)

Am Morgen des 4. Mai 1978 verübte Südafrika durch Bombenflüge und Überfälle von Fallschirmjägerinheiten eine erneute schwere Aggression gegen die Volksrepublik Angola. Ziel des Angriffes war ein Flüchtlingslager der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) nahe der Bergbaustadt Cassinga, 250 km nördlich der Grenze nach Namibia. Die Durchführung des Angriffes, ausgerechnet 24 Stunden nach einer erneuten UN-Verurteilung der südafrikanischen Namibia-Politik, machte die Ziele Pretorias deutlich: Einmal die SWAPO als einzig legitimen Repräsentanten des Volkes von Namibia zu eliminieren, und zum zweiten die Politik der Destabilisierung gegenüber Angola neu anzukurbeln. Die Grausamkeit des südafrikanischen Überfalls zeigt sich daran, daß die Angriffswellen gerade zwischen 7.00 und 9.00 Uhr morgens geflogen wurden, als die Kinder auf dem Weg zur Schule waren und sich der Großteil der 3000 Flüchtlinge auf dem zentralen Platz im Lager zusammengefunden hatte, um dem Hissen der SWAPO-Fahne beizuwohnen und die anstehenden Tagesaufgaben zu verteilen. Die Bilanz des Überfalls: mehr als 500 Tote, 350 Leicht- und 160 Schwerverletzte, das Lager, die Hütten, Zelte und Gebäude, in Schutt und Asche.

Auch wenn die südafrikanischen Verantwortlichen der Aggression zu ihrer Rechtfertigung immer wieder behaupteten, sie hätte dem Hauptquartier und militärischen Ausbildungszentrum der SWAPO gegolten, so konnten mittlerweile eindeutige Beweise — vor allem des holländischen Fernsehens — belegen, daß dieses Lager der SWAPO ausschließlich der Aufnahme namibischer Flüchtlinge diente und keinerlei militärische Funktion hatte. Aber nicht nur die Truppen des südafrikanischen Rassisten-Regimes, sondern nach wie vor auch die imperialistischen Marionettenorganisationen FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und UNITA (Nationalunion für die völlige Unabhängigkeit Angolas) spielen in diesem imperialistischen Komplott gegen Angola und die SWAPO eine wichtige Rolle. Der Beitrag der Angolakorrespondentin Augusta Conchiglia zeigt dies sehr anschaulich, und erläutert insbesondere, wie nachhaltig diese Aggressionsakte den Wiederaufbau Angolas erschweren.

Daß es sich bei den Aktivitäten von FNLA und UNITA um Aktionen im Rahmen der imperialistischen Strategie handelt, untermauern einmal mehr neue Veröffentlichungen des ehemaligen CIA-Agenten John Stockwell, der 12 Jahre lang in den Diensten des US-Geheimdienstes stand und auch im Angolakrieg 1975/76 mit von der Partie war. In seinem soeben erschienenen Buch „In Search of Enemies: A CIA STORY“ (Auf der Suche nach Feinden: Eine CIA Geschichte) deckt er auf, daß der CIA Holden Roberto (FNLA) und Jonas Savimbi (UNITA) mit 31 700 000 Dollar finanzierte; daß Präsident Mobutu von Zaire weitere 1 Mio Dollar zur Unterstützung dieser Organisationen erhielt; daß 26 amerikanische und 63 afrikanische Agenten für Roberto und Savimbi Söldner anwarben; daß besonders enge Verbindungen zwischen dem CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst BOSS während der Zeit des zweiten Befreiungskrieges bestanden und daß es nicht die Sowjetunion, sondern die USA waren, die verantwortlich zeichnen für die militärische Eskalation in Angola 1975. Beweise, die auch von aktueller Bedeutung sind.

**Augusta Conchiglia**

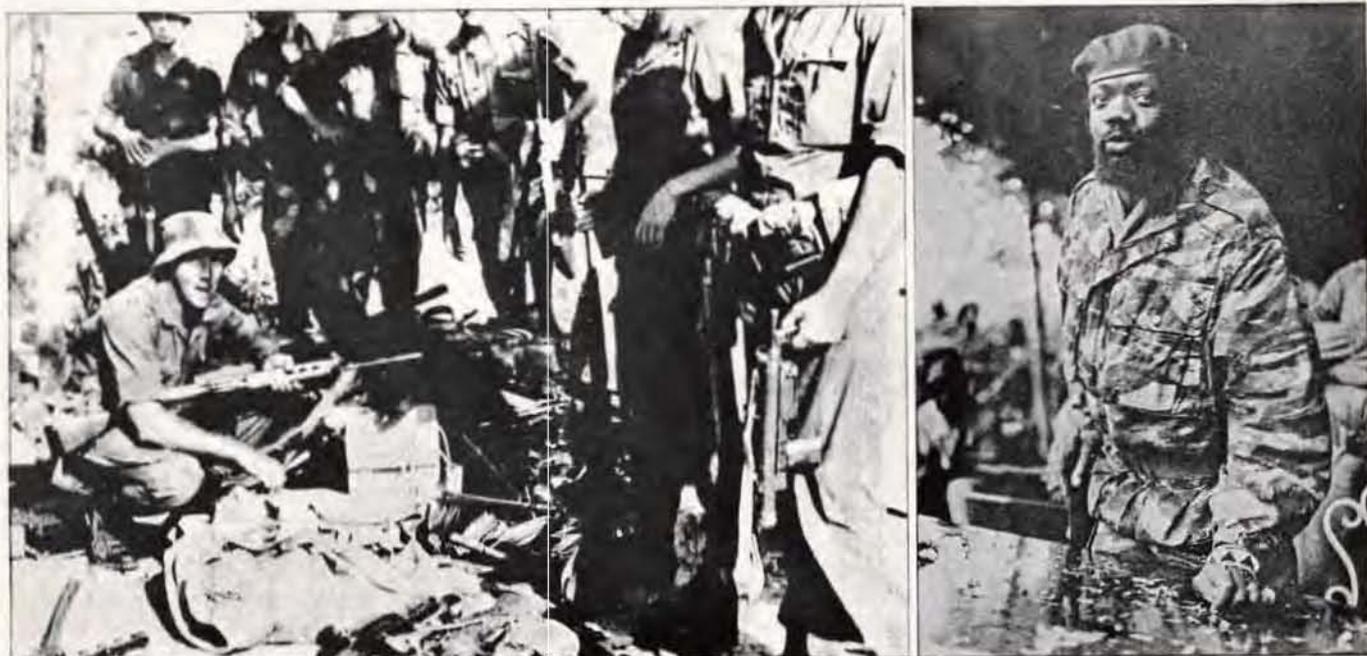
## Aggressionsziel Angola

Während die phantastischsten „Kriegskommuniqués“ der angolanischen Marionettenorganisationen die Eroberung dieser oder jener angolanischen Stadt oder Region ankündigen, die auch in der westlichen Presse breite Resonanz finden, sollte die Öffentlichkeit wissen, daß eine reale Gefahr für den unmittelbaren Ausbruch eines 3. Krieges besteht, verursacht durch die neuerliche Aggression gegen die Volksrepublik Angola durch reguläre Truppen angolanischer Nachbarstaaten.

Bemerkenswerte und beunruhigende Truppenbewegungen sind in der Tat kürzlich an den Grenzen gemeldet worden, was den Verteidigungsminister Angolas, Iko Carreira, zu der Erklärung veranlaßte, daß die militärische Lage in diesen Regionen immer noch sehr gespannt sei. Am 18. März, anläßlich einer offiziellen Feier zur Beförderung von Offizieren, die ihre politische und militärische Ausbildung an der Militärakademie aller Waffengattungen von Huambo abgeschlossen hatten, gab der Minister Einzelheiten bekannt: „Die Regierungen Zaires und der Republik Südafrika fahren fort, ihre Streitkräfte an unseren Grenzen zu verstärken. Die rassistische RSA, die zur Stunde ihre Armee umrüstet, ohne sich dabei auf konventionelle Waffen zu beschränken, — jeder weiß, daß sie sich mit Atomwaffen ausrüstet — verstärkt systematisch ihre an unserer Grenze zu Namibia zusammengezogenen Kräfte. Es handelt sich um etwa 30 000 Soldaten, die über ca. 400 Panzerfahrzeuge, mehr als 250 Panzerabwehrgeschütze, Panzer, Flugzeuge und Kriegsschiffe



Opfer des südafrikanischen Cassinga-Massakers



Südafrikanische Invasionstruppen Anfang Mai 1978 auf angolanischem Territorium (l.); UNITA-Führer Jonas Savimbi in Obhut des Vorster-Regimes im besetzten Namibia (r.)

verfügen. Weshalb diese Machtentfaltung an der Grenze zu einem friedliebenden, halbzerstörten Land, das sich in einer Phase des nationalen Wiederaufbaus befindet? Um die SWAPO zu bekämpfen . . . oder um uns erneut zu überfallen?"

### Eine „schwarze, sozialistische Republik“

Der südafrikanische Verteidigungsminister „Pik“ Botha hat sich öffentlich das Recht zugesprochen, mit Repressalien auf die „terroristischen Aggressionen“ aus Angola – denn so wird der bewaffnete Kampf der SWAPO genannt – zu antworten. Er erklärte: „Die Grenzzwischenfälle werden nicht unbeantwortet bleiben . . . Aber Südafrika hat nicht die Absicht, Angola anzugreifen.“ Es ist jedoch offensichtlich, wie Iko Carreira bemerkte, daß die militärischen Vorkehrungen im Norden Namibias nicht den, im übrigen illegalen, Zielen entsprechen, die Botha propagierte. Inzwischen, unter Einbeziehung von Söldnern – zum größten Teil „portugiesische Flüchtlinge“, die Angola verlassen haben, um in der RSA, Zuflucht zu finden, sowie Deutsche, Italiener, Engländer und Franzosen – setzt die südafrikanische Armee das militärische Training der UNITA- und FNLA-Chipenda-Banden fort, die ihre Aktionen der Infiltration fortführen.

Schon im ersten Halbjahr 1977, und – Welch bemerkenswerter Zufall – vor allem in der Zeit, in der der Putschversuch der fraktionistischen Gruppe um Nito Alves<sup>2</sup> stattfand, hatten diese Infiltrationen an Quantität und Qualität zugenommen. Man konnte fast von regelrechten militärischen Abteilungen sprechen, die ein regelmäßiges Training erhalten hatten und mit den modernsten Waffen ausgerüstet worden waren. Das zwang die Angolanischen Befreiungskräfte (FAPLA) zu breit angelegten Aktionen, um die Punkte aufzuspüren, über die die Marionetten nach Angola eindringen, und ihre inländischen Basen zu vernichten. Während dieser Aktionen wurden Hunderte frisch ausgebildeter „Kwachas“ (UNITA-Kämpfer) gefangengenommen. Andere ergaben sich oder flüchteten zurück zu ihren südafrikanischen Beschützern nach Namibia.

Jedoch scheint es, daß der von Savimbi (Vorsitzender der UNITA, d. Red.) und Vorster (südafrikanischer Premierminister, d. Red.) gehegte Plan noch nicht aufgegeben wurde,

den Süden Angolas abzutrennen, um dort eine angeblich „schwarze sozialistische Republik“ zu gründen, die ein Schutzgebiet für die südafrikanischen Rassisten darstellen würde; doch dieser Plan wurde, noch bevor er Formen annehmen konnte, im Keim erstickt. Die Anwesenheit von über der Hälfte der südafrikanischen Armee in Nordnamibia, der Söldnerzustrom und die vielen neuen Trainingsbasen könnten aber Zeichen für den Beginn einer erneuten, diesmal noch mächtigeren Aggression sein.

Die 2000 km lange Grenze, die vor allem die Grenze der Provinz Kuando Kubango erschwert das Aufspüren der eingedrungenen Marionettenorganisationen, die schon oft, von motorisierten Einheiten der Rassistenarmee begleitet, bis in das Innere der VR Angola vordrangen und anschließend das Gebiet wieder ungehindert verlassen konnten. Die Provinz Kuando ist in der Tat dermaßen dünn besiedelt, daß eine umfassende und konstante Kontrolle durch Einheiten der angolanischen Streitkräfte oder Milizen fast unmöglich ist. Außerdem wird das militärische Nachschub- und Transportwesen durch die fehlende Infrastruktur mehr als irgendwo anders schwierig und kompliziert. In dem Maße, wie die Mithilfe, Unterstützung oder das Stillschweigen der Bevölkerung, von den Marionetten dringend benötigt, um anhaltende militärische Aktionen durchführen zu können, nach und nach versagt werden, ist es die südafrikanische Armee, die die Ablösung übernimmt und die direkte Versorgung mit Munition und Lebensmitteln sicherstellt, die von kleinen Flugzeugen aus über angolanischem Gebiet abgeworfen werden.

### Infiltration in Cunene

Auf diese Weise können die Südafrikaner und ihre Marionetten weiterhin Sabotageakte durchführen und zugleich ein Klima der Unsicherheit schaffen durch blutige Aggressionen gegen die Bevölkerung, die es ablehnt, mit ihnen zu kollaborieren. Und dies ist ein nicht unwichtiger Grund für den Rückstand in der wirtschaftlichen Reorganisation, vor allem in der Landwirtschaft und anderen Bereichen des zivilen Lebens in den Grenzprovinzen Kuando Kubango und Cunene.

In der letztgenannten Provinz sind alle Arbeiten am Wasserkraftwerk von Cunene, das nur wenige, besonders in Kalueke, Kilometer von der Grenze entfernt liegt, und mit dessen Bau

1969 begonnen wurde, unterbrochen worden. In einem Kommuniké vom Januar d. J. hat das angolische Industrie- und Energie-Ministerium erklärt, daß die Verhandlungen über dieses Projekt zu gegebener Zeit mit den legitimen Vertretern des freien, unabhängigen und souveränen Volkes von Namibia wieder aufgenommen würden. Das Ministerium betonte, daß es im Gegensatz zu Gerüchten, die die Weltöffentlichkeit verwirren, und die „laufenden Vorbereitungen neuer Aggressionen gegen Angola“ verdecken sollen, kein „von der VR Angola unterzeichnetes, internationales Abkommen über das Cuneneprojekt gibt“.

Die Hauptstadt der Provinz Kuando Kubango, Menongue, eine der Städte, die am härtesten durch den Krieg von 1975/76 betroffen war, wird mehr und mehr in ihrer Entwicklung durch das fehlende Wasserkraftwerk gehemmt, denn man ist gezwungen, auf sehr kostspielige Art und Weise Treibstoff zu transportieren, obwohl zwei Flüsse die Stadt durchqueren.

Eine der störendsten Folgen dieser mangelnden Strukturen und Infrastrukturen in dieser Region am „Ende der Erde“ ist das Fehlen von Versorgungseinrichtungen entlang der gesamten Grenze. So müssen die Angolaner dieser Region auf die andere Seite des Flusses Cuando fahren, die bereits auf namibischem Gebiet liegt, um sich zu versorgen. Die Versuche der Regierung, Versorgungspunkte zu errichten, scheiterten an fehlenden Verkehrsverbindungen. Diejenigen, die sich weiterhin auf die andere Seite wagen, um ihre Einkäufe zu erledigen, laufen Gefahr, von Südafrikanern festgehalten und in die Trainingslager der UNITA geschickt zu werden.

So erging es Makaio Temba aus Kuito Kuanavale, der die Grenze überquerte, um Öl zu kaufen. Er wurde angehalten, sich den Marionetten anzuschließen. Als er dies ablehnte, wurde er einige Monate in ein Gefängnis eingesperrt; „das so klein war, daß man darin weder stehen noch liegen konnte“. Nach seiner Flucht erzählte er, daß ein Südafrikaner ihm gesagt habe: „Wir werden Dich zu Savimbi bringen, zur UNITA . . . Dort wirst Du ein Jahr lang arbeiten . . . Sie werden Dich gut bezahlen . . . und es ist ja nur natürlich, daß du dorthin gehst, da sie alle Schwarze sind, wie du!“

### Der Zustrom der Söldner

Die beharrlichen Anstrengungen, die Lebensmittelversorgung in diesen Grenzgebieten zu verbessern, werden auch die Tatsache in Betracht ziehen müssen, daß die Bevölkerung dieser Gebiete fast ausschließlich im Besitz südafrikanischer Rands (die Währung der RSA, d. Red.) ist. Der Provinzkommissar von Cunene, Kundi Paihama, hat dieses Problem schon bei den betreffenden Ministerien angesprochen, die zur Zeit an einer Lösungsmöglichkeit arbeiten. Der Rand ist nämlich in Angola als Zahlungsmittel nicht anerkannt und in angolische Währung nicht konvertierbar.

Wenn auch ein Weg zur Lösung dieses Problems gefunden werden muß, so muß jedoch verhindert werden, daß die Marionetten, deren Taschen voller Rands sind, „legal“ in den Besitz der gleichen Menge von Kwanzas (angolanische Währung, d. Red.) gelangen.

Das Bündnis zwischen den Marionetten im Süden und im Norden wird trotz innerer Widersprüche, trotz persönlicher Rivalitäten faktisch durch das Bündnis ihrer Beschützer gestärkt. Zaire ist heute auf dem gesamten Kontinent der wichtigste Handelspartner Südafrikas. Es wäre also zumindest erstaunlich, wenn es nicht irgendeine Koordinierung der antiangolanischen Aktivitäten dieser beiden Länder gäbe.

„Im Norden und Nordosten besteht die Bedrohung weiter, obwohl die Infiltrationen durch Marionetten zurückgegangen sind. Die Trainingslager sind nicht geschlossen worden, die Basen der FNLA und FLEC<sup>3</sup> sind weiterhin intakt. In der Nähe unserer Grenze wurden Einheiten der zairischen Armee

zusammengezogen in einer Größenordnung von etwa 20 000 Mann, 50 Panzern, über 100 Panzerfahrzeugen, über 250 Artilleriegeschützen und Granatwerfern und etwa 120 Panzerabwehrgeschützen“, erklärte der angolische Verteidigungsminister. Aber die Schwäche der Marionettenorganisationen im Norden, die von der angolischen Bevölkerung „verlassen“ wurde, ist sicherlich die Ursache für die verstärkte Anwerbung von Söldnern durch FNLA-Verantwortliche. Seit Januar 1978 kommen regelmäßig Söldner in Zaire an – meist aus Großbritannien. In aller Öffentlichkeit haben Kontakte zwischen Anwerbern wie John Banks, dem ehemaligen FNLA-Gesundheitsminister in der Übergangsregierung, und britischen Politikern stattgefunden. Diese Kontakte haben Proteste von Labour-Abgeordneten zur Folge gehabt. Das traurige Los der Söldner, die im Januar/Februar 1976 in Angola einmarschiert sind, die getötet oder gefangengenommen wurden, oder hatten flüchten müssen, noch bevor ihre erste „Vertrags“-Woche abgelaufen war, scheint deren Nachfolger nicht zu entmutigen. Nicht etwa weil es an Warnungen seitens der angolischen Regierung gemangelt hätte, die erklärt hat, daß „jeder Söldner, der angolisches Territorium betritt, auf Sicht niedergestreckt wird . . .“

### Atombedrohung durch Frankreich und die BRD

In Cabinda<sup>4</sup> aber, traditionell Gegenstand der Gier westlicher Länder, die am stärksten die FLEC unterstützen, kann die militärische Lage nach Aussage von Hauptmann Dibala aus dem angolischen Verteidigungsministerium als relativ ruhig bezeichnet werden. Dies trotz der genauen und bestätigten Informationen über die Existenz feindlicher Basen auf zairischem Gebiet. Die Inaktivität der cabindischen Marionetten läßt sich als Folge der unzähligen Ausschüsse und Spaltungen, der Zerrissenheit dieser Gruppe erklären.

Kürzlich hat ein Verantwortlicher einer Miniabspaltung der FLEC in einer Sendung einer europäischen Rundfunkanstalt die Spaltungen in der „Unabhängigkeits“-Organisation erwähnt. Mit demselben Schwung erzählte er, daß eine „Guerillero“-Gruppe der FLEC fünf portugiesische Techniker der Cabinda Gulf Oil entführt, und daß eine Konkurrenzgruppe sie überfallen habe, um sich der Geiseln zu bemächtigen. Die Sendung war noch nicht beendet, da erhielt der Journalist einen Anruf von einem Verantwortlichen der europäischen Niederlassung der Gulf Oil, der kategorisch dementierte, „daß irgendein Techniker, weder portugiesischer noch einer anderen Nationalität, jemals in Cabinda entführt worden wäre.“ Also . . .

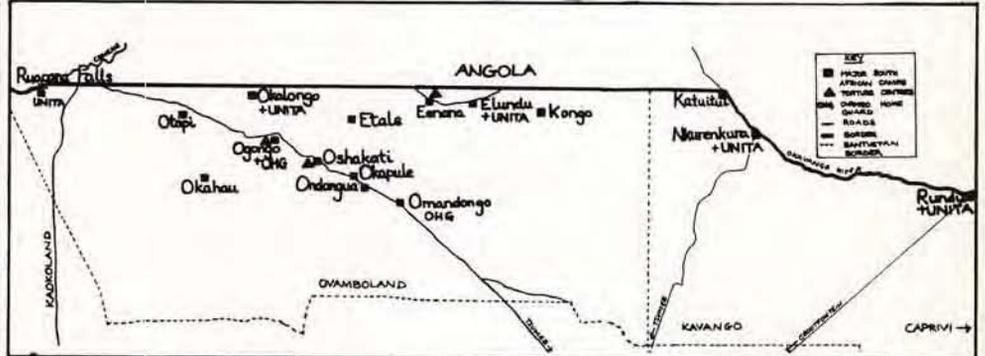
Aber in diesen Breiten des afrikanischen Kontinents sind es nicht nur die Söldner, die Marionetten oder die zairische Armee, die Angola bedrohen. Auf die Versuchsrampen der OTRAG<sup>5</sup> anspielend, erklärte Iko Carreira nochmals: „Das Territorium unseres Landes wird direkt von Atomwaffen und atomähnlichen Waffen, die von der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich ferngesteuert werden, bedroht.“

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 159/17. 4. 1978)

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Daniel Chipenda war ein portugiesischer Agent in den Reihen der MPLA, der nach verschiedenen vergeblichen Spaltungsversuchen Anfang 1975 zur FNLA überlief.
- 2) Nito Alves, Innenminister der VR Angola bis Ende 1976, unternahm im Mai 1977 zusammen mit José van Dunem eine Verschwörung gegen die Regierung Neto; vgl. dazu AIB 7/1977.
- 3) Front für die Befreiung der Exklave Cabinda, gegr. 1963, strebte eine Loslösung Cabindas vom angolischen Territorium an.
- 4) Cabinda = angolische Exklave, die nur durch den Kongo-Fluß mit Angola verbunden ist.
- 5) Im August 1977 erwarb die westdeutsche Firma OTRAG ein Raketenübungsgelände von der Größe der BRD in Zaire; vgl. dazu AIB 10/1977.

# Südwestafrikanische Volksorganisation Südafrikas Antiguerrillakrieg



Militärcamps der RSA-Besatzer und der UNITA entlang der angolanischen Grenze

Seit elf Jahren befindet sich Namibia im Kampf gegen den mächtigen Militärapparat Südafrikas. Über diesen Krieg ist in der Presse bisher nur unzulänglich berichtet worden, da er als ein „schwelender Krieg“ abqualifiziert wurde. Aber dieser Krieg hat Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen. Im Moment finden vor allem an der Front im Norden Namibias erbitterte Kämpfe zwischen der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation), Südafrika und der UNITA (Nationalunion für die völlige Befreiung Angolas) statt. Vor elf Jahren griff das Volk von Namibia, angeführt von der SWAPO, zu den Waffen, um sein Land zu befreien. Zu jener Zeit verfügte die Armee nur über eine geringe Zahl von Kämpfern; die Aktivitäten fanden im Osten des Caprivistreifens und der Provinz Okavango statt und beschränkten sich auf lokale Zusammenstöße mit den bewaffneten Truppen Südafrikas. Bis 1970 verstärkte die SWAPO ihre militärischen Aktivitäten mit Hilfe der PLAN, der Volksbefreiungsarmee von Namibia, um zu regulären Operationen sowohl in den größten Teilen Caprivis als auch außerhalb überzugehen.

## UNITA-Kriegserklärung an die SWAPO

Nach der Revolution in Portugal 1974 und der darauffolgenden Befreiung Angolas ist der bewaffnete Kampf in eine völlig neue Etappe eingetreten. Die PLAN führt nahezu die ganze Zeit über militärische Operationen gegen die südafrikanischen Truppen im gesamten Norden Namibias durch. Die Volksbefreiungsarmee verfügt über Einheiten, die ständig in Namibia stationiert sind und deren Aktivitäten sich weit ins Landesinnere erstrecken. Die PLAN ist bis in die überwiegend von Weißen bewohnten Gebiete sowohl nördlich als auch südlich der Landeshauptstadt vorgedrungen, und ihre automatischen Waffen wurden bereits schon im Windhuk gehört.

Südafrikas militärische Präsenz in Namibia richtet sich nicht nur gegen das namibische Volk, sondern auch gegen das Volk Angolas. Seit der direkten Invasion in Angola im August 1975 hat das südafrikanische Regime offen die Versuche der UNITA unterstützt, die MPLA-Regierung zu schwächen. Südafrikas militärische Strategie in Namibia schließt nun den Einsatz der von Südafrika ausgerüsteten und ausgebildeten UNITA-Truppen gegen die SWAPO ein.

Die Einheiten der UNITA in Namibia sind in zwei Unterabteilungen gegliedert. Ein Teil ist im Norden des Landes

stationiert und fungiert als erste Verteidigungslinie Südafrikas gegen die PLAN, die die angolanische Grenze überqueren. Sie geben sich als SWAPO-Einheiten aus, brennen die Häuser der Zivilbevölkerung nieder, stehlen das Vieh und terrorisieren die Einwohner. Die Schuld schieben sie der SWAPO in die Schuhe. Der andere Teil der UNITA-Truppen ist in Zentral-Namibia und in Windhuk stationiert. Sie werden eingesetzt, um Tumulte zu inszenieren, indem sie

### Brigade- und Bataillonshauptquartiere der südafrikanischen Armee im nördlichen Namibia 1977 (geschätzt)

#### Nördliches Kommando

Grootfontein	Hauptquartier des 16. Reservekommandos Hauptquartier der 301. Luftwaffeneinheit RSA-Angriffskommandobasis
--------------	---

#### Ovamboregion

Odangua	Hauptquartier der Panzerbrigade Hauptquartier der Infanteriebrigade Fallschirmbataillon
Rucana-Fälle	Panzergrenadierbataillon Infanteriebataillon
Onunu	Infanteriebataillon
Oshakati	RSA-Polizeibataillon
Oshikango	Panzergrenadierbataillon
Eenhana	RSA-Polizeibataillon
Nkongo	Infanteriebataillon
(östliche Ovamboregion)	Ovambo-Kavango-Bataillon

#### Kavango-Region

Rundu	Hauptquartier der Infanteriebrigade
Kuringkuru	RSA-Polizeibataillon
(westliche Kavango-Region)	FNLA-UNITA-Bataillon
(zentrale Kavango-Region)	FNLA-UNITA-Bataillon

#### Caprivistreifen

Katima Mulilo	Infanteriebataillon RSA-Angriffskommandobasis (M'pacha)
Andara	Infanteriebataillon
(zentraler Caprivistreifen)	FNLA-UNITA-Bataillon

(Quelle: S. Gervasi in Southern Africa, April 1977; zit. nach: Vereinte Nationen. Namibia Bulletin, Genf, Juli 1977)



Südafrikanische Wachposten im nördlichen Namibia

Leute zusammenschlagen, vor allem Anhänger und Mitglieder der SWAPO. In Katutura, der schwarzen Vorstadt von Windhuk sowie in Rossing und anderen Bergbausiedlungen zeichnet die UNITA verantwortlich für Gelddiebstähle, das Verschwinden von Kleidung und Nahrung oder für die Zerstörung von privatem Besitz der Bevölkerung. Die UNITA selbst hat der SWAPO den Krieg erklärt. Ihr Führer, Jonas Savimbi, hat den Westen beschuldigt, Namibia

– in der Gestalt der SWAPO – an die Sowjetunion zu verschleudern. Er weiß, daß seine Gruppe keinerlei Operationsbasis mehr hat, wenn die SWAPO an die Macht gelangt. Deshalb hat er geschworen, den Kampf gegen die SWAPO fortzusetzen und jegliche Wahlen zu blockieren, um einen Sieg der SWAPO zu verhindern. Außerdem sagte er, daß er angolansische „Flüchtlinge“ in Namibia dazu bringen werde, für die Turnhallen-Marionetten zu stimmen. Diese sogenannten Flüchtlinge sind Angolaner, die von der UNITA gewaltsam gezwungen wurden, zu Beginn des Jahres (1977, d. Red.) die Grenze nach Namibia zu überqueren. Südafrika benutzte diese Leute für Propagandazwecke, indem sie behauptete, sie befänden sich auf der Flucht vor der MPLA-Regierung.

### Gewaltige Militärpräsenz der Rassistarmee

Im Norden ist die SWAPO zu einer starken militärischen Kraft geworden; möglich wurde dies zu einem großen Teil durch die Unterstützung, die wir von der dortigen Bevölkerung erhalten. Es gibt im Norden Gebiete, in die sich die südafrikanischen Truppen nur mit Luftunterstützung hineinwagen – halbbefreite Zonen, in denen die PLAN-Kader aktiv sind, politische Erziehungsarbeit leisten und die medizinische Versorgung für die Bevölkerung sichern, in denen die südafrikanischen und Stammes-Autoritäten abgesetzt worden sind und in denen die SWAPO die wirkliche Macht ausübt.

Dies trifft trotz der Tatsache zu, daß Südafrika im Moment 50 000 Soldaten in Namibia stationiert hat, von denen die meisten im Norden des Landes konzentriert sind. Die Luftwaffe Südafrikas bombardiert völlig wahllos das Land, die Truppen verminen Fußwege, vergiften Wasserstellen und pflanzen giftige Gewächse. Der gesamte nördliche Landesteil steht unter Kriegsrecht. Das Gebiet entlang der Grenze zu Angola ist zu einer feuerfreien Zone erklärt worden. Und der Krieg eskaliert weiter. (Vergl. Tabellen.)

Das auffälligste bei einer Reise durch Namibia ist das Ausmaß der militärischen Präsenz Südafrikas. Fast jedes zweite Fahrzeug ist ein Militärfahrzeug. Entlang der gesamten Grenze zu Angola verteilen sich kleine südafrikanische Camps; es gibt über 20 Militärbasen ersten und zweiten Ranges, einige, wie z. B. Grootfontein, mit Bunkern und Landebahnen. Das Regime hat ein ausgeklügeltes Radio- und Telekommunikationssystem im UKW-Bereich aufgebaut (importiert von der britischen Firma Marconi, mit der stillschweigenden Duldung der britischen Regierung), das das Kriegsgebiet mit den militärischen Hauptzentren in Walvis Bay und in Südafrika verbindet. Darüber hinaus hortet das Regime Versorgungsgüter, die in seinen vielen Depots und in anderen Gebäuden, die es zu diesem Zweck übernommen hat, gelagert werden.

Die beiden Hauptzentren im Norden, Oshakati und Ondangua, sind zu befestigten Städten geworden. Beide wurden mit Sicherheitszäunen umgeben und haben im Inneren Lager. Zutritt gibt es nur durch ein von einem Militär bewachtes Tor. Sogar das Krankenhaus von Oshakati wird von patroulierenden Soldaten auf das schärfste kontrolliert und südafrikanische Ärzte tragen auf ihren Visiten Schußwaffen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Südafrika versuchen wird, bei Wahlen in Namibia UNITA-Söldner einzusetzen, um damit jede Verantwortung zurückzuweisen, um vielleicht sogar die Aktionen der UNITA der SWAPO anzulasten. Diese Möglichkeit wird auch nicht durch ein Ausgehverbot für die südafrikanischen Truppen verhindert werden.

Es muß zu einem völligen Rückzug der südafrikanischen Truppen und ihrer UNITA-Banditen kommen, sonst bleiben die Kriegsursachen bestehen, die nur durch den bewaffneten Kampf beseitigt werden können.

(Quelle: Namibia Today, Lusaka, Jg. 1. Nr. 2/1977)

#### Minimal-Mannschaftsbedarf der südafrikanischen Grenztruppen in Namibia 1977 (geschätzt)

Schwelkrieg	Mannschaftsstärke
5 Infanteriebataillone	3 500
3 südafrikanische Polizei-„Keil“-Bataillone	2 100
1 Ovambo-Kavango Bataillon	700
3 FNLA-UNITA-Bataillone	2 100
Kampfeserveeinheiten <sup>1</sup>	8 400
<b>Gegenstoßtruppen</b>	
1 Panzerbataillon	500
2 Panzergrenadierbataillone	1 000
1 Infanteriebataillon	700
1 Fallschirmbataillon	700
Kampfeserveeinheiten <sup>2</sup>	2 900
<b>Bodenkampftruppen</b>	<b>22 600</b>
<b>Bodenreserveeinheiten<sup>2</sup></b>	
16. Reservekommando, Fernmeldeeinheiten, Pioniereinheiten, Sanitätseinheiten, Lager- und Ausgabereinheiten, technische Einheiten, Nachrichtendienst usw.	22 600
<b>Luftstreitkräfte und Luftkommandos</b>	
175–200 Hubschrauber und leichte Angriffs-, Transport- und Verbindungsflugzeuge, 301 Luft und Reserveeinheiten	8 000
<b>Südafrikanische Streitkräfte insgesamt</b>	<b>53 200</b>

1) Panzergrenadiere, Luftabwehr, leichte Artillerie, Fernmelde-, Pionier-, und Sanitätseinheiten.

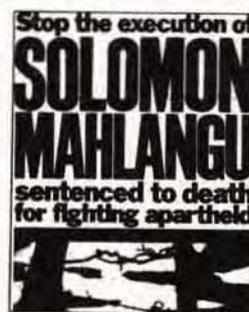
2) Hinterland-Infrastruktur, ohne örtliche Polizei.

(Quelle: S. Gervasi in Southern Africa, April 1977, zit. nach: Vereinte Nationen. Namibia Bulletin, Genf, Nr. 2/1977)

Unter dem Druck der Pretoria 12-Solidaritätskampagne in aller Welt hatte es die südafrikanische Justiz im April d. J. nicht gewagt, die von der Staatsanwaltschaft geforderten Todesurteile in diesem größten Schauprozeß seit dem berühmten Rivonia-Prozeß in den 60er Jahren (Aburteilung von Nelson Mandela und anderen Führern des Afrikanischen Nationalkongresses) zu verhängen. Im Prozeß gegen die Pretoria 12 wurde die Hälfte der Angeklagten freigesprochen, die anderen sechs ANC-Mitglieder zu insgesamt 73 Jahren Gefängnis verurteilt. Zur gleichen Zeit aber verhängte die Rassistenjustiz in einem kaum beachteten Prozeß in Johannesburg ein Todesurteil gegen den 21jährigen Solomon Mahlangu. Er war am 13. Juli 1977 gemeinsam mit einem anderen ANC-Mitglied, Mondy Motloung, in einen Schußwechsel mit der Rassistenpolizei verwickelt und — obgleich von den Hauptzeugen als Schütze nicht identifiziert — am 2. März 1978 für schuldig befunden worden (das Urteil für Mondy Motloung steht noch aus). Die beiden Angeklagten wurden bezichtigt, das Feuer gegen die Rassistenpolizei eröffnet und gegen das „Terrorismus-Gesetz“ aus dem Jahre 1967 verstoßen zu haben (danach gilt jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt als „terroristischer Akt“), Mitglied einer verbotenen Organisation (des ANC) zu sein sowie das Land illegal zum Zwecke einer militärischen Ausbildung in Moçambique, Angola oder Swaziland verlassen zu haben.

Der ANC hat die internationale Öffentlichkeit nachdrücklich dazu aufgerufen, die Anstrengungen zur Befreiung der abgeurteilten Kämpfer der Pretoria 12, von Solomon Mahlangu, Nelson Mandela und allen anderen politischen Gefangenen des Vorster-Regimes zu verstärken: „Der ANC verurteilt schärfstens diese brutalen Urteile . . . Vor allem fordern wir (die internationale Gemeinschaft) zu Aktionen zur Rettung des Lebens von Solomon Mahlangu auf, der vom Rassisten-Regime zum Tode verurteilt worden ist. In diesem Anti-Apartheid-Jahr ruft der ANC zur Verdoppelung der Anstrengungen auf: protestiert, demonstriert und sendet Petitionen an alle südafrikanischen Botschaften. Unterstützt den ANC! Nelson Mandela und seine Genossen müssen freigelassen werden!“ Aktivitäten wie der hier dokumentierte offene Brief der Anti-Apartheid-Bewegung an Bundeskanzler Schmidt oder die Unterstützung einer Protestkarten-Kampagne für die südafrikanischen politischen Gefangenen sind auch hierzulande dringlich (siehe Beilage).

## Offener Brief der AAB zum Todesurteil gegen S. Mahlangu



Bonn, den 18. 5. 1978

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Am 23. März 1978 wurde der 21jährige schwarze Südafrikaner Solomon Mahlangu, Mitglied der Befreiungsbewegung African National Congress (ANC), nach dem berüchtigten Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und dem Gesetz zur inneren Sicherheit zum Tode verurteilt. Solomon Mahlangu ist ein Südafrikaner, der wie unzählige andere Patrioten für ein nicht-rassistisches, demokratisches Südafrika unter Einsatz seines Lebens kämpfte. Er war am 13. Juni 1977, 3 Tage vor dem ersten Jahrestag des Massakers von Soweto, mit zwei Freunden im Zentrum von Johannesburg von Polizisten angehalten und bedroht worden. Im Zuge ihrer Festnahme wurden zwei Weiße getötet. Vor Gericht wurde nachgewiesen, daß Mahlangu die Schüsse nicht abgefeuert hat. Dennoch wurde er aufgrund der „Mittäterschaft bei der Schießerei“ für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Seit Juni 1976 ist die Welt Zeuge der unvergleichlichen Brutalität des Vorsterregimes gewesen. Friedlichen Protesten der unbewaffneten Jugend wurde mit blutigem Terror begegnet. Seit dieser Zeit wurden über 1000 Menschen durch die Gewalt der Rassisten getötet. Ebenfalls seit 1976 wurden mehr als 20 Südafrikaner von der Sicherheitspolizei in Untersuchungshaft ermordet.

Doch das Apartheidsystem erfährt mehr und mehr Widerstand innerhalb und außerhalb seiner Grenzen. Nicht Mahlangu und zahlreichen, aus politischen Gründen vor Gericht stehenden Südafrikanern, sondern dem Apartheidregime und seinen Vertretern muß der Prozeß gemacht werden. Das rassistische Minderheitsregime ist von der UNO als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (Internationale Konven-

tion über die Verfolgung und Bestrafung des Apartheidverbrechens vom 30. November 1973) bezeichnet worden.

Nationaler und internationaler Protest ist erforderlich, um Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben und die Vollstreckung des Todesurteils gegen Solomon Mahlangu zu verhindern. Dieses Urteil darf nicht zu einem Präzedenzfall für zahllose weitere politische Gefangene in Südafrika werden. Die Aufhebung der Todesurteile gegen die Namibianer Aaron Mushimba und Hendrik Shikongo im letzten Jahr erfolgte nicht zuletzt aufgrund monatelanger Protestkampagnen von Regierungen, internationalen und nationalen Organisationen.

Die Anti-Apartheidbewegung fordert Sie, Herr Bundeskanzler, auf,

- von der südafrikanischen Regierung die Freilassung von Solomon Mahlangu und allen politischen Gefangenen in Südafrika zu verlangen,
- der erweiterten Genfer Rotkreuz-Konvention zuzustimmen, wonach „der Kampf der Völker gegen eine Kolonialherrschaft, gegen die Besetzung durch eine fremde Macht und gegen rassistische Regime gemäß ihrem Selbstbestimmungsrecht und der UNO-Charta künftig als bewaffneter internationaler Konflikt“ gilt und wodurch Freiheitskämpfer als Kriegsgefangene anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ingeborg Wick

(Ingeborg Wick, Geschäftsführerin und Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung)

Jürgen Ostrowsky

## Baseler Antirassismus-Konferenz



Für die Zeit vom 18.–21. Mai 1978 hatte der Weltfriedensrat nach Basel zu einer Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung geladen – zur ersten derartigen Konferenz auf nichtstaatlicher Ebene, wie Weltfriedensratspräsident Romesh Chandra betonte.

Im Kommuniqué eines Vorbereitungstreffens im Januar d. J. hatte es zu Aufgabenstellung und Stellenwert der Konferenz geheißen: „Die Weltkonferenz wird einen wesentlichen Beitrag zur breitesten Mobilisierung der Öffentlichkeit auf allen Kontinenten leisten, um die Bemühungen der Vereinten Nationen während der Dekade des Kampfes gegen Rassismus und Rassendiskriminierung zu unterstützen. Die Weltfriedensratskonferenz – die zusammentreten wird vor der UN-Weltkonferenz über Aktionen zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung (August 1978) – wird all jenen als Forum dienen, die gegen Rassismus kämpfen, um die gegenwärtige Situation einzuschätzen und Vorschläge für weitere internationale Maßnahmen zu formulieren. Sie wird ein Aktionsprogramm zur endgültigen Ausmerzung des Rassismus in allen seinen Formen und Erscheinungen erarbeiten, das politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Friedensbewegungen, Jugend- und Frauenverbänden und anderen Organisationen dienen soll. Sie wird einen wesentlichen Beitrag zum Internationalen Anti-Apartheid-Jahr leisten, das am 21. März 1978 beginnen wird.“

In Basel fanden sich Delegationen verschiedenster Organisationen aus 43 Ländern zusammen, insgesamt über 200 Teilnehmer. Darunter befanden sich Repräsentanten der Vereinten Nationen – ein Abgesandter des UN-Generalsekretärs Waldheim sowie als Vertreter des verhinderten Vorsitzenden des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid, Leslie O. Harriman, der Direktor des Ausschusses, E. S. Reddy –, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), des Weltgewerkschaftsbundes und anderer internationaler demokratischer Organisationen sowie Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Befreiungsbewegungen Südafrikas (ANC), Namibias (SWAPO) und Zimbabwes (Patriotische Front/ZAPU). Das Spektrum der nationalen Organisationen umfaßte Abgeordnete von Anti-Apartheid-Gruppen, Friedenskomitees, Gewerkschaftsverbänden, Parteien – z. B. sowohl der regierenden Janata Partei Indiens

wie der Kongreß-Partei als auch der Kommunistischen Partei Indiens –, kirchlichen Organisationen, Stammesorganisationen nordamerikanischer Indianer bis hin zu einem Reverend der amerikanischen Southern Christian Leadership Conference, deren Präsident früher der 1968 ermordete Martin Luther King gewesen war.

In Form von Plenumsbeiträgen, in vier Kommissionen (Politische, Rechts-, Ökonomische, Kommission zu sozialen und kulturellen Fragen), sowie in gesonderten Hearings zu Spezialthemen arbeitete die Konferenz ein umfangreiches Themenspektrum auf. Es reichte von der Behandlung der Lage der australischen Ureinwohner (der „Aborigines“) bis zum massierten Auftreten faschistischer Kräfte in England und der BRD (über deren Berufsverbotspraxis ebenfalls berichtet wurde). Schwerpunktthemen waren die rassistische Unterdrückung und Ausbeutung im südlichen Afrika, die Diskriminierung in den israelisch besetzten arabischen Gebieten, in den USA und in Lateinamerika; zur Sprache kam die Lage der eingeborenen Völker wie der ausländischen Arbeitskräfte in westeuropäischen Ländern; dargestellt und angeklagt wurden die Rolle der imperialistischen Mächte und der multinationalen Konzerne bei der Unterstützung rassistischer und faschistischer Herrschaftsverhältnisse, der Aufrechterhaltung von Kolonialismus und neokolonialer Ausbeutung.

In allen Beiträgen und vorgelegten Thesenpapieren wurde dabei – trotz aller Unterschiedlichkeit der Akzentsetzung und weltanschaulichen Herangehensweise – eines deutlich: Daß zum einen zwischen allen angesprochenen Problemen ein Zusammenhang besteht. Der afroamerikanische Gewerkschafter Leo Robinson umriß dies mit einem Zitat des 1965 ermordeten Führers einer fortschrittlichen afro-amerikanischen Bewegung, Malcolm X: „Wenn Du nicht weißt, was im Kongo (heute: Zaire) vorgeht, weißt Du nicht, was in Mississippi (US-Bundesstaat) vorgeht!“. Und zum anderen: Daß dieser Zusammenhang zu suchen ist im Profitinteresse des Kapitals, sei es auf nationaler, sei es auf internationaler Ebene.

Hierin bestand weitestgehende Einigkeit, ob dieser Zusammenhang nun als Ausbeutungs- und Herrschaftserhaltungsinteresse des monopolistischen Kapitals bezeichnet wurde, oder allgemein als Profitgier.

Beispiele ergaben sich – vielfach aus unterschiedlichen Bei-

tragen – in Fülle: Ob Niedrigentlohnung ausländischer Arbeitskräfte in Wolfsburg, Konzernexpansion und in deren Folge Vertreibung sowie Vernichtung von Indio-Stämmen in Brasilien, oder Profitieren von rassistischer Ausbeutung in Südafrika – VW ist immer dabei, direkt oder indirekt. Dieselben US-Konzerne, auf deren Betreiben zur Zeit wesentlich eine Gesetzesinitiative („Bill 9054“) zurückgeht, die mit einem Male alle noch verbliebenen Landbesitzrechte der US-Indianerstämme auslöschen soll – mit der Folge, daß diese faktisch liquidiert werden, damit Bergbaukonzerne ans Werk gehen können –, dieselben Konzerne ließen in Chile das faschistische Pinochet-Regime etablieren, und profitieren gleichfalls von der Ausbeutung und Unterdrückung afrikanischer Bergarbeiter in Südafrika.

Somit ergibt sich als ein wesentliches Resultat der Konferenz, daß der ursächliche Zusammenhang dargestellt wurde, der besteht zwischen Kolonisierung, rassistischer Diskriminierung zum Zwecke der Überausbeutung, Herrschaftssicherungsinteressen des großen Kapitals, Neokolonialismus, Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden, Widerstand gegen eine neue Weltwirtschaftsordnung und offener Aggression (wie an der Politik der Regimes in Südafrika und Rhodesien demonstriert wurde).

Die Konferenz stellte zur Rolle des Rassismus fest: „Die Weltkonferenz erklärt, daß Rassismus ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist“ – womit sie die Formel der UN-Konvention über Apartheid von 1973 aufgriff – „und eine Gefahr für den Frieden“; und weiter: „Es kann keinen sicheren Frieden und keine wirkliche internationale Zusammenarbeit geben, solange der Rassismus in allen seinen Erscheinungen nicht ausgelöscht ist“.

In diesem Sinne waren die Berichte aus den einzelnen Kommissionen sowie die Resolutionen abgefaßt, die von der Konferenz am Schlußtag angenommen wurden. So bezog die Konferenz aktuell Stellung gegen die Intervention französischer und belgischer Kommandos in der Shaba-Provinz und

verurteilte deren entstabilisierende Absichten (siehe AIB-Aktuell in diesem Heft). Weitere Resolutionen – zumeist abgefaßt von den „betroffenen“ Delegationen – beschäftigten sich mit der nationalen und rassistischen Diskriminierung in Israel, den Kriegsverbrechen und Israels rassistischer Politik in den besetzten Gebieten sowie in dem von Israel überfallenen Libanon; verabschiedet wurde eine Resolution gegen die Diskriminierung der eingewanderten Schwarzen in England und gegen das dortige Auftreten faschistischer Organisationen wie der National Front; eine Resolution forderte die Wiederherstellung der Rechte der australischen Ureinwohner; eine weitere nahm Stellung zur Diskriminierung und politischen Repression gegen Afroamerikaner, Puerto-Ricaner, Chicanos (Mexiko-Amerikaner) und Indianer in den USA; die umfangreichste verurteilte die rassistische Herrschaft im südlichen Afrika, die Rolle der „Westmächte“, zumal auch der BRD bei der Unterstützung der Rassenregimes und die militärisch-nukleare Kollaboration der BRD mit Südafrika, und forderte die Vereinten Nationen sowie alle Regierungen auf, strikte ökonomische Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen, verlangte Freiheit für alle politischen Gefangenen im südlichen Afrika und rief zur Solidarität mit dem ANC, der SWAPO und der Patriotischen Front auf.

### Beispiele antirassistischer Aktion

Die Hearings – zum südlichen Afrika, den USA, Nahost und England – bildeten Höhepunkte der Konferenz. Mitglieder der Delegationen aus den betroffenen Ländern bzw. Regionen gaben eindrucksvolle Darstellungen der Lage, analysierten Ursachen und Zusammenhänge, klagten die verantwortlichen Kräfte mit kompromißloser Schärfe an, stellten aber auch die Gegenbewegung dar: Die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, die internationale, Solidaritätsbewegung, das Anwachsen der demokratischen Gegenkräfte etwa in England gegen faschistische Strömungen.

Dabei wurden vor allem die Darstellungen der US-Delegationsmitglieder zu teils ergreifenden Bekundungen. So, als Wendell Chino, Präsident des Mescalero-Apachenstammes (und Nachfahre des legendären Häuptlings Geronimo!), mit ätzender Schärfe die Indianerpolitik der Carter-Regierung und die Heuchelei ihrer Menschenrechtspropaganda anklagte; oder, als der (weiße) Gewerkschafter und Kommunist Dave Rubinstein aus New York beispielhaft auf Kuba verwies, wo jede Form der Rassendiskriminierung überwunden ist, und schließlich das Motto aus der Gründungszeit der CIO-Gewerkschaftsbewegung aus den 30er Jahren zitierte: „Schwarz und Weiß, wir kämpfen zusammen“.

Es wurden Beispiele vorgetragen, daß Appelle z. B. an die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern, die Rassenregimes im südlichen Afrika zu boykottieren, konkret umgesetzt werden können. Leo Robinson, Mitglied der Internationalen Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft (ILWU) aus Oakland, berichtete von der Bildung eines Unterstützungskomitees für die Befreiung des südlichen Afrika in seiner örtlichen Organisation, der andere gefolgt sind, das bereits nach dem Massaker von Soweto Boykotte südafrikanischer Schiffe durchgeführt hatte und gegenwärtig umgerechnet DM 100 000 zu sammeln bestrebt ist.

In solchen Beiträgen vor allem zeigte sich, daß die Weltkonferenz zu Recht für sich beanspruchen konnte, was Romesh Chandra an einem Symbol verdeutlichte: Eine Konferenz der Repräsentanten der Wünsche und Hoffnungen von hunderten Millionen Menschen zu sein und der Solidarität, die ihre Kraft ist, ihre Ziele zu erkämpfen. Symbolisch fiel in den Konferenzzeitraum der Geburtstag Ho Chi Minhs, der mit dem Namen Vietnam untrennbar verknüpft ist, das – ohne, daß dieser in irgendeine Sprache übersetzt werden müsse, so Romesh Chandra – für diese Ziele und für Solidarität steht.



# Prämienangebot für die Werbung neuer AIB-Abonnenten

Ihre Werbung neuer Abonnenten ist uns eine große Hilfe. Wir bieten Ihnen dafür eine Reihe von Buch- und Schallplattenprämien an.

Voraussetzung für die Zusendung der Prämie an Sie ist allerdings, daß die Abonnement-Gebühren für 1 Jahr überwiesen wurden, beide Namen und Anschriften vollständig eingetragen sind und die Unterschrift nicht vergessen wurde.

Anschrift: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

## • Für einen Abonnenten:

G. Bröner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution. Analyse und Dokumentenanhang  
H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser  
H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!  
P. Schütt, Vietnam - 30 Tage danach  
Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität  
E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)  
E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch  
Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika - Bonn 1975  
J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer  
Tage mit Ho Chi Minh. Erinnerungen von Kampfgefährten  
R. Wünsche, D. Weidemann u. a., Die Staaten Afrikas und Asiens

## • Für zwei Abonnenten:

Ruth Werner, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien  
M. Usehner, Lateinamerika - Schauplatz revolutionärer Kämpfe  
S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers  
K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika  
E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents  
S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern  
A. Iskenderow, Die nationale Befreiungsbewegung. Probleme, Gesetzmäßigkeiten, Perspektiven  
M. Jürgens/Th. Metscher (Hg.), Kunst und Kultur des demokratischen Chile  
G. Stuby/E. Wulff (Hg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile  
Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika  
Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile

## • Für drei Abonnenten:

H. Stütz, Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft  
B. Kübler (Hg.), Cuba Libre. Fotos K. Rose. Texte A. Guha, F. Niess, D. Roos



## HIER AUSFÜLLEN

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Buchwunsch: \_\_\_\_\_

## Vor den XI. auf Kuba

„Jeder Kubaner ein Aktivist des Festivals!“, lautet die zentrale Losung zur Vorbereitung der XI. Weltfestspiele der Jugend- und Studentenbewegung im karibischen Gastgeberland. Seit der Konstituierung eines Nationalen Vorbereitungskomitees unter Fidel Castros Vorsitz im Januar 1976 laufen die kubanischen Wettbewerbsaktivitäten auf vollen Touren: 32 600 Festivalkomitees mobilisieren an der Basis, in Betrieben, auf den Baustellen, auf dem Land, in der Armee oder in den Bildungseinrichtungen. Hier wählen die Jugendkollektive die Besten des Sonderwettbewerbs XI. Festival direkt für die kubanische Festivaldelegation, 2 000 von insgesamt 3,2 Mio Kubanern zwischen 14 und 30 Jahren.

Zu den Vorbereitungsaktivitäten gehört die Anfertigung von Gegenständen für den „Koffer der Freundschaft“, d. h. von aus industriellen u. a. Abfallprodukten selbstgebastelten Produkten für einen nationalen Basar. Dazu gehören auch Altstoffsammlungen und freiwillige Arbeitseinsätze bei der Zuckerernte oder zur Herstellung von Ersatzteilen für Landmaschinen. Schließlich muß man die mehr als 5 000 Jugendlichen hervorheben, die auf den Baustellen in Havanna an der Verschönerung der Hauptstadt arbeiten.

Im Anschluß an die 4. Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees im März d. J. in Berlin fanden große vorbereitende Jugendtreffen beispielsweise im Mai d. J. für ganz Mittelamerika in Kostarika (mit Teilnehmern aus Nikaragua, Guatemala, Belize, El Salvador, Honduras und Panama) oder in der Bundesrepublik das von rund 200 000 Jugendlichen besuchte Dortmunder Festival der Jugend statt. In der Bundesrepublik, die Ende Juli d. J. als eine von 166 Länderdelegationen ein Kontingent von insgesamt 340 Delegierten nach Havanna entsenden wird, kam es am 31. Mai nun doch noch zur Vereinbarung einer gemeinsamen politischen Plattform des Initiativausschusses, also von Arbeitskreis Festival (AKF) und Koordinationsgruppe XI. Weltfestspiele (KOG), die wir im vollen Wortlaut dokumentieren. Ihre Konkretheit in Sachen Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, Abrüstungsforderungen und demokratische Rechte hierzulande wie auch ihr Bekenntnis zu den Errungenschaften des kubanischen Volkes darf als ein klares Votum für „antimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ – so die Festivallosung – gewertet werden.

### Bonnens Furcht vor der „Anklage“

Wie ernst die Bonner Parteien das XI. Festival nehmen, machte eine „kleine“ Anfrage der CDU/CSU-Fraktion und ein „große“ Antwort der SPD/FDP-Regierung im April/Mai d. J. im Bundestag deutlich. Während die christdemokratischen Jugendorganisationen Junge Union und RCDS, die gelbhemdigen Störenfriede des X. Festivals von Berlin 1973, diesmal vorzeitig von ihrer Teilnahme zurücktraten, verfocht die Bundesregierung die wesentlich differenziertere „Ansicht, daß die ‚revolutionären Ansätze‘ der Kommunisten noch stärker gefördert würden, wenn die Auseinandersetzung mit ihnen den nicht kommunistischen Teilnehmern aus der Dritten Welt allein überlassen bliebe. Die demokratischen Jugendverbände (gemeint sind alle nicht sozialistischen, d. Red.) sollen vielmehr die Chance zur Darlegung von Alternativ-Positionen nutzen und damit eine unkritische Übernahme kommunistischer Zielvorstellungen durch die Festival-Teilnehmer zu verhindern suchen.“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 8/1786)

Um diesen antikommunistischen „Alternativ-Positionen“ auf die Sprünge zu helfen, verweigert die Bundesregierung Finanzierungshilfen für die einheitliche BRD-Festivaldelegation, zahlt sie nur den KOG-Vertretern einen Prokopf-Zuschuß von mindestens 900 DM (Gesamtkosten 1850 DM), um damit über den finanziellen Hebel den Delegationsanteil des AKF – ihm gehört auch das in Maihofers Checkliste für den Bundesgrenzschutz als „verfassungsfeindlich“ denunzierte AIB an – weiter herunterzudrücken. Der AKF hat gegen dieses neuerliche Armutszeugnis der Hüter der „freiheitlich-demokratischen“ Manipulationsordnung schärfsten Protest erhoben und die gleichberechtigte Finanzierung der gesamten BRD-Delegation gefordert.

Wo die Bonner Regierung freilich am meisten der Schuh drückt, ist ihr so oder so nicht zu helfen. In ihrer besagten Antwort vor dem Bundestag, hatte sie ihrer großen Befürchtung Ausdruck verliehen, die Zielsetzung der revolutionären Weltjugend sei wohl „auf eine Anklage der westlichen Industriestaaten, die zum Teil ehemalige Kolonialmächte sind, gerichtet.“ (ebenda)

Diese Anklage des BRD-Neokolonialismus ist in der gemeinsamen Erklärung des Initiativausschusses notgedrungen ebenso ausgespart wie etwa ein klares Bekenntnis zum Recht des arabischen Volkes Palästinas auf einen unabhängigen Nationalstaat (UN-Resolution 3236 usw.). Dennoch wird auf den Foren des XI. Festivals die Stimme der Anklage gegen die Expansion des BRD-Imperialismus in die Dritte Welt, gegen das Bonner Atomkomplott mit Südafrika, die Stützung faschistischer Regimes u. a. m. gewiß nicht ausbleiben.



# Erklärung des Initiativausschusses zum XI. Festival



I.1. Im Initiativausschuß XI. Weltfestspiele der Bundesrepublik Deutschland arbeiten der Arbeitskreis Festival (AKF) und die Koordinierungsgruppe XI. Weltfestspiele (KOG) zusammen, um die XI. Weltfestspiele vorzubereiten und die Teilnahme breiter Teile der Jugend und Studenten unterschiedlichster weltanschaulichen, politischer und religiöser Anschauungen sicherzustellen.

I.2. In Achtung der vollen Autonomie der einzelnen Jugend- und Studentenorganisationen wollen wir bei den XI. Weltfestspielen zum Ausdruck bringen:

- das Eintreten der Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland für grundlegende soziale, dem der Dritten Welt,
- das Eintreten der Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland für Frieden und konkrete Abrüstungsschritte,
- das Eintreten der Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland für grundlegende, soziale, demokratische, religiöse und kulturelle Rechte überall in der Welt,
- das Eintreten der Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland für Freundschaft mit dem Volk Kubas, dem Land der XI. Weltfestspiele.

I.3. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland wollen auf der Grundlage der erfolgreichen Teilnahme und der insgesamt positiven Erfahrungen bei den X. Weltfestspielen durch offene Diskussionen, bei Achtung unterschiedlichster Standpunkte, ihren Beitrag bei der Vorbereitung und zum Gelingen der XI. Weltfestspiele und zur Freundschaft und Zusammenarbeit der Jugend aller Welt leisten.

## II. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten für Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt ein

II.1. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland möchten Gerechtigkeit und Freiheit in der ganzen Welt und sich nicht abfinden mit Not, Elend und Unterdrückung, die heute ganze Völker bedrücken.

II.2. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland üben Solidarität mit Völkern und Minderheiten, die gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus, Rassismus, Neokolonialismus, Unterdrückung sowie gegen wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit kämpfen, die zur politischen Bevormundung führt.

Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten ein für nationale Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie und autonome Entwicklung.

Aus dieser Überzeugung unterstützen die Jugend- und Studentenorganisationen unseres Landes die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

II.3. Eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung muß gegen die Folge einer Jahrhunderte alten Abhängigkeit durchgesetzt werden, in die die Kolonialländer die kolonisierten Länder drängen. Eine Abhängigkeit besteht auch heute in den Beziehungen von Industrieländern und Ländern der Drit-

ten Welt, die teilweise formal ihre Unabhängigkeit von diesen errungen haben. Die Industrieländer zwingen den Ländern der Dritten Welt teure Fertigprodukte auf und ziehen enorme Vorteile aus dem Ankauf und der Weiterverarbeitung von Rohstoffen und tragen so zum Fortbestehen einer abhängigen Wirtschaftsstruktur und damit zur politischen Abhängigkeit bei, die den Weg in eine echte Unabhängigkeit solcher Länder behindert und die Lösung sozialer Probleme in der Dritten Welt verhindert.

Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten dafür ein, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen konsequent die Normen verwirklichen, die seit den 60er Jahren immer mehr im Zentrum international anerkannter Rechte stehen: Die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung und Souveränität, auf Verfügung der Rohstoffe im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der rohstoffbesitzenden Länder selbst und des Rechts auf Schutz des eigenen Territoriums und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Die wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung von Ländern der Dritten Welt darf nicht abhängig gemacht werden von politischen, insbesondere wirtschaftlichen oder militärischen Interessen Dritter. Die Verwirklichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung hängt auch ab von der weltpolitischen Lage, vom Verlauf des Entspannungsprozesses in Europa und in anderen Regionen der Welt sowie vom Verhältnis von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zueinander und zu den Freiheitskräften in der Dritten Welt.

II.4. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland rufen auf zur Solidarität mit allen Völkern Lateinamerikas und der Karibik, die gegen faschistische und reaktionäre Regimes und nationale Oligarchien, um nationale Unabhängigkeit und sozialen, demokratischen und ökonomischen Fortschritt kämpfen.

Sie verurteilen aufs Schärfste die Militärjunta in Chile, die gegen Freiheit und Demokratie des chilenischen Volkes gerichtet ist und fordern die Einstellung der Verfolgungen der chilenischen Demokraten sowie die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

II.5. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland unterstützen nachdrücklich den Kampf der Völker Afrikas für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Ihre Solidarität gilt auch den Völkern des südlichen Afrika, die gegen Rassistenregimes, gegen Neokolonialismus und Kolonialismus kämpfen.

II.6. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland fordern die Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten, der die Unabhängigkeit und Souveränität aller Völker, insbesondere des palästinensischen, in dieser Region ebenso sichern muß, wie das Existenzrecht des Staates Israel. Grundlage dafür bilden die UNO-Resolutionen 242 und 338.

II.7. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland werden darstellen, wie sie all den Kräften in der Bundesrepublik entgegengetreten, die die Zustände der Ungerechtigkeit und nationalen Unterdrückung, wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, Not und Unwissenheit für ganze Völker erhalten wollen.

### **III. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten ein für Frieden und konkrete Abrüstungsschritte**

III.1. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland möchten Frieden und Entspannung in der ganzen Welt und sich nicht abfinden mit Kriegsherden, Spannungen und der Politik des Wettrüstens.

III.2. In Europa, als dem Ausgangspunkt zweier Weltkriege, wurde eine Politik der Entspannung und des friedlichen Ausgleichs, der Achtung der Souveränität und der Unverletzlichkeit der Grenzen vereinbart. Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und die volle Durchsetzung der Menschenrechte wurde weiterentwickelt. Sie muß in allen Ländern mit einer Beendigung des Wettrüstens und in konkreten Abrüstungsschritten fortgesetzt werden.

III.3. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten dafür ein, daß die politische durch die militärische Entspannung ergänzt und das Wett-rüsten beendet wird. Sie unterstützen die Forderung nach gleichgewichtigen Abrüstungsmaßnahmen. Durch Verhandlungen muß der Verzicht auf neue Massenvernichtungsmittel einschließlich der Neutronenbombe allseits vereinbart werden. Sie sprechen sich gegen jede Form entspannungsfeindlicher Propaganda aus. Konkret vereinbarte und verwirklichte Abrüstungsschritte können den Weg zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ebnen.

III.4. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten dafür ein, daß die positiven Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für dauerhaften Frieden und Entspannung auf unserem Kontinent genutzt werden. Sie fordern alle Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki auf, dieses Dokument konsequent und vollständig anzuwenden.

III.5. Eine solche Entwicklung hängt auch vom Engagement der Jugend- und Studentenorganisationen ab. Für die Entspannungspolitik spielt die Jugend Europas eine Vorreiterrolle.

### **IV. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten ein für grundlegende soziale, demokratische, religiöse und kulturelle Rechte überall in der Welt**

IV.1. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland möchten gesicherte soziale, demokratische und kulturelle Rechte für die Jugend und sich nicht abfinden mit Existenzangst und Zukunftslosigkeit.

IV.2. Im Kampf um grundlegende Menschenrechte fühlen sich die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland aufs engste verbunden mit den unterschiedlichen Persönlichkeiten, Organisationen und Bewegungen, die aktiv gegen den deutschen Faschismus und für eine demokratische Gesellschaft gekämpft haben.

IV.3. Christliche, konservative, sozialdemokratische, liberale, marxistische, parteilose, gewerkschaftliche und andere Strömungen haben nach der Niederlage des Faschismus demokratische Grundsätze in der Verfassung verankert. Sie drücken sich aus im

Bekenntnis zur Volkssouveränität,  
freier politischer Betätigung von Parteien und Individuen,  
Sozialstaatlichkeit,  
Prinzip des Rechtsstaates,  
Anerkennung der Regeln des Völkerrechts und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,  
zum Recht auf freie Berufswahl,  
zum Recht auf Koalitionsfreiheit,  
zum Recht auf Bildung von unabhängigen Gewerkschaften,

zum Recht auf freie Meinungsäußerung und  
zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

IV.4. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland machen die Erfahrung, daß Entwicklungen in der sozialen und politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland vorhandene verfassungsmäßige Rechte bedrohen. Diese Entwicklungen sind u. a. geprägt durch:

Zusammenballung ökonomischer Macht und in immer größeren und multinationalen Konzernen,  
Mangel an Lehrstellen und  
Arbeitslosigkeit,  
Aussperrungsstrategien der Unternehmer,  
Praxis der Berufsverbote,  
Chancenungleichheit im Bildungswesen,  
neofaschistische Gruppen und ihre Propaganda.

IV.5. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland werden darstellen, wie sie angesichts gefährdeter Grundrechte in ihrem Land – in voller Autonomie und unter Beachtung der verschiedenen politischen, weltanschaulichen und religiösen Grundlagen – diskutieren die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, die mangelnde Verwirklichung des Rechts auf Bildung, die undemokratischen Berufsverbote und die Gefahren des Duckmäuserturns unter der Jugend, und welche vielfältigen Initiativen sie ergreifen für die Sicherung und Verwirklichung der grundlegenden Rechte.

So leisten die Jugend- und Studentenorganisationen einen Beitrag zur Verstärkung des politischen Engagements unter der Jugend zur Demokratisierung in der ganzen Gesellschaft.

### **V. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland treten ein für Freundschaft mit dem Volk Kubas, dem Land der XI. Weltfestspiele**

V.1. Die XI. Weltfestspiele der Jugend- und Studenten finden zum erstenmal in einem Land der Dritten Welt statt, das große Anstrengungen zur Lösung seiner sozialen Probleme unternimmt. Die Initiativen, die in Kuba ergriffen werden, um alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf des Festivals zu schaffen, verdienen umso mehr unsere Solidarität. Deshalb werden die Jugend- und Studentenorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland einen konkreten Beitrag leisten, um die Teilnahme von Jugendlichen aus Ländern der Dritten Welt zu gewährleisten.

V.2. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland werden sich über die Lebensbedingungen der kubanischen Jugend informieren. Sie werden in ihren Veranstaltungen und anderen Maßnahmen diese Informationen unter der Jugend ihres Landes verbreiten.

V.3. Sie wenden sich gegen jeden Versuch, die nationale Souveränität und Unabhängigkeit Kubas zu beeinträchtigen und unterstützen die Forderung nach Beendigung jeglicher Blockademaßnahmen.

V.4. Die Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik Deutschland werden sich in zahlreichen freimütigen Diskussionen und auf verschiedensten Veranstaltungen in Havanna für Frieden, Freundschaft und internationale Solidarität einsetzen. Persönliche Begegnungen mit Jugendlichen aus aller Welt im Geiste der Achtung unterschiedlicher Positionen, bewerten sie als gute Grundlage für eine weitere konstruktive Arbeit.

Für die Koordinierungsgruppe: Heinz Hawreliuk, Werner Lichtwark, Rudolf Scharping, Fritz Schatschneider, Rudolf Schmidt

Für den Arbeitskreis Festival: Dieter Gautier, Mechtild Jansen, Klaus Mannhardt, Claus Proft

## Rede Fidel Castros

# Kubanische Hilfe für Äthiopien

Einige imperialistische Nachrichtenagenturen haben verbreitet, daß das kubanische Volk gestern offiziell über unsere internationalistische Hilfe für Äthiopien unterrichtet wurde. Nun, wenn sie sagen wollen: „offiziell“, ja wir geben es zu; aber inoffiziell – in der Art und Weise wie wir über die Dinge Bescheid wissen, wie wir die Dinge tun und wie wir wissen, sie unter uns zu tun – haben es alle schon lange gewußt.

Es war genauso mit unserer internationalistischen Hilfe für Angola. Das Volk weiß darüber Bescheid, weil wir nichts ohne das Volk tun. Natürlich gibt es Situationen, in denen bestimmte Dinge nicht offiziell veröffentlicht werden können, denn wenn man eine komplizierte und gefährliche Operation durchführen muß, dann muß man das auf vorsichtige Weise tun; es ist nicht nötig, jedem davon zu erzählen. Aber, wer sonst als die Arbeiter und Bauern unserer Reservetruppen und die Soldaten und Offiziere unserer regulären Truppen hat diese Mission erfüllt? Alle Kampfeinheiten wußten es, und auch alle Reserveeinheiten. Und, genau wie im Fall von Angola, es waren nicht 1000 oder 10 000, sondern Hunderttausende unserer Landsmänner, die bereit waren, diese internationalistische Mission zu erfüllen.

### Nichts hinter dem Rücken des Volkes

Wir tun niemals etwas hinter dem Rücken unseres Volkes. Sehr oft werden den Massen Dinge, die nicht auf den ersten Seiten der Zeitungen stehen, durch die Partei und die Massenorganisationen bekanntgegeben. Was könnte die Partei und die Führung der Partei tun ohne die Massen? Wir sind froh, daß unsere Massen sehr zurückhaltend sind, weil es Zeiten gibt, wo ein Geheimnis hier Millionen von Leuten bekannt ist und niemand sonst außer diesen Millionen von Kubanern findet das Geheimnis heraus.

Das ist die Revolution; das ist der Geist unseres Volkes, das Erbe von Maceo und des Baraguá-Protestes. Das ist der Geist von 1868 und 1895, der in unserem Volk gegenwärtig ist. Wir sprechen nicht von den Helden der Vergangenheit, als ob sie Touristen in der Geschichte oder nur passive Zuschauer der Heldentaten anderer seien. Unser Volk kann von diesen Helden sprechen, weil es viele Helden in der Gegenwart hat. Sie können von ihren tapferen Mambi-Unabhängigkeitskämpfern erzählen, weil sie ein Volk von Mambi-Kämpfern sind (zur kubanischen Geschichte siehe AIB 2/1976 und 8/1977, d. Red.). Sie können von den Helden der Vergangenheit sprechen, weil sie ein Volk von Gegenwartshelden sind, das seine Pflichten ohne Prahlerei erfüllt! Unsere Revolution sucht nicht Ruhm oder Prestige; sie erfüllt einfach ihre internationalistischen Aufgaben und Prinzipien!

Natürlich konnten wir unsere internationalistische Hilfe für Äthiopien nicht öffentlich diskutieren, bevor die Äthiopier es taten. So lange, wie sie es für richtig hielten, Stillschweigen zu bewahren, taten wir dasselbe. Als die Äthiopier die Sache öffentlich diskutierten, waren wir, unsere Partei, in der Lage, es auch zu tun. Es sollte nicht für immer das Geheimnis von Millionen von Leuten bleiben. Jetzt ist es ein nationales und internationales Geheimnis.

Schön. Wir dürfen damit nicht angeben. Wir haben nicht die



Internationalistische Solidarität hat Tradition in Kuba: 1973 Fidel in den befreiten Zonen Südvietnams

Absicht, mit irgend etwas anzugeben. Vor allen Dingen möchten wir sagen, daß wir den Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien zutiefst bedauern; wir haben alles getan was wir konnten, um ihn zu verhindern. Ungefähr vor einem Jahr, um diese Zeit – vielleicht war es später als der 20. März, ich erinnere mich nicht genau – haben wir ein Treffen zwischen den Regierungschefs von Äthiopien, dem Südjemen und Somalia in Aden organisiert, um zu versuchen, die Probleme zwischen Somalia und Äthiopien zu lösen. Genauer gesagt, um einen Krieg zu verhindern; um eine Entwicklung zu verhindern, die einen Rückschlag für die internationale revolutionäre Bewegung darstellen würde; um die Führung von Somalia, mit ihren territorialen Bestrebungen und ihrer aggressiven Haltung, daran zu hindern, zum Imperialismus überzuwechseln. Wir konnten es nicht verhindern.

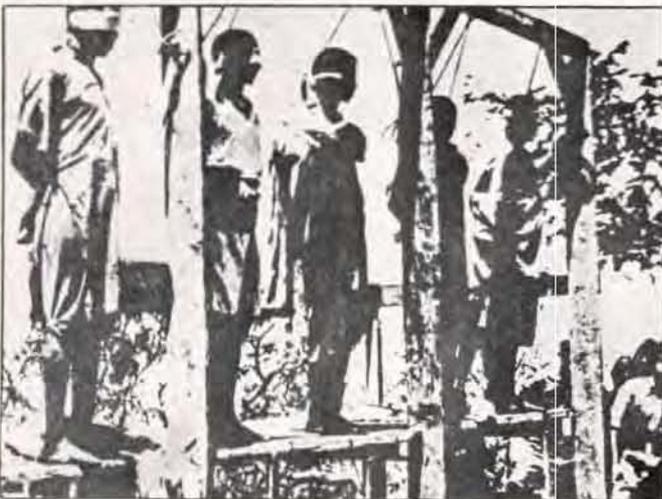
In Somalia gab es zwei Kräfte: rechte Kräfte und linke Kräfte. Viele Jahre lang erzählten sie den Massen vom Sozialismus und Fortschritt, aber es gab eine mächtige reaktionäre Gruppe in der Regierung, Leute auf dem rechten Flügel, die eine Allianz mit dem Imperialismus, der arabischen Reaktion, Saudi Arabien, Iran usw. befürworteten. Sie erreichten nach und nach, daß der linke Flügel an Unterstützung im Land verlor, indem sie – wie die Reaktionäre es überall tun – das Banner des Chauvinismus hochhielten. Da sie nicht über eine soziale, politische und revolutionäre Doktrin verfügen, greifen Reaktionäre auf die niedersten Instinkte der Menschen zurück, und insbesondere setzen sie auf den Chauvinismus.

### Die äthiopische Revolution – ein historisches Ereignis

Chauvinismus ist dennoch nicht das einzige, um den Zeitpunkt des Angriffs zu erklären. Äthiopien wurde viele Jahre lang von einem feudalen Regime regiert, und dieses Regime wurde durch die äthiopische Revolution beseitigt. Äthiopien ist ein Land, in dem die Bauern 85 oder 90 % der Bevölkerung ausmachen. Vor der Revolution und praktisch bis 1973 gab es sogar Sklaverei in Äthiopien. Diejenigen, die nicht Leibeigene oder Bauern waren, an das Land gebunden und von den Landbesitzern unterdrückt, können als Sklaven bezeichnet werden.

Deshalb bedeutete die äthiopische Revolution eine außerordentliche Veränderung für das Volk von Äthiopien; viele Millionen ausgebeuteter Bauern wurden befreit, und die Knechtschaft der ausgebeuteten Massen war zu Ende. Es gab keine sehr große Arbeiterklasse, aber auch sie wurde durch die Revolution befreit. Die Frauen, die besonders unterdrückt und schrecklichen Ungerechtigkeiten unterworfen waren, wurden ebenfalls durch die äthiopische Revolution befreit.

Die äthiopische Revolution beseitigte nicht nur den Feudalis-



Äthiopien 1937: Bestialitäten der italienischen Eroberer

mus; sie entschied sich auch, zum Sozialismus voranzuschreiten. Eines der wichtigsten Ereignisse in Afrika in den letzten Jahren war gewiß die äthiopische Revolution. Äthiopien ist ein Land, das viel gelitten hat. Es war eines der wenigen afrikanischen Länder, das in einem entschiedenen Kampf seine Unabhängigkeit über Jahrhunderte hin erhalten konnte, bis die italienischen Faschisten, die – koste es was es wolle – eigene Kolonien haben wollten, Äthiopien in Komplizenschaft mit den Kolonialmächten Europas angriffen. Aber Äthiopien ist eine Nation von Kämpfern.

Schon Ende des letzten Jahrhunderts hatte es die Italiener besiegt, die unfähig waren, das Land einzunehmen. 1935 jedoch bemächtigten sich die italienischen Faschisten dank ihrer technischen und materiellen Überlegenheit und der Komplizenschaft des Imperialismus Äthiopiens. Das äthiopische Volk kämpfte sehr hart während der Jahre der Besatzung, denn die Äthiopier zeichnen sich durch Mut und Kampfgeist aus. Vor diesem historischen Hintergrund und genau in dem Augenblick, als die Revolution stattfand, – oder besser gesagt, nicht genau dann, aber zu dem Zeitpunkt als die radikalsten und revolutionärsten Leute die Macht ergriffen hatten – griff Somalia an.

Vorher war Äthiopien mit seinem Kaiser ein Verbündeter der Vereinigten Staaten, des Imperialismus, gewesen. In all jenen Jahren hat die Fraktion des rechten Flügels in Somalia niemals davon geträumt, eine Invasion in Äthiopien durchzuführen. Warum? Weil sie sich nicht mit dem Imperialismus anlegen wollte. Als die Revolution stattfand, aber ihr genauer Charakter noch nicht definiert war, wagten sie es immer noch nicht, Äthiopien anzugreifen.

Im Februar 1977 übernahmen die wichtigsten, radikalsten und revolutionärsten Elemente, angeführt von Mengistu Haile Mariam, die Führung der äthiopischen Revolution und kündigten ihre Absicht an, den Sozialismus aufzubauen; und das war der Zeitpunkt, als die Verbindung zwischen Äthiopien und dem Imperialismus abbrach. Genau in diesem Moment hielt die Regierung von Somalia die Zeit einer Invasion in Äthiopien für gekommen, weil sie wußte, daß ein Angriff auf Äthiopien ein Zusammenspiel mit dem Imperialismus bei der Zerstörung einer großen Revolution bedeutete, und daß der Imperialismus darüber entzückt sein würde. Überdies wußten sie, daß die NATO-Mächte ebenfalls erfreut sein würden, wenn Somalia dabei half, die äthiopische Revolution zu eliminieren.

### Die kriminelle Allianz gegen Äthiopien

Heute erkennen wir, daß die somalischen Führer, als wir sie im März letzten Jahres in Aden trafen, den Plan schon ausgearbeitet hatten, – den sie später in die Praxis umsetzten –, nämlich Äthiopien anzugreifen, weil sie meinten, daß die historische Gelegenheit gekommen wäre, da der Yankee-Imperialismus und die NATO-Länder Nachrichten von einer Invasion Äthiopiens mit offenen Armen willkommen heißen würden.

Ihr wißt, daß es viele revolutionäre arabische Länder gibt, aber es gibt auch eine Gruppe reaktionärer arabischer Länder. Diese reaktionären arabischen Länder waren ebenfalls erfreut über den Angriff auf Äthiopien, der die Revolution zerstören sollte. Eines jener Länder, Saudi Arabien, das durch eine altertümliche Monarchie regiert wird, war eines der an der Zerstörung der äthiopischen Revolution am meisten interessierten Länder, denn wenn du das Haus des Nachbarn brennen siehst, triffst du Vorsichtsmaßnahmen. Da ein Kaiser gestürzt worden war, war der Kaiser oder König von Saudi Arabien, oder wie immer sie ihn nennen, sehr beunruhigt über den Niedergang des äthiopischen Kaisers.

Dasselbe trifft zu für den Iran, einen reaktionären Verbündeten des Yankee-Imperialismus mit einer kriminellen und repressiven Regierung, auf ein Land, das auch von einem



*Äthiopien 1978: Massenkundgebung für die Revolution in Addis Abeba*

Schah regiert wird – Schah heißt Kaiser, König, oder, nun, ich bin nicht ganz sicher was es bedeutet. Es ist jedenfalls auch eine feudale Monarchie, eine absolute Monarchie, die darauf aus war, die äthiopische Revolution zu zerstören, und Somalia zum Angriff zu ermutigen. Angesichts dieser für sie günstigen Umstände suchte die reaktionäre Fraktion – auf eine Flut von Ödollars von Saudi Arabien und dem Iran und Wirtschaftshilfe von der NATO und den Vereinigten Staaten hoffend – die Revolution in Äthiopien zu nutzen und verführte Somalia zu einer Politik von Krieg und Aggression. Es ist das große Verbrechen der somalischen Führer: Äthiopien überfallen zu haben, um eine Revolution im Auftrag der umliegenden reaktionären Nationen, der NATO und des Imperialismus zu beseitigen.

Aber bei dem Treffen in Aden versprachen die Führer von Somalia feierlich, verpflichteten sich feierlich, niemals eine Invasion gegen Äthiopien durchzuführen, Äthiopien nicht militärisch anzugreifen. In Wirklichkeit hatten sie schon alles geplant, und der Angriff begann im Juli.

Äthiopien ist ein großes Land, es hat eine große Bevölkerung, es hat Soldaten, und zwar sehr gute Soldaten. Das ist es, warum wir uns anfänglich auf ihr Ersuchen hin entschieden, ihnen einige Dutzend Ausbilder und Berater zu schicken – die Zahl mag ein paar hundert betragen haben –, Einheiten zu trainieren und ihnen beim Umgang mit modernen Waffen eines Typs, den sie nicht kannten, behilflich zu sein. Da der Kaiser ein Verbündeter der Vereinigten Staaten gewesen war, hatten die Äthiopier US-Waffen; dann erhielten sie Nachschub aus den sozialistischen Ländern, mit dem sie nicht umgehen konnten. Wir meinten, daß die Hilfe bei der Ausbildung ihrer Armee eine vorläufige Maßnahme sein würde, denn wenn die äthiopische Armee ausgebildet und mit Waffen gut versorgt worden ist, kann man sicher sein, daß niemand – niemand – sie belästigen wird. Dessen könnt ihr sicher sein!

Warum wurde es notwendig, daß wir Kämpfer schickten? Wegen des Ausmaßes und der Stärke der somalischen

Aggression. Somalia hatte sich eine Anzahl von Jahren hindurch vorbereitet. Es hatte sogar das Banner des Sozialismus hochgehalten; es behauptete, ein fortschrittliches Land zu sein, ein Verbündeter der fortschrittlichen Welt – ich spreche über die somalische Regierung –, und so hatte es seine Armee aufgebaut. Somalia hatte Hunderte von Panzern, Hunderte von Artilleriegeschützen, Flugzeuge, viele motorisierte Infanteriebrigaden, und fast alle diese Waffen und Einheiten wurden während der Invasion gegen Äthiopien benutzt.

Zu jener Zeit hatte Äthiopien im ganzen Land gegen Gruppen konterrevolutionärer Banditen zu kämpfen, die Hilfe von außen bekamen und von feudalen Elementen geführt wurden, und gegen die secessionistischen Bewegungen im Norden, die auch heute noch Hilfe von reaktionären Ländern in der Region erhalten. Äthiopien stand vor einer sehr schwierigen Situation, und es hatte keine Zeit zu verlieren. Wenn die Äthiopier ein wenig mehr Zeit gehabt hätten, hätten sie den Umgang mit all den Panzern, Artilleriegeschützen und anderen modernen Waffen gelernt. Wir hätten, zusammen mit anderen sozialistischen Ländern Ausbildungspersonal zur Verfügung gestellt. Aber die kritische Situation, die durch die Invasion Ende November entstanden war, veranlaßte die äthiopische Regierung dazu, eine dringende Bitte um Entsendung von Panzer-, Artillerie- und Luftwaffenspezialisten an uns zu richten; und wir taten das.

Wie in der Granma berichtet, begannen unsere Spezialisten Mitte Dezember und Anfang Januar in Äthiopien einzutreffen. Sie brauchten wirklich keine Infanterie; es gab genügend Infanteriesoldaten. Wenn trotzdem einige mittelgroße kubanische Einheiten von der Stärke einiger Bataillone in den Osten geschickt wurden, dann um die Zusammenarbeit mit den Panzer- und Artilleriekontingenten, die von kubanischem Personal gehandhabt wurden, zu garantieren. Denn man muß das Verständigungsproblem bedenken, und auch, daß es Zeiten gibt, in denen sich eine Panzereinheit der Kooperation mit der Artillerie sicher wissen muß.

Aber tatsächlich bestand unsere hauptsächliche Unterstüt-



*Im Ogadenkrieg abgeschossener somalischer Panzer*

zung für Äthiopien darin, Spezialisten zu schicken. Die Äthiopier haben schon Artillerie- und Panzereinheiten, und ich bin sicher, daß sie bald exzellente Kader haben werden, um mit der Ausrüstung umzugehen. Sie haben mehr als genug Soldaten, und es ist leichter, einen Infanteriesoldaten zu trainieren, als einen Panzer- oder Artilleriespezialisten auszubilden. Wir könnten hinzufügen, daß die äthiopische Infanterie aus sehr tapferen und mutigen Soldaten besteht, die einen großartigen Kampfgeist haben.

### **Kubanisch – äthiopische Waffenbrüderschaft**

Unsere Kooperation wurde unentbehrlich. Die Spezialisten wurden geschickt, und – wie in der Granma berichtet wurde – nahm kubanische motorisierte Infanterie an der Seite der äthiopischen Infanterie an der Endphase der Operationen teil.

Wir könnten betonen – wie gestern veröffentlicht wurde –, daß in sieben Wochen praktisch das gesamte besetzte Gebiet in Ogaden befreit wurde, ein Gebiet von mehr als 320 000 qkm. Die Invasoren hatten 320 000 qkm überrannt, ein Gebiet, das dreimal so groß ist wie Kuba (nahezu eineinhalbmal so groß wie die BRD, d. Red.)! Vom 22. Januar bis zum 14. März wurde praktisch das gesamte Gebiet befreit; nur einige Städte waren übrig und ihre Eroberung war nur eine Frage der Zeit, da die äthiopische Armee nicht genug Fahrzeuge hatte, und viele dieser Orte mußte sie zu Fuß erreichen. So hat, was die praktische Seite betrifft, der Krieg an der östlichen Front ein Ende gefunden.

Die Zusammenarbeit zwischen Äthiopiern und Kubanern war großartig. Es gab Artillereinheiten, die aus kubanischen Spezialisten und äthiopischem Personal bestanden. Nach einigen Tagen begannen sie einander zu verstehen, indem sie Zeichen und Zahlen benutzten, und die Artillerieabteilung funktionierte reibungslos. Trotz der Sprachschwierigkeiten kamen sie sehr gut miteinander aus und es entstanden Kameradschaft, Vertrauen und Brüderschaft, und die Probleme wurden ohne Reibungen gelöst.

Ich wiederhole, daß wir uns nicht den Anschein geben wollen,

als wollten wir angeben, als wollten wir uns in übertriebenem Lob für unsere Kämpfer ergehen. Aber wir meinen wirklich, daß es nur fair ist, zu sagen, daß die kubanischen internationalistischen Kämpfer durch ihre besondere Effektivität und ihren großartigen Kampfgeist hervorstachen. Es ist wirklich bewundernswert zu sehen, wie viele Söhne unseres Volkes bereit waren, in dieses ferne Land zu gehen und dort zu kämpfen, als sei es ihr eigenes Land. Das ist proletarischer Internationalismus! Tapfere und leistungsfähige revolutionäre Soldaten knüpften bald eine wundervolle Freundschaft mit den bewundernswerten äthiopischen revolutionären Kämpfern an; sie wurden vom äthiopischen Volk in außerordentlich herzlicher Weise empfangen, und ich weiß, daß ihre Führer unserem Volk sehr dankbar für diese Hilfe sind.

Der Kampf gegen die Invasoren ist praktisch vorbei. Äthiopien hat öffentlich erklärt, daß es Somalias Grenze nicht überschreiten wird. Dies scheint uns vollkommen gerecht und korrekt zu sein, denn der Krieg wurde nicht gekämpft, um eine Invasion in ein anderes Land durchzuführen, geschweige denn, um Land zu erobern, das anderen gehört. Es war ein absolut gerechter Verteidigungskrieg, um ein Gebiet, in das fremde Angreifer eingedrungen waren, zu schützen, bis zu dem Zeitpunkt, da diese Angreifer herausgeworfen werden konnten. Natürlich bedeutet dies, daß die Angriffe Somalias auf Äthiopien aufhören müssen, weil wir uns nicht vorstellen können, daß irgendein Land gewillt ist, Angriffe von der Grenze eines anderen Landes endlos zu tolerieren, ohne entsprechend zu antworten. Aber wir wissen, daß die äthiopische Regierung ihre Versicherung, daß ihre Truppen die somalische Grenze nicht überschreiten werden, absolut ernst gemeint hat. In der Tat, vom militärischen Standpunkt aus besteht keine Notwendigkeit, dies zu tun, da die angreifenden Truppen vollständig besiegt worden sind; und wir unterstützen voll die Haltung der äthiopischen Regierung.

Was wird in Somalia passieren? Das ist schwer zu sagen. Aber es ist klar, daß der rechte Fraktionsflügel, der der somalischen Regierung seine aggressive und abenteuerliche Linie aufgedrängt hat, eine große Niederlage erlitten hat. Natürlich, sogar in der Niederlage versuchen die Imperialisten, zur Ermutigung dieser Gruppe zu manövrieren. Wie auch immer, es gibt auch progressive und Kräfte des linken Flügels in Somalia, und wir werden sehen, was in den kommenden Wochen geschieht. Selbstverständlich ist dies eine Angelegenheit, die nur das Volk Somalias angeht, nicht uns oder irgendein anderes Land.

Die Imperialisten haben während des Konflikts eine sehr heuchlerische Position eingenommen, denn sie wußten von Anfang an – im Juli –, daß Somalia in Äthiopien eine Invasion durchführte. Die Vereinigten Staaten und die NATO-Länder wußten davon und schwiegen; sie sagten nicht ein Wort, und sie waren erfreut. Sie lieferten Waffen an die Angreifer – Waffen aus den Vereinigten Staaten und aus NATO-Mitgliedsstaaten – über Saudi Arabien, den Iran und andere Länder, und während die Somalier vordrangen, sagten sie nicht ein Wort. Als Somalia fast den ganzen Ogaden besetzt hatte, waren die Imperialisten optimistisch; aber als die Äthiopier internationalistische Hilfe zu erhalten begannen, als sie anfangen, Waffen aus dem sozialistischen Lager zu erhalten, und als die internationalistischen kubanischen Kämpfer einzutreffen begannen, erhoben die Imperialisten ein wahrhaftes Zetergeschrei. Da bestanden sie darauf, daß es ein Treffen der OAU, der UNO usw., usw. geben müsse, und sie sprachen von der Notwendigkeit eines Waffenstillstandes. Wann aber begannen sie, über einen Waffenstillstand zu sprechen? Als die Angreifer anfangen, den Krieg zu verlieren.

Solange die somalischen Streitkräfte vordrangen, sagten die Imperialisten kein Wort. Als sich die Dinge nach den ersten erfolgreichen Schlachten der Äthiopier zu ändern begannen, als sie erkannten, daß sich die Situation schnell ändern könnte, da erhoben sie das Zetergeschrei und entfesselten in

der ganzen Welt eine Propagandawelle, die über die internationalistischen kubanischen Kämpfer – die kubanischen Truppen, wie sie sie nennen – in Äthiopien berichtete. Als sich das Glück zu wenden begann, fingen sie an, über einen Waffenstillstand zu sprechen, etwas, das sie in all den Monaten, als die reaktionären Angreifer vordrangen, nicht getan hatten. Selbstverständlich sagte die äthiopische Regierung, ganz korrekt, daß es keinen Waffenstillstand geben könne, solange ein Teil ihres Gebietes besetzt war. Das ist auch unsere revolutionäre Haltung: Es kann keinen Waffenstillstand geben, solange es besetzte Gebiete gibt.

Die ersten Gegenangriffe und die Offensive folgten, und die feindlichen Truppen wurden rundweg besiegt. Sie mußten sich fluchtartig zurückziehen, Panzer, Kanonen, Artillerie, alle Arten von Waffen zurücklassend, um der Einkreisung und Gefangennahme zu entgehen. Denn sie waren besiegt worden, vollkommen besiegt. Wir müssen betonen, daß der Rückzug der somalischen Truppen durchaus nicht freiwillig geschah. Wenn sie vier Tage länger geblieben wären, wären buchstäblich all ihre Truppen in Ogaden eingekreist worden. Dank der Art und Weise, wie die revolutionären Truppen vorgingen und die Hauptkommunikationszentren einnahmen, wären die Überreste der somalischen Armee in Ogaden eingekreist worden, hätten sie sich nicht schnellstens zurückgezogen. Auf diese Weise sind die Angreifer gezwungen worden, abzuziehen.

Sie können niemandem etwas vormachen, indem sie behaupten, daß die somalische Regierung die Geste machte, ihre Truppen zurückzuziehen. Denn hätten die Somalier es nicht getan, hätten sie das wenige, was übrig geblieben war, auch noch verloren. Das ist die Situation: Sie zogen im Ergebnis der militärischen Operationen ab, bei denen sie besiegt wurden.

Das ist die Wahrheit; es besteht keine Notwendigkeit zu lügen. Wir meinen, daß der Krieg zwischen Somalia und Äthiopien in dem Augenblick beendet wurde, da das Gebiet befreit war. Ich glaube nicht, daß die Somalis so dumm sein werden, der Versuchung zu unterliegen, Äthiopien noch einmal alleine anzugreifen; aber weil die reaktionären Länder, die NATO-Staaten und der Imperialismus sie einmal ermutigt haben, könnten sie das wieder tun.

### Das Gift des Chauvinismus

Wir befürworten ernsthaft den Frieden zwischen den beiden Ländern. Ziel des Krieges war es, besetztes Gebiet zu befreien. Wir hoffen ernsthaft, daß das Volk von Somalia nun in Frieden leben kann und den wirklichen Pfad des Fortschritts und des Sozialismus einschlagen kann. Das Volk von Somalia hat große Werte und Tugenden. Wie die Granma erklärt hat, sind Somalias Soldaten nicht feige. Es ist fair und gerecht, dies zu sagen. Sie waren hart und zeigten echten Kampfgeist. Sie sind unzweifelhaft von jenem Chauvinismus und mit der Idee eines Groß-Somalia betrogen und vergiftet worden. Niemand sollte denken, daß somalische Soldaten schwach oder nicht fachkundig sind, aber sie wurden besiegt. Der Feind schätzte die Situation nicht richtig ein und machte Führungsfehler. Es besteht kein Zweifel, daß die somalischen Führer ernste politische Fehler machten und einige militärische, welche die Niederlage erklären – nicht zu erwähnen die Tatsache, daß sie versuchten, ein großes Verbrechen an der Geschichte zu begehen. Die Tüchtigkeit der revolutionären Streitkräfte hat die Zahl ihrer Verluste im Kampf erheblich reduziert. Es darf gesagt werden, daß unsere internationalistischen Kämpfer, aufgrund ihrer Tüchtigkeit und ihrer großartigen Kampferprobtheit, nur sehr geringe Verluste erlitten.

(Quelle: Granma, Havanna, 26. 3. 1978; leicht gekürzt  
Schlußteil einer Fidel Castro-Rede)

# Kuboo

Hannes Stütz



## vom Zuckerrohr zur Zukunft

Grafiken  
von  
Dieter  
Süverkrüp

Großformat  
144 Seiten  
50 Farbfotos  
19,80 DM

Kuba, die rote Perle der Karibik, fasziniert jeden Besucher. Dieses erste sozialistische Land des amerikanischen Kontinents hat sich von einer Kolonie des US-Kapitals zu einem modernen Staat entwickelt, der keinen Hunger, keine Arbeitslosigkeit und kein Analfabetentum mehr kennt. Mit Kuba begann die Entdeckung Amerikas. Das Beispiel Kuba steht auch am Anfang der Zukunft Lateinamerikas.

Hannes Stütz, der Autor und Fotograf dieses erregenden Buches, bereiste mehrfach die Insel. Er sprach mit Tabakbauern und fuhr mit Arbeitern in die Zafra, die „höllische“ Zuckerrohrernte. Stütz berichtet von der Schweinebucht, wo die Kubaner die Revolution gegen die Eindringlinge verteidigten, und von der Sierra Maestra, wo der bewaffnete Freiheitskrieg gegen Ausbeutung und Unterdrückung begann.

Als Augenzeuge erlebte Hannes Stütz den ersten Parteitag der kubanischen Kommunisten. Er interviewte Guerilleros und fotografierte Landschaften von paradiesischer Schönheit. Sein Bericht macht uns mit Kultur und Geschichte des Landes vertraut, das 1978 die Jugend der ganzen Welt zu den XI. Weltfestspielen in Havanna empfängt.



Weltkreis-Verlag  
Postfach 789 4600 Dortmund 1

## Interview mit Vilma Espin

# Die Aktivierung der Frau



Die Brigade "Partisan Tania" bei der Zafra, der Zuckerernte 1977, im Rahmen des Wettbewerbs XI. Festival

Als am 23. August 1960 der Kubanische Frauenbund (FMC) gegründet wurde, ließ sich noch nicht vorhersehen, daß er sich zur drittgrößten Massenorganisation nach den Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und der Zentrale der Werktätigen Kubas (CTC) entwickeln würde. Das folgende Interview mit Vilma Espin, der Vorsitzenden des FMC, entstand anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März d. J.

**FRAGE:** Was hat die Organisation nach Ihrer Meinung im Jahr 1977 geleistet, und welche Aufgaben stellt sie sich für dieses Jahr?

**V. ESPIN:** Die von den Mitgliedern des Kubanischen Frauenbundes im Jahr 1977 geleistete Arbeit war ohne Zweifel sehr positiv und fruchtbar. Am 22. Juli (1977, d. Red.) brachte unsere Organisation dem Politbüro der Partei unsere Wettbewerbsverpflichtungen zu den XI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten. Alle Ziele, die wir uns gestellt haben, wurden voll erreicht. Auch unsere Mitglieder sind von der Begeisterung erfaßt, mit der die Bevölkerung unseres Landes sich darauf vorbereitet, die revolutionäre und fortschrittliche Jugend der Welt willkommen zu heißen. Sie hat uns bei allen unseren Aufgaben und Aktivitäten beflügelt.

Da ich hier unmöglich die gesamte Arbeit unserer Mitglieder im Jahr 1977 darstellen kann, konzentriere ich mich auf die Hauptpunkte:

- Alle Leitungsmitglieder des Frauenbundes, von den Grundorganisationen bis zu den Bezirksvorständen, wurden entweder bestätigt oder abgelöst. Durch diesen Prozeß, der jetzt abgeschlossen ist, wurde die organisatorische Struktur unserer Organisation verbessert und sie bekam viele neue Kader.
- Unsere Mitgliederzahl stieg auf 2 264 453, das sind 81,5 % aller kubanischen Frauen und Mädchen zwischen 14 und 65 Jahren.
- 136 693 Leitungsmitglieder unserer Organisation und 84 417 Hausfrauen besuchten eine Schule, um ihr Bildungsniveau zu erhöhen. 41 434 Mitglieder des Frauenbundes absolvierten das sechste Schuljahr.
- Über 1 Mio Frauen setzten sich in der Bewegung „Mütter kämpfen für die Bildung“ mit den Schulen intensiv für eine Erhöhung der Qualität unseres Bildungssystems ein.
- Unsere Organisation setzte ihre systematische ideologische Arbeit fort, mit der wir das politische Bewußtsein unserer Mitglieder erhöhen. Die Beteiligung an unseren regelmäßigen Studienzirkeln betrug im Monatsdurchschnitt 72 %.
- Die Ausbildung der Kader unserer Organisation an unserer nationalen Schule Fe del Valle und an der Tamara Bunke-Schule in Santiago de Kuba – für die östlichen Provinzen – wurde mit guten Ergebnissen fortgeführt.
- Zum Jahrestag des Baragua-Protests<sup>1</sup> wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen über 2100 Aufsätze zum Anden-

ken an dieses große historische Ereignis geschrieben wurden.

- 1 705 744 Mitglieder des Frauenbundes verpflichteten sich, das Diplom im Wettbewerb zu den XI. Weltfestspielen zu erreichen. Die Spendensammlung und die anderen Aufgaben zur Vorbereitung des Festivals wurden erfolgreich abgeschlossen. Unsere Organisation hat bis jetzt 3 019 719 Pesos gesammelt.

- Zum 60. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution gab es zahlreiche Aktivitäten, wie Konferenzen, Versammlungen, Freiwillige Arbeitseinsätze; es wurden Aufsätze und Briefe geschrieben, und noch vieles andere getan.

- Unsere Mitglieder setzten ihre Bemühungen um das Familienerziehungsprogramm fort. Es zielt darauf ab, daß die Eltern auch im Alltag das Prinzip der Gleichberechtigung innerhalb der Familie praktizieren.

- 69 528 Frauen und Mädchen sind berufstätig. Der Anteil der Frauen an der berufstätigen Bevölkerung beträgt jetzt – ohne die Teilzeitarbeiterinnen – 28,9 %.

- Die Unterstützung der Gesundheitsförderungsprogramme, vor allem für Mütter und Kinder, wurde verstärkt. Die entsprechenden Sanitätsbrigaden umfassen jetzt 53 978 Frauen und Mädchen.

Angesichts der besonderen Bedeutung (der Zuckerernte, d. Red.) betonen wir auch, die Anstrengungen unserer Mitglieder in diesem Jahr, entsprechend dem Aufruf Fidels und der Partei zu verstärken und dazu beizutragen, daß die Planrückstände in der Zuckerproduktion aufgeholt und die beiden nächsten Zuckerernten gesichert werden.

Die Frauen haben verstanden, wie wichtig der Erfolg der jetzigen Zuckerernte für unsere Wirtschaft ist. Wir wissen, daß die Frauen in den Provinzen dem Aufruf gefolgt sind: Sie haben sich Brigaden angeschlossen, die das Zuckerrohr verladen, um die Brigaden der Schnitter und Bauern, die das Zuckerrohr schneiden, zu unterstützen. Sie helfen in den Wiegestationen, in den Zuckermühlen, in den Maschinenstationen, überall, wo sie gebraucht werden.

Wir vertrauen wie immer auf den revolutionären Elan und auf die Begeisterung unserer Mitglieder, die bis zum letzten Tag der Ernte weiterarbeiten werden, damit der Plan für die Zuckerproduktion erfüllt wird.

### Gleichberechtigung alltäglich machen

FRAGE: Auf dem 2. Kongreß der FMC hat Fidel die ganze Gesellschaft aufgerufen, den noch vorhandenen Überresten der Diskriminierung in unserem Land den Krieg anzusagen und die vollständige Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen. Was ist seitdem in dieser Hinsicht erreicht worden, welche Probleme gibt es, die noch gelöst werden müssen?

V. ESPIN: Sie werden sich erinnern, ein Jahr danach fand der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas statt, ein historisches Ereignis von besonderer Bedeutung für unser Land. Bei seiner Vorbereitung und auf dem Parteitag selbst wurde die Frage der vollständigen Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ausgiebig diskutiert. Es wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, die der gesamten Gesellschaft die Wege zur Verwirklichung dieses wichtigen Ziels aufzeigen.

In den seitdem vergangenen zwei Jahren hat es deutliche Veränderungen und Zeichen des Fortschritts im Kampf für die Gleichberechtigung gegeben, deren Probleme – wie Fidel auf dem 2. Kongreß der FMC ausführte – alle Männer und Frauen sehr ernst nehmen und genau erkennen müssen, und für die sie gemeinsam kämpfen müssen.

Zur Beteiligung der Frauen am Wirtschaftsleben unseres Landes – natürlich im Rahmen der Grenzen, die unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten setzen – ist zu sagen, daß immer mehr Frauen und Mädchen berufstätig werden und daß ein Programm zur Erhöhung des kulturellen Niveaus der Frauen

in Angriff genommen worden ist. Es wurden neuartige Formen der Berufstätigkeit, auch mit Arbeitsverträgen und unterschiedlichen Arbeitszeitregelungen geschaffen. Wir sind auch bemüht, durch praktische Maßnahmen den Frauen die Arbeitsbelastung zu erleichtern, damit sie ihre Arbeit und ihre sonstigen Tätigkeiten besser koordinieren können. Unter anderem werden berufstätige Frauen beim Einkauf bevorzugt bedient; es gibt besondere Öffnungszeiten und sie bekommen einen besonderen Ausweis. Mit solchen Maßnahmen lassen sich die häuslichen Probleme einer berufstätigen Familie leichter lösen.

Die Zahl der Beihilfen, der Schul- und Werkskantinen und der Kinderkrippen – alles Dinge, die für berufstätige Frauen besonders wichtig sind – wurde erhöht.

Bedeutsam im juristischen Bereich war die Verabschiedung des Familiengesetzbuches 1975, das die Gleichberechtigung innerhalb der Familie festlegt und der Verfassung 1976, die die Rechte und Pflichten der Bürger in allen Lebensbereichen grundsätzlich regelt (Wortlaut in AIB 8/1977, d. Red.).

### Frauenanteil in Volksmachtorganen erhöht

Unsere Bemühungen, den Anteil der Frauen in den staatlichen Organen zu erhöhen, führten 1976 zu einem Erfolg, indem sich die Zahl der weiblichen Delegierten in den Organen der Volksmacht erhöhte, und zwar auf 8 % in den Kommunalparlamenten und auf 22 % in der Nationalversammlung. Besonders hervorzuheben ist, daß die Nationalversammlung als Organ der Volksmacht eine Kommission für die Kinder und für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt hat. Sie achtet darauf, daß die Politik des Staates zur Förderung der Kinder und zur Einbeziehung der Frau in alle Lebensbereiche konsequent durchgeführt wird.

Fortschritte gab es auch bei den Bemühungen, führende Positionen in staatlichen Institutionen und in politischen und Massenorganisationen mit Frauen zu besetzen. Die Organe der Volksmacht wurden bereits erwähnt. Bei den staatlichen Institutionen ist ein Anwachsen des Anteils der Frauen als Betriebsdirektorinnen, als leitende Beamtinnen in zentralen Staatsorganen, als stellvertretende Ministerinnen und als Ministerinnen sowie in anderen Positionen offensichtlich. Auch in den Organisationen der Arbeiterbewegung hat sich die Zahl der Frauen in Leitungsfunktionen deutlich erhöht. Einen großen Fortschritt in dieser Richtung gab es ferner in den Komitees zur Verteidigung der Revolution und im Nationalen Verband der Kleinbauern.

Auch der Anteil der Frauen in unserer Partei und ihren Leitungsorganen hat sich erhöht. Im Augenblick sind 60 %



der Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands Frauen und Mädchen, und das ist sehr ermutigend.

Man könnte noch andere Errungenschaften aufzählen, aber vergessen wir die Probleme nicht, die noch gelöst werden müssen. Ich habe bereits einige Lösungsmöglichkeiten angesprochen, mit denen wir die Probleme der berufstätigen Frauen bewältigen wollen: Einrichtungen für Kinder, Beihilfen, Speisesäle für Kinder, neue Formen der Berufstätigkeit und anderes. Es werden wirklich außerordentliche Bemühungen in dieser Richtung unternommen. Aber es gibt noch längst nicht so viele Einrichtungen wie wir brauchen. Wir können noch längst nicht alle Anforderungen bewältigen, die sich aus der Berufstätigkeit von immer mehr Frauen ergeben. Die Investitionen in diesem Bereich werden auch in den kommenden Jahren gleich hoch bleiben, so daß wir allmählich – in dem Maße, wie sich unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten verbessern – dem Bedarf gerecht werden können. Diese objektiven Hindernisse, aber auch die subjektiven Faktoren, die die Durchsetzung der Gleichberechtigung behindern, wurden auf dem Parteitag klar beim Namen genannt.

### Es gibt noch Vorurteile genug

Wir müssen erst noch die fehlerhaften, ungerechten Vorurteile und Vorstellungen aus der Welt schaffen, die zum Tragen kommen, wenn die Arbeit einer Frau eingeschätzt wird, wenn über die Besetzung einer leitender Position beschlossen wird, wenn Probleme in Partnerbeziehungen und auch andere Probleme analysiert werden. Das behindert die Frauen bei der Ausübung ihres Rechts auf Gleichberechtigung. Es gibt auch heute noch negative Beispiele, Verständnislosigkeit, wenn es um die dringend notwendige Beteiligung aller

Familienmitglieder an der Hausarbeit geht, damit nicht mehr die Frau als die allein dafür Verantwortliche angesehen wird. Es ist unfair und ungerecht, wenn diese Aufgabe ausschließlich auf ihr lastet und es hindert sie, die ihr zustehende Rolle im gesellschaftlichen Leben zu spielen. Alle diese Probleme wurden auf dem 1. Parteitag deutlich ausgesprochen.

Es gibt Fortschritte bei der Lösung dieser Probleme, aber die ideologische Arbeit zur Beseitigung diskriminierender Einstellungen und Vorstellungen muß fortgesetzt werden. In diesem Sinn muß das vom Parteitag angeregte Familien-erziehungsprogramm intensiviert werden, das unter Beteiligung unseres Verbandes, der Kommunistischen Jugend, der Pionierorganisation und der Ministerien für Volksbildung, Gesundheitswesen und Kultur sowie des Instituts zur Förderung der Kinder durchgeführt wird.

Es ist sehr viel über das Vorbild der Eltern, Lehrer und überhaupt der Erwachsenen bei der Erziehung der Kinder und Jugendlichen gesagt worden. Um die Gleichberechtigung zu erreichen, muß auch – in dem Maß, wie die Männer und Frauen sich dieser Probleme immer mehr bewußt werden – die Erziehung der künftigen Generationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und in Übereinstimmung mit den Prinzipien unserer sozialistischen Moral erfolgen, die keine Ungerechtigkeit oder Diskriminierung duldet.

In diesem Kampf bedarf es großer Hartnäckigkeit und umfassender Anstrengungen der Massen. Aber wir sind überzeugt, daß wir siegen werden.

(Quelle: Granma, Havanna, 19. 3. 1978; gekürzt)

#### Anmerkung der Redaktion:

- 1) Der Baraguá-Protest fand am 28. 2. 1878 gegen Ende des zehnjährigen Unabhängigkeitskrieges statt. Antonio Maceo widersetzte sich hier als einziger General auf kubanischer Seite den Friedensplänen der Spanier, die eine Unabhängigkeit Kubas nicht mitumfaßten.

## Exklusiv auf „pläne“-Platten!



**Silvio Rodríguez:**  
**DIAS Y FLORES**  
Best.-Nr. G-8-2015

**Carlos Puebla:**  
**SOY DE PUEBLO**  
Best.-Nr. G-8-2017

**Carlos Puebla:**  
**TRAIGO DE CUBA**  
**UN CANTAR**  
Best.-Nr. G-8-2016

**Grupo de**  
**Experimentacion**  
**Sonora ICAIC:**  
**¡CUBA VA!**  
Best.-Nr. G-8-2018

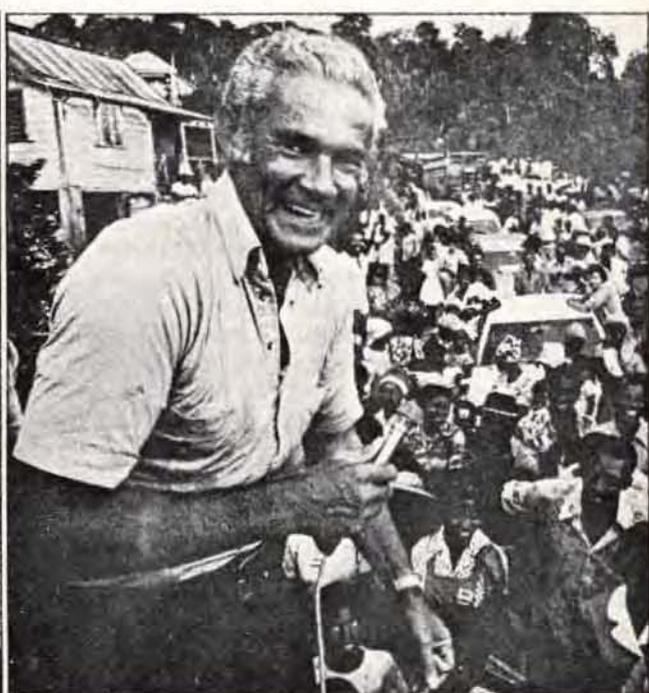
Gesamtverzeichnis  
anfordern. Kostenlos.  
Kennwort AIB  
bitte angeben!



Verlag „pläne“ GmbH  
Postfach 827  
4600 Dortmund 1  
Tel. 0231 / 81 89 25

# CUBA

## Anna Hermanns **Manley am Scheideweg**



Slums in Jamaikas Hauptstadt Kingston; Premierminister Manley im CIA-Visier (r.)

Jamaika – ein Name, bei dessen Erwähnung viele sogleich an Sonne, Strand und erholsame Ferientage denken: „Denn hier sind sie wirklich, die palmengesäumten Badebuchten aus den Bilderbüchern für Erwachsene. Hier taucht man vom hellen Sandstrand sacht in das handwarme Wasser, das nie kühler als 26 Grad wird . . . Die Natur gefällt sich im Überfluß dichter Wälder und wasserreicher Flüsse. Es grünt und blüht wie im Garten Eden . . .“, so pries u. a. im Dezember 1976 das Handelsblatt seinen Lesern die größte englischsprachige Insel in der Karibik an.

### Ein „Paradies“ mit Fehlern

Doch Jamaika ist mehr als ein Tummelplatz für sonnenhungrige Touristen und amerikanische Millionäre. So steht die drittgrößte der Antilleninseln, zu Beginn dieses Jahrhunderts noch einer der größten Zucker- und Bananenlieferanten, heute an dritter Stelle in der Reihe der Bauxit-Aluminium-Exporteure der westlichen Welt. Die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes vom landwirtschaftlichen zum industriellen Sektor – bedingt durch die Entdeckung hoher Bauxitvorkommen und die zunehmend instabiler werdende Lage auf dem weltweiten Zucker- und Bananenmarkt – führte über die Entwicklung des Bergbaus auch zu zahlreichen Investitionen in der Infrastruktur (Energiewirtschaft, Transportwesen) und einer sorgfältig geplanten generellen Industrialisierungspolitik der Insel. Im Rahmen eines Industrieförderungsprogramms erhöhte man so zwischen 1960 und 1973 die Industriebetriebe von 85 auf 206<sup>1</sup>.

Jamaika – also ein Garten Eden?

Der erste Eindruck täuscht und auch das Handelsblatt kommt nicht umhin, feststellen zu müssen, daß dieses „Paradies“ auch einige „Fehler“ aufzuweisen hat, wengleich diesen „Fehlern“ 1976 auch noch recht wenig Bedeutung beige-

messen wurde. Inzwischen hat sich die politische Lage auf der Insel so deutlich verändert, daß bereits erste Vergleiche zur Situation in Chile unmittelbar vor dem Putsch gegen die Regierung der Unidad Popular gezogen werden.

August 1977: Jamaika feiert den 15. Jahrestag der Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien. Doch diese Unabhängigkeit ist bis auf den heutigen Tag nur in wenigen Punkten Realität geworden. Jamaika leidet immer noch unter den Folgen der jahrhundertelangen Kolonisation durch Spanier und Briten (siehe Kasten). So wird die britische Königin auch heute noch als Staatsoberhaupt des Inselstaates, der Mitglied des britischen Commonwealth of Nations ist, anerkannt. Ein noch weitaus gravierendes Relikt aus der Kolonialzeit ist jedoch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Insel nicht nur vom einstigen „Mutterland“, sondern auch in wachsendem Maße von den USA, für die Jamaika bis 1972 gewissermaßen ein ruhender Pol im politisch unruhigen karibischen Raum war. –

Der Grund für diese politische „Unauffälligkeit“ lag in der Politik der ersten „unabhängigen“ Regierung der Insel, die von Vertretern der Arbeiterpartei Jamaikas (JLP) getragen wurde. Die JLP, 1943 von Alexander Bustamente gegründet, nachdem die politischen Differenzen in der Parteiführung der 1938 von Alexander Bustamente und Norman W. Manley gebildeten Nationalen Volkspartei (PNP) unüberbrückbar geworden waren, hatte in den ersten zehn Jahren der Unabhängigkeit den Inselstaat völlig dem Diktat ausländischer Interessen ausgeliefert. Die US-Monopole ALCOA, Anaconda, Kaiser, Revere und Reynolds, sowie das kanadische ALCAN-Konsortium, welche die Bauxitvorkommen ausbeuten, britische Unternehmen und die Besitzer der großen Plantagen bestimmten praktisch alles, was auf der Insel zu geschehen hatte. Für die Jahresförderung von 13,3 Mio t Bauxit gaben die Monopole dem Staat lächerliche 25 Mio Dollar. 25 % der erwerbsfähigen Bevölkerung – bei einigen

Gruppen der Negerbevölkerung, der Nachkommen der Sklaven aus Afrika, sogar bis zu 50 % – waren arbeitslos. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der zu 90 % aus Farbigen bestehenden Bevölkerung betrug 500 Dollar, in der Landwirtschaft oft nur 100 Dollar.<sup>2</sup>

### Manleys tiefe Einschnitte

Gegen diese Politik zog 1972 Michael Manley, Sohn Norman W. Manleys und bekanntes Gewerkschaftsmitglied, als Kandidat der PNP zu Felde und konnte 56 % der Wählerstimmen (36 von 56 Sitzen) auf sich vereinigen.

Bereits die ersten Amtsjahre des neuen Premierministers brachten zahlreiche tiefgreifende Einschnitte in das politische und soziale Leben Jamaikas: 1972 durchbrach Jamaika gemeinsam mit Guayana, Trinidad, Tobago sowie Barbados den Boykott der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) gegen Kuba und nahm diplomatische Beziehungen zu dem benachbarten Inselstaat auf. Im Rahmen einer Alphabetisierungskampagne wurde 150 000 Erwachsenen Lesen und Schreiben beigebracht, ein Jugendprogramm für die Ausbildung armer Minderjähriger entwickelt, ebenso ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die stetig wachsende Zahl der Ar-

## Jamaika-Daten

**Territorium und Bevölkerung:** Auf einer Fläche von ca. 11 525 qkm (etwa 1/10-Größe Kubas, 1/20 der BRD) leben etwa 2,1 Mio Einwohner, 30 % davon leben in der Hauptstadt Kingston. Die Bevölkerung setzt sich zu 90 % aus Negern und Mulatten, zu 5 % aus Weißen und zu 3,4 % aus Indern und Chinesen zusammen. 60 % der Bevölkerung leben auf dem Land.

**Amtssprache:** Englisch

**Wirtschaft:** Jamaikas Wirtschaft wandelte sich in den letzten 3 Jahrzehnten vom kapitalistischen Agrarstaat zum – obzwar schwachentwickelten und abhängigen – Agrar-Industriestaat. Der Anteil des Industrie/Bergbausektors am Bruttoinlandsprodukt betrug 40 %, kam also Argentinien (43) oder Chile (46) nahe; BIP-Anteil der Landwirtschaft: 7 % (ebenso Chile; Argentinien 15 %). Anteil der Beschäftigten in der Industrie: 22 % (Chile 33 %), Landwirtschaft 35 % (Chile 21 %). Auch das Prokopf-Einkommen Jamaikas reichte 1974 mit 1190 Dollar nahe an argentinisches Niveau (1520; Kuba 710) heran. Jamaika gehört heute zu den bedeutendsten Bauxit- und Tonerdelieferanten der Welt. Auf den Inseln Morant Cays und Pedro Cays wird Guano abgebaut. Die einheimische Industrie verarbeitet außer Bodenschätzen vorrangig landwirtschaftliche Produkte (Zucker, Rum, Tabak zu Zigaretten, Konserven). Darüber hinaus werden in der Landwirtschaft Mais, Reis, Bataten, Maniok und Bohnen für den Eigenbedarf angebaut.

**Soziale Lage:** Die Lebenshaltungskosten sind steigend, 20,8 % der Einwohner arbeitslos; viele Arbeiter gehen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage als Saisonarbeiter ins Ausland. Rund 18 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Das Bildungs- und Gesundheitswesen ist durch die große Abwanderung von Fachkräften stark beeinträchtigt. Die Lebenserwartung liegt bei 62,5 Jahren (Argentinien 65,1; Kuba 70).

**Geschichte:**

1494	Kolumbus entdeckt die Insel
1655	Eroberung durch die Engländer, die J. in ein Zentrum der Plantagenwirtschaft und des Sklavenhandels verwandeln.
1833	Aufhebung der Sklaverei
1958–1962	Westindische Föderation, in der J. führend war.
1962	Unabhängigkeitserklärung. J. erhält den Status eines Commonwealth-Mitglieds und UN-Aufnahme.
1968	Beitritt zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)
1972	J. nimmt entgegen OAS-Beschluß diplomatische Beziehungen zu Kuba auf.
1973	Gründungsmitglied des CARICOM (siehe Kasten)
1974	Teilnahme an der Gründungstagung für die Organisation Bauxitexportierender Länder
1976	Wiederwahl Michael Manleys

beitslosen. Im Bereich der Landwirtschaft wurden große Landteile der Zuckergesellschaften zu den bei den Steuerämtern eingetragenen Werten abgekauft und landlosen Bauern übereignet, Genossenschaften gebildet und die Erschließung und Bewässerung kultivierbarer Böden veranlaßt.

Besonderes Aufsehen erregte die Regierung Manley, als sie Ende 1974 von dem US-Aluminiumkonzern Kaiser eine Mehrheitsbeteiligung von 51 % der Aktien erzwang und auf diese Weise versuchte, stärkeren Einfluß auf die Bauxitwirtschaft zu gewinnen. Schon im Juli 1974 war es zu lautstarken Protesten vor allem seitens der Bauxitunternehmer gekommen, nachdem mit Hilfe eines Gesetzes, das die Erhöhung der Exportsteuer für Aluminium und Bauxit vorsah, eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen von rund 200 Mio Dollar erreicht werden konnte.<sup>3</sup>

Bereits die Durchführung dieser ersten Maßnahmen führte zu wütenden Angriffen nationaler und internationaler reaktionärer Kreise auf die Regierung Manley, allen voran die JLP unter Ex-Finanzminister Edward Seaga. Er warf Manley wiederholt vor, er liefere die Insel der Einflußsphäre Fidel Castros aus und sah sich besonders bestätigt, als Manley 1974 erklärte, daß Jamaika von nun an verstärkt den Weg des „demokratischen Sozialismus“ gehen werden.

Um diesen Kurs der Regierung aufzuhalten, war und ist deren Gegnern jedes Mittel recht. So sah sich Manley im Juni 1976 gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen, nachdem Brandstiftungen, bewaffnete Überfälle, Bombenattentate gegen Regierungsgebäude und Mordanschläge auf Politiker der PNP die Insel in einen bürgerkriegsähnlichen Zustand versetzt hatten. Innerhalb eines halben Jahres fielen ca. 200 Menschen Terroranschlägen zum Opfer. Eine ganz besonders abgefeimte Variante der Destabilisierungspolitik wurde bei der Aufdeckung eines Komplotts deutlich, das die Inszenierung von vorgetäuschten Morden an Oppositionsführern zum Ziele hatte, um auf diese Weise die Parteimitglieder der PNP und vor allem die Mitarbeiter Manleys zu belasten.

### Destabilisierung auf antikubanisch

Ein weiteres Mittel, die Politik Manleys zu einer Niederlage zu führen, stellten die zahlreichen Hetzkampagnen in den Massenmedien dar, die u. a. auch zu einem deutlichen Rückgang des zuvor recht starken und finanziell lukrativen Touristenstroms führten. Darüber hinaus warteten in Leserbriefkolumnen Briefkastenorganisationen das jamaikanische Volk vor den Übeln des kubanischen Kommunismus und beschuldigten kubanische Techniker, die seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in Jamaika Schulen, Dämme und Wohnungen bauen, Geheimagenten zu sein.<sup>4</sup>

Besonders schwerwiegende Folgen brachte die verstärkt einsetzende Kapitalflucht; schätzungsweise 400 Mio Dollar flossen illegal ins Ausland<sup>5</sup>. Um die Wirtschaft noch weiter in Bedrängnis zu bringen, provozierte man Arbeitsniederlegungen und Fabrikstillegungen. Angebliche Ausschreitungen, z. B. bei ALCOA, dienten dazu, die Produktion des Betriebes für einen Monat einzustellen und auf diese Weise der Regierung erhebliche finanzielle Verluste zuzufügen.<sup>6</sup> All dies und die Tatsache, daß die Preise für Jamaikas zweites Exportgut, den Zucker, 1976 ebenfalls stark absanken, sorgte dafür, daß die Arbeitslosenquote gegen Ende des Jahres erneut auf 25 % anstieg.

Angesichts dieser politischen Lage kam dem überwältigenden Wahlsieg der PNP Ende 1976 (49 von 60 Sitzen) und deren erneuter Bestätigung in den Kommunalwahlen im März 1977 eine besonders große Bedeutung zu. Mit diesem Wahlerfolg wurde der progressiv-antiimperialistische Kurs der Regierung Manley von der jamaikanischen Bevölkerung nachhaltig unterstützt. Gleichzeitig aber diente dieser Sieg den reaktionären in- und ausländischen Kräften dazu, die Politik der Destabilisierung noch offensiver fortzusetzen und

die Regierung Manley auf diese Weise in eine besonders zwiespältige Lage zu bringen.

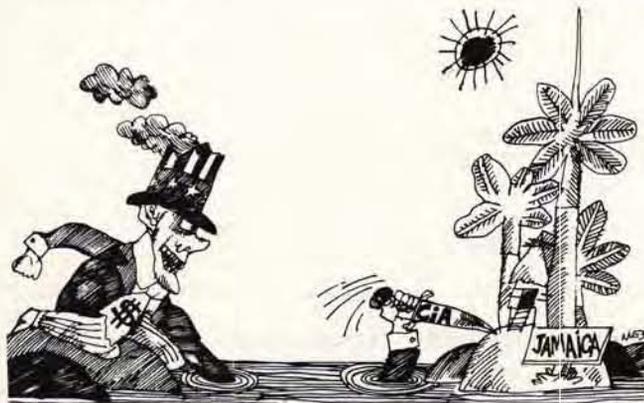
Auf der einen Seite ließ Manley auch in seiner neuen Regierungsperiode deutlich erkennen, daß er nicht bereit ist, den Weg Jamaikas hin zur nationalen Unabhängigkeit aufzugeben. So kündigte Manley noch für dieses Jahr eine öffentliche Diskussion darüber an, ob durch eine Verfassungsänderung Jamaika den Status einer Republik erhalten soll. Darüber hinaus bemüht sich Jamaika in verstärktem Maße um engere Kontakte sowohl zu den Ländern der sog. Dritten Welt – hier besonders zu seinen Nachbarn – als auch zu den sozialistischen Staaten. Bereits im März 1977 wurden die ersten Schritte unternommen, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, am 19. 12. 1977 kam es zur Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen Jamaika und der Sowjetunion, das die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen aus der UdSSR und den Export von Rohstoffen und Fertigprodukten in die Sowjetunion vorsieht.<sup>7</sup>

In der Bauxitindustrie zeichnet sich eine immer festere Zusammenarbeit zwischen Jamaika, Mexiko und Venezuela ab.<sup>8</sup> Besonders eng sind – wie schon erwähnt – die Kontakte zur Nachbarinsel Kuba, die durch den Staatsbesuch Fidel Castros im vergangenen Jahr noch eine zusätzliche Vertiefung erfuhren.

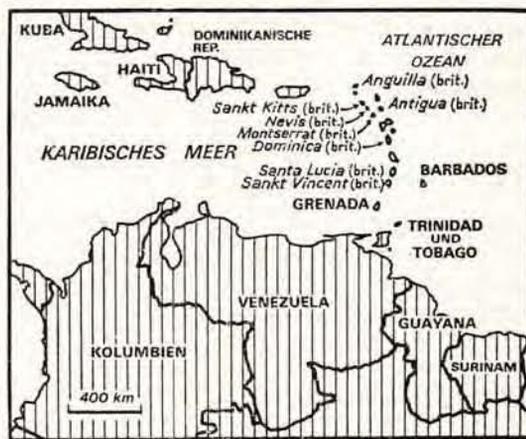
### Angloamerikanischer Druck zeigt Wirkung

Auf der anderen Seite dürfen all diese politischen Schritte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß für Jamaika immer noch die USA und die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) die wichtigsten Handelspartner darstellen und jeder politische Zug z. B. der USA in Jamaika gravierende Folgen zeitigt. Immer noch importieren die USA z. B. 80 % des gesamten Bauxitexports der Insel<sup>9</sup> und lassen dabei sehr deutlich erkennen, daß sie, um ihren Einfluß auch zukünftig zu erhalten, bereit sind, ihre wirtschaftlich so schwerwiegende Stellung auch als Erpressungsmittel auszunützen. Diese Haltung erklärt sich nicht nur aus den wirtschaftlichen Interessen, die seitens der USA an der Insel bestehen – z. B. verfügt Jamaika über zahlreiche und infolgedessen billige Arbeitskräfte –, sondern auch aus der zentralen militärstrategischen Lage Jamaikas.

Das hat bereits schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel gezeitigt. So erklärten die USA Anfang 1977 Jamaika zu einem Kreditrisiko und erreichten auf diese Weise, daß etliche Investoren der Regierung Manley ihre finanzielle Unterstützung entzogen. Mit Hilfe eines Notprogramms versucht Manley die Ausweitung der wirtschaftlichen Krise abzuwenden. Dieses Notprogramm sah u. a. Devisenbeschränkungen, Steuererhöhungen, einen sechsmonatigen Preis- und Lohnstopp sowie Kürzungen der Ausgaben der öffentlichen Hand vor. Urlaubsreisen ins Ausland wurden den Jamaikanern insofern nahezu unmöglich gemacht, als nur 50 Jamaikanische Dollars (J\$) ausgeführt werden dürfen.<sup>10</sup>



## CARICOM



Die Karibische Wirtschaftsgemeinschaft (CARICOM) wurde 1973 unter Beteiligung von 12 Staaten aus dieser Region gegründet. Die CARICOM ist hervorgegangen aus der bereits 1968 von denselben Staaten ins Leben gerufenen Freihandelszone der karibischen Länder (CARIFTA) und unterscheidet sich von dieser durch umfassendere und längerfristig angelegte Integrationsbestrebungen. Zu den Mitgliedsländern der CARICOM zählen: Jamaika, Trinidad und Tobago, Guayana, Barbados, die Inselgruppe Antigua, Montserrat, die Föderation St. Kitts, Nevis, Anguilla (Leewards Inseln) sowie die Inseln Grenada, St. Lucia, St. Vincent und Dominica (Windwards Inseln), und schließlich der zentralamerikanische Staat Belize.

Von den genannten Inseln stehen alle mit Ausnahme von Grenada noch unter britischem Protektorat.

Das spezifische wirtschaftliche und soziale Gepräge der CARICOM-Länder resultiert aus der Präsenz vor allem US-amerikanischer und britischer Monopole. So beläuft sich die Höhe der in diesem Raum getätigten US-Investitionen auf mindestens 4,5 Mrd. Dollar. 2/3 aller Importe an Bauxit und Tonerde beziehen die USA aus dem karibischen Becken; 1/4 des importierten Erdöls wird dort raffiniert und in den Häfen umgeschlagen.

Die Zielsetzungen der CARICOM verraten antiimperialistische Züge: Überwindung der Abhängigkeit vom Auslandskapital und Aufbau einer nationalen Wirtschaft. Sie soll realisiert werden u. a. durch die Ausweitung und Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen dieser Länder untereinander; Verbesserung des Handels durch Senkung bzw. Aufhebung der bestehenden Zollbestimmungen für die Produkte aus dieser Region; verstärkte regionale Kooperation und Effektivierung der Produktion; verstärkte Zusammenarbeit auf sozialem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet; Koordinierung in der Außenpolitik.

Außenpolitisches Prinzip dieser Länder ist eine aktive Politik der Nichtpaktgebundenheit. Sie treten entschieden für eine Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Sinne der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ein.

Zwischen den CARICOM-Staaten Trinidad/Tobago einerseits und Jamaika, Guayana andererseits sind in letzter Zeit gewisse Komplikationen aufgetreten, die aus unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und der US-amerikanischen Destabilisierungspolitik herrühren. In diesem Kontext gewinnt die wachsende Zusammenarbeit der karibischen Länder mit den sozialistischen Staaten an Bedeutung. In jüngster Zeit erfolgten offizielle Besuche von Regierungsvertretern Guayanas und Jamaikas in Kuba, wobei u. a. ein kubanisch-jamaikanisches Abkommen über die Verbesserung der Beziehungen beider Staaten auf den Gebieten Landwirtschaft, Gesundheitsschutz, Sport und Tourismus abgeschlossen wurde.

Doch Manley erreichte nur wenig. Zahlreiche kleine jamaikanische Geschäftsleute verließen die Insel, ebenso wanderten Facharbeiter und Akademiker vor allem in die USA aus, so daß die Insel heute einen großen Mangel an spezialisierten Fachkräften (Techniker, Lehrkräfte, Ärzte) aufzuweisen hat. Viele Fabriken reduzierten ihr Personal und ließen die Arbeitslosenquote somit weiter ansteigen. Das Prokopf-Einkommen sank im Zeitraum 1976–1977 von 1249 J\$ auf 1002 J\$.<sup>11</sup>

Die sich stetig verschlechternde wirtschaftliche Situation – Jamaika ist zum ersten Mal in der Geschichte der Insel genötigt, gegenüber Banken und anderen Gläubigern im Ausland Aufschub für fällige Zahlungen zu erbitten und neue Ziele auszuhandeln<sup>12</sup> – hat auch in der PNP selbst zu heftigen Auseinandersetzungen geführt und den Druck auf Manley, seine fortschrittliche Politik aufzugeben, verstärkt. So wurden z. B. auf dem Parteitag der PNP im September 1977 die fortschrittlichen Kräfte in der Parteiführung abgewählt und durch rechte Parteimitglieder ersetzt. Bezeichnend für die aufbrechende Spaltung der Partei war der Rücktritt des Generalsekretärs Dr. Duncan, der als einer der führenden Vertreter des linken Flügels in der Partei angesehen war.<sup>13</sup>

### Jamaika am Scheideweg

Als zusätzliches Problem erweist sich die relativ passive Haltung der Mehrheit der jamaikanischen Bevölkerung gegenüber der Politik Manleys. Dies hat seine Ursache insbesondere darin, daß die Schwarzen, die doch den überwiegenden Teil der Bevölkerung stellen, die ihnen oktroyierten Verhaltensmuster sozialer rassistischer Inferiorität bis heute noch nicht gänzlich haben aufbrechen können. So sind auch heute noch kaum Schwarze in der Ober- oder oberen Mittelschicht der Insel vertreten.<sup>14</sup>

Erste Erfolge dieses Rechtsdrucks zeigten sich bereits Mitte 1977, als Jamaika nach langem Zögern den Internationalen Währungsfonds (IWF) um finanzielle Unterstützung ansprach, obwohl Manley diesen zuvor mehrfach als „Agenten des Imperialismus“ bezeichnet hatte. Auch die Kontakte zum „Mutterland“ sind in der letzten Zeit wieder vertieft worden. Ende 1977 vereinbarten Jamaika und Großbritannien einen Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen und der technologischen Zusammenarbeit<sup>15</sup>.

All diese Maßnahmen machen deutlich, daß Jamaika jetzt, eineinhalb Jahre nach dem so großen Wahlsieg Manleys, an einem Scheideweg angelangt ist. Immer stärker versuchen die imperialistischen Kräfte, dem Land ihren Willen aufzuzwingen. Das Ende ist offen – die Gefahr eines möglichen zweiten Chile in der Karibik noch lange nicht beseitigt.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Lateinamerika, Hamburg 1976, S. 261
- 2) Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 28./29. 8. 1976
- 3) Vgl. auch L'economiste du tiers monde, Paris, Sept./Okt. 1977
- 4) 3. Welt Magazin, Bonn, Nr. 1/1977
- 5) Die Zeit, Hamburg, 24. 12. 1976
- 6) Vgl. 3. Welt Magazin, Nr. 1/1977
- 7) Vgl. Horizont, Berlin, Nr. 2/1978
- 8) Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA), Köln, Februar 1978
- 9) Ebenda
- 10) Bfa, 21. 1. 1977
- 11) Mitteilungen der BfA, Februar 1978
- 12) Ebenda
- 13) Africa, London, Nr. 76/Dezember 1977
- 14) Vgl. D. Nohlen/F. Nuscheler, Lateinamerika, a. a. O., S. 264
- 15) Pensa Latina, Havanna, 1. 10. 1977

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 29

**Gulliver**  
**Deutsch-Englische Jahrbücher,**  
**Bd. 4**  
**Die roten dreißiger Jahre**

#### Editorial

- U. Bültemann u. R. Lehberger: Die roten Dreißiger in USA und Großbritannien. Ein Überblick über die politische Situation und Kulturszene  
H. G. Klaus: Politische Lyrik im „Thirties Movement“ (I)  
R. L. Ortega: Industrial Conflict and the Viewpoint of the English Novel in the 1930s  
R. Lehberger: Internationale Verbindungen und Beeinflussungen des sozialistischen Theaters im England der dreißiger Jahre  
I. Watson: Alan Bush and Left Music in the Thirties. An Introduction and an Interview  
J. Enkemann u. H. G. Klaus: „Let the people speak for themselves“. Zur britischen Dokumentaristik der dreißiger und vierziger Jahre (I)  
E. Brüning: Die amerikanische Zeitschrift „New Masses“ und die Sowjetliteratur  
D. Herms: „Reds I Have Known“. Upton Sinclairs Verhältnis zum Kommunismus  
U. Bültemann: Produktion und Aufführung des Living Newspaper „Strike Marches On“  
P. S. Foner: The Black Workers in the Seventies  
R. Southall: The Mood of the Traditional Popular Ballad (I)  
F. Unger: Notiz zu „The Transition from Feudalism to Capitalism“

#### Diskussion

- H. Breuer: Endspiel der Subjektivität. Versuch über Samuel Becketts „Das letzte Band“

#### Konferenzen/Ausstellungen Besprechungen

AS 21

**Schule und Erziehung (VI)**

### Reformpädagogik: Versuch einer Orientierung

- A. Rang, B. Rang-Dudzik: Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik
- B. Rang-Dudzik: Pädagogischer Subjektivismus und objektive Notwendigkeit. Zur Kritik an der Reformpädagogik in der SBZ und in der frühen DDR
- A. Hopf: Zum ambivalenten Charakter situationsorientierter Ansätze in der neueren Curriculum-Entwicklung
- J. Held: Visuelle Kommunikation und Kunstgeschichte
- H. Karl, K. Wanner: Anmerkungen zum bedürfnis- und erfahrungsorientierten Ansatz in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit

### Berufspädagogik: Einführung und Überblick

- M. Ehrke: Berufspädagogik als arbeitsorientierte Sozialwissenschaft
- P. Faulstich: Das Persönlichkeitsproblem und die Berufspädagogik
- J. Dikau: Berufliche Weiterbildung als arbeitsorientierte Erwachsenenbildung
- M. Mende, W. Quitzow: Die Verbindung von Technik und Naturwissenschaft im Unterricht als schulpolitisches und didaktisches Problem
- M. Kipp, G. Miller: Theorie und Praxis der Berufserziehung im Nationalsozialismus

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM  
Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

**Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65**

Barbara Pflug

## Progressive Züge des Burnham-Regimes



Premier Forbes Burnham

In jüngster Zeit macht dieses relativ kleine, im Nordosten Lateinamerikas gelegene Land durch zunehmende Bestrebungen in Richtung auf eine Lösung von der bisher dominierenden Vormundschaft durch den angloamerikanischen Imperialismus und auf eine fortschrittliche Außenpolitik von sich reden.

Dieser Prozeß setzte 1970 ein, als es in „Kooperative Republik Guyana“ umbenannt wurde. Einige Ereignisse, die die Weltöffentlichkeit aufmerksam machten, seien hier aufgeführt: Im Jahr 1975 stattete der Premierminister Burnham dem sozialistischen Kuba einen Staatsbesuch ab, dessen Ergebnis im November 1976 in der Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bestand, nachdem das Land zuvor schon die von den USA über ganz Lateinamerika verhängte Kuba-Blockade durchbrochen hatte; im Juni 1976 erklärte die Regierung das aus dem Jahr der Unabhängigkeit (1966) stammende Verteidigungsabkommen mit den USA für beendet und im Januar d. J. bekundete der Minister für industrielle Entwicklung, Hoyte, anlässlich einer Begegnung mit Vertretern der RGW-Länder, daß seine Regierung an der Entwicklung gegenseitiger vorteilhafter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen interessiert sei.

### Burnhams rechte Vergangenheit

Es mag zunächst verwundern, daß die Regierungspartei – der Nationale Volkskongreß (PNC) – eine solche Entwicklung vollzieht, da sie sich, zunächst als proimperialistisch und z. T. rassistisch orientiert, aufgrund von Wahlmanipulationen an die Regierung gebracht hat und auch dort hält. Um diesen Prozeß verständlich zu machen, ist ein Rückgriff auf den Kampf um die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie British-Guiana notwendig.

Im Jahr 1950 formierte sich unter Führung von Cheddi Jagan eine marxistische Massenpartei – die fortschrittliche Volkspartei (PPP) – die die bewußtesten Kräfte der Arbeiter, Angestellten, der Intelligenz und des Mittelstandes unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit umfaßte. Unter Berufung auf den wissenschaftlichen Sozialismus bestand ihr Ziel zunächst in der Erringung der nationalen Unabhängigkeit. Noch unter dem britischen Kolonialjoch gelang es ihr in den Wahlen 1953, 1957 und 1961 eine Regierungsmehrheit zu erkämpfen und damit der Kolonialmacht im Rahmen ihrer eigenen Spielregeln eine Niederlage zu bereiten.

Durch das Schüren rassistischer Gegensätze zwischen den bei-

den Haupttrassen, einerseits den Indern, die als unterprivilegierteste Schicht zumeist als Landarbeiter beschäftigt sind, und andererseits den relativ gut bezahlten Afrikanern, gelang es jedoch den Briten, die Partei im Jahre 1955 zu spalten. Unter Führung von L. F. S. Burnham, dem heutigen Premierminister, gründeten Kräfte, die sich hauptsächlich aus dem städtischen Kleinbürgertum und Bauxitarbeitern afrikanischer Herkunft rekrutierten, 1957 eine in Richtung Sozialdemokratie tendierende Partei, den Nationalen Volkskongreß (PNC).

In den wichtigsten Fragen ihrer Politik vertrat sie die Interessen der englischen Kolonialmacht und des US-Imperialismus, die offen ihre Furcht vor der Entstehung eines „zweiten Kuba“ in Lateinamerika zum Ausdruck brachten. 1964, zwei Jahre vor der Unabhängigkeit von Großbritannien, wurde der PNC in Koalition mit der United Force (UF), der äußerst rechten Partei der einheimischen Großbourgeoisie, mit der Regierungsbildung beauftragt, obwohl es der PPP trotz einer von den Briten veranlaßten undemokratischen Wahlgesetzgebung gelungen war, mehr als die Hälfte der Stimmen zu erhalten.

Auch die folgenden „Wahlsiege“ der PNC waren, wie die PPP nachwies, nur ein Ergebnis des Verwendens betrügerischer Mittel wie vertretungsweisen Abstimmens, gefälschter Stimmscheine sowie der Aufnahme von verstorbenen und erfindenen Personen in die Wählerlisten. Die PPP beschloß daher im Anschluß an die Wahlen von 1973, die ihr zustehenden Mandate nicht wahrzunehmen.

### Wirtschaftlicher Tiefgang

Die Wirtschaft Guyanas ist als ein Ergebnis der kolonialen Vergangenheit rohstoffexportorientiert und zeigt die allgemeinen Merkmale eines unterentwickelten Landes. Wichtigste Exportgüter sind Bauxit und Zucker.

Ende der 60er Jahre erzielten dabei die beherrschenden internationalen Konzerne, insbesondere aus den USA, Kanada Großbritannien, jährlich rund 60 Mio Guyana-Dollar Profit, der größtenteils ins Ausland transferiert wurde. Insgesamt lieferten die karibischen Territorien – Guyana, Surinam, Jamaika und die Dominikanische Republik – 86 % des für die Rüstungsindustrie strategisch wichtigen Rohstoffes Bauxit für die nordamerikanische Aluminiumindustrie, erhielten dafür aber nur 4 % des Gesamt-Nettoeinkommens dieser Industrie. Da gleichzeitig die Kosten für importierte Fertig-

## Guayana-Daten



**Territorium und Bevölkerung:** Fläche 214 969 qkm (fast so groß wie die BRD).

Hauptstadt: Georgetown (200 000 Einwohner).

Bevölkerungszahl: 800 000; Zuwachs pro Jahr 2,5 % (1971). 90 % der Einwohner leben in dem kultivierten Küstenstreifen. Ethnische Gruppen: 50 % Inder, 31,5 % Afro-Amerikaner, 11,5 % Mestizen, 4,6 % Indianer, 1 % Portugiesen, 0,6 % Chinesen, 0,9 % anderer Herkunft.

**Religionen:** 60 % Christen, 15 % Hindus, 5 % Mohammedaner.

**Wirtschaft:** G. ist ein rückständiges Agrarland. 85 % des Landes sind mit tropischem Regenwald bedeckt, nur 0,9 % der Fläche werden bebaut.

**Landwirtschaft:** hauptsächlich Plantagenwirtschaft. Hauptprodukte: Zuckerrohr und Reis; Ca. 50 % der Exportgüter kommen aus diesem Bereich, wobei allein 30 % auf den Zuckerelexport entfallen. Die Landwirtschaft trägt 20 % (1971) zum Bruttoinlandsprodukt bei, beschäftigt aber noch 34 % der Erwerbstätigen.

**Industrie:** G. steht an 5. Stelle (1972) der bauxitproduzierenden Länder; Bauxit und Aluminium bilden 47 % des gesamten Exportwertes. Weiter werden Diamanten, Gold und Mangan abgebaut. Der Bergbau trägt 19,1 % (1971) zum BIP bei und beschäftigt 3,5 % der Erwerbstätigen. Das BIP pro Kopf der Bevölkerung beträgt (1974) 291 Dollar, gegenüber Haiti 106 Dollar und Brasilien 596 Dollar.

G. ist Mitglied im CARICOM (siehe Kasten zum Jamaika-Artikel), der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten, der UNO, der OAS und des internationalen Bauxitkartells (gegründet 1974).

waren immens anstiegen und die Ausgaben für den aufgeblähten unproduktiven bürokratischen Apparat – Steigerung von 27 Mio Dollar 1967 auf 1200 Mio Dollar 1976 – den Staatshaushalt Guyanas weiter belasteten, geriet das Land in eine katastrophale Auslandsverschuldung. In den vergangenen 20 Jahren stieg so die öffentliche Verschuldung um das 21fache an; im Jahr 1973 betrug sie nach offiziellen Angaben 381,9 Mio Dollar. Anfang der 70er Jahre mußten zur Tilgung der Schulden schon mehr als 30 % des Haushaltsbudgets aufgebracht werden.

Verglichen mit der Zeit der Regierung der PPP (1954–1964) und den zehn Jahren der PNC (1964–1974) fiel die Wachstumsrate der Zuckerproduktion von insgesamt 33 % auf 5 % und die der Reisproduktion von 100 % auf 8 %. Auch das Ansteigen der Lebenshaltungskosten von 1965–1973 liegt mit 4,1 % weit über dem Zeitraum von 1957–1964 mit 11 %. Die Arbeitslosenrate beträgt im Durchschnitt 25 % und liegt bei den Jugendlichen in den Städten weit höher.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Lage verschärfte sich der insbesondere von der PPP angeführte Klassenkampf. In den Jahren von 1965–1968 kam es jeweils zu einer Rekordzahl von Streiks, auf die das Regime zunächst

mit brutaler Unterdrückung reagierte. Je mehr sich die Lebensbedingungen auch angesichts der geometrisch gewachsenen Steuerlasten verschlechterten, wuchsen aber auch die Widersprüche zwischen den einfachen Mitgliedern und der Führung des PNC. Hinzu kam, daß gerade in dieser Zeit das revolutionäre Kuba seine Wirtschaft festigen, bedeutende Erfolge auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet erzielen konnte und von daher eine besondere Anziehungskraft gerade auf die Länder der Karibik ausübte.

Die politische und ökonomische Krise Guyanas führte schließlich dazu, daß 1968 die UF aus der Regierungskoalition ausschied, und die PNC unter Burnham am 23. Februar 1970 die „Kooperative Republik Guyana“ konstituierte.

### Die Wandlungsprozesse der PNC

Das damit verbundene Konzept beinhaltete die Durchführung einer Reihe von Reformmaßnahmen, deren Inkonsequenz und z. T. Widersprüchlichkeit aus dem Charakter des PNC selbst resultiert. Neben der Ingangsetzung fortschrittlicher Entwicklungen in der Außenpolitik wurden im Rahmen des von der Regierung propagierten „kooperativen Sozialismus“ 1971 und 1975 die beiden die Bauxitproduktion kontrollierenden Gesellschaften Alcan und Reynolds verstaatlicht. Außerdem kündigte die Regierung 1975 an, die Holding-Gesellschaften des britischen Zuckerkonzerns Jessels zu verstaatlichen, die 11 Zuckerraffinerien und -plantagen in Guyana besitzen. Der andere große Zuckerkonzern Booker blieb bislang noch unbehelligt.

Aufgrund der mehr als großzügigen Entschädigungen, die die Regierung zu zahlen vereinbarte, um einer direkten Konfrontation mit den Westmächten aus dem Wege zu gehen, stießen die Verstaatlichungen nicht auf harten Widerstand seitens der Konzerne. Andererseits ist die guyanesisische Wirtschaft heute mehr an das ausländische Kapital in Gestalt der Export-Import Bank, der Weltbank und der Chase Manhattan Bank verschuldet als je zuvor.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen vor allem in der Außenpolitik sah sich die PPP 1975/76 veranlaßt, ins Parlament zurückzukehren und die Regierung dort mit einer Haltung der „kritischen Solidarität“ zu unterstützen. Im August 1977 wandte sich die Fortschrittliche Volkspartei mit dem Aufruf zur Bildung einer Nationalen Patriotischen Front und einer Regierung der Nationalen Front (siehe Kasten) an alle fortschrittlich-antiimperialistischen Kräfte, da nur durch ein gemeinsames entschlossenes Vorgehen die Krise in Guyana überwunden werden kann.



# Fortschrittliche Volkspartei

## Programm für eine Nationale Front-Regierung



PPP-Vorsitzender Cheddi Jagan

Um Guayana aus der Krise zu führen und die Gefahr, die der Nation droht, abzuwenden, ruft die Fortschrittliche Volkspartei (PPP) zur Gründung einer Nationalen Patriotischen Front und zur Bildung einer Regierung dieser Front auf, welche alle Parteien und Gruppen einschließt, die progressiv und antiimperialistisch sind, und die Guayana einen sozialistisch orientierten oder nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einschlagen sehen möchten. Eine solche Front sollte ein revolutionäres Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauern, der revolutionären Intellektuellen und der progressiven Geschäftsleute und der Mittelschicht schaffen. Sie wird alle reaktionären, proimperialistischen, rassistischen Parteien und Gruppen ausschließen.

### Ein revolutionäres Bündnis schaffen

Diese nationale Regierung muß auf einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie basieren. Auf der politischen Ebene sollten die volle Ausübung der demokratischen Freiheiten gewährleistet ebenso sein wie freie und faire Wahlen. Auf der wirtschaftlichen Ebene sollten die Arbeiter die Kontrolle bei vollständiger Mitwirkung im Management und bei Entscheidungsprozessen ausüben. Auf der sozialen Ebene muß das Volk nicht nur das Recht haben, Vereinigungen zu bilden – Gewerkschaften, kulturelle, religiöse, Sportvereine usw. – vielmehr müssen diese auch angemessene Anerkennung und die gebührende Achtung erhalten.

Unter Berücksichtigung der realen Umstände in Guayana ist es notwendig, ein System zu entwickeln, in dem „der Gewinner nicht alles übernimmt“ und in dem die beiden großen Parteien, die linken und die demokratischen Kräfte, am Prozeß des Regierens beteiligt sind.

Die Verfassung sollte einen Staatspräsidenten, einen Premierminister und eine alle fünf Jahre zu wählende Nationalversammlung vorsehen. Um zu garantieren, daß die Wahlen frei und fair sind, sollten neue Wählerlisten mittels einer Haus-zu-Haus Volkszäh-

lung unter der neutralen Überwachung durch Vertreter der regierenden und Oppositionsparteien erstellt werden; die Vertretungs-, Brief- und Überseewahl sollten abgeschafft werden, und die Stimmzettel sollten am Wahlort ausgezählt werden.

Der Präsident wird wie in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich vom Volk gewählt oder von den Mitgliedern der Nationalversammlung. Er wird das Recht haben, Botschaften zu übermitteln, Vorschläge zu machen und vor der Nationalversammlung zu reden, sowie das Vetorecht auszuüben. Die Nationalversammlung wird das Recht haben, das Veto mit einer Mehrheit von 2/3 ihrer Stimmen aufzuheben, wonach die Maßnahme automatisch zum Gesetz werden würde. Der Premierminister wird von der Partei oder den Parteien, die die mehrheitliche Unterstützung der Nationalversammlung haben, gestellt. Er wird einem Kabinett oder Ministerrat vorsitzen, der sich aus Vertretern aller Parteien (die revolutionär sind und ein sozialistisch orientiertes Programm befürworten) im Verhältnis ihrer Stärke in der Nationalversammlung zusammensetzt.

Welche Partei auch immer die Wahlen gewinnt, sie sollte sich nicht der Kandidatur für die Präsidentschaft der anderen großen Partei entgegenstellen.

Auf lokaler Ebene sollten Bezirksräte direkt gewählt werden, wobei die Bezirke auf kleinen, historisch gewachsenen Gemeinden basieren sollten. Den Regionalräten, die indirekt durch die Bezirksräte gewählt werden, sollte ein entscheidender Anteil an Selbständigkeit eingeräumt werden.

### Regierungsprommatik einer Nationalen Front

Ein Minimalprogramm der Regierung der revolutionären nationalen Front sollte auf folgendem beruhen:

1. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien einschließlich der Banken und Versicherungsgesellschaften.
2. Zentrale Planung von Hilfsmaßnahmen zur proportionalen Entwicklung der Wirtschaft mit Schwerpunkten in der Industrie und der Landwirtschaft.
3. Ausbau des staatlichen und Genossenschaftssektors.
4. Eine Bodenreform zur Beendigung des ausbeuterischen Großgrundbesitzertums.
5. Kostenlose medizinische Versorgung, kostenlose Erziehung und angemessene Renten.
6. Die Aufsicht der Werktätigen und eine bedeutsame Beteiligung des Volkes in allen Aspekten des sozioökonomischen Aufbaus.
7. Entwicklung enger Beziehungen zur sozialistischen Welt.
8. Strenge Maßnahmen zur Beendigung der Korruption, der Vettern- und Günstlingswirtschaft, der Schwarzmarktgeschäfte und der rassistischen und politischen Diskriminierung.
9. Besondere Erleichterungen für alle unterdrückten Gruppen, vor allem für die Ameroinder (Mischlinge amerikanischer und indischer Herkunft, d. Red.), für deren Entwicklung.
10. Gehälter, Diäten usw. für Minister, Parlamentarier, Beamte und andere müssen so festgelegt werden, daß der derzeit bestehende Abstand zwischen den höchst- und niedrigst Bezahlten verringert wird. Eine Person darf nur ein Gehalt beziehen.
11. Schaffung einer demokratisch geführten und vom Volk befähigten nationalen Volksmiliz mit Zweigstellen in jedem Stadtviertel, Dorf und jeder Niederlassung.
12. Erfüllung des Volkes mit einer revolutionären, wissenschaftlich-sozialistischen (marxistisch-leninistischen) Ideologie.
13. Effektive Kontrolle der Mieten und Preise.
14. Respektierung und Beachtung der Grundrechte, die in der Verfassung niedergeschrieben sind.
15. Verordnung der Rechtsstaatlichkeit und Einsetzung einer Kommission mit „Wachhund“-Komitees zur Untersuchung von Korruption und Diebstahl öffentlichen Eigentums.

(Quelle: PPP calls for National Patriotic Front and National Front Government, Georgetown 1977, Auszug)

J. Rodriguez

## Lateinamerikanische US-Militärpolitik

Der folgende Artikel soll die Hauptmerkmale der US-Militärpolitik gegenüber Lateinamerika, vor allem während der Zeit des Kalten Krieges, darlegen, um vor diesem Hintergrund das Aufkommen abhängig faschistischer Regimes (siehe AIB 3-5/1978) zu erklären, und den historischen Stellenwert, die politischen Grundprinzipien und die Widersprüche der „neuen“ Lateinamerikapolitik von US-Präsident Carter zu bestimmen. Wir wollen der Frage nachgehen, wie die direkten Formen der militärischen Abhängigkeit des lateinamerikanischen Militärs von den USA variierten und nicht näher auf die internen Faktoren dieser Gesellschaften eingehen. Letzteres dürfte aber in einer umfassenderen Diskussion nicht ausgelassen werden<sup>1</sup>.

### Der militärische Einfluß der USA vor dem 2. Weltkrieg

Die erste Stufe der militärischen Expansion der USA bei der sowohl dauerhafte Militärstützpunkte errungen wie auch abhängige Streitkräfte organisiert und ausgebildet wurden, war größtenteils auf die Karibik begrenzt. Die wichtigsten strategischen Fragen während dieser Zeit drehten sich um die kommerzielle und militärische Notwendigkeit, den Kanal in Panama zu bauen, und den europäischen Einfluß endgültig von der karibischen Szene fernzuhalten.

Der Erwerb Kubas und Puerto Ricos im Krieg gegen Spanien 1898 stärkte die strategische Position der Vereinigten Staaten, indem er den Seestreitkräften ständige Stützpunkte in einem Protektorat und einer klassischen Kolonie (Puerto Rico) verschaffte. Demgegenüber machte die Besetzung Hawaiis, Guams und der Philippinen den Bau des Kanals militärisch gesehen noch dringlicher. Zwischen 1903 und 1912 dehnten die USA ihren militärischen Einfluß in der Karibik weiter mit Hilfe ihrer aggressiven interventionistischen Politik aus; dabei spielte die vergrößerte Marine die Hauptrolle. Erstrangiges Ziel dieser Politik, bekannt unter dem Namen „Dicker Knüppel“, war es, die europäischen Mächte, besonders Großbritannien, zu zwingen, die regionale Vormachtstellung der USA anzuerkennen.

Von 1912 an – als der Kanal eröffnet wurde – stiegen die USA auf eine ehrgeizigere Politik mit langfristigen militärischen Interventionen um. Sie zielte darauf ab, den schwachen Widerstand der einheimischen herrschenden Klassen gegen das Eindringen der Vereinigten Staaten zu brechen und Marionettenregimes in diesem Gebiet einzusetzen. In dieser Zeit zerschlugen die Vereinigten Staaten auch die vorhandenen Streitkräfte, wenn sie irgendwelchen Widerstand aufboten, und organisierten sie neu nach dem Vorbild ihrer Armee. Die Entstehung der heutigen Armeen in den meisten zentralamerikanischen und karibischen Ländern läßt sich auf diese Periode zurückführen. Nur Mexiko war in der Lage, diesem Schicksal zu entgehen und einen gewissen Grad militärischer Selbständigkeit zu bewahren.

Die Politik der „guten Nachbarschaft“ Präsident Roosevelts (1933–45) hieß jedoch keineswegs, daß das System der mili-

tärstützpunkte aufgegeben oder der militärische Einfluß der USA über abhängige Armeen in diesem Gebiet vermindert worden wäre.

### Direkte militärische Intervention der USA von 1890–1933

1890	Argentinien	1912	Honduras
1891	Haiti		Kuba
1894	Brasilien	1912–25	Nikaragua
1895	Kolumbien	1913	Mexiko
1896	Nikaragua	1914	Haiti
1898	Nikaragua	1914	Dominik. Republik
	Kuba	1914–17	Mexiko
	Puerto Rico	1915–34	Haiti
1899	Nikaragua	1916–24	Dominik. Republik
1901	Kolumbien (Panama)	1917–22	Kuba
1902	Kolumbien	1918–19	Mexiko
	Kolumbien (Panama)	1918–20	Panama
1903	Honduras	1919	Honduras
1903–14	Panama	1920	Guatemala
1904–06	Dominik. Republik	1921	Panama/Costa Rica
1909	Kuba	1924	Honduras
1907	Honduras	1925	Honduras/Panama
1910	Nikaragua	1926–33	Nikaragua
1911	Honduras	1933	Kuba

Quelle: US Senate Congressional Record, U.S. Military Interventions: 1789–1945, 23. 6. 1969

Die Situation in den Ländern Südamerikas sah ganz anders aus. Dort hatten die lateinamerikanischen Bourgeoisien verschiedene europäische Mächte mit der Ausbildung des Militärs betraut. Die militärischen „Vorbilder“ waren Frankreich und Deutschland für die Heere und Großbritannien für die Marine. Der europäische Einfluß wurde aufrechterhalten durch ständige Militärmissionen, die sicherstellten, daß den militärischen Doktrinen der jeweiligen Länder treu geblieben wurde und sie das Monopol auf Waffenlieferungen behielten. Obwohl dies im Widerspruch zur wachsenden Bedeutung des US-Kapitals in diesen Ländern – vor allem nach dem 1. Weltkrieg – stand, bemühten sich die USA bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges nur allmählich, den europäischen militärischen Einfluß durch ihren eigenen zu ersetzen. Bis in die ersten Jahre des Kalten Krieges (ungefähr 1947–1955) hatten sie sich voll durchgesetzt.

### Der Kalte Krieg und die Eindämmung des Kommunismus

Der Beginn des 2. Weltkrieges hatte eine abrupte Abschwächung des direkten europäischen Einflusses über das lateinamerikanische Militär zur Folge. Die ausländischen Militärmissionen wurden zurückberufen und europäische Waffenlieferungen eingestellt. Der Zustrom lateinamerikanischer Offiziere an europäische Militärschulen wurde ebenso unterbrochen.

Die USA bemühten sich sogleich, das Vakuum zu füllen, das die europäischen Missionen bei ihrer Abreise hinterlassen

hatten, um das lateinamerikanische Militär im eventuellen Kriegsfall als Hilfstruppen einzubeziehen. Da die Vereinigten Staaten zu der Zeit noch relativ schwach waren und die US-Militärplaner der Verteidigung anderer Gebiete, wie dem Pazifik, größere Bedeutung beimaßen, waren die ersten Schritte in Richtung Südamerika eher diplomatisch. Man versuchte, für die Politik der „aktiven Neutralität“ die Unterstützung der lateinamerikanischen Staaten zu gewinnen, sowie ihre Zustimmung zum Prinzip der „kollektiven Verteidigung“ gegen „kriegerische Akte einer jeden Nation, die nicht amerikanisch ist“. Das waren auch die vorherrschenden Themen der Erklärung, die aus den interamerikanischen Treffen von Lima (1938), Panama (1939) und Havanna (1940)<sup>2</sup> hervorgingen.

Parallel zu diesen ersten diplomatischen Schritten begannen die USA ihr Programm eines militärischen Verteidigungssystems auf karibisches Gebiet auszuweiten. Die Stützpunkte in Panama und Guantánamo (Kuba) wurden modernisiert, ein größerer Stützpunkt, Roosevelt Roads, wurde auf Puerto Rico errichtet, und das Leih- und Pachtgesetz ermöglichte es, andere kleinere ständige Einrichtungen im britischen Westindien zu erwerben.

1942, wenige Wochen nachdem die USA offiziell in den Krieg eingetreten waren, wurde eine ständige militärische Einrichtung zum Zwecke der militärischen Koordination geschaffen: der Interamerikanische Verteidigungsrat. Er bestand aus US- und lateinamerikanischen Militäroffizieren, die die Aufgabe hatten, „die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Kontinents zu untersuchen und den Regierungen Vorschläge zu unterbreiten.“

Die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse der USA um 1945/46 über die militärischen Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika verschwanden 1947, als sich die Doktrin der „bipolaren Welt“ endgültig durchsetzte. Sie war unter anderem von Churchill und Kennan propagiert und durchgesetzt worden und markierte den Beginn des Kalten Krieges. Die gesamte US-Außenpolitik wurde dem Widerspruch Kapitalismus-Sozialismus untergeordnet, was für die Politik des US-Militärs einen Triumph darstellte. Sie beinhaltete nämlich, daß alle Bündnisse, die im Verlauf des Krieges geschlossen worden waren, erhalten und verstärkt wurden, um zur Eindämmung des Kommunismus eingesetzt zu

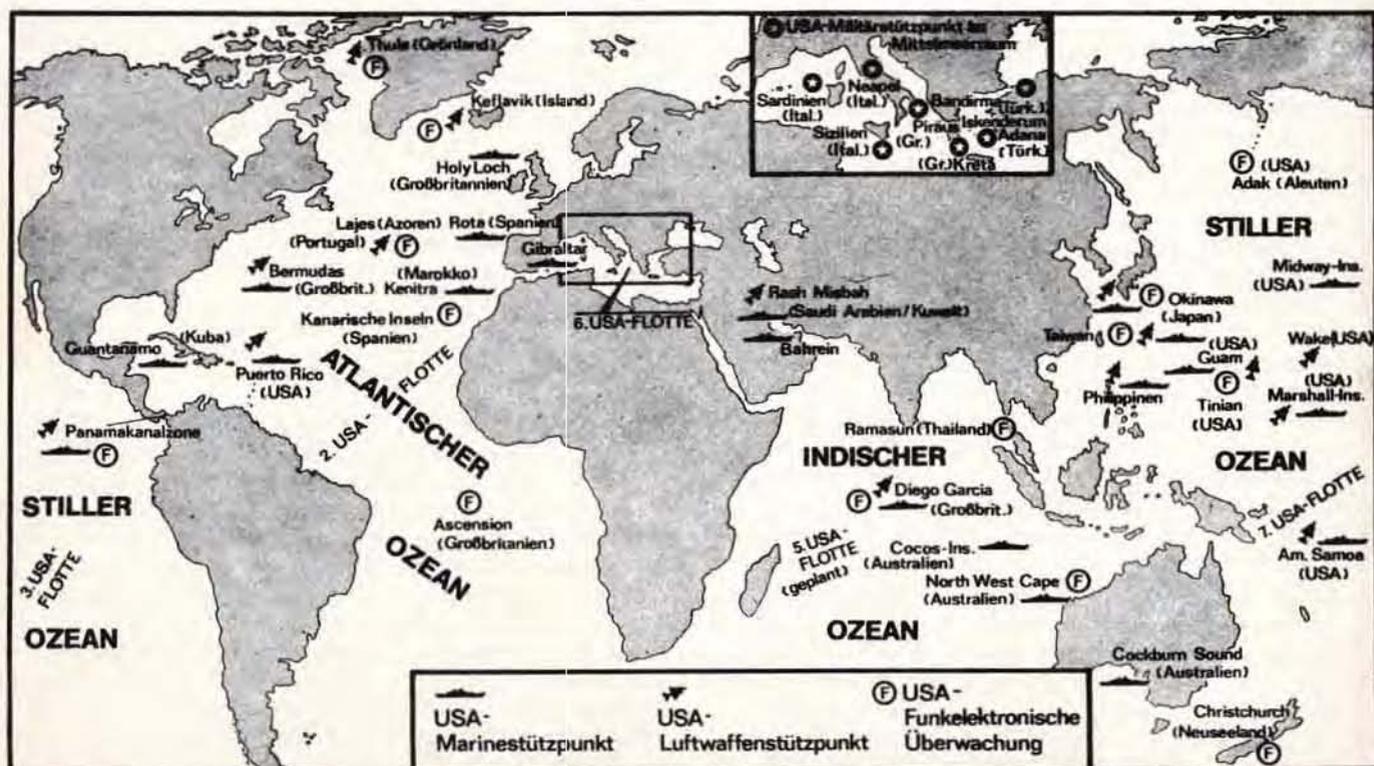
werden. Der Pakt von Rio 1947 war eine direkte Folge des beginnenden Kalten Krieges und spiegelte die herrschende Ansicht der USA-Staaten wider, daß eine zukünftige bewaffnete Konfrontation mit dem sozialistischen Lager wahrscheinlich sei. Es war das erste einer Reihe regionaler Abkommen und bilateraler Pakte (NATO 1949, Australien und Neuseeland 1951, SEATO 1954, Bagdadpakt (später CENTO) 1955, Philippinen 1951, Taiwan 1954, Südkorea 1953 und Japan 1960). Sie zielten alle auf die Isolierung und militärische Einkreisung der Sowjetunion und später Chinas. Der Pakt von Rio wurde von 22 lateinamerikanischen Staaten unterzeichnet und verpflichtete alle Signatarstaaten dazu, dem Land zu Hilfe zu kommen, das durch eine „außerkontinentale Aggression“ bedroht sei.

Der Koreakrieg und das Gesetz zur beiderseitigen Sicherheit aus dem Jahre 1951 gaben dem Prozeß, das lateinamerikanische Militär den globalen Zielen der USA unterzuordnen, neue Anstöße.

Das Gesetz zur beiderseitigen Sicherheit brachte das Militärische Beistandsprogramm (MAP) hervor, in der Absicht, die abhängigen Armeen finanziell zu unterstützen, und sofort gingen nach Lateinamerika 38 150 000 Dollar. Von 1950 bis 1968 übertrugen die Vereinigten Staaten im Rahmen des MAP eine Gesamtsumme von 687 Mio Dollar an die Streitkräfte Lateinamerikas. Immer mehr gingen die Vereinigten Staaten dazu über, schwere Waffen und nicht nur überschüssige und altmodische Ausrüstungen zu liefern. 1961 gingen an Brasilien, Argentinien und Chile solch schwere Ausrüstungen. 1950 bis 1968 wurden weitere 177,8 Mio Dollar in Form von Waffen an lateinamerikanische Armeen geliefert.

Die bolivianische Revolution 1952 und – was noch entscheidender war – das 1950 in Guatemala an die Macht gekommene reformistische Arbenz-Regime veranlaßten die USA zu einer wesentlichen Erweiterung des Konzepts der „kollektiven Sicherheit“, wie es der Pakt von Rio beinhaltet.

Auf der interamerikanischen Konferenz im März 1954 in Caracas brachte Foster Dulles einen Beschluß durch (die „Caracas Deklaration“), der das Konzept dahingehend ausdehnte, daß es auch auf jede revolutionäre Veränderung innerhalb eines jeden lateinamerikanischen Landes anwendbar wurde.<sup>3</sup>



**Formen der US-Militärunterstützung an Lateinamerika  
(nach Ländern)**

	Militärisches Hilfsprogramm MAP in Mio Dollar von 1950—68	Surplus Waffen in Mio Dollar 1950—68	In den USA aus- gebildete Offiziere		Ausgebildete Offiziere über das Programm MAAG (Juli 1970)
			1950—68 <sup>1</sup>	1970—75 <sup>2</sup>	
Argentinien	34,4	3,0	2 406	76	39
Bolivien	19,3	3,4	2 196	492	47
Brasilien	209,7	82,5	5 671	53	102
Chile	86,7	23,6	3 667	1 213	37
Kolumbien	79,7	14,6	3 894	113	53
Kostarika	1,8	0,1	529	—	5
Kuba	10,8	5,5	521	—	—
Domin. Republik	18,3	2,9	2 374	267	41
Ekuador	37,0	9,4	3 795	33	44
El Salvador	5,3	0,6	832	303	17
Guatemala	13,1	2,9	2 020	187	29
Haiti	3,2	0,2	504	—	—
Honduras	6,4	1,2	1 348	481	16
Jamaika	1,1	—	—	—	—
Mexiko	1,7	0,1	546	44	—
Nikaragua	10,2	0,6	3 570	358	17
Panama	2,6	—	2 874	230	6
Paraguay	7,0	1,5	768	33	20
Peru	81,9	18,2	4 444	1 130	42
Uruguay	37,8	7,2	1 414	297	25
Venezuela	7,6	0,3	3 106	191	53
L. A. Gebiet	14,5	—	—	—	—
<b>Insgesamt:</b>	<b>687,0</b>	<b>177,8</b>	<b>46 479</b>	<b>5 501</b>	<b>593</b>

Quelle: Vom Autor errechnet nach Tabellen der NACLA, US Military and Police Operations in the Third World; Latin America and Empire Report, Vol VI, Nr. 1 (Januar 1972) und Zahlen der NACLA, die dem Russell Tribunal II, Rom 1976, vorlagen.

1) einschließlich der Offiziere, die im eigenen Land ausgebildet wurden

2) nur in der Kanalzone und US-Militärakademien

## Die Ära Kennedy/Johnson: Reform und Unterdrückung

Die Veränderungen während der Regierungszeit Kennedys im Hinblick auf die militärische Globalstrategie der Vereinigten Staaten und die Militärpolitik gegenüber Lateinamerika beinhalteten eine wesentliche Korrektur einiger strategischer Schlüsselfragen, die in der Zeit von 1947–1960 vorherrschten.

Hauptziel der US-Außenpolitik war es zu dieser Zeit, zu verhindern, daß nationale Befreiungskriege in der Dritten Welt aufkamen, nachdem sich die europäischen Kolonialreiche in Auflösung befanden. Die Vereinigten Staaten befürchteten, daß diese Kriege zur Errichtung von aktiven antiimperialistischen oder sozialistischen Regimes führen könnten.

Im Fall Lateinamerikas war diese Befürchtung real durch den Erfolg der kubanischen Revolution und deren wachsender Radikalisierung, die als „gefährliches Beispiel“ für den Rest Lateinamerikas galt. Nach dem Fiasko in der Schweinebucht (US-Invasion 1961) und der Entscheidung Kubas, den Sozialismus mit Unterstützung der Sowjetunion aufzubauen, verfolgte die US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika (ungefähr von 1961 bis 1967) das generelle Ziel, ein „weiteres Kuba“ zu verhindern. Kennedys Veränderungen in der US-Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt müssen also als eindeutige und langfristige Antwort auf das „revolutionäre Potential“, das in den unterentwickelten Ländern feststellbar war, verstanden werden.

Hauptmerkmal der ideologischen Offensive war es, Reformismus als Alternative zu revolutionären Veränderungen anzubieten. Politisch hieß das, reformistischen Kräften zur Macht zu verhelfen, die sich die Modernisierung des Kapitalismus und seine „ökonomische Entwicklung“ zum Ziel gesetzt hatten. Die Allianz für den Fortschritt war die lateinamerikanische Fassung dieser politischen und ideologischen Offen-

sive. Ihr eigener Anspruch lautete, eine Alternative zu Kubas „Revolution ohne Freiheit“ zu sein. Sie beinhaltete erstens, daß frühere Bündnisse des Kalten Krieges aufgegeben würden, einschließlich der Unterstützung reaktionärer Kreise der lateinamerikanischen herrschenden Klassen, und damit auch traditioneller Diktaturen wie z. B. Trujillo in der Dominikanischen Republik und Pérez Jeménez in Venezuela. Zweitens wurden neue Bündnisse mit „progressiven“ Teilen der Bourgeoisie eingegangen, die die „demokratischen Linken“ repräsentierten (z. B. Demokratische Aktion in Venezuela, die APRA (Volksallianz) in Peru, MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) in Bolivien, PDC (Christdemokratie Chile).Drittens bedeutete dies die Durchführung von Hilfsprogrammen, die der Machtergreifung der reformistischen Parteien dienen sollten, um grundlegende strukturelle Veränderungen durchzuführen (z. B. eine Ararreform), die man zur Minderung revolutionärer Spannungen als notwendig erachtete.<sup>4</sup>

## Allianz gegen den Fortschritt

Mit der Allianz für den Fortschritt einher ging die Reform des US-Militärapparats und der abhängigen Armeen Lateinamerikas, um diese zu wirkungsvolleren Instrumenten für die Unterdrückung bewaffneter revolutionärer Bewegungen zu machen. Die deutliche Verbindung von politischen und militärischen Aspekten der Kennedypolitik gegenüber Lateinamerika wurde 1962 von General Enemark hervorgehoben: „Die Rolle lateinamerikanischer Sicherheitskräfte (nicht nur der Polizei, sondern auch der Armee) ist von grundlegender Bedeutung. Damit die Allianz für den Fortschritt eine Erfolgchance hat, müssen die Regierungen über ausreichende Macht verfügen, um umstürzlerische Bewegungen kontrollieren zu können.“<sup>5</sup>

Um dieser Absicht gerecht zu werden, hatte bereits 1959 der Bericht des Präsidentenausschusses zur Untersuchung der US-Militärbeihilfe vorgeschlagen, die abhängigen militärischen Institutionen stärker „in Aktivitäten zu verstricken, die die ökonomische Entwicklung vorantreiben.“<sup>6</sup> 1961 faßte Kennedy den Wandel in der auswärtigen Militärpolitik folgendermaßen zusammen: „Militärische Hilfe wird in Zukunft seine Schwerpunkte auf die innere Sicherheit, öffentliche und infrastrukturelle Projekte und die Wirtschaftsentwicklung in den Empfängerländern legen.“<sup>7</sup>

1960 wurden beispielsweise die Länder, die Programme gegen die Subversion zu erstellen begannen, mit einer Verdoppelung der Militärhilfe belohnt.<sup>8</sup> Gleichermäßen gingen die USA dazu über, die Art ihrer Waffenlieferungen zu ändern und faktisch ein Verbot durchzusetzen, schwere militärische Ausrüstungen zu liefern. Nur der Erwerb von Waffen für Antiguerrillaoperationen (wie Hubschrauber, kleinere Flugzeuge, Funkausrüstungen und leichte Waffen) wurden gutgeheißen. Jedes Land, das höher entwickelte Ausrüstungen aus europäischen Ländern bezog, (wie etwa Peru, das französische Mirage kaufte) wurde starkem diplomatischen Druck unterworfen.<sup>9</sup>

### Militarisierung der Polizeiapparate

Das Hauptinstrument des Pentagon zur Absicherung der neuen Doktrinen wurde jedoch das rasch expandierende Ausbildungsprogramm für lateinamerikanische Offiziere. 1961 wurde der erste Ausbildungskurs in der Schule der Amerikaner (USARSA) in der Kanalzone eingerichtet, dessen Programm speziell auf die taktischen und strategischen Probleme eines revolutionären Krieges gerichtet war. Eine ähnliche Ausbildung wurde in der Heereszentrale für Antiguerrillakriegsführung in Fort Bragg, in den Bürgerkriegs-Schulen in Fort Gordon und vielen anderen Ausbildungszentren in Panama, Puerto Rico und den Vereinigten Staaten angeboten.<sup>10</sup>

In ihrem Bestreben, die Möglichkeiten interner Repression in den lateinamerikanischen Staaten zu optimieren, begann die Kennedy-Regierung schließlich das öffentliche Sicherheitsprogramm ihrer Agentur für Internationale Entwicklung (AID) sehr stark zu betonen, das vorsah, die Polizeikräfte in Lateinamerika neu zu organisieren und zu stärken. Dieses Programm lief parallel zum militärischen Hilfsprogramm und spiegelte sehr genau den ideologischen Gehalt der Doktrin des „konterrevolutionären Krieges“ wider. 1962 wurde die interamerikanische Polizeiakademie in der Kanalzone gegründet, um dort lateinamerikanische Polizeioffiziere auszubilden. 1964 wurde sie nach Washington verlegt und in Internationale Polizeiakademie umbenannt.



Geschichterte CIA-Invasion 1961 gegen Kuba

In dieser und in anderen US-Einrichtungen wurden Polizisten in Techniken zur Zerschlagung von „subversiven“ Bewegungen ausgebildet (inklusive „moderner“ Foltermethoden). Bis 1970 hatten die Vereinigten Staaten 38,9 Mio Dollar für Polizeihilfe und -ausrüstung überwiesen; 1968 waren 90 ständige Polizeiberater (z.B. Dan Mitriane) überall in Lateinamerika stationiert.

Die Stärkung der lateinamerikanischen Polizei gab den abhängigen faschistischen Regimes ein wirkungsvolleres Instrument zur inneren Unterdrückung (speziell einsetzbar gegen städtische Erhebungen), was trotz fehlender sozialer Basis ihre Stabilität sicherte. Politisch fand die Verhärtung der Washingtoner Außenpolitik ihren Ausdruck im allmählichen Abgehen vom reformistischen Inhalt der Allianz für den Fortschritt. Die direkte und indirekte Unterstützung des Umsturzes in Brasilien im April 1964 war ein Markstein in der Politik Washingtons. Ihm folgte 1966 ein Coup gegen das Illia-Regime in Argentinien, das sich als wenig kooperativ in der Kubapolitik der Vereinigten Staaten erwiesen hatte. Der brasilianische und der argentinische Coup zeigten, daß die USA bereit waren, autoritäre Militärregimes immer dann zu unterstützen, wenn reformistische Regierungen eine Innen- oder Außenpolitik verfolgten, die mit den US-Interessen kollidierten. Um den Status quo einzufrieren, griff Johnson neben der Unterstützung des „institutionellen“ Umsturzes auf ein traditionelles Instrument zurück, das seit der Zeit der Politik der „guten Nachbarschaft“ nicht mehr angewandt worden war, nämlich auf die direkte militärische Intervention der Vereinigten Staaten.

Mit der Invasion in der Dominikanischen Republik 1965 demonstrierten die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft, mit ihren Streitkräften direkt zu intervenieren, sobald sich das lokale Militär als unfähig erweisen sollte, einen inneren politischen Wandel zu verhindern.

### Johnsons Rückgriff zum direkten Interventionismus

Um die diplomatische Opposition zu mindern, die aus einer einseitigen Erfüllung der Johnson-Doktrin erwachsen könnte, machte die US-Regierung einen schon lange gehegten Traum des Pentagon zu ihrer offiziellen Politik: die Bildung regionaler und zwischenstaatlicher Zusammenschlüsse von Armeen unter US-Kommando. Man zog dabei in Erwägung, daß eine amerikanische Friedensstreitkraft es erlauben würde, das Prinzip der „vorbeugenden Intervention“ auf multilaterale Weise durchzusetzen. Bald nach der Invasion in der Dominikanischen Republik rief Dean Rusk zur Bildung einer „ständigen Hilfstruppe“ auf, die „Spannungen in der Hemisphäre“ lösen sollte.

1962 unterstützten die USA gemeinsame Antiguerrillaoperationen in Honduras unter Teilnahme einer Truppe von 1.500 Mann, die aus Honduras, Guatemala, El Salvador, Kolumbien und der Kanalzone zusammengezogen worden waren.<sup>11</sup> Aus diesen Operationen ging 1964 der erste Zusammenschluß von Streitkräften hervor, der Zentralamerikanische Verteidigungsrat (CONDECA), unter Beteiligung von Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua.<sup>12</sup> Während der kubanischen Raketenkrise 1962 drängten die Vereinigten Staaten auf die Beteiligung Lateinamerikas an der Seeblockade und gründeten die Interamerikanische Blockadestreitkraft, die sich aus US-, argentinischen und dominikanischen Kriegsschiffen zusammensetzte.<sup>13</sup> Schließlich riefen die USA nach ihrer militärischen Invasion in der Dominikanischen Republik die OAS-Friedensstreitkraft ins Leben, an der sich 1.600 Offiziere und Soldaten aus Brasilien, Kostarika, El Salvador, Nicaragua, Honduras und Paraguay beteiligten.<sup>14</sup> Die CONDECA und die OAS-Friedensstreitkraft wurden zu zwischenstaatlichen und regionalen Modellen einer neuen Form militärischer Integration, wie sie die USA anstrebten. Jedoch stellte dieser Versuch, eine ständige internationale Polizeimacht zu schaffen,

einen weiteren bedeutenden Schritt in Richtung auf die totale Vereinnahmung der abhängigen Militärs durch das Pentagon dar, was in Lateinamerika entschiedene Opposition hervorrief. Nur die CONDECA blieb als zwischenstaatliche Militärorganisation übrig.

In den 60er Jahren traten schließlich zwei neue Faktoren auf, die nach einer gründlichen Revision der regionalen Militärpolitik verlangten: Das war erstens die Rückläufigkeit der Guerillabewegungen in den Jahren 1967/68, und zweitens der Rückgang des militärischen Einflusses der USA aufgrund von Beschränkungen, die der US-Kongreß der Regierung der Vereinigten Staaten und ihren traditionellen Formen militärischer Hilfe auferlegt hatte, sowie drittens die wachsende Konkurrenz europäischer Waffenlieferanten.

Die ländliche Guerillabewegung hatte nach Che Guevaras Tod am 8. Oktober 1967 in Bolivien verhältnismäßig schnell abgenommen. Die Guerillabewegung in Peru war bereits 1965 vernichtet worden, und bis 1968 hatte die venezolanische Kommunistische Partei ihre vorherige Unterstützung des bewaffneten Kampfes völlig aufgegeben. In Brasilien erlitt die städtische Guerillabewegung 1969 mit dem Tod von Carlos Marighella einen schweren Schlag.

Gegen Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre dehnten europäische Staaten (vor allem Frankreich) ihren Einfluß auf dem lateinamerikanischen Waffenmarkt beträchtlich aus.

Die größeren südamerikanischen Länder (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru und Venezuela), die 97% aller Einkäufe in Südamerika tätigten, kauften in der Zeit von 1967-71 für 1,213 Mrd Dollar Waffen in Europa und für 417 Mio in den Vereinigten Staaten.<sup>15</sup> Die wachsende Bedeutung Frankreichs spiegelt sich in der Tatsache wieder, daß der Anteil Frankreichs am lateinamerikanischen Markt von 2,1% in der Zeit von 1960-64 auf 17% im Zeitraum 1970-72 wuchs.

**Lateinamerika:  
Verkauf schwerer Waffen nach Lieferanten in % (1960-72)**

	1960-64	1965-69	1970-72
USA	36,7	41,8	30,5
Gr.-Britannien	16,0	19,1	13,4
Frankreich	2,1	10,6	17,7
UdSSR	29,3 <sup>1)</sup>	2,7	6,6
Andere	5,9	25,7	31,8

Quelle: Übernommen und vom Autor bearbeitet nach SIPRI, *The Arms trade with the Third World*, 1975, S. 25

1) nur an Kuba

In der Zeit von 1968-73 erhielt Lateinamerika 21% (Venezuela 6%, Argentinien 4%, Peru 4%, Brasilien 4% und Kolumbien 3%) der französischen Waffenexporte in die Dritte Welt, hauptsächlich in Form von 77 Mirages und einer großen Anzahl AMX-13 Panzer<sup>16</sup>. Obwohl sein Marktanteil tendenziell fiel, blieb Großbritannien ein ernstzunehmender Konkurrent (und behielt seine Monopolstellung in solchen Ländern wie Guayana (93%) und Trinidad und Tobago (100%)).

Andere Länder, wie die Niederlande, Italien und die BRD, erhöhten jedenfalls ihre Verkäufe ebenfalls auf Kosten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Die BRD steigerte ihren Umsatz z. B. von 440 000 Dollar 1950-1954 auf fast 8 Mio 1969-73. In dieser Zeit tätigte die BRD 62,8% ihres Gesamtumsatzes in Lateinamerika. Parallel zu dem verschärften europäischen Wettbewerb begann die UdSSR zum ersten Mal, Waffen, abgesehen von Kuba, nach Lateinamerika zu liefern. 1973 belieferte die Sowjetunion Peru mit 6Mi-8 Hubschraubern und einigen T-55 Panzern<sup>17</sup>.

Anfang der 70er Jahre hielten die USA ihr Waffenmonopol nur noch in der Karibik und einigen kleineren südamerika-

nischen Ländern (z. B. Guatemala 100%, Haiti 100%, Honduras 93%, Jamaika 77%, Mexiko 72%, Bolivien 67%, und Paraguay 63%)<sup>18</sup>. Erst kürzlich tauchte Israel als ein neuer Konkurrent auf dem zentralamerikanischen Markt auf<sup>19</sup>.

Hinzu kam, daß sich die europäische Konkurrenz nicht nur auf Waffenexporte beschränkte, sondern auch darauf aus war, sich größeren Einfluß auf die einheimischen Waffenindustrien in Brasilien und Argentinien zu sichern. Europäische Beteiligungen an lateinamerikanischer Waffenproduktion erfolgten vor allem in Form der Vergabe von Konzessionen, gemeinsamer Produktionen sowie Vereinbarungen zur Endmontage von Waffen. Ein paar Beispiele seit Ende der 60er Jahre seien erwähnt: Brasilien produzierte Macchi Düsenjäger (Italien), Cobra 2000 Panzer-Abwehrraketen (BRD) und montierte schnelle Fregatten (Großbritannien). Argentinien montierte den AMX-13 Panzer (Frankreich), Zerstörerfregatten (Großbritannien) und U-Boote (BRD)<sup>20</sup>.

Ende der 60er Jahre widersetzte sich der US-Kongreß entschieden der interventionistischen Politik der Exekutive aus Sorge um den Vietnamkrieg, der die Militärausgaben ständig ansteigen ließ. Die Militärhilfe an Lateinamerika fiel aus diesem Grund von 81 Mio Dollar 1966 auf 21,4 Mio 1969 und wurde für Argentinien, Brasilien, Chile und Peru vollkommen eingestellt (mit Ausnahme der Ausbildungsprogramme). Das MAAG-Personal wurde von 791 im Jahre 1969 auf 489 1970 vermindert.

1967 wurden zwei Zusatzartikel in dem Gesetz über Auslandshilfe und dem Gesetz über Waffenexporte (FMS) aufgenommen, die den Verkauf höherentwickelter Waffen auf 7 Länder, die Länder der sog. „Vorwärtsverteidigung“ bezogen, die die Verwendung von Finanzbeiträgen zum Kauf solcher Waffen verboten und die festlegten, daß Entwicklungsanleihen nicht solchen Ländern gewährt werden, die „unnötige“ Militärausgaben haben. Zusätzlich setzte das FMS-Gesetz von 1967 für Waffenkredite und -verkäufe an Lateinamerika eine Grenze von 75 Mio Dollar; diese Regelung blieb bis 1971 in Kraft. Das FMS-Gesetz von 1968 führte die zusätzlichen Beschränkungen ein, keine Rüstungsgüter an Militärdiktaturen zu liefern, die „Menschenrechte verletzen.“<sup>21</sup>

### Die Regierungen Nixon/Ford: Politik des „billigeren“ Imperialismus

Die globale interventionistische Politik der Periode Kennedy/Johnson hatte zu einer rapiden Steigerung der gesamten Militärausgaben geführt: von 52 Mrd Dollar 1965 auf über 80 Mrd 1968<sup>22</sup>. Den größten Anteil an den erhöhten Ausgaben hatte der Vietnamkrieg verschlungen, dessen Gesamtkosten auf 150 Mrd Dollar geschätzt werden.<sup>23</sup> Das zu rasche Anwachsen der Militärausgaben spiegelte sich nicht nur in den zugespitzten sozialen Spannungen innerhalb der „Großen Gesellschaft“ wider, sondern bedeutete auch den Beginn der Rezession von 1969. Bis 1970 wiesen die Investitionen und die Produktion negative Wachstumsraten auf, und die Arbeitslosigkeit betrug 5,6%<sup>24</sup>. Im folgenden Jahr wies die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten ihr erstes Defizit seit 1892 auf<sup>25</sup>.

Die Auswirkung des Vietnamkrieges auf die amerikanische Wirtschaft veranlaßte die Nixon-Regierung Johnsons Politik des totalen Sieges aufzugeben und Slogans wie „ehrenhafter Friede“ und „Vietnamisierung“ zu verwenden. Die neue Politik gegenüber Vietnam war Teil einer generellen Überprüfung der imperialistischen Strategie in der Dritten Welt und wurde als Nixon-Doktrin bekannt.

Die Nixon-Doktrin bezweckte in der Hauptsache, daß die Bourgeoisien der Länder der Dritten Welt einen größeren Anteil an den Ausgaben übernehmen, die ihre eigene militärische Verteidigung und die der US-Interessen betreffen.

Das sollte erreicht werden, ohne daß die USA ihren beherrschenden Einfluß über die abhängigen militärischen Institutionen einbüßen.

Zum zweiten zielte die Nixonstrategie darauf, direkte militärische Eingriffe der USA zu vermeiden, indem sie regionale Mächte hochpöppelte und mit der Aufgabe betraute, die „Stabilität“ in dem entsprechenden Raum zu gewährleisten. Durch diese, die Hegemonialmacht vertretenden Länder konnten die Vereinigten Staaten eine neue Politik indirekter Interventionen verfolgen. Die regionalen Aktivitäten der „subhegemonialen Länder“ wurden militärisch von einer hochgradig beweglichen „zentralen Reserve“ der US-Streitkräfte unterstützt, die als letztes Mittel in Krisenzeiten eingesetzt werden sollten.<sup>26</sup>

Hinsichtlich Lateinamerikas bedeutete diese Politik eine Weiterentwicklung der „besonderen Beziehung“ zu der brasilianischen Militärdiktatur und die Unterstützung seiner expansionistischen Tendenzen in diesem Gebiet. In einer 1972 abgegebenen Erklärung nannte Nixon offen diese neue Rolle Brasiliens: „Wir wissen, daß der Rest Lateinamerikas den Weg gehen wird, den Brasilien geht.“<sup>27</sup>

### Brasilien wird Stellvertretermacht

Um die erste Prämisse der Nixon-Doktrin einzulösen wurde das Programm über Rüstungsexporte vorangetrieben. Während also US-Waffenexporte an entwickelte Länder tendenziell Ende der 60er/Anfang der 70er fielen, stiegen die Waffenverkäufe an Entwicklungsländer von 1,2 Mrd Dollar 1961 auf 4,5 Mrd Dollar 1971.<sup>29</sup>

Die Politik der Intensivierung der Rüstungsverkäufe wurde mit besonderer Kraft in Lateinamerika vorangetrieben. Das MAAG-Personal wurde nicht nur immer mehr zu Vertretern der US-Rüstungsindustrie, viel mehr wurde ihm auch gestattet, direkte Verkäufe zu tätigen. Bis 1971 genehmigte Nixon Rüstungsverkäufe nach Lateinamerika, die die vom Kongreß gesetzte Grenze von 75 Mio Dollar weit überschritten. Von 1972–75 verstärkte die Regierung ihren Druck auf den Kongreß, die Höchstgrenze von Verkauf und Kredit auf 100 Mio Dollar 1972 und 150 Mio 1973 anzuheben. Im folgenden Jahr legte der Kongreß die Höchstgrenze bei Krediten auf von 150 Mio Dollar, und bis 1975 waren dann alle Beschränkungen aufgehoben. Dies erlaubte es den US-Waffenproduzenten ihre Verkäufe nach Lateinamerika von durchschnittlich 30 Mio Dollar in der Zeit von 1966–70 auf 191 Mio im Jahre

1974 zu steigern.<sup>29</sup>

Im Gegensatz zur Kennedy/Johnson/Zeit bestanden die meisten Waffentransfers unter der Nixon-Regierung aus hochentwickelten und sehr kostspieligen Waffen, wie Missile-Raketen, Düsenflugzeuge, modernen Panzern und Kriegsschiffen. Der Verkauf von technisch hochentwickelten Waffen brachte neue Abhängigkeiten, und zwar dahingehend, daß Ersatzteile, Wartung und Bedienung nur aus der ursprünglichen Quelle kommen konnten.

Abgesichert wurde dieses politische Ziel dadurch, daß Brasilien in Lateinamerika die unantastbare militärische Vormachtstellung eingeräumt wurde. 1973 z. B. verkauften die USA 42 F-5B/E Flugzeuge, 7 Zerstörer aus dem 2. Weltkrieg und 7 U-Boote an Brasilien.<sup>30</sup> Die wachsende militärische Macht Brasiliens drückt sich auch in den wachsenden Militärausgaben aus, die von 472 Mio Dollar 1964 auf 1,428 Mrd 1973 anstiegen.<sup>31</sup>

In Übereinstimmung mit seiner Rolle als „stellvertretende Hegemonialmacht“ bereitete das brasilianische Militär 1971 die sog. „30 Stunden-Operation“ vor, um in Uruguay einzumarschieren, falls die Frente Amplio (fortschrittliches Parteienbündnis) einen Wahlsieg erringen sollte. Das brasilianische Militär unterstützte auch 1971 den Banzer-Coup in Bolivien durch direkte logistische Hilfen.<sup>32</sup> Die brasilianische Beteiligung am Sturz Allendes ist eindeutig bewiesen worden.

Man muß jedoch festhalten, daß die neue Militärstrategie gegenüber Lateinamerika die traditionellen Formen militärischer Abhängigkeit nicht vollkommen aufgegeben hat. Erstens behielt das Pentagon das Ausbildungsprogramm als „billiges“ Instrument der Beeinflussung bei; zweitens blieben die Doktrinen des „konterrevolutionären Krieges“ bestehen, was der Weiterbestand der CONDECA belegt.

Obwohl sich die Kissinger-Nixon-Politik für die USA als nützlich erwies, indem sie die Konsolidierung von progressiven oder sozialistischen Regimes in Chile, Bolivien und Argentinien verhinderte und half, das Aufkommen linker Kräfte in Uruguay in Grenzen zu halten, schuf sie auch neue Spannungen in diesem Gebiet, die der Carter-Regierung als Erbe überlassen wurden. Erstens führten die Veränderungen des regionalen Machtgleichgewichts zugunsten Brasiliens und das Anheizen des Rüstungswettlaufs zur Verschärfung der internationalen Widersprüche. Das rückt einen Krieg in den Bereich des Möglichen<sup>33</sup>. Zweitens hat die Förderung Brasiliens als „stellvertretende Hegemonialmacht“ die Hoffnungen auf einen „Weltmachtstatus“, wie sie die Bourgeoisie



Ausbildung von sogenannten „Dschungel“-Kämpfern im US-Fort Gulick (l.); US-Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba (r.)



Millitärmacht USA: Rüstungsexporteur Nr. 1 in Lateinamerika und im Weltmaßstab

des Landes und das Militär hegen, genährt. Und endlich hat die Unterstützung abhängiger faschistischer Regimes von 1964 an den politischen Spielraum der Vereinigten Staaten eingeschränkt und die Möglichkeit einer nichtmilitärischen bürgerlichen politischen Alternative geschwächt.

Carters deutlichste Aussagen über seine Lateinamerikapolitik enthält seine Rede auf einem Treffen der OAS im April 1977 in Washington. Seine Hauptpunkte waren: 1. Unterstützung des Vereinigten Zentralamerikanischen Marktes und des Andenpaktes; 2. „Lösung“ zweier schon lange anstehender Probleme: des Status des Panamakanals und der Beziehungen USA-Kuba; 3. Verfolgung einer Politik gegenüber Lateinamerika auf der Grundlage „flexiblerer“ bilateraler Vereinbarungen; 4. diese neuen Abkommen werden sich auf drei Prinzipien gründen: Achtung der Souveränität und „Individualität“ eines jeden Landes, „unsere“ (womit die USA gemeint sind) Achtung der Menschenrechte, was Teil lateinamerikanischer „Traditionen“ ist, und zuguterletzt Verhandlungen über die ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika im Zusammenhang des Dialogs zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern.<sup>34</sup>

### Die neue Lateinamerikapolitik Carters: Grenzen und Widersprüche

Im großen und ganzen stellt Carters Außenpolitik einen Versuch dar, wie in der Ära des Kalten Krieges wieder in die Offensive zu kommen, denn die Hauptideologen der neuen Regierung sind der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten diese während des Vietnamkriegs verloren haben.<sup>35</sup> Bei dieser neuen Offensive bildet die Menschenrechtskampagne die wichtigste ideologische Waffe. Sie soll den wachsenden Einfluß der Sowjetunion in der Dritten Welt eindämmen und gleichzeitig den USA die Führung in der kapitalistischen Welt fest in die Hand geben.<sup>36</sup>

Die Menschenrechtskampagne in Lateinamerika ist darauf

gerichtet, die Hegemonie der Vereinigten Staaten in der Dritten Welt sowohl gegenüber der Sowjetunion und als auch den anderen kapitalistischen Ländern wieder auszubauen. Diese Politik erfordert, die verschiedenen Instrumente des US-Einflusses militärisch, politisch-ideologisch und ökonomisch) klug zu gebrauchen und an die neue Weltlage und die verschiedenen politischen Systeme der Dritten Welt anzupassen.

Im Fall Lateinamerikas sind der Panamakanalvertrag und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu Kuba wichtige Elemente einer langfristigen Politik, die Hegemonie der Vereinigten Staaten in diesem Gebiet wiederherzustellen. Die „Lösung“ der Panama- und der Kubafrage wird von der neuen Regierung nicht nur so verstanden, daß sie das Ansehen der USA erhöht, sondern auch daß sie den Vereinigten Staaten „die Hände frei macht“, ihre langfristige Strategie in diesem Gebiet zu verfolgen.<sup>37</sup>

Die Carter-Regierung hält es auf lange Sicht nicht mehr für nötig, in der Karibik mit konventioneller militärischer Ausrüstung stark präsent zu sein, um auf Lateinamerika militärisch Einfluß zu nehmen. Doch diesem Prozeß, „traditionelle“ Formen militärischen Einflusses aufzugeben (einschließlich einer Verminderung der militärischen Präsenz in der Karibik), widersetzen sich noch immer Teile des Militärapparats der Vereinigten Staaten und reaktionärste politische Kreise. Somit wird man sich nur in einem „sicheren“ Zeitraum von mehreren Jahrzehnten (wie es der Panamakanalvertrag festlegt) von Panama und Kuba vollends zurückziehen. Gleichzeitig ist man aber ständig über die Marine durch Stützpunkte in Puerto Rico, Trinidad und Tobago oder anderen neokolonialistischen Ländern präsent.<sup>38</sup>

Der neueste Wandel in der US-Militärpolitik steht darüber hinaus in Zusammenhang mit einer größeren Bedrohung der US-Vormachtstellung. Erstens hat der ökonomische und militärische Einfluß der westeuropäischen Staaten seit Ende der 60er Jahre eine entscheidende Ausweitung erfahren.<sup>39</sup> Dies erlaubt es sogar abhängigen faschistischen Regimes, ihren

Spielraum zu vergrößern und ihre Kräfte zu stärken, um sich dem Druck von Seiten der USA zu widersetzen, indem sie die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten ausnutzen.

Da aus verschiedenen europäischen Quellen hochentwickelte Waffen bezogen werden können (sowie Rüstungsindustrien in Brasilien und Argentinien entstehen), wird auf militärpolitischem Gebiet jeder Versuch, mit einer Einschränkung der Waffenlieferungen zu drohen, zu einer vergeblich angewandten Methode politischen Drucks.

### „Kontrollierter“ Abbau faschistischer Regimes

Also sind die Vereinigten Staaten gezwungen, vorsichtig ihre „Menschenrechts“-Kampagne und den militärischen Druck anzuwenden – aus Furcht, daß sich die abhängigen faschistischen Staaten enger an Westeuropa und das Regime in Südafrika anlehnen.<sup>40</sup> Zweitens verschärfen sich die internationalen Spannungen in Lateinamerika. So werden traditionelle Grenzkonflikte und nationale Rivalitäten verschlimmert. Ende 1976 brachte dieser aggressive Nationalismus Peru und Chile an den Rand eines Krieges, in den ebenso Bolivien und Ecuador verstrickt worden wären.<sup>41</sup> Andere fortwährende internationale Widersprüche zwischen Brasilien und Venezuela, Brasilien und Argentinien und Argentinien und Chile dauerten an. In Zentralamerika verschärfen sich die Konflikte, wenn auch aus anderen Gründen, zwischen Honduras, Kostarika und Panama auf der einen, Nicaragua, Guatemala und El Salvador auf der anderen Seite.

Die Möglichkeit eines größeren konventionellen Krieges in Lateinamerika stellt für die Vereinigten Staaten und das inter-

nationale Finanzkapital eine größere Gefahr dar. Daher erachtet man es als notwendig, die Aufrüstung zu reduzieren und das regionale Gleichgewicht durch eine größere Unterstützung der Andenländer möglichst wiederherzustellen. Dieser Umschwung, fort von einer unkontrollierten Aufrüstungspolitik gegenüber der Dritten Welt, drückt sich im Gesetz über internationale Sicherheit und Waffenexportkontrolle von 1976 aus, wie auch in der Minderung der Verkäufe über das FMS-Programm im Jahre 1976 und 1977.

#### Verkäufe an die Dritte Welt über das FMS-Programm (Abschlüsse/Bestellungen) 1971–75 und voraussichtliche Zahlen für 1976/77 in Mrd Dollar

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1 898	3 462	4 040	10 800	9 530	8 207	6 916

Doch eine Minderung der US-Waffenverkäufe, ohne daß der militärische Einfluß der Vereinigten Staaten sinkt, ist nur in Zusammenarbeit mit Westeuropa möglich. Die Carter-Regierung wird versuchen, ein Abkommen zur Senkung der Waffenlieferungen beider Seiten zu treffen.

Drittens tragen die abhängigen faschistischen Regimes nicht nur zu einer äußeren Unsicherheit bei, sondern auch zu langfristiger innerer Instabilität durch die begrenzte gesellschaftliche Verankerung und die Polarisierung der politischen Kräfte, die sie provozieren. Die USA suchen nach einer akzeptablen (d. h. nichtsozialistischen) zivilen Alternative. Daher zielt die Einstellung der Militärhilfe und anderer Formen militärischer Kooperation ab auf eine sog. „kontrollierte Entlegitimierung“ der faschistischen Regimes.

#### Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu insbesondere Beiträge von A. Briones/O. Caputo und R. Arismendi in: AIB, Nr. 3/1977 und 2/1978
- 2) R. Ampuero, *The Military Counter-Revolution in Latin America*, Russell Tribunal II Document, Januar 1976
- 3) Zit. nach: F. Parkinson, *Latin America, the Cold War and the World Powers, 1945–1973*, 1974, S. 43
- 4) Siehe Edmundo Flores, *La Alianza para la Reacción, Cuadernos Americanos*, März–April 1966
- 5) Zit. nach J. Saxe-Fernández, *The Central American Defense Council and Pax Americana*; in: Horowitz, *Castro and Gerassi* (Hrsg.), *Latin American Radicalism*, 1969, S. 82
- 6) Saxe-Fernández, *Proyecciones Hemisféricas de la Pax Americana*, 1971, S. 37
- 7) *Message on Foreign Aid*, 1961
- 8) Saxe-Fernández, a. a. O., S. 164
- 9) SIPRI, *The Arms Trade, with the Third World*, 1975, Kapitel 11
- 10) NACLA, *U. S. Military and Police Operations in the Third World*, S. 19; N. Stein, *Report Russel Tribunal II Document*, Rom, Januar 1976
- 11) Saxe-Fernández, *The Central American Defense Council*, a. a. O., S. 78
- 12) Siehe ebenda und A. Brown, *CONDECA: Intergrating the Big Guns*, in: NACLA, *Guatemala*, 1974, S. 204–209
- 13) F. Parkinson, a. a. O., S. 162
- 14) J. E. Loftus, *Latin American Defense Expenditures, 1938–1965*, Januar 1968, S. 60
- 15) M. T. Klare, *La Política della Vendita delle Armi degli Stati Uniti in America Latina*, Russell Tribunal II Document, Rom, Januar 1976, S. 2–3
- 16) J. Oberg, *Arms Trade with the Third World as an aspect of Imperialism*, *Journal of Peace Research*, Jg. XXI, Nr. 3, S. 218
- 17) M. T. Klare, a. a. O., S. 23–24
- 18) J. Oberg, a. a. O., S. 217
- 19) M. T. Klare, a. a. O., S. 35, und F. Garcia, *Une Usine D'armement Israelienne*, *Afrique-Asie*, Nr. 129/1977
- 20) SIPRI, a. a. O., Kap. 12 und R. Ampuero, a. a. O., S. 14
- 21) SIPRI, a. a. O., S. 279 und St. S. Plank, a. a. O., S. 419–425
- 22) Z. Brzezinski, *How the Cold War was Played*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 51, Nr. 1/Okttober 1972, S. 196
- 23) R. A. Faramazyán, *USA: Militarism and the Economy*, 1974, S. 47

- 24) *Afrique-Asie*, Nr. 133/7. 4. 1977
- 25) M. T. Klare, a. a. O., S. 28
- 26) Ausführlich diskutiert wird die Funktion der „zentralen Reserve“ bei: M. D. Taylor, a. a. O.
- 27) *The Washington Post*, 13. 12. 1972
- 28) M. Klare, *Arm Now Pay Later*, *NACLA's Latin American and Empire Report*, Jg. IV, Nr. 1/Januar 1972, S. 29
- 29) Ebenda und St. S. Kaplan, a. a. O., S. 419–428
- 30) St. S. Kaplan, a. a. O., S. 425
- 31) G. Selser, *Les Poids des Armes*, in: *Afrique-Asie*, Nr. 133/1977
- 32) Siehe R. Ampuero, a. a. O., S. 12–15 und J. G. Lozada, *De Torres a Banzer, Diez Meses de Emergencia en Bolivia*, 1972, S. 401–447
- 33) Ende 1976 und Anfang 1977 hielten sich beständig Gerüchte über einen Krieg zwischen Peru und Chile. Siehe z. B. *DESCO, Informativo Politico*, Nr. 52/Januar 1977, S. 7–8. Der Kampf um Einfluß zwischen Argentinien und Brasilien über die angrenzenden Länder Bolivien, Paraguay und Uruguay hat sich in den letzten Jahren verschärft.
- 34) Siehe *DESCO, Informativo Politico*, Lima, Nr. 55/April 1977, S. 8–9
- 35) Siehe besonders Z. Brzezinskis Konzeption über den zyklischen Charakter des Kalten Krieges, in: *How the Cold War was Played*, *Foreign Affairs*, Jg. 51, Nr. 1/Okttober 1972, S. 203–204
- 36) B. Greiner, *Konturen der Außenpolitik Präsident Carters*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 8/1977, S. 948–969 und Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression“, in: AIB, Nr. 11/1977, S. 4–9
- 37) Siehe z. B. *Newsweek*, 22. 8. 1977 und 19. 9. 1977
- 38) J. Rodriguez, *Puerto Rico. Motive des US-Annexionskurses*, in: AIB, Nr. 4/1977, S. 36–37
- 39) D. Boris, *BRD-Imperialismus in Lateinamerika*, in: *Frontal*, Nr. 81–82/Okttober 1977, S. 50–53
- 40) W. Grabendorff, *Das interamerikanische Verhältnis seit dem Amtsantritt Carters*, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 20/Aug. 1977, S. 29–38
- 41) Zur Zuspitzung dieses Konflikts, der mit dem Beginn einer repressiveren Politik in Peru zusammenfiel, siehe *DESCO, Informativo Politico*, November 1976 bis Januar 1977 und T. Malinak, *Bruits de Bottes dans la zone D'Arica*, in: *Le Monde Diplomatique*, September 1977, S. 8

## Ghafur Attar **Das Volk an der Macht**

Als die neue Revolutionsregierung Afghanistans den 1. Mai zum ersten Mal in der Geschichte des Landes zum offiziellen Feiertag erklärte und an die Arbeiter der Welt revolutionäre Grüße richtete, rührten die großbürgerlichen Meinungsmacher wieder einmal ihre Legendentrommel vom angeblichen „Kreml“-Export der Revolution: „Moskau seinem strategischen Traumziel ein Stück näher“, lautete eine dieser Schlagzeilen über die siegreiche Revolution.<sup>1</sup>

Doch diese Revolution hat Volkscharakter, und sie hat Geschichte.

### In der Tradition dreier Unabhängigkeitskriege

In drei Unabhängigkeitskriegen (1838–42, 1878–81, 1919) konnten die afghanischen Völker ihre nationale Unabhängigkeit gegenüber dem britischen Imperialismus verteidigen. Obwohl Afghanistan nach dem zweiten britisch-afghanischen Krieg unter der Marionette Amir Abdurrahman ein halbkolonialer Status aufgezwungen wurde, war es Großbritannien doch klar geworden, daß es Afghanistan nicht unter seine direkte Herrschaft bringen konnte. Zum Volkscharakter der afghanischen Unabhängigkeitskriege schrieb der Historiker Dobraljubow: „Seit der Zeit des afghanischen Krieges 1838 sind die Engländer auf immer größere Gegenaktionen gestoßen . . . und, was bemerkenswert ist, diese Gegenaktionen waren schon nicht mehr die persönliche Angelegenheit irgendeines Herrschers, sondern riefen eine starke Beteiligung innerhalb der Bevölkerung des Landes hervor.“<sup>2</sup>

Der dritte britisch-afghanische Krieg 1919 war nicht nur ein erfolgreicher Befreiungskrieg. Er war auch der Anfang des Kampfes der fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte gegen die innere Reaktion (Großgrundbesitzer, tribalistische Fürsten und reaktionäre Geistlichkeit) sowie gegen die Beherrschung des afghanischen Marktes durch angloindische Händler.<sup>3</sup> Die mit König Amanullah an die Macht gekommene „Jungafghanen“-Bewegung verbot den Khans (Fürsten) und Samindars (Großgrundbesitzern), staatliche Steuern einzuziehen und konfiszierte die Wakf-Ländereien (Eigentum der Geistlichkeit).

Ferner wurden die Gleichberechtigung der Frau, die Monogamie sowie die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt. Es sollte ein Parlament, das sich nur aus ausgewählten Vertretern des Volkes zusammensetzte, zustandekommen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollte durch eine protektionistische Politik das afghanische Handelskapital gestärkt und die nationale Industrie entwickelt werden.<sup>4</sup>

Damit war König Amanullah zu weit gegangen. Die afghanische Reaktion, die schon im Jahre 1924/25 einen erfolglosen Aufstand gegen ihn organisiert hatte, konnte im Jahre 1928/29 mit massiver Hilfe des britischen Imperialismus Amanullah zur Abdankung zwingen.

Von den Volksmassen konnte er keine Hilfe erwarten, da sich zum einen ihr Lebensstandard aufgrund der Steuerrhöhung und der Einführung der Geldsteuer statt der Naturalsteuer verschlechtert hatte. Zum anderen war das Reform-



Kabul 27. April 1978: Sieger des bewaffneten Aufstands

programm von oben diktiert, ohne Beteiligung der Volksmassen, die sich dann auch an die Seite der Reaktion stellten.<sup>5</sup>

Am 15. Oktober 1929 kam der von Engländern zum „König“ ausgebildete Nadir Shah an die Macht, dessen Dynastie bis zum 27. April 1978 Afghanistan mit starker Hand und beispielloser Grausamkeit regierte.

### Die Wisch-Zalmian-Bewegung

In der Geschichte Afghanistans wird die Bewegung Wisch-Zalmian und die 7. Sitzungsperiode des Parlaments (1946–1952) groß geschrieben. Hier hat der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf des afghanischen Volkes ein bis dahin nicht gekanntes Höhepunkt erreicht.

Während die radikaldemokratischen Wochenzeitungen wie Watan und Angar für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und die Beschneidung der Allmacht des Königs Zahir kämpften, verlangten die fortschrittlichen Abgeordneten von der Regierung Shah Mahmuds (eines Onkels des Königs) sämtliche Details über das soeben abgeschlossene Kreditabkommen mit der amerikanischen Firma Morrison & Knudsen<sup>6</sup> zu veröffentlichen, und die Firma stärker unter staatlicher Kontrolle zu bringen. Als die Regierung diese Forderung ablehnte, verlangten die Abgeordneten ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Daraufhin löste der König das Parlament auf und warf sämtliche fortschrittlichen Abgeordneten und andere Mitglieder der Wisch-Zalmian ins Gefängnis, verbot die Zeitungen Watan und Angar und schaffte alle demokratischen Freiheiten wieder ab.<sup>7</sup>

Die Wisch-Zalmian war keine Partei, sondern eine Bewegung, ein Sammelbecken für verschiedene demokratische, patriotische und sozialistische Kräfte, die für die Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten kämpften.

Aus dieser Bewegung sind in den 60er Jahren, als die afghanische Reaktion unter dem Druck der Volksbewegung die demokratischen Freiheiten teilweise wiederherstellen mußte, verschiedene Parteien, die Volksdemokratische Partei (Partei neuen Typs), die Fortschrittlichen Demokraten (Sozialdemokraten), die Afghan Millat (extreme Nationalisten) sowie so hervorragende Persönlichkeiten wie Taraki (Schriftsteller) und Babrak Karmal (Studentenführer) hervorgegangen.

Am 1. 1. 1965 wurde die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) gegründet. Das entsprach den objektiven und subjektiven Bedingungen des Landes. So hatte sich die Arbeiterklasse Afghanistans seit den 50er Jahren quantitativ und qualitativ entwickelt. Die fortschrittliche Intelligenz Afghanistans hatte sich sehr empfänglich für die wissenschaftlich-revolutionäre Weltanschauung gezeigt und im Lande hatte eine allgemeine klassenmäßige Differenzierung stattgefunden. Mit der Gründung der VDPA erhielten die Arbeiterklasse Afghanistans und andere Werktätige ihre revolutionäre Partei, ihre Vorhut.

Die VDPA trat das Erbe der fortschrittlichen Traditionen der afghanischen Völker im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus, Absolutismus und Reaktion an. Organisiert nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und aufbauend auf der wissenschaftlichen Weltanschauung (im afghanischen Sprachgebrauch wird darunter die Lehre des Marxismus-Leninismus verstanden; d. Red.) gab sie dem Kampf des Volkes eine sozialistische Zielrichtung (siehe Programm-Auszüge der VDPA).

### Mächtige Wogen der Volksbewegung

Die 60er Jahre waren Zeuge der revolutionären Bewegungen der Arbeiter, der Bauern und Studenten. Es gab fast keinen Betrieb, keine Hochschule und keine Schule, wo nicht gestreikt und demonstriert wurde. In der Streikbewegung der Arbeiter von 1968/69 wurden nicht nur ökonomische Forderungen gestellt, sondern auch politische.

Auch die Bauern erhoben sich hier und dort. Am eindrucksvollsten war die Demonstration der Landarbeiter und Bauern in der Provinz Paktia, wo sie gegen die Willkür des Staates und der sog. „Entwicklungshelfer“<sup>8</sup> protestierten. Bemerkenswert war auch der einmonatige Streik der Studenten der Universität Kabul gegen ein undemokratisches Hochschulgesetz, das schließlich durch den geschlossenen Kampf der Studenten und Hochschullehrer zurückgenommen wurde, und zum Rücktritt des Wissenschaftsministers führte. In allen diesen Bewegungen spielte die VDPA eine zentrale Rolle. Sie hat den Arbeitern gezeigt, daß die ökonomischen und gewerkschaftlichen Rechte nur durch den organisierten und solidarischen Kampf errungen werden können, und sie zeigte den Studenten und Intellektuellen, daß nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich für die Verbesserung der Lebensbedingungen zu kämpfen ist.

Die herrschende Klasse Afghanistans, die angesichts dieser mächtigen Wellen der Volksbewegung erschrocken war, antwortete mit großen Repressalien gegen die VDPA und andere fortschrittliche Gruppierungen. Es gelang ihr aber nicht, eine ihr auf politischem Gebiet ergebene Partei zu schaffen. Um Zeit zu gewinnen, behielt der König ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz über Jahre hinaus in seiner „Schublade“<sup>9</sup>. Die Unfähigkeit der Reaktion, eine politische Alternative zu den starken Linkskräften zu schaffen, veranlaßte sie zur Anwendung der Methoden des rechten Terrors und des Meuchelmords. Schlägerbanden übernahmen die „Funktion“ der Polizei, überfielen linke Versammlungen, bewarfen unverschleierte Frauen mit Säure und ermordeten linke Studenten und Professoren mit der Begründung, sie seien „Atheisten“.

Zugleich wuchs die Unzufriedenheit der breiten Mehrheit des

Volkes über ihre schlechte Lage, die Ausbeutung und Unterdrückung. Im Jahre 1971/72 starben etwa 100 000 Menschen bei Hungerkatastrophen. Die vom Ausland herbeigeschafften Nahrungsmittel kamen nicht den Hungernden zugute, sondern wurden von Regierungsbeamten an große Spekulanten weitergeleitet.<sup>10</sup>

Von daher konnte es nicht überraschen, daß fortschrittliche Teile der Armee im August 1973 der korrupten und verhaßten Selbstherrschaft ein Ende bereiteten und die Republik Afghanistan ausriefen; und es war verständlich, daß die große Mehrheit des Volkes und alle fortschrittlichen Kräfte den Sturz der Monarchie stürmisch begrüßten. Zumal das vom republikanischen Regime verkündete Programm den realen

## Afghanistan-Daten

**Territorium:** 0,65 Mio qkm (2,5fache Fläche der BRD)

**Bevölkerung:** Nach Schätzungen 19,3 Mio Einwohner, davon 60 % Pashtunen, 30 % Tadshiken, 3 % Usbeken, 3 % Hesareh; darüber hinaus Hindus, Belutschen, Turkmenen, Kirgisen und Perser.

**Religion:** Fast ausschließlich Islam sunnitischer Richtung.

**Sprache:** Pashtu und Dari sind gleichberechtigte Landessprachen.

**Währung:** 1 Afghani = 100 Pul; 20 Afghani = 1 DM (Stand 1977)

**Wirtschafts- und Sozialstruktur:** Trotz zahlreicher Bodenschätze (Steinkohle, Erdgas, Chrom, Kupfer, Blei, Zink), die erst seit wenigen Jahren erschlossen werden, gehört das Land zu den ökonomisch am schwächsten entwickelten Asiens. Das zeigt ein Prokopf-Einkommen (für 1974) von nur 110 Dollar (Iran 1250 Dollar). Der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt beträgt lediglich 10 % (Pakistan 15,3 %). In der **Industrie** sind nur 9 %, in der verarbeitenden Industrie 6,5 % der Erwerbstätigen beschäftigt. Hauptzweig ist die Leichtindustrie (Textil- und Nahrungsmittelindustrie), in der Klein- und Mittelbetriebe sowie das Heimgewerbe vorherrschen. In den letzten Jahren wurde mit 75 % sowjetischer Hilfe mit dem Aufbau von Zweigen der Schwer- und Grundstoffindustrie begonnen. Etwa 85 % der Bevölkerung leben auf dem Lande; 17 % (2-3 Mio) sind Nomaden oder Halbnomaden, die restlichen 68 % sind feudal abhängige Bauern oder Pächter. Von den Erwerbstätigen (28 % der Bevölkerung) sind 76 % in der Landwirtschaft tätig.

Hauptwirtschaftszweig ist die **Landwirtschaft**, die 60 % des Nationaleinkommens, jedoch nicht den Landesbedarf an Nahrungsmitteln deckt. Die wichtigsten Produkte sind Weizen, Reis, Mais, Zuckerrüben, Hülsenfrüchte, in der Viehwirtschaft Schafe und Rinder.

Hauptexportgüter im staatlich kontrollierten Außenhandel sind Erdgas, Nüsse, Trockenfrüchte, Karakulfelle, Baumwolle, Frischobst und Teppiche. Die Haupthandelspartner waren 1977 UdSSR, USA, Indien, BRD und Japan.

Bei einer Einwohnerzahl pro Arzt von 26 000 (Iran: 2500) beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung 37,5 Jahre (Iran: 54); die Analphabetenrate liegt bei 89 % (Iran 60 %).



Bedürfnissen des Volkes und den Zielen der fortschrittlichen Kräfte entsprach.

In der ersten programmatischen Rede der neuen Regierung, bekannt als „Adresse an die Nation“ (verkündet am 23. 8. 1973), wurde die Beseitigung der Klassen- und nationalen Unterdrückung, der Korruption, des Analphabetismus und der Armut verkündet. Gleichzeitig wurde die Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft („echte Demokratie“), die Verwirklichung der Bodenreform und die rasche Alphabetisierung im Lande versprochen. Dieses umfassende Programm sollte durch die Schaffung einer „breiten Front aller nationalen, fortschrittlichen und patriotischen Kräfte“ in die Tat umgesetzt werden.

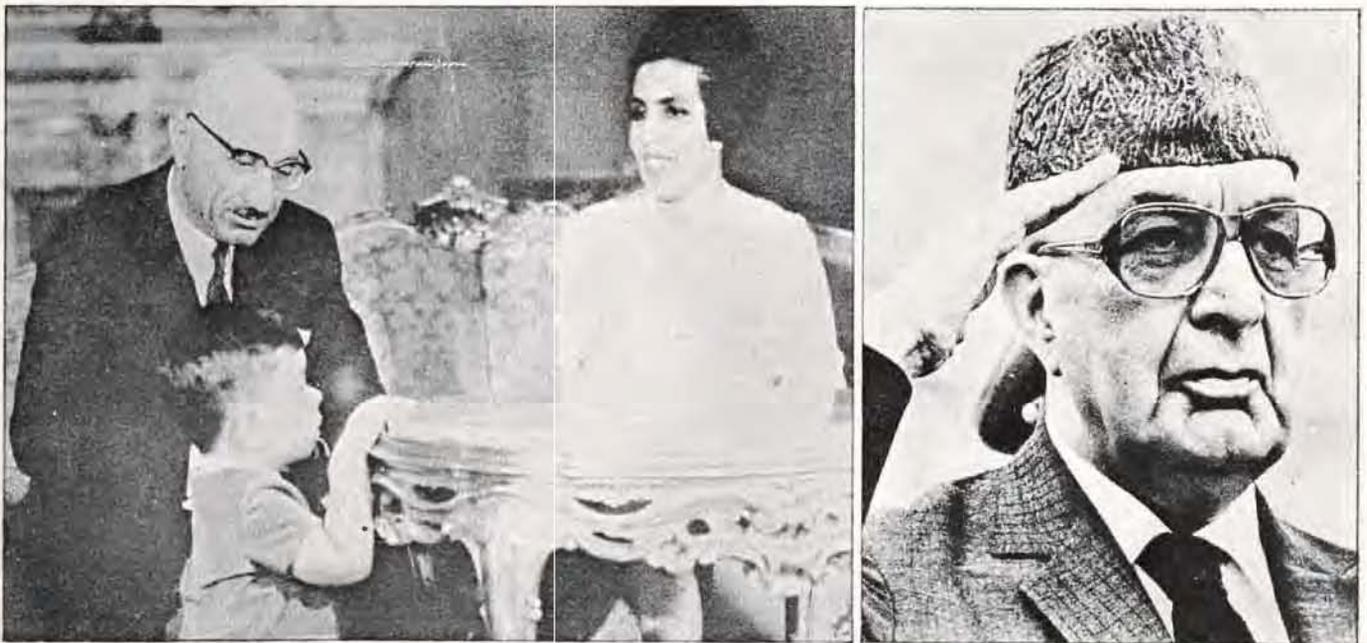
### Dauds Restaurationskurs

Die Republik wurde zu Anfang von einem „Zentralkomitee“ geführt, in dem am Umsturz beteiligte – in ihrer Mehrheit linke und fortschrittliche – Offiziere und Zivilisten saßen. Doch konnte der aristokratische Präsident Mohammad Daud mit Hilfe einiger ihm ergebener, aus verschiedenen Opportunisten wie dem letzten Verteidigungsminister Rasuli, dem Finanzminister S. Abdul Ilah und dem Innenminister A. Qadir Nuristani den Einfluß der fortschrittlichen Offiziere zurückdrängen. Dieser Umstand wurde teilweise durch die Unstimmigkeiten und Mißverständnisse innerhalb der revolutio-

umklassifizieren lassen, zum anderen konnten sie ihr ganzes Eigentum formell auf den Namen ihrer Kinder überschreiben lassen (und an Kindern fehlte es ihnen nicht, da sie bis zu 4 Frauen heiraten können). Die Folge war, daß die 2,1 % der Landesbevölkerung, die unter der Monarchie 70 % des fruchtbaren Landes besaßen, diesen weiterhin behalten konnten. Von den 1 460 000 Bauernfamilien bekamen nur 4000 ein Stück von den staatlichen Ländereien.<sup>12</sup>

● Im Bereich der Alphabetisierung und Bildung wurden nicht nur keine radikalen Maßnahmen ergriffen, im Gegenteil: Man führte eine Art Aufnahmeprüfung für die Absolventen der 8. Schulklasse ein, womit Tausenden von Kindern der Werktätigen der Weg zu höherer Bildung versperrt wurde. Nicht einmal im Jahr 1983 (Ende des 7 Jahres-Plans) hätten demzufolge mehr als 40 % der schulreifen Kinder in die Schule gehen können<sup>13</sup>.

● Auf wirtschaftlichem Gebiet blieb die Armut der großen Mehrheit der Bevölkerung weiterhin bestehen. Obwohl in den letzten Jahren die landwirtschaftliche Produktion aufgrund der besseren Witterung stieg und sich die Zahlungsbilanz infolge der erhöhten Exporteinnahmen (der Exportpreis für Erdgas wurde beträchtlich angehoben) verbesserte, konnte diese Verbesserung wegen der klassenmäßigen Verteilung der Güter in Afghanistan keine Auswirkung auf die Lage der Werktätigen haben. Die wachsende Arbeitslosigkeit zwang schließlich schätzungsweise 1 Mio Werktätige (ca. 20 % der Erwerbsfähigen) zur Arbeitssuche in den Iran und in die Golf-



König Zahir Schah (l.) mit Königin Homaira wurde 1973 gestürzt; Königsvetter Mohammad Daud (r.) ließ sich 1977 zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen

nären und fortschrittlichen Kräfte begünstigt. So wurde die von Daud in den ersten Jahren immer wieder betonte „Konsolidierung der Republik“ in Wirklichkeit nur zur Restauration der Macht und des Einflusses der alten herrschenden Kräfte, dieses Mal unter dem Etikett der Republik, ausgenutzt.<sup>11</sup>

Diese Restauration zeigte sich auch in den einzelnen Maßnahmen des Daud-Regimes:

● Aufgrund des sehr schlecht ausgearbeiteten Bodenreformgesetzes sollte der Boden je nach Zahl der Ernten im Jahr in drei Kategorien (à 20,40 und 60 ha) klassifiziert werden, die man als höchste Grenze des Bodeneigentums betrachtete. Der Rest mußte – gegen Entschädigung! – an Landlose und Kleinbauern verteilt werden. Doch da alle korrupten königlichen Beamten fest im Sattel der „Republik“ saßen, hatten die Großgrundbesitzer nichts zu befürchten: zum einen konnten sie Boden, der z. B. zur Klasse A gehörte in die Klasse C

staaten auszuwandern, wo sie zu Sklavenarbeit gezwungen wurden. Diese Erscheinung rief ein sehr negatives Echo in Afghanistan hervor, und die Bevölkerung machte mit Recht das Regime dafür verantwortlich.

● Auch die Korruption und die Willkür der Bürokratie blieben bestehen, mit dem Unterschied, daß die Beamten unter der „Republik“ größere Summen verlangten als früher, weil laut einer internen Begründung das „Risiko“ erwischte zu werden, größer geworden war.

Die eklatanteste Mißachtung des Volkswillens durch Dauds Regime waren die im Januar 1977 abgehaltenen „Wahlen“ zur Loja Djirga (große Versammlung), die den Verfassungsentwurf billigen sollte. Nicht allgemeine, freie und geheime Wahlen wurden abgehalten, vielmehr sollte sich die Bevölkerung in den Provinz-, Kreis- und Ortsverwaltungen um „ihren“ Kandidaten sammeln, um den Regierungsvertretern zu ermöglichen, daß die sehen konnten, welcher der Kandida-

# Programm der Volksdemokratischen Partei Afghanistans

Dieses bis heute gültige Programm wurde im Januar 1965 auf dem Gründungsparteitag der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA) verabschiedet. Gemäß der monarchistischen Verfassung durfte keine Forderung zur Beseitigung der Monarchie geäußert, geschweige denn niedergeschrieben werden. Aus gleichem Grund verzichtete man im Programm darauf, die herrschende Königsfamilie bzw. großgrundbesitzende Feudalaristokratie direkt beim Namen zu nennen. Sie wird jedoch recht konkret und kaum mißverständlich umschrieben mit den Begriffen „korrupte Bürokratie“ und „Klasse der Großgrundbesitzer“.

## ● Geschichte der Volksbewegung:

Der nationale Aufstand der afghanischen Völker (gegen den britischen Imperialismus, d. Übers.) im Jahre 1919, der mit Beteiligung aller werktätigen Klassen und Völker Afghanistans stattgefunden hat, hat die direkte Herrschaft des Imperialismus beendet. Seitdem . . . haben die unterdrückten Klassen und Völker unseres Landes, nationale Kämpfer, Konstitutionalisten und Demokraten für die Beseitigung des Feudalismus, der Unterdrückung, Reaktion und Vertreibung der Kolonialismus und Imperialismus tapfer gekämpft; aufgrund ungünstiger nationaler und internationaler Bedingungen haben sie jedoch vorläufige Niederlagen erlitten.

## ● Zur internationalen Lage:

Der Hauptinhalt unserer Epoche und die Achse des Klassenkampfes auf internationaler Ebene ist der Kampf zwischen dem Weltsozialismus und Weltimperialismus, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Als Folge dieses Kampfs zweier Systeme ist die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern stärker geworden und die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika haben an Aufschwung gewonnen.

Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz auf internationaler Ebene, die Überlegenheit der Kräfte des Friedens und des Fortschritts . . . zeigt, daß sich die internationale Lage bereits zugunsten der unterdrückten Völker . . . verändert hat. Und vor allem haben die unterdrückten Völker Afghanistans reale Möglichkeit erhalten, sich von der Kette der Reaktion und dem Einfluß des Imperialismus zu befreien.

## ● Zu politischen Fragen:

Der Grund für die langsame Entwicklung der Produktivkräfte und für die tragische Lage der afghanischen Völker ist der ökonomische und politische Einfluß der Klasse der Großgrundbesitzer; der Schichten der großen Geschäftsleute, Spekulanten und Kompradoren; der korrupten Bürokraten und der Filialen der imperialistischen Monopole, deren Klasseninteressen mit denen . . . des afghanischen Volkes im Widerspruch stehen.

Die Lösung dieses Grundwiderspruchs ist der Hauptinhalt des gegenwärtigen allgemeindemokratischen und nationalen Kampfes der afghanischen Völker.

Die Bildung einer nationaldemokratischen Regierung . . . als Instrument zur Lösung dieses Grundwiderspruchs (wird) der afghanischen Nation, die ökonomisch zurückgeblieben ist, eine breite und glänzende Zukunft eröffnen.

Die nationaldemokratische Regierung, die ihrem Klassen- und nationalen Charakter nach auf allen fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft wie Arbeiter, Bauern, fortschrittliche Intelligenz, Handwerker, städtische und ländliche Kleinrentner und Nationalbourgeoisie (in Form einer Nationalfront) basiert, sichert und verteidigt die Grundinteressen des Volkes.

Afghanistan ist ein Land mit verschiedenen werktätigen Völkern und Stämmen mit verschiedenen Kulturen, die dieses Land im Laufe vieler Jahrhunderte aufgebaut, hier gelebt und unter Duldung gleicher Leiden, einen gemeinsamen Kampf gegen den Feudalismus und Imperialismus geführt haben. Aufgrund feudalistischer Willkürverwaltung und imperialistischer Politik sind (sie) jedoch ihrer Rechte und Freiheiten beraubt worden. Diese reaktionäre Politik stellt auch ein großes Hindernis auf dem Wege der vollständigen nationalen Einheit der afghanischen Völker und des sozialen Fortschritts dar. Daher ist der Kampf für die Einheit und Soli-



darität der werktätigen Völker Afghanistans, auf der Grundlage der Klasseninteressen der Unterdrückten, der brüderlichen Gleichheit und der Ablehnung . . . von jeglichem Chauvinismus die Aufgabe der nationaldemokratischen Regierung.

## ● Zur Außenpolitik:

Die Verfolgung einer unabhängigen und aktiven Friedenspolitik und der Politik der positiven Nichtpaktgebundenheit. Kampf gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen der Welt.

## ● Zu ökonomischen Fragen:

Da die kapitalistischen Verhältnisse in Afghanistan noch in ihrem Keim stecken, ist die Festigung und Erweiterung des staatlichen Sektors durchaus im Interesse des Volkes und erspart den Massen der Bevölkerung die langwierigen Leiden und Unterdrückung, die mit der kapitalistischen Entwicklung verbunden ist. Für die Sicherung des ökonomischen und sozialen Fortschritts und der Demokratie müssen die alten agrarischen Verhältnisse in unserem Lande mittels einer demokratischen Landreform . . . mit Beteiligung und im Interesse der landlosen- und Kleinbauern, beseitigt werden.

## ● Zu sozialen Fragen:

Gewährung des Rechts auf Arbeit, Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen des Lebens, 42 Stunden-Woche, bezahlter Erholungs- und Schwangerschaftsurlaub und das Verbot der Kinderarbeit.

## ● Zur Förderung der Kultur:

Verwirklichung der obligatorischen und allgemeinen Primärbildung für alle Kinder (Mädchen und Jungen) in ihren Muttersprachen.

Förderung der Sprachen und Kulturen der afghanischen Völker. Propagierung der moralischen und geistigen Werte, wie des Glaubens an die Ideale des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts; Liebe und Respekt für die werktätigen Völker des Landes; Gegnerschaft zu Reaktion, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung, Kolonialismus, Imperialismus und Krieg.

Am Ende wird betont, daß die VDPA, die in der gegenwärtigen Etappe für die Bildung einer nationaldemokratischen Regierung kämpft, ihr Endziel, d. h. die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, nicht aus den Augen verlieren wird.

(Quelle: Chalk. 1. Organ der VDPA, Kabul, Nr. 1/2, 11. 4. 1966; Auszüge)



Von der VDPA vor dem Aprilaufstand organisierte Massendemonstration in Kabul

ten von den meisten Anhängern umgeben war. Selbstverständlich hatte sich keine politische Gruppe an dieser Komödie beteiligt. Die Verfassung, die von dieser Loja Djirga verabschiedet wurde, war dann auch alles andere als demokratisch: Alle Kompetenzen eines despotischen Königs wurden in der neuen Verfassung dem Präsidenten übergeben. Statt des Artikels 32 der alten Verfassung, der die Bildung politischer Parteien zuließ, gewährte § 42 der neuen Verfassung nur einer „Partei der nationalen Revolution“ das Existenzrecht. Von der Bildung einer nationaldemokratischen Front wollte Daud nichts mehr wissen.<sup>14</sup> Nichteinmal in die „Partei der nationalen Revolution“ durfte man eintreten, wenn man früher in anderen Parteien Mitglied gewesen war!<sup>15</sup>

### Die Alternative der Volksdemokratischen Partei

Nach dem Bekanntwerden der geheimen Verfassungskommission veröffentlichte die VDPA ihren eigenen Verfassungsentwurf, um die demokratische Diskussion über eine solche lebenswichtige Angelegenheit zu forcieren. Entsprechend den fortschrittlichen Punkten der „Adresse an die Nation“ vom 12. 8. 1973 hatte dieser Entwurf ausgesprochen demokratischen und realistischen Charakter. Das Regime Dauds antwortete seinerseits mit verstärkten Repressalien gegen die VDPA und mit weiteren Entlassungen der fortschrittlichen Elemente aus der Regierung.

Zur gleichen Zeit wurde ein neues Strafgesetzbuch (vor der Verabschiedung der Verfassung!) veröffentlicht, das astronomische Strafen für politische Opposition vorsah. Artikel 221, Abs. 1–4 sah für eine Person, die einer „verbotenen Partei, Vereinigung oder Gruppe angehörte oder sie gründete“, eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren vor. Dies alles war verbunden mit einer Verstärkung der Polizei und des Geheimdienstes, die seit 20 Jahren von der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet und ausgerüstet worden sind. Laut der Frankfurter Allgemeinen Zeitung konnte man von „einer Feind-hörtmit-Atmosphäre sprechen, die den früher recht mitteilamen

Afghanen den Mund verschlossen“ hat<sup>16</sup>.

Die innere Restauration in Afghanistan ging Hand in Hand mit einer gewissen Verschiebung der außenpolitischen Akzente, die zunehmend reaktionäre und proimperialistische Züge aufwies. Die in erster Linie vom Iran im Rahmen des sog. regionalen Aufbauplans (unter Schah-Regie die Türkei, Pakistan, den Iran und Afghanistan umfassend) versprochenen Milliarden sollen nur unter der Bedingung gewährt<sup>17</sup> werden, daß die Außenpolitik Afghanistans im Sinne des US-Imperialismus und der CENTO-Strategie neugestaltet wird. Diese neokolonialistischen Beeinflussungsversuche hatten dahin gewirkt, daß Afghanistan in zahlreichen wichtigen Fragen, wie zum Nahen Osten, zum Horn von Afrika und Zypern einen proimperialistischen Kurs auf Seiten Sadats, Somalias und der türkischen Aggressoren einschlug.

Die zahlreichen antidemokratischen und antinationalen Maßnahmen des Daud-Regimes, verbunden mit einer maßlosen Demagogie, hatten schließlich alle patriotischen und fortschrittlichen Kräfte in Widerspruch zu ihm gebracht. Daud und seine Partei war von den am meisten opportunistischen und im Volk unbeliebten Kräften umgeben. Gleichzeitig wuchs der Widerstand des Volkes von Tag zu Tag an. Daud reagierte mit grenzenloser Brutalität. Hinrichtungen – mehr als 20 in 5 Jahren – und Folterungen waren an der Tagesordnung.

Das Endziel Dauds war jedoch die Zerschlagung der Volksdemokratischen Partei, die den organisierten Widerstand des Volkes repräsentierte. Am 17. April 1978 wurde Mir Akbar Khaibar, einer der brilliantesten Funktionäre der VDPA (ZK-Mitglied) auf offener Straße ermordet. Es war darüber hinaus – wie aus Geheimquellen des Daud-Regimes enthüllt wurde – geplant, über 400 Oppositionelle zu Abschreckungszwecken hinrichten. Die Reaktion der VDPA darauf war schnell und für Daud überraschend: Sie nahm die provokatorische Herausforderung des Daud-Regimes an, und mobilisierte im ganzen Land das Volk. An der Beerdigung Khaibars nahmen etwa 60 000 Menschen teil, die anschließend voller Empörung vor dem Präsidentenpalast und der US-Botschaft demonstrierten. Noch am selben Tag wurden die gesamte



VDPA-Führung und hunderte weitere Menschen in Haft genommen.

Doch der Widerstand des Volkes ließ nicht nach. Am 27. April 1978 kam es zu einer erneuten Massendemonstration, in deren Verlauf einige bewaffnete Zivilisten wichtige Punkte der Stadt Kabul besetzt und andere den Präsidentenpalast zu stürmen versucht haben sollen. Die Palastwache schoß auf die Demonstranten, wobei mehrere Menschen getötet wurden.<sup>18</sup> Wenig später griffen Teile der Armee unter Führung fortschrittlicher Offiziere das Zentrum des Terrors an, und konnten in weniger als 24 Stunden den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte brechen.

Der provisorische „Revolutionsrat der Streitkräfte“, der die Macht vorerst übernommen hatte, wurde bereits am 29. April aufgelöst und dem „Revolutionsrat der Demokratischen Republik Afghanistan“ eingegliedert.<sup>19</sup>

Der Revolutionsrat als höchstes beschlußfassendes Organ der Republik zählt 35 Mitglieder (30 Zivilisten und 5 Militärs), die alle der VDPA angehören. Ihm untersteht die 21-köpfige Regierung, die ebenfalls aus VDPA-Mitgliedern zusammengesetzt ist. Vorsitzender des Revolutionsrats und Ministerpräsident ist Nur Mohammed Taraki, Generalsekretär der VDPA und ein populärer Schriftsteller. Zu seinem Stellvertreter wurde Babrak Karmal ernannt. Karmal ist in Afghanistan durch seine hervorragenden Reden im Parlament der 60er Jahre bekannt.

### Aufstand von Volksbewegung und Streitkräften

Das Volk Afghanistans hat die Ausrufung der Republik unter der Führung der VDPA stürmisch begrüßt. Die VDPA und ihr revolutionäres Programm ist ihm nicht unbekannt. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Händler, Lehrer und Studenten in allen Teilen des Landes hielten Massenversammlungen zur Begrüßung der Demokratischen Republik ab. Die Bevölkerung in den Straßen überschüttete die revolutionären Soldaten und ihre Panzer mit frischen Blumen.

Die VDPA, die den siegreichen bewaffneten Aufstand großer Teile der Armee und der revolutionären Volksbewegung koordiniert und geführt hat, definierte ihn in ihrer ersten Stellungnahme als „den Anfang einer nationaldemokratischen

revolution“.<sup>20</sup> Im Prozeß dieser Revolution muß – nach Auffassung der VDPA – die politische und ökonomische Macht der herrschenden Klassen und Schichten Afghanistans (Großgrundbesitzer, Stammesaristokraten, Kompradoren und Spekulanten, sowie Vertreter der imperialistischen Monopole) in die Hände des Volkes (Arbeiter, Bauern, fortschrittliche Intelligenz, städtische und ländliche Kleineigentümer und Nationalbourgeoisie) übergehen (siehe Kasten mit Programmauszügen). Damit wird die Grundlage für eine sozialistische Umwälzung, als die zweite Etappe der sozialen Revolution, geschaffen.

Der Erfolg des revolutionären Aufstands ist maßgeblich darauf zurückzuführen, daß die VDPA schon in den 60er Jahren konsequent eine revolutionäre Militärpolitik verfolgt und ihr im Rahmen ihrer Gesamtstrategie einen hohen Stellenwert zugemessen hat. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß der überwiegende Teil der Offiziere und Soldaten der afghanischen Armee bäuerlicher Herkunft ist, und ökonomisch gesehen einen genauso niedrigen Lebensstandard wie die meisten Staatsangestellten hat. Damit ist die afghanische Armee objektiv der Mehrheit des Volkes verbunden und für die Aufnahme revolutionärer Ideen relativ aufgeschlossen.

Die Tatsache, daß sich der Revolutionsrat der Streitkräfte bereits nach einem Tag aufgelöst und der „Revolutionsrat der Demokratischen Republik Afghanistan die gesamte Staatsmacht in die eigene Hand genommen hat, ist ein Indiz dafür, daß es sich beim Aufstand vom 27. April nicht um einen Militärputsch oder bloße Machtambitionen des Militärs handelte. Dank der führenden Rolle der VDPA, sowohl in der Volksbewegung als auch in der Armee, war dieser Aufstand vielmehr ein Beweis der entstandenen Allianz zwischen Volksbewegung und Armee. Die VDPA als integrierende Kraft bietet auch die Gewähr – im Unterschied etwa zu Portugal – dafür, daß diese Allianz im Prozeß der revolutionären Umgestaltungen zielstrebig gefestigt werden kann.

Zusammengenommen läßt sich feststellen, daß die nationaldemokratische Revolution in Afghanistan eine andere Ausgangslage auszeichnet als die – oberflächlich betrachtet – ähnlichen antimonarchistischen Revolutionen in Ägypten 1952 oder im Irak 1958.

Die Organisation der „Freien Offiziere“ in Ägypten z. B. hatte zwar vor ihrer Machtübernahme schon bestimmte Berüh-

# Afghanistans große Nachbarn

Die revolutionären Vorgänge in Afghanistan haben bestimmte Zentren der Konterrevolution in der Region tief beunruhigt. Vor allem fühlen sich der Schah des Iran – als nunmehr letztes monarchistisches Überbleibsel – und das Militärregime in Pakistan dazu berufen, gegen die revolutionäre Volksregierung in Afghanistan Stimmung zu machen. Voll auf dieser Linie fährt auch die bürgerliche Presse, die ihre „10 000 Tote“-„Widerstands“- und „Hinrichtungen“-Stories emsig aus Teheran und Islamabad importiert.

Obwohl die Volksregierung Afghanistans in zahlreichen Erklärungen und Interviews die Politik der Nichtpaktgebundenheit, der friedlichen Koexistenz und der gutnachbarlichen Beziehungen auch mit dem Iran und Pakistan betont hat, läßt das Schah-Regime keine Gelegenheit zu Drohgebärden gegenüber Afghanistan aus. Nach Zeitungsmeldungen hat der Iran beim Besuch des indischen Außenministers in Teheran, diesem eine indisch-pakistanisch-iranische Allianz im Falle einer Bedrohung seitens der neuen Regierung Afghanistans vorgeschlagen, die aber von Indien abgelehnt worden ist.<sup>1</sup>

Daß sich der Iran oder Pakistan durch Afghanistan militärisch bedroht fühlen könnten, ist ausgeschlossen. Denn Afghanistan ist sowohl militärisch als auch ökonomisch den beiden Ländern weit unterlegen. Außerdem und vor allem ist die große Priorität der Volksregierung Frieden und Sicherheit in der Region, die eine wichtige Voraussetzung für ungestörte ökonomische, soziale und kulturelle Umgestaltungen in Afghanistan ist.

Warum fühlen sich also der Iran, Pakistan und ihre westlichen Verbündeten durch die Revolution in Afghanistan verunsichert?

## Trauer um verlorene Positionen

Tatsache ist, daß der iranische Schah in Präsident Daud und dessen reaktionären Vertrauten und Verwandten wichtige Verbündete gefunden hatte. Mit ihrer Hilfe hatte der Iran in Afghanistan in den letzten Jahren einen erdrückenden politischen und ökonomischen Einfluß gewonnen.

Alle fortschrittlichen und patriotischen Kräfte, unabhängig von ihrer ideologischen Richtung, waren über diese Situation sehr empört. Ein Beweis dafür waren die mächtigen Bündnisaktionen der VDPA und anderer fortschrittlicher Organisationen im Jahre 1972 gegen das Hilmand-Abkommen mit dem Iran<sup>2</sup>, weshalb sogar der König davor zurückschreckte, das Abkommen zu unterschreiben. Doch unter der nur dem Schein nach antimonarchistischen Herrschaft Dauds (in Wirklichkeit konservierte Daud als Vetter des Königs die feudalaristokratische Selbstherrschaft) wurde jede Protestaktion verboten und mit zunehmend brutaler Unterdrückung



Von der UdSSR errichteter Tunnel. In A. sind 70% des Landes Gebirge

geahndet, so daß die afghanischen Patrioten zusehen mußten, wie Daud die neokolonialistische Einmischung der Westmächte (USA, BRD u. a.), des Iran und Saudi Arabiens in die inneren Angelegenheiten des Landes duldete.

Daß unter der revolutionären Volksregierung mit diesen neokolonialistischen Einflüssen aufgeräumt wird, ist für den Schah eine harte Realität. Daß die Pläne, Afghanistan könnte durch ökonomische Abhängigkeit vom Iran und Saudi Arabien zum Eintritt in den Militärpakt CENTO erpreßt werden, endgültig begraben werden mußte, ist offensichtlich für den Imperialismus sehr schmerzhaft. Und gerade diese Tatsache, und nicht irgendwelche Bedrohung seitens Afghanistans, kann für die westlichen Länder und ihre Interessenvertreter in der Region Grund genug sein, alles zu unternehmen, um die Volksregierung zu Fall zu bringen. Man braucht dabei nur an Chile und Äthiopien zu denken.

Die westlichen Massenmedien haben die revolutionären Vorgänge in Afghanistan im Rahmen ihrer globalen antisowjetischen Propaganda kommentiert. Dabei wurde die sowjetische Militärhilfe und die Ausbildung der afghanischen Offiziere in der Sowjetunion in den Vordergrund gestellt, um die gewünschten Assoziationen zu erzeugen.

## Freundschaft zur Sowjetunion – eine Tradition

Total verschwiegen wurde jedoch die Tatsache, daß Afghanistan auf fast 60 Jahre ungetrübtter und freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zurückblicken kann. Und daß mehr als 70 % der Industrieproduktion und mehr als 80 % der Energieerzeugung Afghanistans aus den mit sowjetischer Hilfe fertiggestellten Projekten stammen. Verschwiegen wird auch die Tatsache, daß die Sowjetunion seit Jahrzehnten Afghanistan mit Öl, Zucker usw. unter dem Niveau der Weltmarktpreise beliefert hat, was auf die Zahlungsbilanz Afghanistans sehr positiv gewirkt hat. Daß die Regierungen Afghanistans trotzdem sehr enge Beziehungen auch zur USA, BRD, Frankreich und dem Iran unterhielten, ist daher nicht in erster Linie dem ungeheuren „Geschick“ der Herrschenden Afghanistans zu verdanken – wie dies von der bürgerlichen Presse immer wieder betont wird –, sondern der konsequenten Politik der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung in den inneren Angelegenheiten seitens der Sowjetunion.

Das Fundament dieser Politik ist schon von W. I. Lenin und dem von fortschrittlichen Ideen beeinflussten König Amanullah gelegt worden. Unmittelbar nach dem siegreichen Befreiungskrieg im Jahre 1919 schrieb Amanullah an Lenin: „Da Sie gemeinsam mit anderen Genossen und Freunden die ehrenvolle und hochsinnige Aufgabe übernommen haben, für Frieden und Wohlergehen der Menschen zu sorgen, und das Prinzip der Freiheit und Gleichberechtigung der Länder und Völker aller Welt verkündet haben, schätze ich mich sehr glücklich, zum ersten Male im Namen des fortschrittsstrebenden afghanischen Volkes an Sie diese von aufrichtiger Freundschaft getragene Botschaft des unabhängigen und freien Afghanistans zu richten.“ Damit war Afghanistan das erste Land, das die junge Sowjetmacht im alten Rußland anerkannt hatte.

Am 27. März 1919 anerkannte die Sowjetunion, ebenfalls als erstes Land der Welt, die Unabhängigkeit Afghanistans und erklärte den 1907 zwischen dem zaristischen Rußland und dem britischen Imperialismus geschlossenen Vertrag, der Afghanistan und den Iran in sog. Einflußzonen unterteilt hatte, für null und nichtig.

Es sollte daher nicht verwundern, wenn die Sowjetunion auch die Ausrufung der Republik im Jahre 1973 und die Konstituierung der Demokratischen Republik in Afghanistan am 30. April 1978 als erstes Land der Welt anerkannt hat. Die Volksregierung kündigte ihrerseits in ihrer Erklärung die „Konsolidierung, Erweiterung und allseitige Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zum großen nördlichen Nachbarn, der Sowjetunion“ an.

## Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung, (SZ), 31. 5. 1978
- 2) Das Abkommen betraf die Verteilung des Wassers vom Hilmand-Fluß zwischen Afghanistan und Iran. Die Unterzeichnung des Abkommens durch König Zahir wurde erst von Daud bekanntgegeben. Doch viele Beobachter waren der Meinung, daß es von ihm selber unterzeichnet wurde.



Ministerpräsident und VDDA-Generalsekretär Nur Mohammed Taraki (l.); am 17. 4. 1978 ermordeter VDDA-Führer Mir Akbar Khaibar (r.)

rungspunkte mit der Volksbewegung. In ihrem politischen Handeln behielt sie jedoch ein weitgehend von den sozialistisch-orientierten Linkskräften (Ägyptische Kommunistische Partei) und der Gewerkschaftsbewegung losgelöste Selbständigkeit bei. Erst nach einem langwierigen revolutionär-demokratischen Radikalisierungsprozeß legte sie Anfang der 60er Jahre ein sozialrevolutionäres Programm mit Nassers Nationalcharta vor.

Anders die VDDA, die eine revolutionäre Arbeiterpartei mit einem wissenschaftlich erarbeiteten, langfristigen Programm ist. Ihr Programm fußt auf den Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung und der wissenschaftlichen Theorie der Wechselbeziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Sie lehnt es ab, als eine reformistische Partei bezeichnet zu werden,<sup>21</sup> betrachtet sie doch die nationaldemokratische Etappe der sozialen Revolution nicht als eine Periode aufeinanderfolgender Reformen, sondern als die gesetzmäßige materielle und politische Vorbereitung für die sozialistische Revolution.<sup>22</sup>

Daraus kann man schlußfolgern, daß sich im Gegensatz zu Ägypten, dem Irak oder Syrien, in Afghanistan die nationaldemokratische Revolution unter der Führung und Machtausübung der Avantgarde der Arbeiterklasse, die ihre historische Mission in der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sieht, vollzieht.<sup>23</sup>

### Das Programm der Revolutionsregierung Taraki

In der ersten programmatischen Erklärung der revolutionären Regierung<sup>24</sup> (voller Wortlaut folgt in AIB 9/1978) wird als höchst wichtige Aufgabe die Durchführung der demokratischen Landreform mit aktiver Beteiligung der Bauernmassen bezeichnet. Gleichzeitig wird die Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft und des Staates angekündigt.

Beseitigung der nationalen Unterdrückung und Förderung aller Sprachen und Kulturen der afghanischen Völker ist ein weiteres wichtiges Ziel der revolutionären Regierung. Wie ernst sie dieses Problem nimmt, ist daran zu sehen, daß der vierte Dekret der revolutionären Regierung Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung einleitete.<sup>25</sup> Gleichberechtigung und Beteiligung der Frau an allen Bereichen des Lebens, rasche Alphabetisierung, radikale Verbesserung der medizinischen Versorgung und Verbilligung der Grundnahrungsmittel sind andere wichtige Probleme, deren Lösung die Regierung als primäre Aufgabe bezeichnet.

Im Bereich der Außenpolitik wird ein Kurs der Nichtpaktgebundenheit, der friedlichen Koexistenz und gutnachbarlicher Beziehungen hervorgehoben; speziell die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und La-

teinamerika gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Konsolidierung und Erweiterung der freundschaftlichen Beziehungen zu fortschrittlichen und antiimperialistischen Ländern – vor allem zum „großen nördlichen Nachbarn Sowjetunion“, so Präsident Taraki – ist in der Erklärung großgeschrieben (siehe auch Kasten Afghanistans große Nachbarn).

Bei der Verwirklichung dieser großen Ziele muß die revolutionäre Volksregierung Afghanistans eine ganze Menge Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden: Als erstes muß die starre feudalistische Stammes und nomadische Ordnung zerstört werden, um die Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt erst einmal zu ermöglichen.

Man kann schon jetzt sagen, daß die Kräfte der Reaktion, die von dieser Ordnung profitieren, ihre Privilegien nicht widerstandslos aufgeben werden. Dabei suchen sie die im afghanischen Volk tief verwurzelten religiösen Gefühle zu mißbrauchen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch die Gendarmen des Imperialismus in der Region wie der Iran, Saudi Arabien oder Pakistan auf diese „Schwachstelle“ spekulieren.

Und nur auf diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß die Volksregierung ihren Respekt vor dem Islam betont (u. a. wurde die nunmehr staatliche Entlohnung der Priester verfügt). Es ist bemerkenswert, mit welchem Fingerspitzengefühl die revolutionäre Volksregierung auf die im Lande existierenden Probleme reagiert. Sie will dem Imperialismus und der Konterrevolution möglichst wenige Angriffsflächen bieten. Gleichzeitig will sie durch rasche und grundlegende Maßnahmen – Landreform, Demokratisierung, Industrialisierung, Alphabetisierung und Aufklärung des Volkes – die soziale Basis für den perspektivischen Übergang zu einer sozialistischen Umwälzung schaffen.

### Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3. 5. 1978
- 2) Zit. nach B. G. Gafurov u. a.: *Jahrhunderte ungleichen Kampfes in Asien und Afrika*, Berlin 1974, S. 148
- 3) Vgl. J. Glasneck/I. Kirscheisen, *Türkei und Afghanistan, Brennpunkte der Orientpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1968, S. 167 ff.
- 4) Ebenda
- 5) Ebenda
- 6) Das von dieser Firma geführte Bewässerungsprojekt Hilmand (Kosten über 200 Mio Dollar) ist nach übereinstimmendem Urteil auch westlicher Experten ein Fehlschlag gewesen.
- 7) Zu diesem Teil der afghanischen Geschichte vgl. M. Klimburg, *Afghanistan*, Wien/München 1966
- 8) Dieses unglückliche Projekt wurde von der BRD durchgeführt.
- 9) Frankfurter Rundschau, 21. 7. 1973
- 10) Stern, Nr. 13/1973
- 11) Neue Züricher Zeitung, Zürich, 6. 5. 1976
- 12) H. Safari, *Afghanistan wählt den Weg der Entwicklung*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag, Nr. 6/1977, S. 811
- 13) *Middle East Annual Review 1978*, London 1978, S. 147
- 14) In einem Interview hat Daud diesbezüglich nur ausweichend geantwortet. Vgl. *Horizont*, Berlin, Nr. 26/1974
- 15) Diese Bestimmung ist im Statut der sog. „Partei der nationalen Revolution“ ausdrücklich erwähnt worden.
- 16) FAZ, 13. 12. 74
- 17) *Afrique Asie*, Paris, Nr. 161/f15. 5. 1978
- 18) *Süddeutsche Zeitung*, 30. 4. 1978
- 19) *Kabul Times*, Kabul, 4. 5. 1978
- 20) *Kabul Times*, 10. 5. 1978
- 21) Vgl. Tarakis erste Pressekonferenz, in: *Kabul Times*, 13. 5. 1978
- 22) Babrak Karmal: *Zur Strategie und Taktik der VDDA*, in: *Partscham*, Kabul, Nr. 9/1969. Deutsche Übersetzung, Marburg/Lahn, Mai 1978
- 23) Sozialistische Ordnung wird in der Regierungserklärung folgendermaßen umschrieben: „Errichtung einer Gesellschaft des Wohlstands und der Prosperität, einer Gesellschaft frei von jeder sozialen und nationalen Unterdrückung, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“.
- 24) Vgl. *Kabul Times*, 10. 5. 1978
- 25) *Hiwad* (Zeitung in der Paschto-Sprache), Kabul, 18. 5. 1978

Jutta von Freyberg

## Ein beschwerlicher Wirtschaftsaufbau

Als „akute Hungersituation“ ließe sich die Ernährungslage in mehreren Regionen des Südens in den ersten acht Monaten nach der endgültigen Befreiung Vietnams beschreiben. Spürbarer Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, bedingt durch ungewöhnliche und anhaltende Kälte im Norden, Dürre im ganzen Land und Taifune in mehreren Provinzen – dies kennzeichnete die Bilanz in der Landwirtschaft zwei Jahre später, im Jahr 1977. „Jedermann, vom leitenden Kader bis zum einfachen Arbeiter, ist von der Sorge um das tägliche Essen beeinflusst und in Anspruch genommen“, so verdeutlichte im Oktober 1977 der Parteausschuß der KP Vietnams von Ho-Chi-Minh-Stadt das größte Problem, mit dem sich diese an Problemen reiche Stadt im vergangenen Jahr herumzuschlagen hatte.<sup>1</sup>

Der Start des vietnamesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, das wird aus diesen wenigen Informationen schon sichtbar, ist außerordentlich mühevoll und opferreich. Mit dem Sieg über den US-Imperialismus vor drei Jahren und mit der Wiedervereinigung des Landes sind die Folgen eines dreißigjährigen Krieges nicht beseitigt. Dieser Krieg verlangt heute und auch in der Zukunft noch weitere Opfer. Darauf wies der Sekretär des Friedenskomitees von Hanoi, Tran Trong Quat, bei der 2. Internationalen Konferenz über den Wiederaufbau in Vietnam, die im April 1978 in Genf stattfand, mit erschütternden Worten hin, als er in seiner Rede sagte: „Wir wollen nicht die bei unserer Wiederaufbauarbeit vergossenen Tränen verschweigen.“<sup>2</sup>

Nach der Befreiung am 30. April 1975 waren die Startbedingungen alles andere als günstig: Der barbarische Aggressionskrieg der US-Amerikaner hatte nicht nur ungeheure Menschenopfer gefordert, Städte, Industrieanlagen, die landwirtschaftliche Infrastruktur – wie Kanäle, Dämme, Deiche – zerstört und ganze Regionen chemisch verseucht, er hatte auch weite Teile der ländlichen Bevölkerung entwurzelt, in die Städte getrieben und dort ein Millionenheer von Arbeitslosen geschaffen.

### Hinterlassenschaft des Krieges

So waren die allgemeinen Probleme eines rückständigen Agrarlandes enorm verschärft worden:

- Im Norden, wo in den Jahren 1961–65 (1. Fünfjahr-Plan) mit der Schaffung einer industriellen Infrastruktur bei Betonung der Schwerindustrie die Grundlagen einer sozialistischen Industrialisierung errichtet wurden, waren bei Kriegsende als Folge des Krieges die Maschinen z. T. veraltet und viele Anlagen zerstört, so daß die industrielle Produktion 1975 erst den Stand von 1965 erreichte.

- Die Industrie des Südens – vornehmlich Leichtindustrie – ist allgemeiner moderner ausgestattet. Sie krankt aber am Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen, die vor der Befreiung vor allem aus den USA und Japan kamen.

Zwischen 7 und 10 Mio Menschen verließen in den Jahren 1965 und 1975 ihre Heimatorte im Süden, um sich vor den B 52-Bombern in Sicherheit zu bringen oder – verhetzt von



Freiwilligeneinsatz für neue Bewässerungssysteme

der imperialistischen Propaganda – vor dem „Vietkong“ zu fliehen. Sie siedelten sich in den Vororten der großen Städte im Süden an.

- Ein Ergebnis dieser „zwangsweisen Urbanisierung“ war, daß in dem Agrarland Vietnam, in dem nur knapp 7,1 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Industrie arbeitet, der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten nur 49 % beträgt.<sup>3</sup>

- Die schon bestehenden Disproportionen in der Bevölkerungs- und Arbeitskräfteverteilung verschärften sich. Das fruchtbare Deltagebiet des Roten Flusses im Norden war schon während der französischen Kolonialzeit überbevölkert gewesen. 1975 ballten sich dort 60 % der Bevölkerung des Nordens zusammen.<sup>4</sup>

- Im Süden wurden in den letzten Kriegsjahren die fruchtbaren Reisanbaugebiete von Arbeitskräften weitgehend entblößt. 1 Mio ha Ackerland lagen bei Ende des Krieges brach. Reis, der einst exportiert worden war, mußte bereits seit 1965 eingeführt werden. Agrarrohstoffe für die verarbeitende Industrie oder den Export nahmen rapide ab. In der Zeit von 1960 bis 1971 schrumpfte die Produktion von Tee um 88 %, von Gummi um 54 %, von Kopra um 68 %.

- Infolge der Kriegshandlungen verringerten sich die Anbauflächen (1960–1972) von Zuckerrohr um 62 %, von Maulbeeren (für die Seidenraupenzucht) um 87,4 %, von Baumwolle um 87 %. Grundnahrungsmittel wie Mais, Süßkartoff-

feldn, Erdnüsse, Bohnen, Soja mußten ebenso wie Viehfutter, Kunstdünger, Insektizide und Fleisch importiert werden.

● Weite Teile des komplizierten Wasserregulierungssystems wurden im Krieg zerstört. Noch immer liegen schätzungsweise 400 000 Tonnen an nichtexplodierten Bomben und Minen in Reisfeldern und Wäldern.<sup>5</sup> Etwa 140 000 ha Land sind durch Bombenkrater landwirtschaftlich nicht nutzbar. Mit 71 254 000 l Entlaubungsmittel waren 1 181 331 ha Urwald, 1 239 459 ha Bambuswald, 261 229 ha Reisfelder und 260 308 ha Edelhölzwälder vernichtet worden.

● Die ökologischen Folgen des chemischen Krieges – wie Klimaveränderungen durch Zerstörung der Wälder, Hochwasser, Unbrauchbarmachung des Bodens durch schwer abbaubare Giftstoffe, Veränderung der Bodenbeschaffenheit, Versalzung der Böden usw. – sind heute noch nicht absehbar.

## 2. Fünfjahr-Plan: Aufgaben für die Landwirtschaft

Der 2. Fünfjahr-Plan (1976–1980), den der IV. Parteitag der KP Vietnams im Dezember 1976 (siehe AIB 2/1977) verabschiedete, berücksichtigte diese Ausgangsposition im Süden, als er die „hohe Konzentration der Kräfte des Landes zur Schaffung einer sprunghaften Entwicklung der Landwirtschaft“ und die sozialistische Umgestaltung als wesentliche Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Großproduktion definierte. Diese sozialistische Großproduktion ist ohne die Entwicklung einer Schwerindustrie – im Norden als Basis bereits vorhanden – undenkbar. Der Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie wiederum muß, wie es in den Thesen des Zentralkomitees der KP Vietnams zum IV. Parteitag heißt, „auf der Grundlage der Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie entwickelt“ werden.<sup>6</sup> In dieser Etappe kommt also der Entwicklung der Landwirtschaft, der Steigerung des Produktionsumfanges und der Produktivität eine entscheidende Rolle zu. Die Landwirtschaft muß nicht allein die Landbevölkerung, sondern auch die städtische Bevölkerung ernähren (wobei die Kleinbauern kaum mehr als für den eigenen Bedarf produzieren); sie muß außerdem Rohstoffe für die verarbeitende Industrie bereitstellen und für den Export produzieren, damit Maschinen importiert werden können.

Die Landwirtschaft ihrerseits ist von einem gleichzeitig verlaufenden Industrialisierungsprozeß abhängig. Die Industrie muß für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung in gewissem Umfang industrielle Konsumgüter, Landmaschinen und –geräte, Düngemittel usw. zur Verfügung stellen, einen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte schaffen und erweitern sowie Arbeitsplätze für die mit zunehmender Mechanisierung der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte

bereitstellen.

Damit diese Prozesse proportional und im Sinne eines optimalen Ausgleichs zwischen Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung und Akkumulation im Interesse einer raschen Industrialisierung verlaufen, müssen sie zentral und planmäßig gesteuert werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Entwicklung im privaten Wirtschaftssektor, der ja gerade im Süden vor allem in der Landwirtschaft groß ist, vom zentralen Plan nur begrenzt gesteuert werden kann. Entsprechend heißt es hierzu in den ZK-Thesen über Richtung und Aufgaben des 2. Fünfjahr-Plans: „Die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind weiter zu vervollkommen, die sozialistische Umgestaltung im Süden ist im wesentlichen abzuschließen“.<sup>7</sup>

Bisher haben die Staatsgüter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die nach der Befreiung im Süden vor allem in den „neuen Wirtschaftszonen“ gegründet wurden, quantitativ nur untergeordnete Bedeutung. Der private Kleinbetrieb auf Familienbasis herrscht im Süden vor, nachdem der feudale Großgrundbesitz beseitigt worden ist. Doch die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft, so dringend erforderlich sie unter ökonomischen Gesichtspunkten auch erscheint, wird ohne Zwangsmaßnahmen, wenn auch mit materiellen Anreizen, betrieben, indem eine „enge Verbindung zwischen Umgestaltung und Aufbau, zwischen Vergenossenschaftlichung, Melioration und Mechanisierung“<sup>8</sup> hergestellt wird.

Offenkundig widerstrebt es der Regierung, die sozialistische Umgestaltung auf dem Land administrativ und ohne Rücksicht auf ideologische Vorbehalte der Bauern durchzusetzen und damit das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu belasten. Und so wurde auch im Jahr 1977, trotz schlechter Ernteergebnisse und langsamer Fortschritte bei der Vergenossenschaftlichung, lediglich empfohlen, in jeder Provinz im Süden eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft als Vorbild und Anreiz für kollektives Wirtschaften zu gründen und die Überzeugungsarbeit unter den Bauern zu verstärken.

Daß die Erhöhung der Produktivität und des Produktionsumfanges in einem rückständigen Agrarland, in dem arbeitsintensive Produktionsmethoden überwiegen, durch kollektives Wirtschaften erzielt werden kann, ist für einen vietnamesischen Kleinbauern sicherlich leichter einsehbar als beispielsweise für einen Kleinbauern in der Bundesrepublik. So gehört in Vietnam z. B. der Bau von Kanälen, Be- und Entwässerungsgräben, Dämmen, Deichen und Staubecken zu den wichtigsten Maßnahmen der Produktivitätssteigerung, die – wegen des allgemein geringen Maschinenbestands – den organisierten, kollektiven Einsatz großer Menschenmassen erfordert. Auch ist der Einsatz von Landmaschinen,



# Chinesenproblem in Vietnam

Als am 24. März d. J. – gemäß der vom 4. Parteitag der KP Vietnams 1976 beschlossenen Vereinheitlichung der Wirtschaft im Norden und Süden und der weiteren sozialistischen Umgestaltung des Landes – der Groß- und Einzelhandel im Süden Vietnams verstaatlicht wurde, erregte diese Meldung kaum Aufmerksamkeit.

In der Tat war diese Maßnahme dringend notwendig geworden, da sich insbesondere in Ho Chi Minh-Stadt Schwarzhandel und Warenhortung äußerst negativ bemerkbar machten. Fast die Hälfte des im Süden umlaufenden Geldes – hier gab es bis vor kurzer Zeit noch eine andere Währung als im Norden – und der Devisen, sowie nahezu das gesamte Gold befand sich bis dahin unter Kontrolle bzw. im Besitz der Handelsbourgeoisie. Sie beeinträchtigte z. B. durch den Aufkauf von Reis zu höheren als den staatlich gebotenen Preisen die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung enorm.

Prekär wurde die Situation nun dadurch, daß es sich bei den meisten der über 30 000 Händler gerade im ehemaligen Saigon-Cholon um Chinesen handelt, die als Kleinkapitalisten, Händler und Schmuggler einst vor der chinesischen Revolution geflüchtet waren, um sich in Südvietnam alsbald zu Beherrschern des schwarzen Marktes, des Schmuggels und des legalen Kleingewerbes aufzuschwingen. Insgesamt gab es in Nordvietnam etwa 200 000 Überseechinesen und über 1 Mio im Süden.

## Verfolgung der Hoas?

Entsprechend einer Vereinbarung von 1955 zwischen den Kommunistischen Parteien Vietnams und der VR China sollten diese Hoas, wie die Auslandschinesen genannt werden, schrittweise eingegliedert werden und die vietnamesische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten erhalten. Nachdem dieses auch geschah war es umso überraschender, daß nun plötzlich Hoas Pässe der VR China vorwies und in Peking lamentiert wurde, daß „Bürger der Volksrepublik in Vietnam Verfolgungen ausgesetzt sind.“ Durch das Ausstreuen von Gerüchten über eine bevorstehende Ausrottung aller ehemaligen Chinesen in Vietnam versuchte man darüber hinaus, außer der bereits geflüchteten Großbourgeoisie möglichst viele von ihnen zum Verlassen des Landes zu bewegen.

Damit und mit dem bereits vollzogenen Abzug aller Spezialisten wird den Wiederaufbauanstrengungen der Sozialistischen Republik Vietnam neben den kampucheanischen Grenzübergreifen (siehe AIB 4/1978) erneut empfindlicher Schaden zugefügt. Auf diese Weise deutet sich in Asien an, was die VR China in Afrika, und hier augenblicklich besonders in Zaire (offene Unterstützung Mobutus und der NATO-Intervention) bereits praktiziert: die engste Zusammenarbeit mit den USA und anderen NATO-Staaten gegenüber revolutionären Befreiungsbewegungen.



Aufgelöster Schwarzmarkt in Ho Chi Minh-Stadt

Insgesamt ist zu der antivietnamesischen Kampagne der VR China richtigzustellen:

- Es gibt keine Verfolgung von Auslandschinesen in Vietnam. Dieses ist von Hoas selbst wiederholt bestätigt worden.
- Der reaktionäre Charakter der Pekinger Vorwürfe zeigt sich daran, daß hier ein im Verlauf der sozialistischen Revolution zu lösendes objektives sozialpolitisches Problem in ein ethnisches umgelogen wird. Von der Verstaatlichung des Handels sind ebenso Vietnamesen betroffen. Dabei werden alle bisherigen Privathändler bei entsprechendem Qualifikationsnachweis in den staatlichen Handel übernommen, werden Entschädigungen für Waren und Inventar gezahlt. In Ho Chi Minh-Stadt, wo es gegenwärtig 10 staatliche Großhandelsunternehmen, 310 staatliche Warenhäuser und Verkaufsstellen sowie mehrere Ankaufs- und Verkaufsgenossenschaften mit etwa 800 Läden gibt, soll das staatliche und genossenschaftliche Handelsnetz auf die gesamte Stadt ausgedehnt werden.
- Auf den von der SRV unterbreiteten Vorschlag, die Probleme am Verhandlungstisch zu lösen, ging man von Seiten der VR China gar nicht erst ein. Stattdessen erhärten sich die Beweise, daß Auslandschinesen in Vietnam zu illegalen Handlungen aufgestachelt werden; als bezeichnendes Beispiel mag hier eine kuriose Demonstration von Anfang Mai in Cholon erwähnt werden, bei der sich Kleinkapitalisten, Schmuggler und Schwarzhändler unter Bildern von Mao Tse Tung zusammenfanden und gegen die vietnamesische Regierung zu Felde zogen.

die Anwendung teuren Kunstdüngers, neuen veredelten Saatgutes sowie wissenschaftlicher Produktionsmethoden, die zwei bis drei Ernten im Jahr ermöglichen, nur in großen landwirtschaftlichen Einheiten, d. h. den Genossenschaften oder Staatsgütern rationell, nicht aber in Familienbetrieben, die überdies nicht über die notwendigen qualifizierten Fachkräfte verfügen.

Für den Prozeß der Vermittlung dieser Einsichten spielen die Kollektivwirtschaften in den „neuen Wirtschaftszonen“ in zweierlei Hinsicht eine hervorragende Rolle. Sie sollen nicht nur Vorbild und Vergleichsmaßstab für die Privatwirtschaften sein, sie müssen zugleich ideologische Erziehungsarbeit bei ihren eigenen Mitgliedern durchführen. Denn viele der heutigen Mitglieder von Staatsgütern waren vor ihrer Vertreibung in die Städte zwar Bauern oder Pächter, in den Städten aber fanden sie keine Arbeit und sanken nicht selten in Schichten des parasitären, moralisch korrumpierten Lumpenproletariats ab. In den Staatsgütern müssen sie nun in zum Teil mühevollen Prozessen zu disziplinierter und produktiver Arbeit und kollektivem Handeln erzogen werden, bevor ihre fachliche Qualifikation zu spezialisierter Tätigkeit überhaupt durchgeführt werden kann.

Die Erschließung der „neuen Wirtschaftszonen“, die – wenn

es sich nicht um Neulandgebiete handelt – in der Regel durch Bomben, Napalm und Chemikalien verwüstet wurden, wird von Freiwilligen-Brigaden übernommen. Diese müssen zuerst Wasserregulierungsanlagen, Behelfsunterkünfte, Schulen und Krankenstationen bauen, bevor die späteren Bewohner der „neuen Wirtschaftszone“, mit Grundnahrungsmitteln für sechs Monate und Produktionsmitteln kostenlos ausgestattet, in diesen Gebieten sich freiwillig anzusiedeln bereit sind. Für die Lösung der Ernährungsfrage und die Schaffung einer wirtschaftlich vernünftigen Bevölkerungs- und Arbeitskräfteverteilung hat die Errichtung „neuer Wirtschaftszonen“ und die Erschließung von Neuland zentrale Bedeutung. Schon in den Jahren 1961 bis 1975 hatten 1,5 Mio Vietnamesen das Deltagebiet des Roten Flusses im Norden verlassen, um sich in den Mittel- und Hochregionen anzusiedeln. Es ist vorgesehen, im Verlauf von etwa 20 Jahren 2 Mio Arbeitskräfte aus dem Roten Fluß-Delta und den kleinen Küstengebieten von Zentralvietnam in das Mittel- und Hochland des Nordens (Tay Bac, Viet Bac), in das Hochland Zentralvietnams und in das Mekong-Delta umzusiedeln. Insgesamt sollen 10 Mio Arbeitskräfte in dieser Zeit umgruppiert werden.<sup>9</sup>

Im Süden haben bereits von 1976 bis 1977 rund 500 000 Arbeiter und ihre Familienangehörigen (fast 4 Mio Men-

schen) die Großstädte, insbesondere Ho-Chi-Minh-Stadt, verlassen, um sich in den „neuen Wirtschaftszonen“ anzusiedeln. Durch die Umgruppierung der Bevölkerung soll langfristig ein Bevölkerungsgleichgewicht von Norden und Süden, Ebenen und Hochland hergestellt werden, das mit 9 Einwohnern pro ha im Norden und 7 Einwohnern pro ha im Süden (28 Mio zu 47 Mio Menschen) angestrebt wird.<sup>10</sup> Diese „Völkerwanderung“ von Norden nach Süden wird vor allem dadurch notwendig, daß die Reserven an landwirtschaftlich nutzbarem Boden im Norden äußerst begrenzt sind. So wird geschätzt, daß sich von 10 Mio ha unerschlossenem Nutzland nur 3 Mio ha im Norden befinden. Nach dem Plan für 1978 sollen 450 000 Arbeitskräfte in „neuen Wirtschaftszonen“ angesiedelt und 300 000 ha Land erschlossen werden. Davon befinden sich 100 000 ha allein im Mekong-Delta, 70 000 ha in den Hochgebirgen und nur 8000 ha in den Ebenen des Nordens.

### „Revolution im Essen“

An Produktionszielen für 1978 hat der Staatsplan folgende Ziffern für die Landwirtschaft genannt: die Produktion von 16–16,5 Mio t ungeschälten Reis; eine 30 %ige Steigerung von Industrie-Rohstoffen; die Steigerung des ha-Ertrages der Reisfelder um 12 % auf 2,85 t pro ha und Jahr; die Mechanisierung von 34 % des bebauten Landes und die Erhöhung der Fleischproduktion um 28 % gegenüber 1977. In den verschiedenen Bereichen des staatlichen Jahresplans, z. B. in der Nahrungsmittelproduktion und bei den Umsiedlungen, waren die Ergebnisse von 1977 hinter den Planzielen zurückgeblieben. Bei einer Bilanzierung des Erreichten, die das ZK der KPV im September 1977 vornahm, wurde festgestellt, daß für die niedrigeren Ernteerträge nicht allein die ungünstigen klimatischen Verhältnisse des Jahres 1977 verantwortlich waren. Als weitere Ursachen nannte das ZK die durch die Kleinproduktion im ganzen Land bedingten Denk- und Verhaltensweisen sowie die schwache, vom Krieg weiter geschädigte materiell-technische Basis der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang muß auf die traditionelle Arbeitsweise der Kleinbauern verwiesen werden, die eine zwei- oder dreimalige Ernte ablehnen.

Weitere Ursachen für das Zurückbleiben hinter den gesteckten Zielen waren, wie das ZK kritisch feststellte, Mängel bei der Leitungstätigkeit in den Genossenschaften und Staatsgütern des Nordens, die dazu führten, daß Arbeitskräfte und Maschinen nicht rationell genutzt wurden, die Arbeitsproduktivität zu niedrig blieb und die kollektiven Mitspracherechte der Werktätigen noch nicht genügend entfaltet wurden. Diese subjektiven Mängel hatten auch in der Industrie zu Planrückständen geführt und darüber hinaus noch bestehende Vorurteile gegenüber planwirtschaftlichen Methoden bestärkt.

Langfristig wird das Ernährungsproblem, das durch ein zu hohes Bevölkerungswachstum (2,5–3,0 %) verschärft wird, nur durch die Umwälzung der traditionellen Anbauweisen gelöst werden können. Die Neulandgewinnung – 1985 sollen 10 Mio ha Ackerland statt bisher 5 Mio ha genutzt werden – kann nur begrenzt zur Lösung dieses Problems beitragen.

Eine optimale Nutzung des bebaubaren Landes wird, wie Ministerpräsident Pham Van Dong im September 1977 ausführte, von einer „Revolution im Essen“ begleitet sein. Pham Van Dong sprach von einer durch die traditionellen Eßgewohnheiten, die auf Reis als Hauptnahrungsmittel fixiert sind, bedingten Unterschätzung von Trockenkulturen wie Mais, Maniok, Hirse, Bataten, Kartoffeln und Getreide. Beim Anbau dieser Trockenkulturen könnten in Gebieten, die bisher beim Reisanbau nur mäßige Ernten bringen, wesentlich höhere Ernteerträge erzielt werden. Pham Van Dong führte dazu u. a. aus: „Während wir noch nicht genügend bewässerte

Reisanbauflächen haben, gibt es gleichzeitig natürliche Voraussetzungen für den Anbau ergänzender Nahrungsmittel, die wir noch nicht genutzt haben. Und so ist denn auch klar, daß die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion auf folgende Weise verlaufen muß: Einerseits muß eine breite Bewegung für die Produktion und Verarbeitung ergänzender Nahrungsmittel in nationalem Ausmaß und mit hohem Kraftaufwand in Gebieten mit günstigen Voraussetzungen in Gang gesetzt werden. Andererseits müssen große Anstrengungen für die Entwicklung von Reiskulturen in Gebieten, die – wie das Mekong-Delta – besonders günstig sind, unternommen werden. Beide Entwicklungsprozesse müssen parallel vorangetrieben werden, durch Intensivierung des Anbaus, aber auch durch Neulandgewinnung“.<sup>11</sup>

Vietnams Pläne für die Zukunft sind nicht allein auf die Heilung der Kriegswunden und die Beseitigung gesellschaftlicher Deformationen, die durch die neokolonialistische Herrschaft der USA bewirkt wurden, gerichtet. Bei der Auseinandersetzung mit den komplizierten Problemen der Gegenwart, der Überwindung der riesigen kriegsbedingten Schwierigkeiten und bei der Bewältigung subjektiver Fehler geht es heute schon um die Gestaltung der neuen, der sozialistischen Gesellschaft.

Die vielfältigen Opfer und Entbehrungen, die das vietnamesische Volk seit der Befreiung für dieses Ziel auf sich genommen hat und seine bisher erzielten großen Erfolge wären nicht denkbar, so erklärte der Sekretär des Hanoier Friedenskomitees, Tran Trong Quat, „hätte nicht die vietnamesische Bevölkerung mit Herz und Seele dahinter gestanden“.<sup>12</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) „Neuverteilung der Bevölkerung“, hektographierte Konferenzmaterialien der 2. Internationalen Konferenz über den Wiederaufbau in Vietnam, Zürich, 11.–13. April 1978, Zürich
- 2) Einleitende Worte von Tran Trong Quat, Chef der vietnamesischen Delegation bei der 2. Internationalen Konferenz . . . in Zürich, hektographierte Konferenzmaterialien
- 3) „Einige Angaben zur derzeitigen Wirtschaftslage“, a. a. O.
- 4) „Neuverteilung der Bevölkerung“, a. a. O.
- 5) „Die Zerstörungen des Vietnam-Krieges“, a. a. O.
- 6) Viet Nam-Kurier 2/1977, Dokumentarteil S. 15
- 7) Ebenda, S. 15 f.
- 8) Ebenda, S. 17
- 9) „Neuverteilung der Bevölkerung“, zit. nach Che Viet Tan, Vizepräsident des Ausschusses des Staatsplans
- 10) Ebenda
- 11) Viet Nam-Kurier 5/1977, S. 10
- 12) Einleitende Worte von Tran Trong Quat, a. a. O.



## Vietnam bleibt unsere Sache!

Mitglied werden in der „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam, e.V.“, Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1

Heute – wie im Krieg gegen die US-Aggressoren – kann Vietnam bei diesem schweren Weg in die Zukunft auf seine eigene Kraft vertrauen – aber auch auf die Unterstützung durch die weltweite Solidaritätsbewegung.

Vietnam bleibt unsere Sache! Das betrifft auch die nach wie vor dringende materielle Solidarität. Mit der Aktion „50 000 DM für eine Nähfadelfabrik in Vietnam“ unterstützt die Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV ein Projekt der Hilfsaktion Vietnam e. V. Wir bitten die Freunde Vietnams um Spenden auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam, Düsseldorf, PSchK 90040-430 PSchA Essen, Stichwort: „Aktion 50 000 DM für die Nähfadelfabrik“.

In zunehmendem Ausmaß reklamieren Schmidt und Genscher eine Weltmacht-Rolle für die Bundesrepublik. Dies war uns Anlaß genug, die politisch-wirtschaftliche Expansion der BRD einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. In einem einleitenden Beitrag zeichnen Boris/Busch/Falk die historische Entwicklung der neokolonialistischen Expansion und ihrer Konzeptionen nach und suchen den Stellenwert der BRD heute im Gesamtsystem der imperialistischen Vorherrschaft über die Länder der Dritten Welt herauszuarbeiten. Eine Reihe von darauf folgenden Einzelbeiträgen soll dann die unterschiedlichen Aspekte der Dritte Welt-Politik der Bundesrepublik näher durchleuchten. Behandelt werden u. a. die Rohstoffpolitik der Bundesregierung, die Produktionsstättenverlagerung westdeutscher Konzerne in die Dritte Welt, die rüstungswirtschaftlichen und militärpolitischen Ambitionen der BRD in Entwicklungsländern, die Bildungshilfe und auswärtige Kulturpolitik, Probleme der Technologiehilfe. Ausgespart werden sollen auch nicht solche Fragen wie die Aktivitäten sozialdemokratischer Politik und Ideologie oder das diskriminierende Ausländerrecht. Mit unserer AIB-Serie erhoffen wir zu einer Wiederbelebung der Kritik der Bonner Entwicklungspolitik beizutragen, sowie insbesondere die neuen Tendenzen des BRD-Neokolonialismus sichtbar zu machen.

## Dieter Boris/Dietrich Busch/Rainer Falk Dritte Welt-Expansion der BRD (1. Teil)



Spektakuläre Aktivitäten in der sog. Dritten Welt wie z. B. die Nukleargeschäfte mit Brasilien, Südafrika und dem Iran oder das unnachgiebige Auftreten Bonner Politiker gegenüber der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung signalisieren eine gewachsene Bedeutung der Entwicklungsländer für die Bundesrepublik. Sie ist innerhalb von knapp drei Jahrzehnten auf einen der vorderen Plätze der neokolonialistischen Mächte aufgerückt. Der Aufstieg begann indessen unter schwierigen Bedingungen.

### I. Neokolonialismus und Kalter Krieg (1947–69)

Im Ergebnis der Zerschlagung des Hitler-Faschismus war es nicht nur zur Herausbildung eines sozialistischen Weltsystems gekommen. Mit der Unabhängigkeit von Indien und Indonesien (1946/47), der siegreichen chinesischen Volksrevolution (1949), der Befreiung Nordkoreas und später der historischen Niederlage des französischen Kolonialismus in Dien Bien Phu (1954) zeichneten sich Prozesse ab, die die alten imperialistischen Positionen auch in der Dritten Welt in zunehmendem Maße ins Wanken brachten. Geschwächt aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen, schienen die „klassischen“ Kolonialmächte (Großbritannien, Frankreich, Niederlande) immer weniger in der Lage, angesichts aufflammender Befreiungskämpfe die westliche Dominanz über die Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten.

Die weltweiten Positionsgewinne von Sozialismus und nationaler Befreiung beantworteten die USA, die neue westliche Führungsmacht, im März 1947 mit der Truman-Doktrin, wonach es „zwei Lebensarten“ gebe, zwischen denen jedes Land zu wählen habe, eine „demokratische“ und eine „totalitäre“. Denjenigen Staaten, die sich dem Kampf gegen den „Totali-

tarismus“ verschrieben, versprach US-Präsident Truman jedwede Hilfe von Seiten der USA.<sup>1</sup>

In Anwendung seiner Doktrin auf die spezifischen Erfordernisse in der Dritten Welt verkündete Truman in seiner Regierungserklärung vom Januar 1949 erstmals die Notwendigkeit von Entwicklungshilfemaßnahmen: „Wir müssen ein kühnes neues Programm entwerfen, um unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse und unseren industriellen Fortschritt für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern nutzbar zu machen . . . Der alte Imperialismus – die Ausbeutung eines anderen – hat in unseren Plänen keinen Raum. Was wir im Sinne haben, ist ein Entwicklungsprogramm, das auf den Grundideen demokratischer Billigkeit beruht.“<sup>2</sup>

Trumans Absage an den „alten Imperialismus“ geriet zur eigentlichen Geburtsstunde des Neokolonialismus. Im Kontext westlicher Eindämmungs- und Roll Back-Politik war „Entwicklungshilfe“ von vorneherein ein hervorragendes Instrument der US-Globalstrategie, das sich gleichermaßen gegen das sozialistische Lager wie die nationalen Befreiungsbewegungen richtete. Bezeichnenderweise entfiel die US-Entwicklungshilfe in der Nachkriegsperiode mehrheitlich auf korrupte Statthalterregimes um das sozialistische Lager (Südkorea, Südvietnam, Iran u. a.), betrug der auch als „Entwicklungshilfe“ deklarierte Militärhilfeanteil für sie zur Stabilisierung bis zu 90 %.<sup>3</sup>

Neokolonialistische Ambitionen der BRD konnten sich in der Ära der CDU/CSU-geführten Bundesregierungen (1949–1966) nur in bewußter Ein- und Unterordnung unter diese von den USA gesetzten globalstrategischen Zielsetzungen entwickeln.<sup>4</sup> Infolge der totalen militärischen Niederlage war das deutsche Kapital seiner Überseebesitzungen nahezu völlig verlustig gegangen, hatte es seine osteuropäischen Märkte

verloren. Seit jeher war Deutschland extrem abhängig vom Import ausländischer Rohstoffe. Angesichts der Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR konnte sich die Restauration kapitalistischer Machtverhältnisse nur noch auf eingeschränktem Territorium entwickeln. Neben der Anerkennung der Führungsrolle der USA, die zur loyalen Unterstützung Bonns für das US-Eingreifen in Korea, zur Aufnahme der BRD in die NATO und später zur indirekten Mitfinanzierung der US-Aggression in Vietnam (über Devisenausgleichszahlungen an die in der BRD stationierten US-Truppen) führte, waren weitere Voraussetzungen notwendig, um die verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Mit dem sog. Wiedergutmachungsabkommen von Luxemburg 1952, demzufolge 3,45 Mrd DM Unterstützungsgelder an Israel gezahlt wurden, erkaufte sich die BRD die Wiederaufnahme in die „westliche Völkerfamilie“ und darüber hinaus die Anerkennung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der DDR bei den Verbündeten. Nicht zufällig fällt in das Jahr 1952 auch die Aufhebung der alliierten Restriktionen, die bis dahin westdeutsche Kapitalexperte verboten hatten.

### Entwicklungspolitik im Zeichen der Hallstein-Doktrin

Als sich die Adenauer-Regierung 1956 dazu entschloß, mit der Bereitstellung eines 50 Mio-Postens im Etat des Auswärtigen Amtes Mittel für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, lag dem nicht nur das Drängen der USA zugrunde, Bonn solle sich an den im Rahmen des Auslandshilfeprogramms anfallenden Systemsicherungskosten beteiligen. Bestimmend wurde für die erste Phase westdeutscher Entwicklungspolitik der Versuch, über die Vergabe finanzieller Mittel die Regierungen der Dritten Welt zur Übernahme des Bonner Standpunktes in der Wiedervereinigungsfrage zu bringen, wobei die Hallstein-Doktrin als politische Grundlage diente.

Die Mißachtung der westdeutschen These von der staatlichen Nichtexistenz der DDR führte automatisch nicht nur zur Streichung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe, sondern zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wie 1957 im Falle Jugoslawiens und 1963 im Falle Kubas. Die Unterordnung der Entwicklungspolitik unter die Außenpolitik, insbesondere die „Deutschlandpolitik“, änderte sich auch nicht, als im Jahre 1961 ein eigens mit Entwicklungshilfaufgaben

befäßtes Ministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geschaffen wurde.

Gleichwohl signalisiert die BMZ-Gründung, daß der Entwicklungspolitik umfassendere Funktionen zugewiesen wurden. Im einzelnen betrifft das die Vorbereitung der privatkapitalistischen Expansion über den staatlichen Kapitalexport, die Nutzung der Entwicklungshilfe als Mittel zur Exportförderung und die Orientierung auf die Herausbildung einer Sozialstruktur in den Entwicklungsländern, die deren Verbleiben im Verband des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems langfristig sicherstellt. Kein anderer als Walter Scheel hat bis heute die zentrale Hebelfunktion ökonomischer Staatstätigkeit in den Entwicklungsländern in Bezug auf die Schaffung von Voraussetzungen für den privaten Kapitalexperte besser umschrieben: „Im Idealfall stellt die Entwicklungshilfe das Präinvestment (z. B. in Form der Errichtung einer auf die Bedürfnisse des Privatkapitals zugeschnittenen Infrastruktur, d. Verf.) für privatwirtschaftliche Investitionen dar.“<sup>5</sup>

Scheels Nachfolger Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) sah angesichts der ersten tiefgreifenden Wirtschaftskrise der BRD 1966/67 in der Entwicklungshilfe vornehmlich ein Mittel, der westdeutschen Industrie in „konjunkturell schwachen Zeiten durch größere Lieferungen wieder Impulse geben“ zu können.<sup>6</sup>

### Export „freier Marktwirtschaft“

Über die Lieferbindung westdeutscher Kredite wurde ein bedeutender Teil der Außenhandelsexpansion der Konzerne in die Dritte Welt finanziert. Entwicklungshilfe wurde so zur „Basisinvestition für den lebenswichtigen Außenhandel der deutschen Industrie“ (Scheel)<sup>7</sup>. Zusammen mit dem Export westdeutscher Waren sollte das System der „freien Marktwirtschaft“ in die Dritte Welt exportiert werden. So wurde formuliert, daß „die staatliche Entwicklungspolitik und unsere Kredithilfen auf die Dauer nur erfolgreich sein (werden), wenn es gelingt, in diesen Ländern eine wachsende Schicht von privaten Unternehmern heranzubilden, die eines Tages den Staat in seinen Wirtschaftsfunktionen ablösen kann.“<sup>8</sup>

Derartige Orientierungen setzten sich in der Praxis freilich nur langsam und widersprüchlich durch. Für die „Altväter“ des bundesdeutschen „Wirtschaftswunders“ Erhard und Röpke waren Industrialisierungsbestrebungen in Entwick-



Adenauer und Strauß (l.): Bahnbrecher der neokolonialen Konzernexpansion; IG Farben-Nachfolgerin BASF in Brasilien (r.)

## Rohstoffimporte der Bundesrepublik Deutschland

Rohstoff	Anteil der Entwicklungsländer am Import der Bundesrepublik in Prozent	Wichtigste Lieferländer
Kupfererze	72	Papua-Neuguinea, Chile
Rohkupfer	39,8	Chile, Sambia
Zinnerze *	100	Bolivien, Peru
Rohzinn	71,6	Malaysia, Indonesien, Thailand
Eisenerz	54,9	Brasilien, Liberia
Manganerze	32,6	Gabun, Brasilien, Kongo
Zinkerze	22,2	Peru
Bleierze	27,6	Peru
Aluminium-Oxyd (Tonerde)	87,8	Surinam, Guinea
Molybdänerze	25,6	Chile
Kobalt	28,4	Zaire
Niobium-, Tantal- und Vanadiumerze	74,6	Brasilien
Quecksilber (roh)	24,8	Türkei
Antimonerze	89	Türkei, Thailand
Chromerze	28,7	Türkei
Naturkautschuk	81	Malaysia, Indonesien
Jute*	90	Bangladesh, Indien, Thailand
Baumwolle *	60	Türkei, Iran, Ägypten
Laubrundholz *	83,7	Elfenbeinküste, Kongo, Gabun, Ghana
Laubschnittholz *	95,3	Malaysia, Elfenbeinküste
Kaffee *	100	Kolumbien, El Salvador, Guatemala, Brasilien
Kakao *	100	Elfenbeinküste, Kamerun, Ghana
Tee *	100	Indien, Sri Lanka, Indonesien
Erdöl *	95	Saudi-Arabien, Libyen, Algerien, Kuwait, Irak, Nigeria, Iran, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate

Die Angaben für die mit \* gekennzeichneten Rohstoffe stammen von 1974, alle anderen von 1972

lungsländern weitestgehend indiskutabel. Erhard plädierte dafür, in den Entwicklungsländern das Handwerk zu entwickeln, da dort die Errichtung hochmoderner schwerindustrieller Anlagen „unproduktiv“ sei.<sup>9</sup>

Unterdessen partizipierte die bereits 1959 wieder zur zweitstärksten Handelsmacht nach den USA aufgerückte BRD in den 50er und 60er Jahren kräftig an dem „klassischen“ Muster der internationalen Arbeitsteilung; es hatte sich als Ergebnis der kolonialistischen Deformation der Wirtschaftsstruktur der Dritten Welt herausgebildet und diese zum bloßen Rohstoff- und Agraranhänger der entwickelten kapitalistischen Staaten gemacht. Während die Bundesrepublik vorwiegend Investitionsgüter und Industriewaren in die Entwicklungswelt exportierte, schirmte sie sich über das – sich proportional zum Verarbeitungsgrad der Importprodukte verschärfende – Zollmauersystem der EWG von der Fertigwareneinfuhr aus der Dritten Welt ab. Auf diese Weise profitierte sie von sinkenden Rohstoffpreisen und steigenden

Preisen für ihre eigenen Exportwaren.

Mit dem Regierungseintritt der SPD in die Große Koalition 1966 setzt eine Diskussion über die notwendige Effektivierung des entwicklungspolitischen Instrumentariums ein, die einen Übergang von der bislang taktisch orientierten zu einer strategisch konzipierten Entwicklungsländerpolitik vorbereitete. Dabei erweist sich vor allem die Hallstein-Doktrin als Hindernis bei der Verwirklichung langfristiger aufeinander abgestimmter Zielvorstellungen im Bereich der Entwicklungspolitik.

Sie hatte zu einer weitgehenden Verzettelung des Engagements der BRD in der Dritten Welt geführt („Gießkannenprinzip“ bei der Mittelvergabe). Die zu ihrer Durchsetzung notwendigen Kosten standen in keinem Verhältnis mehr zu den Erfolgen; zumal das ihr zugrundeliegende Prinzip, die staatliche Existenz der DDR zu ignorieren, in dem Maße obsolet wurde, wie sich Ende der 60er Jahre erste Entspan-

nungstendenzen in den Ost-West-Beziehungen durchzusetzen begannen.

Die sich abzeichnende Wende in der bundesdeutschen Entwicklungspolitik fand ebenso auf dem Hintergrund einer von der Weltbank ausgelösten Diskussion über den „Erfolg“ der bisherigen neokolonialistischen Strategie des Westens statt. Das Ergebnis dieser Diskussion spiegelt sich im Pearson-Bericht wider, der als Ausgangspunkt eine „Krise der Entwicklungshilfe“ konstatiert<sup>10</sup>. Er kritisiert die Kurzsichtigkeit und den vordergründigen Eigennutz der westlichen Entwicklungspolitik und fordert angesichts wachsender sozialer Spannungen und Konfliktstoffe in der Dritten Welt eine Anpassung des neokolonialistischen Instrumentariums an die veränderten Bedingungen. Bei prinzipieller Aufrechterhaltung der neokolonialistischen Funktionsmechanismen soll den seit der Welt-handelskonferenz (UNCTAD) in Neu Dehli von 1968 verstärkter erhobenen Forderungen der Entwicklungsländer („Gruppe der 77“) entgegengekommen werden. Über eine Aufstockung der staatlichen Entwicklungshilfemittel waren – dieser Konzeption zufolge – die Voraussetzungen und die Anreize für eine forcierte privatkapitalistische Durchdringung der Dritten Welt zu verbessern. Im Austausch für Zugeständnisse im Bereich des Marktzugangs für Industriewaren aus Entwicklungsländern sollen diese ein sicheres politisches und wirtschaftliches „Klima“ für westliche Privatinvestitionen bieten.

## II. BRD-Neokolonialismus unter dem Vorzeichen der sozialliberalen Reformeuphorie (1969–73)

Mit dem Amtsantritt der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel 1969 setzte die sich seit 1967 abzeichnende sozialreformistisch inspirierte Wende der bundesdeutschen Entwicklungspolitik durch. Sie fand ihren deutlichsten Niederschlag in der erstmaligen Verabschiedung einer umfassenden Strategie für die Dritte Welt, der „Entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesrepublik Deutschland“ von 1971<sup>11</sup>. Die maßgeblich von dem seit 1968 das BMZ führenden Erhard Eppler geprägte Neuorientierung der neokolonialistischen Strategie Bonns folgt in wesentlichen Grundgedanken dem Pearson-Bericht, der in der BRD alsbald zur „Bibel der Entwicklungspolitik“ hochstilisiert wird. Deutlich reflektiert Eppler die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen wie die insgesamt zugunsten des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt veränderte Lage im

Weltmaßstab. Für ihn tut „Entwicklungspolitik das Nächstliegende in einer revolutionären Weltlage.“<sup>12</sup> in seiner Konzeption rückt das langfristige strategische Eigeninteresse der Bundesrepublik in den Mittelpunkt. Dabei werden in hohem Maße jene sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen auf die Ebene der internationalen Klassenausgleichsbeziehungen übertragen, die die sozialdemokratische Parteiführung jahrzehntelang im innenpolitischen Bereich erprobt hatte.

Ohne die durch die internationalen Konzerne dominierten Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend umzustößeln, sollen die „Partner“ in der Dritten Welt mit Hilfe teilweiser Zugeständnisse in eine modifizierte internationale Arbeitsteilung integriert werden: „Die Orientierung an der Effizienz für das Entwicklungsland“ – so Eppler – „entspricht auch unserem eigenen langfristigen Interesse. Im letzten Jahr war unser Exportüberschuß gegenüber Industrieländern ungefähr so groß wie unser gesamter Export in Entwicklungsländern, mit denen unsere Handelsbilanz leicht passiv war. Immer noch exportieren wir nach ganz Afrika weniger als in die Schweiz. Sicher nicht deshalb, weil man in Afrika unsere Maschinen nicht brauchen könnte, sondern weil man sie nicht bezahlen kann. Ein Handelspartner ist für uns umso interessanter, je entwickelter, je kaufkräftiger, je reicher er ist. Natürlich will ein solcher Partner nicht nur kaufen, sondern auch verkaufen. Daher werden sich Änderungen in der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer spiegeln in der Änderung der Wirtschaftsstruktur der Industrieländer. Ich habe davor keine Angst, denn dies kann doch nur bedeuten, daß wir gezwungen sein werden, unsere Arbeitskraft noch rascher, als dies ohnehin schon geschieht, in die Bereiche zu lenken, die eine höhere Produktivität aufweisen . . . Nur wenn wir unsere Arbeitskraft immer produktiver verwenden, können wir den Entwicklungsländern jenen Teil der Produktion überlassen, den sie brauchen und den sie auch bewältigen.“<sup>13</sup>

### Die peripheren „Partner“

Am Übergang zu einem solch weitsichtigen Anpassungskurs haben wesentliche Kreise des westdeutschen Großkapitals – aufgrund ihrer starken Exportabhängigkeit – selbst ein materielles Interesse. Sie sind auf „kaufkräftige Handelspartner“ angewiesen. Dieses Interesse wurzelt auch in den Problemen, die sich aus der Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ergeben, der eine wachsende Konzentration des wirtschaftlichen Potentials auf technologische Leitsektoren



Bonner Entwicklungshilfeminister (v. l. n. r.): Scheel (1961–66), Wischniewski (1966–68), Eppler (1968–74)

und die sog. Wachstumsbranchen erforderlich macht („unsere Arbeitskraft immer produktiver verwenden“). Daraus ergibt sich eine zwingende Notwendigkeit, strukturschwache Branchen, die den Wachstumsprozeß in der BRD tendenziell behindern, in solche Regionen auszulagern, deren für das Kapital günstige Kostenfaktoren ihre Produktion wieder profitabel machen. Das sich damit herausbildende Muster der neokolonialistischen Arbeitsteilung, das den Bedingungen des Zusammenbruchs des imperialistischen Kolonialsystems entspricht, ist im Gegensatz zur überkommenen internationalen Arbeitsteilung durch die Aufspaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft in hochentwickelte industrielle Zentren und eine davon abhängige Rohstoff- und Industrieperipherie gekennzeichnet.<sup>14</sup> Der Verarbeitungsgrad in der industriellen Struktur der Entwicklungsländer verschiebt sich nach oben. Das neokolonialistische Muster der internationalen Arbeitsteilung legt die Dritte Welt fest auf ein strukturell begrenztes Niveau der Industrialisierung (unter weitestgehender Ausklammerung produktionsmittelproduzierender Zweige), deren Ausmaß einseitig von den ökonomischen Reproduktionserfordernissen der kapitalistischen Metropolen bestimmt wird und folglich einer eigenständigen Entwicklung widerspricht.

### „Grundbedürfnisse“: klassenneutral?

In dieser Konzeption, die auf eine neue Stufe der Abhängigkeit zielt, werden freilich bestimmte sozialstrukturelle Veränderungen in den Entwicklungsländern notwendig, die Eppler als „Dynamisierung von Strukturen“ und gezielte Beeinflussung des „gesellschaftlichen Wandels“ faßt.

Ausgangspunkt dafür ist die Neuformulierung des Entwicklungsbegriffs und der daraus abgeleiteten Entwicklungsziele. Zur einseitigen Orientierung auf die Maximierung der Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts tritt die Orientierung auf die Befriedigung der „Grundbedürfnisse“ der Menschen in den Entwicklungsländern. In Übereinstimmung mit der Weltbank-Konzeption sind das insbesondere Beschäftigung, Ernährung und Bildung. Dazu kommen nach Eppler: Wohnen, Gesundheit, soziale Integration und Einkommensverteilung.<sup>15</sup>

Bei der Konzipierung von Entwicklungsprojekten sei insbesondere darauf zu achten, daß und ob „verkrustete Sozialstrukturen“ aufgebrochen werden. Deshalb empfiehlt Eppler die verstärkte Inangriffnahme entwicklungspolitischer Komplexprogramme, die Kombination unterschiedlicher Projekttypen mit spezifischen Zielsetzungen zu integrierten Entwicklungsprojekten.

Die scheinbar systemneutrale Rede von den „Grundbedürfnissen“ und der „Dynamisierung von Strukturen“ hebt sich indessen nur auf den ersten Blick positiv ab von der ungeschminkten Formulierung des Eigennutzes, die in den 50er und 60er Jahren im Vordergrund stand. Im Kontext des Gesamtsystems der neokolonialistischen Beziehungen können diese Ziele, gerade weil sie „systemneutral“ formuliert werden, bestenfalls dazu führen, jene vorkapitalistischen, oft feudalen Barrieren aus dem Weg zu räumen, die den Erfordernissen einer abhängigen kapitalistischen Entwicklung in der Dritten Welt im Wege stehen. Sie stellen somit geradezu eine Voraussetzung für die Stabilisierung des neokolonialistischen Systems dar, wenngleich sie ein hohes politisches Risiko (revolutionäres Weitertreiben) in sich bergen.

Eine langfristig angelegte Entwicklungskonzeption erfordert nach Eppler ein hohes Maß an Flexibilität bei der Durchsetzung der Zielvorstellungen: „Wir müssen also flexibel, pluralistisch, vielleicht sogar durchaus widersprüchlich ansetzen, z. B. gleichzeitig an die Einsicht bei den herrschenden Kräften appellieren, etwa beim jüngeren, sachorientierten Management, gleichzeitig reformistische Gruppen ermutigen

und fördern und mit revolutionären Elementen im Gespräch bleiben. Entscheidend ist die Chance, tatsächlich Strukturen zu dynamisieren.“<sup>16</sup> Für ein solches Herangehen an die Durchsetzung neokolonialistischer Ziele mußte freilich die traditionelle Unterordnung der Entwicklungspolitik unter die Hallsteindoktrin absolut hinderlich sein. Denn, so Eppler: „Je sichtbarer das Motiv des Alleinvertretungsanspruches wurde, je mehr die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik Deutschland wuchs, desto näher lag es, auch bei ihr neokolonialistische Absichten zu vermuten.“<sup>17</sup> Dadurch gerate allzu leicht die große „Chance“ westdeutscher Entwicklungspolitik in Gefahr, „ohne koloniale Tradition und ohne Weltmachtansprüche“<sup>18</sup> in der Dritten Welt wirksam werden zu können. Freilich wurde die Formulierung politischer Bedingungen im Zuge der Entspannungspolitik zwar weitgehend zurückgenommen, bildet jedoch bis heute – etwa in Form der sog. Westberlin-Klausel – einen festen Bestandteil der Bonner Kreditvergabepraxis.

Das Hauptaugenmerk liegt allerdings bei Eppler im subtilen Anknüpfen an die in den Entwicklungsländern vorgefundenen Bedingungen: „Wir gehen heute aus von Zielstellungen, die das Entwicklungsland selbst erarbeitet und festgesetzt hat. In Tansania gehen wir aus von dem afrikanischen Sozialismus Julius Nyereres, und an der Elfenbeinküste gehen wir aus von dem Liberalismus eines Houphouët-Boigny. Wenn man diese Zusammenstellung als ideologisch betrachten wollte, dann nur insofern, als hinter jeder Politik bestimmte Wertvorstellungen stehen. Bei mir sind es die Grundwerte des Godesberger Programms.“<sup>19</sup> Die Hauptfunktion einer derartigen neokolonialen Partnerschaftskonzeption besteht also darin, die „have nots (Habenichtse) nicht zur Revolution zu treiben.“<sup>20</sup>

Was in der BRD und anderen entwickelten kapitalistischen Staaten scheinbar gelungen war – die Integration der abhängig Arbeitenden in das bestehende System mit Hilfe sozialpartnerschaftlicher Propagandaformeln und materiellen Zugeständnissen – sollte auch im internationalen Maßstab erreicht werden.

---

## III. Die entwicklungspolitische Praxis in der Eppler-Phase

---

Die Realisierung der neuen entwicklungspolitischen Konzeption „aus einem Guß“ (Sohn) setzte vorab die organisatorische Zusammenfassung der bislang zersplitterten entwicklungspolitischen Kompetenzbereiche, insbesondere die Übertragung der Kapitalhilfeszuständigkeit vom Bundesministerium für Wirtschaft an das BMZ, voraus.

Die wichtigsten Veränderungen der entwicklungspolitischen Praxis fanden vor allem im Bereich der integrierten Länderprogramme, der Kapitalhilfevergaben und der Stimulierung der privaten Kapitalexporte statt.

### 1. Integrierte Länderprogramme

Mit der Verabschiedung der entwicklungspolitischen Konzeption rückt der Übergang von Einzelprojekten („Gießkannenprinzip“) zu langfristigen, integrierten, länderbezogenen und international koordinierten Hilfeprogrammen in den Mittelpunkt der westdeutschen Entwicklungspolitik.

Leitgedanke dieser Hilfsprogramme ist der adäquate und effiziente Einsatz der unterschiedlichen Instrumente der Entwicklungspolitik in bestimmten ausgewählten Schwerpunktländern der Dritten Welt. „In den länderbezogenen Hilfeprogrammen wird festgelegt.“ so heißt es in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung, „welche Maßnahmen unterstützt werden sollen. Entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen der Länder werden die Programme verschieden sein. Arten, Formen und Konditionen

der Hilfe werden entsprechend den Gegebenheiten des Landes differenziert. Durch das Hilfeprogramm wird das Zusammenspiel aller Instrumente öffentlicher Entwicklungshilfe erreicht. Es umfaßt Kapitalhilfen und Zuschüsse, ermöglicht die abgestimmte Mitwirkung privater Träger und der Freiwilligen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und gibt der Privatwirtschaft entsprechende Hinweise.<sup>21</sup>

Mit der Konzentration auf solche Länderprogramme war der Übergang der westdeutschen Kapitalhilfepraxis zur grundsätzlichen Projektgebundenheit verbunden. Damit hofft man, die Forderung nach begrenzten Wandlungen der Sozialstruktur einzulösen. Wenngleich der Schwerpunkt hierbei zunächst auf staatlichen Maßnahmen zur Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Region liegt (Kleingewerbeförderung, Förderung von Vermarktungsgenossenschaften auf kapitalistischer Grundlage, Sozialstrukturhilfe usw.), so wird sich doch „in geeigneten Fällen un schwer ein mehr oder weniger enger Verbund zwischen der öffentlichen Hilfe (Kapitalhilfe oder Technische Hilfe) und privaten Kapitalanlagen und damit zwischen entwicklungspolitischen und privatwirtschaftlichen Interessen und Zielen herstellen lassen.“<sup>22</sup>

Denn der private Investor aus der BRD kann sich bei seinen Investitionsabsichten an den Länderhilfeprogrammen der Bundesregierung orientieren. Die Bundesregierung begrüßt und fördert ihrerseits „unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten insbesondere solche Privatinvestitionen, die sich in eine vorhandene Entwicklungsplanung des Empfängerlandes einfügen und in diesem Rahmen in partnerschaftlicher Form (Joint Ventures) betrieben werden sowie zu einer verstärkten Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte führen.“<sup>23</sup>

Die Einbeziehung „partnerschaftlicher“ Direktinvestitionen aus der BRD in die staatlichen Entwicklungshilfeprogramme erscheint als besonders wirksame Unterstützung bei der Herausbildung einer vom westdeutschen Kapital abhängigen und kooperationsbereiten Bourgeoisie in den Entwicklungsländern und bei der Zurückdrängung weitreichender Nationalisierungsvorhaben.

Mit dem Übergang zu langfristigen integrierten Länderprogrammen war eine Konzentration des Mitteleinsatzes auf relativ wenige Länder verbunden. Während bis 1973 insgesamt 70 Länder öffentliche, bilaterale Kapitalhilfe aus der BRD erhalten hatten, wurden 1973 nur noch Kapitalhilfeforderungen aus 32 Ländern gegeben.<sup>24</sup>

## 2. Entwicklung und Funktion der Kapitalhilfepraxis

Im Rahmen ihrer mittelfristigen Finanzplanung hatte die Bundesregierung eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Haushaltsmittel für bilaterale und multilaterale öffentliche Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe) von 10,8 % in den Jahren 1970–1974 vorgesehen.<sup>25</sup> Wenngleich diese Planung im großen und ganzen eingehalten worden ist, so konnte damit jedoch das von der Bundesregierung verbal und ohne zeitliche Festlegung akzeptierte Ziel der UN-Entwicklungsstrategie, 0,7 % des Bruttosozialprodukts (BSP) der öffentlichen Entwicklungshilfe zuzuführen, nicht erreicht werden. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BSP ist vielmehr von 0,42 % im Jahre 1968 auf nur noch 0,31 % im Jahre 1976 gefallen.

Während sich die quantitative Steigerung der Ausgaben der Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungspolitik in Grenzen hielt, und besonders durch finanzielle Engpässe immer wieder beeinträchtigt wurde, versuchte sie vor allem über die Erleichterung der Kreditbedingungen den Forderungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen, ihre Zahlungsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen und den gewachsenen Anforderungen aus der Systemkonkurrenz mit

den sozialistischen Staaten und auch westlichen Konkurrenten Rechnung zu tragen. „Es wäre gewiß töricht,“ – so Eppers Staatssekretär Sohn 1972 – „jegliches Eigeninteresse an einer Intensivierung der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt leugnen zu wollen. Die Bundesrepublik braucht in der harten weltpolitischen Konkurrenz und im Wettbewerb mit der DDR Partner, auf die sie sich verlassen kann. Der Umfang, die Bedingungen und die Formen ihrer Entwicklungshilfe demonstrieren besser als jeder Versuch einer bloß mündlichen Überzeugung, wie offen sie für die Nöte anderer Länder ist und welches Verständnis sie dafür aufbringt, ohne sich gleichzeitig in deren innere Angelegenheiten zu mischen.“<sup>26</sup>

Bedingungen der bilateralen Kredite (Durchschnittswerte)

Jahr	Zuschußelement in %	Zinssatz in %	Laufzeit Jahre	Freijahre	Anteil der Lieferbindung in %
1969	53	3,2	26,0	7,6	34
1970	58	2,9	28,2	8,5	28
1973	66	2,1	32,0	9,4	39
1976	70	1,9	33,7	9,1	1

Quelle: Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, a. a. O., S. 138

Die Erleichterung der Bedingungen in der Kreditvergabepraxis war nicht nur notwendig, um über den Demonstrationseffekt günstigerer Bedingungen neue Einflußsphären in der Dritten Welt zu erschließen und alte auszubauen, sondern auch möglich, ohne die Interessen der exportorientierten Konzerne wesentlich zu beschneiden. Die hohe Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Konzerne auf dem Weltmarkt hat das ihre dazu beigetragen, daß trotz des kontinuierlichen Abbaus der Liefergebundenheit von BRD-Kapitalhilfekrediten 2/3 dieser Mittel in Form von direkten Aufträgen an die westdeutsche Industrie zurückfließt. Auch die Tatsache, daß der Marktanteil der BRD in denjenigen Ländern überdurchschnittlich hoch ist, auf die sich der staatliche Kapitalexport konzentriert hat<sup>27</sup>, zeigt, wie sehr „Entwicklungshilfe“ auf die Ausweitung des privatkapitalistischen Warenexports ausgerichtet ist.

In ähnlicher Weise hat sich das gewachsene Gewicht der BRD im Rahmen der multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen bezahlt gemacht. Der Anteil der multilateralen Leistungen am Gesamtvolumen der öffentlichen Entwicklungshilfe hat sich von 1966 noch 11,1 % auf etwa 25 % in der ersten Hälfte der 70er Jahre gesteigert. Über die Beteiligung des westdeutschen Staates an der Weltbank kamen die BRD-Konzerne bislang zu etwa 12 % der weltweit vergebenen Aufträge, was dem fast viereinhalbfachen des von der BRD eingezahlten Kapitals entspricht.<sup>28</sup>

Daß die staatliche Entwicklungspolitik auch in der Amtsperiode Erhard Eppers im wesentlichen staatliches „Präinvestment“ (Scheel) zur Vorbereitung der privatkapitalistischen Konzernexpansion blieb, erweist sich an der regionalen und sektoralen Verteilung der öffentlichen Leistungen. Von der an die Länder der Dritten Welt im Jahre 1974 vergebenen öffentlichen Entwicklungshilfe (Kapitalhilfe) entfielen z. B. auf Lateinamerika lediglich 14 %, während Schwarzafrika 23 % und Asien (einschließlich der arabischen Staaten) 63 % auf sich vereinigte.<sup>29</sup> Die Verteilung der westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt fällt genau umgekehrt aus. Von den bis Ende 1974 in der Dritten Welt getätigten Direktinvestitionen entfielen allein auf Lateinamerika 61 %, auf Afrika (einschließlich des relativ stark entwickelten Südafrika) 24 % und auf Asien (einschließlich Ozeanien) lediglich 15 %.<sup>30</sup>

Diese umgekehrt proportionale Verteilung von öffentlicher

Entwicklungshilfe und privater Kapitalexpansion verweist darauf, daß es die objektive Funktion der Entwicklungshilfe ist, dort, wo die allgemeinen Bedingungen kapitalistischer Produktion noch ungenügend entwickelt sind, erst einmal Voraussetzungen für das privatkapitalistische Engagement zu schaffen. Oder wie Eppers Nachfolger, Egon Bahr, es ausdrückt: „Entwicklungshilfe, die vor allem Infrastrukturvorhaben mit wenig Amortisationschancen(!) fördert, ist hier ein Mittel, einen Markt überhaupt erst entstehen zu lassen. Öffentliche Entwicklungshilfe spielt hier auch die Rolle eines Vorläufers für private Investitionen.“<sup>31</sup>

Entsprechend hoch ist die Konzentration der im Rahmen der projektgebundenen bilateralen finanziellen Zusammenarbeit verausgabten Mittel auf den Ausbau der materiellen und sozialen Infrastruktur in den Entwicklungsländern: Mit 57 % im Jahr 1973, und 66,2 für 1976 macht dies jeweils den bei weitem größten Posten im Rahmen der öffentlichen projektgebundenen Kapitalhilfe aus.<sup>32</sup>

### 3. Die direkte Stimulierung der Kapitalexporte

Die starke Akzentuierung des Partnerschaftsgedankens in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung bedeutete keineswegs, daß man auf die direkte Stimulierung des an profitwirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkten orientierten Kapitalstroms verzichten oder ihn in seiner Bedeutung eingeschränkt sehen wollte. Im Gegenteil beklagte Eppers Staatssekretär Sohn schon 1972: „Obwohl die Bundesregierung für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern neben der Förderung durch das Entwicklungshilfesteuergesetz das Instrument der Kapitalanlagengarantien bereitstellte, läßt die Höhe der Direktinvestitionen zu wünschen übrig, auch wenn ihr Volumen innerhalb des ersten Entwicklungshilfejahrzehnts um das Sechsfache anstieg.“<sup>33</sup>

Das staatsmonopolistische Förderungs- und Stimulierungsinstrumentarium für den privaten Kapitalexport wurde deshalb gerade in der ersten Hälfte der 70er Jahre weiter nach Kräften ausgebaut.

Besorgniserregend mußte es auf die Strategen des BRD-Neokolonialismus wirken, daß der Anteil der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern am Gesamtbestand der westdeutschen Auslandsinvestitionen von 39 % im Jahre 1960 auf 29 % im Jahre 1970 gesunken war. Das strategische Hauptziel des Neokolonialismus, die Länder der Dritten Welt am Ausbrechen aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu hindern, konnte langfristig nur dann erreicht werden, wenn es gelang, den Trend zur relativen Bedeutungsminde rung der Kapitalexporte in die Dritte Welt aufzuhalten.

Angesichts von Enteignungsakten und anderen Maßnahmen zur Herstellung der nationalen Souveränität der Entwicklungsländer über ihr wirtschaftliches Potential wird die staatliche Förderung zu einer allgemeinen Rahmenbedingung für die Fortsetzung des Kapitalexports überhaupt. Neben der Aufgabe, den allgemein verschlechterten Investitions- und Verwertungsbedingungen für das imperialistische Kapital in der Dritten Welt entgegenzuwirken, hängt auch die Ausgangslage der jeweiligen Konzerne im Wettlauf mit den Konkurrenten um Märkte, Produktions- und Rohstoffbasen vor allem davon ab, wie weit entwickelt die Förderungsinstrumente „ihres“ Staates sind.

Anders als bei den „klassischen“ Kolonialmächten, die das jeweilige nationale Kapital mit Hilfe ihrer politischen Souveränitätsrechte in den ehemaligen Kolonien gegenüber ausländischen Konkurrenten abschirmen konnten, konnte sich der Kapitalexport der BRD-Konzerne von Anfang an im wesentlichen nur auf das neokolonialistische Förderungsinstrumentarium stützen.

Es besteht aus den sog. Hermesbürgschaften, aus mit inzwischen 45 Entwicklungsländern abgeschlossenen Kapital-schutzabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen mit 40 Entwicklungsländern, dem Entwicklungsländer-Steuer-gesetz und der 1962 gegründeten Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG). Während Hermesbürgschaften und Kapital-schutzabkommen der Verbesserung des Investitionsklimas in Entwicklungsländern dienen, indem sie das private Kapital vom Enteignungsrisiko befreien und seine allgemeinen Verwertungsbedingungen verbessern, soll mittels steuerlicher Bevorteilung der private Kapitalstrom insbesondere in arbeitsintensive Branchen und in die am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer (LDC) stimuliert werden.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der in staatlichem Besitz befindlichen DEG zu, deren Stammkapital 1975/76 von 300 Mio DM auf 500 Mio DM erhöht worden ist. Ende 1974 war die DEG an 120 Projektgesellschaften in 45 Entwicklungsländern beteiligt. Indem sie die westdeutschen Konzerne beim Ausfindigmachen sog. Standortvorteile unterstützte, die Gründung „partnerschaftlicher“ Joint Ventures (gemischter Kapitalgesellschaften) vorantrieb und sich an besonders risikoreichen Investitionen finanziell beteiligte, übte sie die Funktion eines Platzhalters für das private Kapital aus, dem sie so den Weg ebnete. Indem sie die Auslagerung solcher Branchen, die in der BRD aufgrund gestiegener Lohnkosten nicht mehr profitabel genug produzieren können, in die Dritte Welt gezielt förderte, wurde die DEG zu einem der wichtigsten staatlichen Organisatoren der von der Bundesregierung anvisierten neokolonialistischen Arbeitsteilung.<sup>34</sup>

Öffentliche Entwicklungshilfe der BRD  
(in Mio DM)

Jahr	Bilaterale öffentliche Nettoleistungen	Multilaterale öffentliche Nettoleistungen	Zusammen	Anteil am BSP in %	Mittel aus Bundeshaushalt	Steigerungsrate in %	Anteil am Bundeshaushalt in %
1968	1787,7	439,9	2227,6	0,42	2032,0	25,3	2,7
1969	1770,2	550,8	2271,0	0,38	2163,1	6,5	2,7
1970	1705,9	496,9	2202,8	0,32	2018,0	— 6,7	2,3
1971	1848,7	714,5	2563,2	0,34	2316,0	14,8	2,4
1972	1938,2	666,5	2604,7	0,31	2280,3	— 1,6	2,1
1973	2112,3	828,8	2941,1	0,32	2588,9	13,5	2,1
1974	2628,5	1086,7	3715,2	0,38	2938,4	13,5	2,2
1975	2859,3	1305,9	4165,2	0,40	3547,3	20,7	2,2
1976	2628,4	854,7	3483,1	0,31	3077,9	—13,2	1,9

Zusammengestellt nach: Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Tabellenanhang, Bonn, November 1977, S. 127 f.

#### IV. Zur Entwicklung der BRD-Direktinvestitionen

Der zügige Ausbau des staatsmonopolistischen Förderungsinstrumentariums in den 60er und 70er Jahren ist zwar eine notwendige Rahmenbedingung für die forcierte Expansion der Konzerne in die Dritte Welt, reicht jedoch zur Erklärung der Ursachen der 1966 einsetzenden Kapitalexportoffensive der BRD nicht aus. Der mit dem Abschluß der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Monopolkapitalismus rasch ansteigende relative Kapitalüberschuß trieb das Kapital zur verstärkten Suche nach profitablen Anlagesphären im Ausland. Wollte das westdeutsche Kapital seine über den Warenexport errungene starke Stellung auf dem Weltmarkt und in den Entwicklungsländern erhalten und langfristig ausbauen, so bedurfte es dazu neben dem Warenexport eines „zweiten Standbeins“ der außenwirtschaftlichen Expansion, des Kapitalexports.

**BRD-Direktinvestitionen in Industrie- und Entwicklungsländern**  
(Bestand seit 1952 kumulierte Transaktionswerte)

Jahr	Industrieländer		Entwicklungsländer	
	Mio DM	%	Mio DM	%
1962	2341	60,9	1501	39,1
1967	8585	71,2	3472	28,8
1970	14901	70,6	6212	29,4
1973	22583	70,1	9650	29,9

Quelle: BMWi, Runderlaß Außenwirtschaft, Nr. 17/1974

Schon frühzeitig erkannten deshalb führende Exponenten des westdeutschen Finanzkapitals vom Schlage eines Hermann J. Abs: „Es sind . . . existenzielle Gründe der Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, nicht etwa nur abstrakte Erwägungen der Zahlungsbilanzarithmetik, die die Forderung nach einem zielstrebigem Ausbau des unternehmerischen Produktionsvermögens im Ausland bedingen.“<sup>35</sup> Entsprechend steht bei den westdeutschen Direktinvestitionen zunächst das Motiv im Vordergrund, über die Präsenz auf den lokalen Märkten den Unternehmensabsatz zu erweitern. Bezeichnenderweise gewinnen mit zunehmender Krisenhaftigkeit und der langfristigen Verschlechterung der inneren Reproduktions- und Verwertungsbedingungen Kostenüberlegungen (insbesondere Lohnkostenüberlegungen) bei der Vornahme von Direktinvestitionen an Gewicht. Beiden Hauptmotiven der westdeutschen Kapitalexporte liegt das Streben nach monopolkapitalistischen Höchst- und Extraprofiten zugrunde.<sup>36</sup>

Wie obige Tabelle zeigt, fällt der Anteil der Entwicklungsländer am Gesamtvolumen der westdeutschen Direktinvestitionen, um sich seit 1966 auf etwa 29 % zu stabilisieren. Im internationalen Vergleich erreicht die BRD bis Ende 1973 mit insgesamt 32,2 Mrd DM den dritten Platz der Direktinvestoren in der westlichen Welt hinter Großbritannien mit umgerechnet 85 Mrd DM und den USA mit 315 Mrd DM.<sup>37</sup> Der indessen immer noch große Abstand zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien dürfte durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen statistischen Erfassungsmethoden in beiden Ländern deutlich relativiert werden. Da die westdeutsche Statistik im Gegensatz zur britischen, amerikanischen, japanischen usw. lediglich die finanziellen Transaktionswerte, nicht jedoch Reinvestitionen von Gewinnen und die Vornahme von Direktinvestitionen über sog. Holding-Gesellschaften in Drittländern erfaßt, wird ihr Bestand im Vergleich zu anderen Ländern systematisch unterbewertet. Nach OECD-Schätzungen liegen sie um etwa 40 % über den tatsächlich ausgewiesenen Werten.<sup>38</sup>

Vergleicht man allerdings die Zuwachsraten der westdeutschen Direktinvestitionen mit denen ihrer Hauptkonkurrenten, so übertreffen sie mit durchschnittlich 22,8 % (1960/71)

bei weitem die der USA (9,2 %) und die Großbritanniens (6,5 %).

Noch deutlicher ist der Vorsprung der BRD-Direktinvestitionen im Wachstumstempo, betrachtet man ausschließlich die Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Hier lag die BRD zwischen 1961 und 1971 mit jahresdurchschnittlich 14,3 % deutlich an der Spitze (USA 10,7 %, Großbritannien 3,3 %, Frankreich: -5,1 %, Japan: 11,0 %).<sup>39</sup>

Dies verweist nicht nur darauf, daß die BRD ihren Nachholbedarf an Direktinvestitionen im Ausland zügig abdeckt, sondern allgemein auf einen gewachsenen Stellenwert des Kapitalexports im Rahmen der außenwirtschaftlichen Expansion und Verflechtung der BRD. Dies wird vor allem durch den Tatbestand bestätigt, daß das Wachstum der Direktinvestitionen den Exportzuwachs bei weitem übersteigt, und zwar mit wachsender Tendenz.

#### Das Terrain der Auslandsproduktion

Während sich im Zeitabschnitt 1962–1972 die gesamten BRD-Direktinvestitionen nahezu versiebenfachen, hat sich der Export nicht einmal verdreifacht. Dieser Trend zur verstärkten lokalen Produktion ist besonders ausgeprägt in Entwicklungsländern. Diese Strategie der westdeutschen Konzerne, die Auslandsproduktion energisch zu erhöhen, ist von einer überdurchschnittlich starken Zunahme der Auslandsbeschäftigung begleitet gewesen:

**Zunahme der Inlands- und Auslandsbeschäftigten ausgewählter BRD-Konzerne 1965–1973 (in %)**

Konzerne	Zunahme der Inlandsbeschäftigten	Zunahme der Auslandsbeschäftigten
Volkswagenwerk (VW)	51,1	190,4
Farbwerke Hoechst	62,0	435,3
Daimler Benz	42,2	184,0
Siemens	0,5	125,0
Bayer	17,0	164,1
Mannesmann	1,7	84,7
Bosch	11,1	94,7

Quelle: Kisker, a. a. O., S. 32

Die Verbreiterung der Ausbeutungsbasis durch Auslandsproduktion und die Nutzung der Auslandsproduktion für das Wachstum des BRD-Kapitals ist vor allem das Terrain der großen Monopole. Stärker noch als die Inlandsproduktion ist die Auslandsproduktion auf die größten Industriekonzerne konzentriert. „Die 7 Firmen, bei denen die Eigenleistung der produzierenden Auslandstöchter 1971 mehr als 1 Mrd DM betrug, vereinigten fast die Hälfte der gesamten Auslandsproduktion auf sich. Rund ein Drittel entfiel auf jene 4 Unternehmen, die eine Produktion von über 2,5 Mrd DM im Ausland erzielten. Der größte Auslandsproduzent, das Volkswagenwerk, kam allein für über 10 % auf.“<sup>40</sup>

Während bei der Auslandsproduktion die Automobilkonzerne VW und Daimler Benz die Spitzenstellung halten, liegt der Anteil des größten „Arbeitgebers“ im Ausland, der Siemens AG, bei 12 % der gesamten Auslandsbeschäftigten. Allein AEG, Bosch und Siemens zusammen stellen mit gut 75 % den größten Teil der Investitionen der Elektroindustrie im Ausland. In der Chemieindustrie vereinigen die IG-Farben-Nachfolger BASF, Hoechst und Bayer rund 60 % der Auslandsproduktion ihrer Branche auf sich.<sup>41</sup> Wenngleich in jüngster Zeit auch verstärkt kleinere und mittlere Unternehmen an der Nutzung der kostengünstigen Produktionsstandorte in der Dritten Welt partizipieren, so weisen diese Ziffern doch darauf hin, daß die größten Auslandsinvestoren auch die größten Konzerne der Bundesrepublik sind.

Es sind vornehmlich die Direktinvestitionen der BRD-Konzerne in der Dritten Welt, über die sich die von der Bundesregierung angestrebte neokolonialistische Arbeitsteilung realisiert. Aufgrund ihrer historisch bedingten Schwäche, was die unmittelbare Verfügung über die Rohstoffquellen in den Entwicklungsländern betrifft, fällt dem BRD-Neokolonialismus die Anpassung an das sich seit Mitte der 60er Jahre beschleunigt herausbildende Muster der internationalen Arbeitsteilung wesentlich leichter als den traditionellen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich oder den ebenfalls stark auf die Ausbeutung von Rohstoffquellen konzentrierten USA.

Selbst heute noch sind rund 50 % der Direktinvestitionen der kapitalistischen Industrieländer in der extraktiven Industrie (Bergbaubereich) und nur 25 % in der verarbeitenden Industrie angelegt. Von den aus der BRD kommenden Direktinvestitionen gingen jedoch 80 % in die neuentstehenden industriellen Verarbeitungsbranchen und das Dienstleistungsgewerbe und nur 7 % in den Extraktionsbereich der Entwicklungsländer.<sup>42</sup>

Die historisch erzwungene Konzentration auf den Sektor der verarbeitenden Industrie verschaffte dem BRD-Kapital schon frühzeitig einen spezifischen Konkurrenzvorteil gegenüber den zunächst überlegenen westlichen Konkurrenten.

## **V. Zur Struktur und Auswirkung des BRD-Neokolonialismus in den Entwicklungsländern**

In der regionalen und branchenmäßigen Struktur der westdeutschen Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern spiegeln sich einerseits die besonderen historischen „Traditionen“ und Niederlagen des deutschen Imperialismus, seine gegenwärtige industrielle Produktionsstruktur und Außenhandelsverflechtung, und andererseits die ökonomischen und politischen Bedingungen der Plusmacherei in den Zielländern der Dritten Welt.

Von den fast 10 Mrd DM Auslandsanlagen in den Entwicklungsländern (bis Ende 1974) waren fast 61 % auf Lateinamerika (davon allein Brasilien ca. 30 %) konzentriert.<sup>43</sup> Neben Spanien und Brasilien waren vor allem die Republik Südafrika und Israel die bedeutendsten Schwerpunkte westdeutschen Privatkapitals. Es folgen mit Abstand Argentinien, Mexiko, Indien, Indonesien, Pakistan. Die 25 am wenigsten entwickelten Länder, hauptsächlich Afrikas und Asiens, hatten dagegen nur 2 % der westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern aufgenommen.

Fast 2/3 aller Auslandsinvestitionen entfielen auf industrielle Branchen, ca. 30 % auf Handel und Dienstleistungen (Tourismus: Kanarische Inseln, Tunesien usw.), während nur ein relativ geringer Teil bislang in den landwirtschaftlichen und Rohstoffsektor floß. Innerhalb der Industrie waren vor allem die folgenden Zweige maßgeblich an den Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern beteiligt: Chemie (17 %), Automobilindustrie (10 %), Elektrotechnik (9 %), Maschinenbau (6 %).

Schon aus der regionalen Verteilung und der branchenmäßigen Konzentration läßt sich ersehen, daß die Investitionen vor allem binnenmarktorientierte Anlagen, die einen vorhandenen Markt bedienen oder „erschließen“ sollen, gewesen sind. Erst in jüngster Zeit hat der Typus der exportorientierten industriellen Investitionen (Singapur, Südkorea etc.) an Bedeutung zugenommen. In gewissem Sinne ist auch ein großer Teil der Dienstleistungsinvestitionen (Tourismus) diesem außenorientierten Typus von Auslandsinvestition zuzurechnen.<sup>44</sup>

Verallgemeinernd läßt sich für die Zielrichtung der westdeutschen Investitionen in die Entwicklungsländer behaupten, daß verschiedene ökonomische und politische Bedingungen für sie gegeben sein müssen: Absatzmöglichkeiten auf dem Markt des „Gastlandes“, eine gewisse Infrastruktur, niedrige

Lohn- und Rohstoffkosten und ein politisches Regime, das sog. „Stabilität“ und eine weitgehende Liberalität der Außenwirtschaftsbeziehungen (Gewinntransfer, Währungsstabilität usw.) garantiert. Steuerliche Begünstigungen durch die Regierung des Entwicklungslandes, Sondertarife für Energie oder öffentliche Dienstleistungen, die Möglichkeit der Ausschöpfung einheimischer Finanzierungsmittel sind weitere Stimuli für das anlagebereite Auslandskapital.

So ist es kein Zufall, daß das westdeutsche Kapital sich nicht nur in relativ „fortgeschrittenen“ (und bevölkerungsreichen) Entwicklungsländern konzentriert, sondern daß die bevorzugten Investitionsländer zugleich zu den reaktionärsten und proimperialistischsten der Dritten Welt gehören.

Von der imperialistischen Symbiose profitieren beide Seiten auf ihre Weise: Während die betreffenden Regimes durch den Zufluß ausländischen Kapitals in gewisser Hinsicht gefestigt werden, d. h. die Schwächen und Grenzen der einheimischen eigenständigen Kapitalakkumulation „verdeckt“ und aufgesogen werden, genießt das Auslandskapital privilegierte Ausbeutungs- und Profitbedingungen, die in den Augen der Wortführer der internationalen Konzerne das entscheidende Kriterium für die Beurteilung eines Regimes oder Gesellschaftssystems darstellen. Die lobenden Ausrufe westdeutscher Unternehmer oder kapitalhöriger Politiker gegenüber den schlimmsten faschistischen und reaktionärsten Folterregimes in der Dritten Welt sind außerordentlich zahlreich; und sie machen diesen ökonomisch-politischen Interessenzusammenhang von herrschender Klasse in einem Entwicklungsland und einem entwickelten kapitalistischen Land – wie der BRD – überdeutlich. So hat z. B. erst kürzlich wieder der Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Sohl, auf einem Besuch in Argentinien die katastrophale ökonomische und politische Entwicklung des Landes als „großen Fortschritt in der wirtschaftlichen Gesundung des Landes“ gepriesen.<sup>45</sup>

Aber auch im Falle weniger willfährig orientierter Regierungen in Ländern der Dritten Welt ist das Auslandskapital aufgrund seiner überlegenen ökonomisch-technologischen Position und der Möglichkeit, die verschiedenen Entwicklungsländer gegeneinander auszuspielen, in der Lage, großen politischen Druck auf die jeweiligen Regierungen und ihre Maßnahmen auszuüben. Elementare Voraussetzung und gleichzeitig Resultat dieser Einflußnahme ist es, die betreffenden Entwicklungsländer in ihrer Integration in den kapitalistischen Weltmarkt und dessen Gesetzmäßigkeiten zu halten.

### **Positive „Entwicklungseffekte“?**

In Bezug auf die Auswirkungen der privaten Direktinvestitionen auf die unterentwickelten Länder wird auch für die westdeutschen Engagements – wie auch für die Wirkung des Auslandskapitals generell – stets auf die positiven „Entwicklungseffekte“ und seinen „Beitrag zum Abbau der Unterentwicklung“ verwiesen. Das westdeutsche Kapital sei sogar – aufgrund seiner branchenmäßigen Orientierung und seiner raschen Erweiterung aus reinvestierten Profiten – als besonders wertvoller Entwicklungshelfer einzuschätzen. Im einzelnen wird behauptet, daß die Direktinvestitionen vielfältige positive Effekte hätten: Übertragung von Technologie und Know How, Entfaltung der Produktivkräfte, Schaffung von Beschäftigung, Qualifizierung von Arbeitskräften, Bereitstellung zusätzlicher Fonds zur Kapitalbildung, Entlastung der Zahlungsbilanz usw.

Diese Argumente sind sowohl auf theoretisch-methodologischer Ebene wie auch in empirischer Hinsicht außerordentlich fragwürdig.

Zunächst ist die Auffassung zurückzuweisen, daß es ohne ausländische Privatinvestitionen noch schwieriger sei, die Unterentwicklung zu überwinden, und daß sich ein Gesamturteil über die Wirkungen ausländischer Unternehmen nur ab-

# Lateinamerika — Zentrum der BRD-Wirtschaftsexpansion

Seit jeher haben Konzerngewaltige und Bonner Politiker in ihren Festreden die „traditionell guten und freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika hervorgehoben. In der Tat ist der lateinamerikanische Subkontinent die bei weitem bedeutendste Schwerpunkregion westdeutscher Waren- und Kapitalexporte in der Dritten Welt.

## BRD-Direktinvestitionen in Lateinamerika (Bestand am Jahresende in Mio DM)

1965	1967	1969	1970	1971	1973	1974	1975	1976
1.579	1.926	3.280	3.665	3.502	4.081	4.739	5.483	6.450

Quelle: Überseerundschau, Nr. 3/Mai 1975, Nr. 5/Okttober 1976 und Nr. 4/Okttober 1977

Im Ergebnis dieser kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung (Verfünffachung in einem Jahrzehnt) entfielen auf Lateinamerika Ende 1976 immer noch 63,3 % aller westdeutschen Direktinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt (zum Vergleich: 1968 noch ca. 80 %!).

Innerhalb Lateinamerikas konzentrierten sich die westdeutschen privaten Kapitalanlagen auf die drei höchstentwickelten Länder Brasilien (3451,4 Mio DM), Argentinien (580,0 Mio DM) und Mexiko (511,7 Mio DM). Mit Abstand folgen Panama (206 Mio DM), Kolumbien (122,2 Mio DM), Peru (116,1 Mio DM), Chile (103,5 Mio DM), Trinidad und Tobago (92,9 Mio DM), Venezuela (81,1 Mio DM), die Bermudas (57,6 Mio DM) und Uruguay (28,3 Mio DM).

Mit einem Anteil von 53 % liegt damit Brasilien weit an der Spitze aller lateinamerikanischen Zielländer der BRD-Direktinvestitionen. Weitere 30 % entfallen auf Argentinien und Mexiko, während die restlichen Länder lediglich 1/5 der westdeutschen Lateinamerika-Direktinvestitionen auf sich vereinigen. Als steuergünstiger Kapitalumschlagplatz für die lateinamerikanische Hemisphäre kommt noch der niederländischen Antilleninsel Curacao mit 965,7 Mio DM (zumeist Holdinggesellschaften) eine herausragende Stellung zu.

Mit einem Anteil von 34 % aller westdeutschen Kapitalanlagen in der gesamten Dritten Welt (Mitte 1977) nimmt Brasilien auch hier eine unangefochtene Spitzenstellung ein. In dem Amazonasland konzentrieren sich ca. 500 Produktionsfirmen und etwa 200 Verwaltungs-, Immobilien-, Handels- und Vertriebs- sowie weitere Dienstleistungsunternehmen bundesrepublikanischer Abstammung bzw. dominierender BRD-Beteiligung. Einschließlich reinvestierter Profite schätzen westdeutsche Banken den realen Investitionsbestand der BRD in Brasilien auf 6,7 bis 7 Mrd DM (Ende 1976), also auf das Doppelte des in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Wertes.

Ein sprunghafter Anstieg der westdeutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika ist jeweils im Ergebnis der Krisenjahre der bundesdeutschen Wirtschaft (1966–1969/1974–1976) zu verzeichnen – ein Reflex der sich verschärfenden Verwertungssituation des Kapitals im Innern der Bundesrepublik.

Kaum weniger bedeutend ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Warenexporte der BRD nach Lateinamerika:

## BRD-Warenexport nach Lateinamerika (in Mrd DM)

1966	1967	1969	1970	1972	1973	1974	1975	1976
3,9	4,1	4,8	5,1	6,0	6,4	10,2	8,9	8,4

Quelle: F. Vollmer, Zur Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen der BRD und den Ländern Lateinamerikas seit der Mitte der sechziger Jahre, in: Asien-Afrika-Lateinamerika, Nr. 2/1977, S. 314; Überseerundschau, Nr. 2/Mai 1977

Da die Zunahme der BRD-Exporte nach Lateinamerika nicht mit einer entsprechenden Ausdehnung der Exporte lateinamerika-



nischer Länder nach der BRD begleitet war, erreichte die Bundesrepublik seit 1971 ständige Exportüberschüsse im Handel mit dem Kontinent.

Während der Warenaustausch zwischen der BRD und den entwickelten kapitalistischen Staaten in den Jahren 1974/75 infolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise im Rückgang begriffen war, konnte die BRD durch überproportionale Ausdehnung des Warenexports nach Lateinamerika diesen „Exporteinbruch“ zum Teil ausgleichen.

Die Außenhandelsverflechtung der BRD mit Lateinamerika ist ähnlich wie der Kapitalexport auf wenige Länder konzentriert. Allein 73 % des gesamten westdeutschen Lateinamerika-Exports gehen nach Brasilien (30 %), Argentinien (16 %), Mexiko (15 %) und Venezuela (12 %). Die Bedeutung des Handels mit der BRD besitzt für die Länder Lateinamerikas eine ungleich größere Bedeutung als umgekehrt, liegt doch die BRD in der Regel an zweiter oder dritter Stelle der ausländischen Warenlieferanten Lateinamerikas. Außenhandelsdefizite bedeuten für sie eine stetige Verschärfung des Devisenengpasses und zwingen sie zu immer größerer Außenverschuldung.

Große Unsicherheitsfaktoren und Schwankungen birgt die stoffliche Struktur des Warenaustausches BRD-Lateinamerika für die Länder des Kontinents in sich. Während die BRD-Importe aus Lateinamerika zu ca. 50 % aus landwirtschaftlichen Produkten (Kaffee, Kakao, Tee, Obst und Gemüse etc.), zu 20 % aus Metallen und zu 15 % aus Erzen bestehen, liefert die BRD hauptsächlich Maschinen, Fahrzeuge und chemische Grundstoffe. Nur langsam und zögernd verändert sich dieses kolonialistische Muster der internationalen Arbeitsteilung. Der extrem hohe Anteil landwirtschaftlicher Produkte an den westdeutschen Lateinamerika-Importen (zum Vergleich: Asien und Afrika 10–15 %) ist wesentlich mitverantwortlich für die infolge der Importeinschränkungen der EG stark schwankenden Devisenerlöse einzelner Länder Lateinamerikas. So wandelte sich z. B. der Exportüberschuß Argentinien mit der BRD von 440,5 Mio DM im Jahre 1973 in einen Defizit von 323,6 Mio DM im darauffolgenden Jahr.

Die Exportoffensive der BRD nach Lateinamerika erfuhr ähnlich wie die Kapitalexportoffensive eine überdurchschnittlich hohe staatliche Förderung. Während der Anteil Lateinamerikas an der staatlichen „Entwicklungshilfe“ rückläufig ist, entfielen auf Lateinamerika (bei einem 3–4 %-Anteil am westdeutschen Gesamtexport) 28 % der staatlichen Exportgarantien. Bezeichnend ist die hochgradige Konzentration der staatlichen Entwicklungshilfe mit annähernd 2/3 der an Lateinamerika vergebenen Mittel an Brasilien, Argentinien und Chile(!), also solche Länder, die ökonomisch und politisch für die BRD höchst bedeutsam sind.

geben ließe, „wenn man die gegenwärtige Situation mit dem Zustand vergleicht, der sich bei Ausbleiben der ausländischen Direktinvestitionen ergeben hätte.“<sup>46</sup> Eine solche Sichtweise hält die bestehenden Produktionsverhältnisse offenbar für notwendig, naturgegeben und unüberwindbar. Und sie kommt der Aussage gleich, daß bei der Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und extrem ausbeuterischer Lohnarbeit letztere vorzuziehen sei, da sie immerhin ein – wenn auch bescheidenes – Auskommen ermögliche. Als ob es historisch oder aktuell für die Völker der Dritten Welt nur die Wahl zwischen Pest und Cholera gäbe, und nicht umgekehrt die gegebenen Verhältnisse an den weltgeschichtlichen Möglichkeiten zu messen wären! Der plump-apologetische Charakter solcher Grundprämissen, die die kapitalistische Produktionsweise unbefragt als die optimale Produktionsform zur Hebung des Lebensniveaus aller Gesellschaftsmitglieder befreit, ist offensichtlich.

Gewiß ist u. E. nicht bestreitbar, daß die ausländischen Kapitalinvestitionen in den genannten Schwerpunktzweigen der Industrie die Produktivkraftentfaltung vorantreiben. Die entscheidenden Fragen aber sind: a) in welcher Form und b) um welchen „Preis“ dies geschieht.

Allgemein läßt sich wohl sagen, daß auch die westdeutschen Investitionen nur zu einer einseitigen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsstruktur beitragen, die an den grundlegenden Massenbedürfnissen und Produktionsmöglichkeiten der jeweiligen Zielländer vorbeigeht.<sup>47</sup> Die meisten Investitionen und Produktarten der westdeutschen Konzerne knüpfen an die in der Regel hohe Einkommenspolarisierung in den Entwicklungsländern an und produzieren sehr häufig vorzugsweise langlebige Konsumgüter für den „gehobenen Bedarf“, d. h. für die zahlungskräftigsten Schichten. Außer dieser Aufsaugung und Fixierung von Ressourcen und Produktivkräften im Sinne der Profiterzielung ist zu beachten, daß die Übertragung von Technologien und Patenten für die Entwicklungsländer sehr kostspielig ist, daß der Anteil der „Lizenz- und Patentgebühren“ in der Zahlungsbilanz ein immer größeres Gewicht erhält und die zumeist defizitäre Zahlungsbilanz in steigendem Ausmaß belastet. Durch diese Art der Übertragung von Technologien und ihres spezifischen Charakters (in der Regel entwickelt vor dem Hintergrund der Produktionsbedingungen der entwickelten kapitalistischen Länder) wird die technologische und die Importabhängigkeit der Entwicklungsländer verstärkt, und damit die noch stärkere Integration in den ungleich strukturierten kapitalistischen Weltmarkt festgeschrieben.

Vor allem muß das Argument, die Privatinvestitionen stellen einen zusätzlichen Fonds der Kapitalbildung dar, zurückgewiesen werden. Fast alle empirischen Untersuchungen des Verhältnisses von ursprünglichem Investitionsbetrag bzw. Nettokapitalzufluß zu langfristig erwirtschafteten Profiten bzw. Gewinntransfer zeigen, daß – nach einer gewissen Anlauf- und Konsolidierungsphase – dieses Verhältnis immer ungünstiger wird. D. h. die neuen Kapitalzuflüsse werden tendenziell geringer und die Kapitalabflüsse (in Form von Gewinnen, Dividenden, Zinsen, Management-„Gebühren“, Patenten aus der Mutterfirma etc.) immer größer.<sup>48</sup> Diese Wirkungsweise ausländischer Direktinvestitionen, die je länger, umso mehr einem parasitären Absaugungssystem von im Entwicklungsland erzeugten Mehrwertteilen gleicht, wird im übrigen noch durch die Inanspruchnahme einheimischer Finanzierungsquellen verstärkt.

So zum Beispiel hat die brasilianische Zentralbank für das in Brasilien schon seit 1953 operierende Zweigwerk von VW errechnet, daß das Verhältnis von Nettoinvestitionen zu der gesamten Profitmasse bis 1975 ca. 1:3 war. Von den zwischen 1965–75 gemachten Gewinnen von ca. 352 Mio Dollar wurden im selben Zeitraum nur ca. 73 Mio Dollar reinvestiert und ca. 280 Mio Dollar an die Mutterfirma in Westdeutschland überwiesen.<sup>49</sup>

Damit wird freilich auch das Argument, die Privatinvestitionen trügen zur Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation bei, entscheidend entkräftet. Im Gegenteil läßt sich die These vertreten, daß diejenigen Länder, die einen relativ großen Anteil von Auslandsinvestitionen schon über einen längeren Zeitraum hinweg aufweisen, gerade diejenigen sind, die die größten Zahlungsbilanzprobleme haben. Ihr Grad der Auslandsverschuldung (im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt oder dem Exportwert) ist vergleichsweise am höchsten, der Anteil von Zins- und Tilgungsleistungen am gesamten jährlichen Devisenaufkommen am relativ höchsten (z. B. Brasilien, Mexiko, Argentinien). Dies läßt sich außer aus den erwähnten Profitabzügen auch aus dem Umstand erklären, daß ein wachsender Teil der Importe der betroffenen Entwicklungsländer von den transnationalen Konzernen getätigt wird, und zwar zu Bedingungen, die keinerlei Transparenzpflicht („konzerninterne Verrechnungspreise“) unterliegen. Umgekehrt steuern die binnenmarktorientierten Investitionen in der verarbeitenden Industrie durch selbständige Industrieexporte vorläufig kaum zum Devisenaufkommen der Gastländer bei. Bei den weltmarktorientierten industriellen Investitionen (Typ Rolle-Singapur) übersteigen die vom Staat zu erbringenden – und zum Teil zu importierenden – Vorleistungen häufig die durch die Exportorientierung bedingten indirekten Deviseneinkünfte.<sup>50</sup>

Auch die Hinweise auf die arbeitsplatz- und qualifikations-schaffende Wirkung der Auslandsinvestitionen sind in verschiedener Hinsicht stark zu relativieren, abgesehen von der schon erwähnten Überlegung, daß – falls sich überhaupt in dieser Hinsicht Nettozuwächse feststellen lassen – diese unter anderen Produktionsverhältnissen mindestens ebenso gut hätten erreicht werden können.

Zum einen ist zu konstatieren, daß ein wachsender Teil von Auslandsinvestitionen (die westdeutschen dürften hier keine Ausnahme machen) nicht zu Neugründungen führt, sondern in dem Kauf schon bestehender einheimischer Unternehmen besteht. Zum zweiten ist in Rechnung zu stellen, wieviel Arbeitsplätze durch die konkurrenzüberlegene Position der Auslandsunternehmung – d. h. durch Bankrott einheimischer Gewerbebetriebe – vernichtet werden. Die insgesamt negativen Wirkungen der Auslandsinvestitionen auf die ökonomische Struktur und die sozialen Verhältnisse in den Entwicklungsländern erfahren durch die Art der Außenhandelsbeziehungen und die öffentlichen ökonomischen Beziehungen zwischen den Regierungen keine Korrektur. Diese sind vielmehr – wie oben gezeigt wurde – auf die Stützung und Absicherung der unmittelbaren Kapitalpositionen bezogen.

### „Gezähmte“ Konzerne – eine naive Sicht

Sozialdemokratische Politiker und Theoretiker sind in der Regel nicht in der Lage, diesen engen und gegensätzlichen Charakter von privaten Kapitalaktivitäten und „öffentlichen Leistungen“ zu durchschauen. Sie geben sich der Illusion hin, daß staatliche Instanzen, sowohl bei uns wie auch in den jeweiligen Entwicklungsländern, fähig und willens wären, die „negativen Auswüchse“ der internationalen Konzerne zu korrigieren und einzudämmen. So sollen diese sogar als „gezähmte“ einen entscheidenden „Entwicklungsbeitrag“ leisten können.

Diese naive und tendenziell atheoretische Sicht des Kapitalverhältnisses sowie des Verhältnisses von Ökonomie und Politik bleibt letztlich – trotz vielfältiger Symptomkritik – im Rechtfertigungdenken befangen. Ein gutes Beispiel hierfür bietet der – im übrigen durchaus kritische und großenteils aus der Perspektive der Bedürfnisse der Entwicklungsländer argumentierende – sozialdemokratische Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz: „Generelle Einwände, die die Existenzfrage für die multinationalen Konzerne stellen, gibt es kaum(!?) . . . Die

Bändigung wirtschaftlicher und damit auch politischer Macht: darin besteht die Herausforderung durch die MNK (multinationalen Konzerne). In vielen Entwicklungsländern gelten die Aktivitäten von MNK im Prinzip sogar als erwünscht, weil man davon ausgeht, daß sie einen positiven Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung leisten können. Nur: dies muß sichergestellt werden.“<sup>51</sup>

Letztlich konnten sich derartige illusionsbeladene Vorstellungen über die Kontrollierbarkeit der Aktivitäten multinationalen

ler Konzerne angesichts wachsender sozialer Widersprüche und Spannungen in den Entwicklungsländern nicht durchsetzen. In dem Maße wie sich die Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und der Dritten Welt zuspitzen, wurden solche Postulate zusehends von den Erfordernissen der unmittelbaren Systemsicherung (und damit der Grundvoraussetzungen für die Bewegungsfreiheit multinationaler Konzerne) zurückgedrängt, und in den Bereich praxisferner Wunschvorstellungen verbannt.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. D. Horowitz, *Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam*, Bd. 1, Westberlin 1969, S. 59 ff.
- 2) Zit. nach: K. Unger, *Zur Rohstoff- und Entwicklungsländerstrategie der BRD. Geschichte und Konzeption*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7/1974, S. 671 f.
- 3) Vgl. K. Unger, a. a. O., S. 674 und D. Horowitz, a. a. O., S. 199
- 4) Als zusammenfassende Beiträge dieser ersten Phase der Entwicklungspolitik siehe neben K. Unger, a. a. O.; K. Nehls, *Kapitalexport und Kapitalverflechtung*, Frankfurt/M. 1970, bes. S. 119 ff.; H. Schilling, *Einige Aspekte des staatsmonopolistischen Charakters des Neokolonialismus und seines ökonomischen Funktionsmechanismus*, in: *Marxismus Digest*, Nr. 2/1970, S. 171 ff.; siehe auch: H. D. Boris, *Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften*, in: *Das Argument* 38/Heft 3/1966, S. 173 ff.; zu Lateinamerika vgl.: M. Uschner, „Entwicklungspolitik“. *Expansion. Globalstrategie. Lateinamerika als Schauplatz des westdeutschen Neokolonialismus*, Berlin 1969
- 5) W. Scheel, *Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Entwicklungsprozeß*, in: *Handbuch der Entwicklungshilfe*, Baden-Baden 1971, Teil II A/20, S. 213
- 6) Zit. nach: M. Uschner, a. a. O., S. 19
- 7) Zit. nach: Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI, *Neuere Imperialismustheorien*, in: *Sozialistische Politik*, Nr. 6-7/Juni 1970, S. 102
- 8) *Handbuch der Entwicklungshilfe*, a. a. O., Teil II A/30, S. 208
- 9) Vgl. K. Nehls, *Voraussetzungen, Formen und Bedeutung der westdeutschen Kapitalexperte 1952 bis 1958*, Berlin 1963, S. 144
- 10) Vgl. *Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik*, Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung, Wien/München/Zürich 1969
- 11) Vgl. BMZ (Hrsg.), *Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland und die Internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade*, Bonn 1971
- 12) E. Eppler, *Generalformel zur Entwicklungspolitik*, in: *Die Zeit*, 4. 4. 1969
- 13) E. Eppler, *Die Zweite Entwicklungsdekade – Chance und Verpflichtung*, in: *BMZ-Mitteilungen, Sondernummer IV*, Bonn, April 1970, S. 7–16, hier: S. 13
- 14) Siehe dazu insbesondere: H. Schilling, *Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems*, Berlin 1977, S. 76 ff.
- 15) Siehe E. Eppler, *Wenig Zeit für die Dritte Welt*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 32 f. Ähnlich auch Epplers Staatssekretär: K. H. Sohn, *Entwicklungspolitik. Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe*, München 1972, S. 132 ff.
- 16) E. Eppler, *Entwicklungspolitik und ihr Beitrag zur Strukturwandel*, in: *BMZ-Mitteilungen, Sondernummer IV*, a. a. O., S. 26
- 17) E. Eppler, *Wenig Zeit . . .*, a. a. O., S. 95
- 18) Ebenda
- 19) Gespräch mit E. Eppler, *Entwicklungshilfe – Politik der Veränderung*, in: *Die Neue Gesellschaft*, Nr. 6/1971, S. 384 f.
- 20) Zit. nach: P. Friedländer/G. Liebscher, *Neokolonialismus ohne Maske*, Berlin 1974, S. 67
- 21) *Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung . . .*, a. a. O., S. 13
- 22) H. Goltz, *Förderung privater Kapitalanlagen (Direktinvestitionen) in Entwicklungsländern. Garantie-, Finanzierungs- und Steuerhilfen sowie Investitionsschutz*, Köln 1975, S. 148
- 23) *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung*, 14. 4. 1971
- 24) Vgl. *Geschäftsbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)*, Frankfurt 1973, S. 60 f.
- 25) Vgl. A. Möller, *Finanzpolitik und Entwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zur Zweiten Entwicklungsdekade. Bevölkerungs-Bildung-Finanzierung*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1970, S. 18
- 26) H. Sohn, a. a. O., S. 128 f.
- 27) Vgl. dazu: *Binnenwirtschaftliche Wirkungen der Entwicklungshilfe und der Exporte in Entwicklungsländer*, Studie der PROGNOSE AG Basel, in: *BMZ-aktuell*, 19. 4. 1978, S. 2 f.
- 28) Siehe ebenda, S. 10
- 29) Berechnet nach: *Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Zweiter Bericht)*, Tabellenanhang, Bonn, November 1975, S. 147
- 30) Berechnet nach: H. Goltz, a. a. O., S. 179
- 31) E. Bahr, *Wirtschaftliche Entspannung*, in: *Europa-Archiv*, Folge 9/1977, S. 283–290, hier: S. 286
- 32) Berechnet nach: *Zweiter und Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik*, a. a. O., S. 21 bzw. 27
- 33) H. Sohn, a. a. O., S. 167
- 34) Zur DEG vgl. im einzelnen: F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung*, Reinbek 1977, S. 199 ff.
- 35) Zit. nach: R. Maslowski, *Deutsches Geld und Dritte Welt*, Wuppertal 1973, S. 61
- 36) Vgl. die bislang umfassendste empirische Erhebung der Motive westdeutscher Direktinvestitionen im Ausland: M. Holthus (Hrsg.), *Die Deutschen Multinationalen. Der Internationalisierungsprozeß der deutschen Industrie*, Frankfurt 1974, S. 155 ff.
- 37) K. P. Kisker, *Multinationale Konzerne der Bundesrepublik Deutschland und unterentwickelte Länder*, in: D. Senghaas/U. Menzel (Hrsg.), *Multinationale Konzerne und Dritte Welt*, Opladen 1976, S. 30–45, hier S. 32
- 38) Zu statistischen Erfassungsproblemen beim internationalen Vergleich von Direktinvestitionen siehe: H. Krägenau, *Umfang der multinationalen Unternehmen*, in: D. Keschull/O. G. Mayer (Hrsg.), *Multinationale Unternehmen. Anfang oder Ende der Weltwirtschaft*, Frankfurt 1974, S. 15–35, hier S. 18 f.
- 39) *United Nations, Multinational Corporations in World Development*, New York 1973, S. 146 und 173
- 40) M. Holthus, a. a. O., S. 147
- 41) Ebenda, S. 147 f.
- 42) K. P. Kisker, a. a. O., S. 36
- 43) Vgl. U. Holtz: *Deutsche multinationale Konzerne und Entwicklungsländer*, in: *Vorgänge*, Nr. 17 (1975), S. 55 f.
- 44) Vgl. G. Junne, *Typen, Gründe und regionale Verteilung der Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern*, in: Senghaas/Menzel, a. a. O., S. 15
- 45) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. 5. 1978
- 46) So z. B. H. Sauter in: H. J. Puhle (Hg.) *Lateinamerika. Historische Realität und Dependenz-Theorien*, Hamburg 1977, S. 82
- 47) So z. B. hebt U. Holtz (a. a. O., S. 64) als Detail-Resultat des „Hearings“ westdeutscher „Multis“ vor dem Bundestagsausschuß hervor: „Obwohl BASF zunächst behauptet hatte, ‚verbrauchernahe‘ Produkte, wie Düngemittel, in den Entwicklungsländern herzustellen, mußte später kleinlaut zugegeben werden, daß BASF in Entwicklungsländern ‚nur an einer Stelle, und zwar mit Minderheitsbeteiligung‘ Düngemittel produziert . . . Also weit gefehlt, daß sich die MNK und der Einsatz ihrer Technik an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausrichten. Die Kompaßnadel ist auf Profit ausgerichtet.“
- 48) Siehe z. B. H. D. Heydenreich, *Problembereiche ausländischer privater Direktinvestitionen in Lateinamerika*, Göttingen 1974, S. 18 ff.
- 49) Vgl. *Latin America-Economic Report*, London, 9. 1. 1976
- 50) Siehe hierzu Fröbel u. a., a. a. O.
- 51) U. Holtz, *Deutsche multinationale Konzerne*, a. a. O., S. 68 f.; für eine konsequenteren Einschätzung, die allerdings eine Minderheitenposition innerhalb der SPD darstellt vgl. K. P. Kisker, *Verhalten Deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern*, in: *Gewerkschaften und Entwicklungspolitik*, hrsg. v. G. Leminsky u. a., Köln 1975, S. 429–434

## Kuba — ein „wurmstichiger Fetisch“?



Daß die antikubanische Propagandawelle im Vorfeld der XI. Weltfestspiele auch auf „linke“ Kräfte Wirkung zeitigt, zeigt einmal mehr die Lektüre des kürzlich erschienenen Buches von **Fernando Mires, Kuba: Die Revolution ist keine Insel, Rotbuch Verlag, Westberlin 1978, 159 S., 9,- DM.**

Hier wird versucht, jetzt auch dem letzten Land, das in der „Sozialismuskritik“ bisher weitgehend ausgeklammert blieb, die Eigenschaft sozialistisch zu sein, abzusprechen. Mires kreidet es der kubanischen Revolution an, daß ihr nicht die Revolution des gesamten lateinamerikanischen Kontinents auf dem Fuße gefolgt sei („Mit dem Sieg der Kubanischen Revolution begann in Lateinamerika ein Zyklus von Niederlagen . . .“ (S. 7)). Da es nach Mires unmöglich ist, in einem einzigen Land den Sozialismus aufzubauen („Die Revolution ist keine Insel“), mußte diese einstmals für alle Linken so attraktive kubanische Revolution – obzwar sie die Abhängigkeit von den USA überwand – zwangsläufig in einer neuen Abhängigkeit enden. Mires gesteht zwar zu, daß die Hilfe der Sowjetunion für Kuba eine lebensnotwendige Frage ohne Alternative gewesen ist. Aber damit sei „der nationale Charakter der kubanischen Revolution in Widerspruch zum geopolitischen Charakter der sowjetischen Außenpolitik“ geraten (S. 137), und habe die kubanische Revolution ihre Attraktivität als „alternativer Charakter gegenüber dem sowjetischen Sozialismus“ verloren (ebenda).

Der Versuch, diese keineswegs neuen Thesen aus dem Arsenal des Antikommunismus zu belegen, nimmt den meisten Raum in Mires Ausführungen ein. Doch was er bei anderen verurteilt, beansprucht er mit größter Selbstverständlichkeit für sich, nämlich „weiter an vergötterten wurmstichigen Fetischen festzuhalten“ (S. 9), statt sich ehrlich und unvoreingenommen mit dem Verhältnis Kubas zur Sowjetunion auseinanderzusetzen.

Mires Voreingenommenheit führt dazu, daß die gesamten Errungenschaften der sozialistischen Revolution auf Kuba eine völlig untergeordnete Rolle in seinem Buch spielen. Hätte der Verfasser mehr Mühe auf ihre Untersuchung verwendet, dann könnte er freilich seine Klischees schwerlich aufrechterhalten.

Daß man auch mit ernstzunehmenden Vorbehalten gegenüber Kuba ein interessantes Buch verfassen kann, beweisen die Autoren:

**Anton-Andreas Guha, Frank Niess, Dorothea Roos, Cuba libre, Kübler Verlag, Lampertheim 1977, 160 S., 36,- DM.**

Sieht man von einigen Ungenauigkeiten und Fehlinformationen ab – so wird z. B. aus der Orthodoxen Partei, in der Fidel Castro nur Mitglied der Parteijugend war, die Sozialistische Volkspartei (S. 26/27), oder es wird die Bewegung des 26. Juli zur Partei erklärt (S. 27) – so ist hier doch mit viel Sympathie und Verständnis seitens der Autoren ein durchaus realistisches Bild der kubanischen Geschichte und der aktuellen Situation geschrieben worden. Die höchst eindrucksvollen Bilder des Fotografen Klaus Rose machen das Buch –

wenn auch zu einer teuren – Attraktion. Allerdings hätte man dem Buch eine bessere redaktionelle Überarbeitung der Artikel gewünscht, wodurch einige Überschneidungen zwischen den Beiträgen der einzelnen Verfasser hätten vermieden werden können.

Der Text des Buches gliedert sich in vier Abschnitte. Die Einleitung von Niess beschäftigt sich mit außenpolitischen Ereignissen. Die ökonomische und politische Erpressungspolitik seitens des US-Imperialismus wird der beispielhaften und selbstlosen Solidarität der Kubaner mit dem Kampf der MPLA in Angola gegenübergestellt. Im folgenden stellt Roos die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von der Kolonialzeit bis 1963 dar. Die Schlußfolgerung dieses Teils, nämlich, daß „Kuba in nicht beabsichtigte neue Abhängigkeit von denjenigen Ländern (geriet), die am Embargo nicht beteiligt waren, vor allem der UdSSR“ (S. 35), muß dem aufmerksamen Leser unverständlich bleiben, wenn er dieses Buch weiterliest. Denn die beiden nächsten Abschnitte von Guha und Niess beschäftigen sich mit den Errungenschaften der Revolution, in allen Bereichen. Spätestens hier wird offensichtlich, daß die Ansicht von Roos lediglich ein Vorurteil ist.

Für diejenigen, die sich in Kürze besonders schnell über die kubanische Geschichte und die aktuelle Entwicklung informieren wollen, ist das Buch von

**Hannes Stütz, Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft, Weltkreis Verlag, Dortmund 1978, 144 S., 19,80 DM**

zu empfehlen. In knappen und spannend erzählten Episoden werden die wichtigsten Etappen der kubanischen Geschichte von der Entdeckung durch Kolumbus bis zum 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas dem Leser vor Augen geführt. Hier wird nicht auf einem abstrakt-theoretischen Niveau diskutiert, vielmehr läßt Stütz seine Reiseeindrücke und die faktische Realität des kubanischen Alltags für sich sprechen. Aber auch längst Vergangenes serviert der Autor nicht trocken und belehrend. Namen wie Jose Marti und Fidel Castro, die den meisten Lesern bekannt sein dürften, stehen für den heroischen Kampf der Kubaner gegen die Abhängigkeit von den USA. Aber wem sind schon die Traditionen bekannt, die mit diesen Kämpfen seit 1492 in Kuba verbunden sind. Wer den Indianer Guamá und den Kaziken Hatuey nicht kennt, der sollte sich von Stütz informieren lassen.

Lebendig macht dieses Buch auch eine Vielzahl von Fotos und Bildern. Sie werden ergänzt von Dieter Süverkrüpps 18 Karikaturen, in denen er sich mit gängigen antikubanischen Plattheiten auseinandersetzt. So ansprechend sie sein mögen, insgesamt wirkt das Buch an Illustrationen überladen.

Positiv abgerundet wird das Buch durch einen Anhang, in dem sich u. a. die Nationalhymne, die wichtigsten Daten zum Land und „Steckbriefe“ geschichtlich bedeutsamer Persönlichkeiten finden.

Rechtzeitig zur Vorbereitung der Weltfestspiele in Kuba hat der Arbeitskreis Festival (AKF) Grundlagenmaterial in dem Buch:

**Arbeitskreis Festival (Hrsg.), Cuba. XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Havanna 1978, Bonn 1978, 101 S., 5,- DM**

veröffentlicht. Hier ist sehr übersichtlich alles zusammengefaßt, was für die Festivalvorbereitung notwendig ist. Ein Grußwort des Botschafters der Republik Kuba in der BRD eröffnet das Buch. Daran anschließend werden die zehn vergangenen Weltfestspiele in ihren Schwerpunkten und Erfolgen dargestellt. Ein ausführlicher Teil widmet sich dem Festivalland selbst. Er enthält die wichtigsten Länderdaten, Charakterisierungen der Massenorganisationen in Kuba, sowie zwei kurze Auszüge aus Reden Fidel Castros: Die eine zum 1. Kongreß der CDR; Fidel betont darin die bedeutende Aufgabe, die diese größte Massenorganisation bei der Vorbereitung der Weltfestspiele hat; der andere Auszug nimmt Stellung zur kubanischen Hilfe für Angola. Im Dokumententeil sind neun der wichtigsten Dokumente der Festivalbewegung in unserem Lande zusammengestellt, u. a. die Abschlusßerklärung des Initiativsausschusses der X. Weltfestspiele in Berlin und die gemeinsame Erklärung des Initiativsausschusses XI. Weltfestspiele der Jugend der Unidad Popular Chile. **B. Pflug**

## Palästina-Solidarität

Die Ermordung zweier palästinensischer Filmdokumentaristen, Ibrahim Mustapha Nassers und Abdel Hafeth Al-Asmars, während der israelischen Südlibanoninvasion nahmen progressive Filmemacher und -kritiker aus der BRD auf den 24. Westdeutschen Kurzfilmtagen in Oberhausen zum Anlaß für einen Aufruf zur Solidarität. Die Unterzeichner M. Vosz, R. Holloway u. a. stellen darin fest, daß die israelischen Invasoren „einen großen Teil der ohnehin spärlichen technischen Ausrüstungen des Palästinensischen Filminstituts (vernichteten). Dadurch ist die Fortführung der aufklärerischen und humanistischen Arbeit des Instituts gefährdet. Als Zeichen der Solidarität mit Filmdokumentaristen, Regisseuren und Filmjournalisten mit ihren palästinensischen Kollegen rufen wir zu einer Geldsammung für die Anschaffung einer neuen Filmausrüstung auf.“ Sie soll während der 25. Oberhausener Filmtage an das Palästinensische Filminstitut übergeben werden.

**Spendenkonto:** Bank für Gemeinwirtschaft, 8 München 2, Promenadenplatz 8; Konto-Nr.: 2 703 703 900, (BLZ 700 10 111), Manfred Vosz, Stichwort „Filmausrüstung“.

## Israel

Zu Israels 30. Jahrestag am 14. Mai d. J. mochte weder im Land selbst noch bei den westlichen Hauptverbündeten Feierstimmung aufkommen. Sie wurde vielmehr überschattet einmal von breiter Kritik an Israels Einsatz von Kugel- bzw. Streubomben bei der Südlibanoninvasion (siehe AIB 5/1978) und an der anhaltenden Weigerung der Okkupanten, von libanesischem Territorium abzuziehen. Am 21. Mai formulierte die Begin-Regierung drei neue Vorbedingungen für den Abzug, darunter „daß die Bewohner des Südlibanon von der Bedrohung (seitens der Terroristen) befreit sein müssen.“ (Le Monde, 23. 5. 1978) Also weitere Okkupation wie in den anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten. . . Weiter erregte die Enthüllung Aufsehen, die Begin-Regierung plane – ganz im Gegensatz zu den auch von den Westmächten erhofften Zugeständnissen an Sadat – die Installierung von städtischen Siedlungskomplexen im okkupierten Westjordangebiet mit insgesamt 160 000 weiteren jüdischen Ansiedlern. Höchste Wellen schlug schließlich der amerikanisch-israelische Disput über die Carter-Administration vorgesehenen Waffenlieferungen von US-Kampfflugzeugen (F5E und F15) zugleich an Israel, Ägypten und Saudi Arabien. Bei der Abstimmung im US-Senat siegte Carter mit 54:44 Stimmen gegen die prozionistische Lobby, die derartige Lieferungen auch an Sadat und die Saudis zur „Lebensgefahr“ für Israels Existenz aufbauschte. Das mangelnde Einpassungsvermögen der herrschenden Kreise Israels in Carters Nahostpolitik des „Ausgleichs“ zwischen Israel und „gemäßigten“ Arabern wirkt umso lächerlicher angesichts der Versicherung des saudischen Königs Khalid, die US-Rüstungsexporte seien „wegen neuerdings wachsender kommunistischer Ausdehnung in unserem Bereich dringlich.“

## Ägypten

„Allenfalls die Optik der gegenwärtigen Politik der ägyptischen Regierung verbessern“, kann nach Meinung des Handelsblatt (24. 5. 1978) das Ergebnis eines Referendums, das am 21. Mai d. J. in Ägypten veranstaltet wurde. Die „Optik“ hatte allerdings Sadat in einer am 13. Mai zur Ankündigung des Referendums gehaltenen Rede bereits vorher klargestellt: „Ich werde jeden zermalnen, der Zweifel schürt“. Gemeint war dabei vor allem nicht die unter Sadats Regime wieder legalisierte Rechtsopposition, sondern die aufgärende Unzufriedenheit der verarmten Bevölkerungsmassen sowie diejenigen, die die allumfassende Korruption öffentlich anprangern. Aus der innen- und außenpolitischen Isolierung – die Separatverhandlungen mit Israel sind festgefahren – war das bereits zweite Referendum des Jahres kein Ausweg. Es „stellt nicht die freie Willensbekundung der Volksmassen dar, sondern den Versuch, die ohnehin unzulänglichen demokratischen Rechte und Freiheiten noch mehr einzuschränken“, so die Linksnasseristische Nationalprogressive Partei in einer Erklärung in Kairo.

## Dominikanische Republik

Mit Hilfe eines Wahlschwindels wollte sich die regierende Reformpartei – sie repräsentiert die Großgrundbesitzer, die Finanzoligarchie, die hohen Militärs und die Geistlichkeit – gegenüber der oppositionellen bürgerlich-liberalen Dominikanischen Revolutionären Partei an der Macht halten. Nachdem es für den amtierenden Präsidenten der Reformpartei Joaquin Balaguer (1965–1978) abzusehen war, daß er dem Oppositionskandidaten Antonio Guzman unterliegen würde, ließ er durch eine Besetzungsaktion der Polizei die Wahlauszählung verhindern. Dies rief die Drohung der Opposition, einen Generalstreik auszurufen, und den Protest der US-Administration auf den Plan, welche im Zuge der sog. Menschenrechtskampagne die lautlose Ablösung Balaguers, des ehemaligen Vertrauten des Diktators, General Trujillo (1930–61) anvisierte. Balaguer hatte die repressive Politik Trujillos fortgesetzt (siehe AIB 3/1973), indem er die Gewerkschaftsbewegung und die Oppositionsparteien zerschlug, im Stile Somozas riesige Vermögen anhäufte und die Wirtschaft ruinierte. Zwischen 1966 und 1976 kostete seine antidemokratische Unterdrückungspolitik 2000 Menschen das Leben. Bei einer Nachzählung der Stimmen wurde inzwischen der Wahlsieg der Opposition bestätigt, die dreieinhalbmal soviel Stimmen erhielt wie Balaguer. Im August d. J. steht die Amtsübernahme Guzmans an.

## Iran

Die seit dem Schah-Besuch in Washington vom November 1977 anhaltenden Proteste gegen das Regime gelangten Mitte Mai d. J. zu einem neuen Höhepunkt, so daß Reza Pahlewi sich sogar genötigt sah, eine fest eingeplante Auslandsreise zu verschieben. Gegen die Demonstrationen wurden Panzer und Hubschrauber eingesetzt. Teheran glich zeitweise einer belagerten Festung. 13 Regimegegner wurden erschossen, mehrere hundert sollen vor Militärgerichte gestellt werden. Aus Protest gegen die starke Repression fand am 5. Juni ein landesweiter Streik von Arbeitern, Studenten, Kaufleuten und Künstlern statt, der u. a. große Teile Teherans lahmlegte. Vor diesem Hintergrund fand am 6. und 7. Mai in Brüssel ein Kongreß westeuropäischer Iran-Komitees aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, der BRD und Westberlins statt. Diskutiert wurde hier insbesondere über die internationalen Beziehungen und die Militärexpansion des Iran, die ökonomische Situation sowie die politische Repression. Für die BRD wurde vor allem die Notwendigkeit betont, dem geplanten umfangreichen Rüstungsexport in den Iran Einhalt zu gebieten.

## Namibia

Die Aussichten des Vorster-Regimes in Pretoria für seine „interne“ Namibia-Lösung nach dem Vorbild seines rhodesischen Partners Smith wenigstens die offene Unterstützung der Westmächte zu erreichen, waren bereits im April d. J. erheblich gesunken: Zum einen hatte sich Südafrika unnachgiebig in der Frage einer weiteren Stationierung von Militär (zu schweigen von den Polizeikräften) gezeigt, zum anderen in der Frage nach der Zukunft des Tiefseehafens Swakopmund. Darüber hinaus erhielt die – militärisch immer effektiver operierende – SWAPO erneut die nachhaltige Unterstützung durch die OAU und UNO zugesichert (vgl. AIB-aktuell 5/1978). Zwar bemühten sich Anfang Mai die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder und Väter des Namibia-Plans um neue Gespräche mit der SWAPO, doch wenige Tage später machte eine neue Aktion Südafrikas diesen Versuch zunichte. Offenkundig seit längerer Zeit vorbereitet, fand am 4. Mai ein Überfall südafrikanischer Truppen auf ein Flüchtlingslager der SWAPO in Südafrika bei Cassinga statt, in dessen Verlauf mehr als 600 Menschen – meist Frauen, Kinder und Ältere – getötet wurden (siehe Beiträge in diesem Heft).

Der barbarische Akt läßt den Schluß zu, daß Pretoria gewillt ist, auch ohne internationale Anerkennung seine neokoloniale Marionettenlösung in Namibia durchzusetzen – unter Ausschaltung und Vernichtung der SWAPO. Man tut dies anscheinend im Vertrauen darauf, daß der „freie“ Westen sich letztlich doch zu seiner Unterstützung werde bekennen müssen, wenn die revolutionäre Entwicklung im südlichen Afrika voranschreitet.

# Verschwendene — Achillesferse der Junta

Während seines Besuches in der Bundesrepublik sprach Luis Corvalan am 11. Mai 1978 in Bonn mit Vertretern der Chile-Solidaritätsbewegung. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, daß es für das aktuelle Kräfteverhältnis in Chile charakteristisch sei, daß „sich der Wind gedreht hat und nun zugunsten der Patrioten bläst“. Diese Behauptung wird durch zahlreiche Ereignisse erhärtet. Ein Beispiel ist auch der Fall der Verschwendenen. Seit dem Putsch am 11. September 1973 sind in Chile Patrioten, die verhaftet worden waren, verschwunden. Doch besonders in den Jahren 1975 und 1976 entwickelte sich die Verschleppung von Demokraten zur wichtigsten Repressionsmethode. So haben allein im Juli 1976 die Namen von 52 % aller Verhafteten die lange Liste der Verschwendenen verlängert.

Mit dieser Methode versuchte Pinochet, seine Verbrechen zu verbergen und sein internationales Image zu verbessern, indem er vorgab, keine politischen Gefangenen mehr zu haben. Aber der heldenhafte Kampf der Angehörigen der Verschwendenen machte das Problem zu einem Bumerang für Pinochet, zu seiner Achillesferse. Wie Luis Corvalan erklärte, ist der Fall der Verschwendenen „eine Zeitbombe, die der Diktatur ein Ende bereiten kann“.

## Kampfmittel Hungerstreiks

Der Kampf der Angehörigen der Verschwendenen ist eines der relevantesten Kapitel des chilenischen Widerstands. Er wird mit verschiedenen Mitteln geführt: Briefe an die Machthaber, Eingaben vor den Gerichten, Straßendemonstrationen, Auslandsreisen von Vertretern des Komitees der Angehörigen von Verschwendenen. Am spektakulärsten waren jedoch die drei Hungerstreiks. Der erste fand in Santiago vom 14. bis zum 23. Juni 1977 statt und markierte den Beginn einer Etappe verstärkter Widerstandskämpfe auf allen Ebenen. Der zweite wurde im Rahmen der Proteste gegen die Referendumsfarce Pinochets vom 28.–31. Dezember 1977 durchgeführt.

Am 22. Mai 1978 traten 65 Angehörige von Verschwendenen in einen neuen Hungerstreik, der gleichzeitig im Büro der UNICEF (Internationaler Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen) und in drei Kirchen in Santiago begann. Noch am gleichen Tag gaben sie ihr erstes Kommuniqué heraus, in dem sie die Gründe für diese Notmaßnahme angaben: Druck auszuüben, damit „die Machthaber ein für allemal ihre eingegangene Verpflichtung erfüllen und die Wahrheit darüber sagen, was mit unseren Angehörigen nach ihrer Verhaftung geschah“.

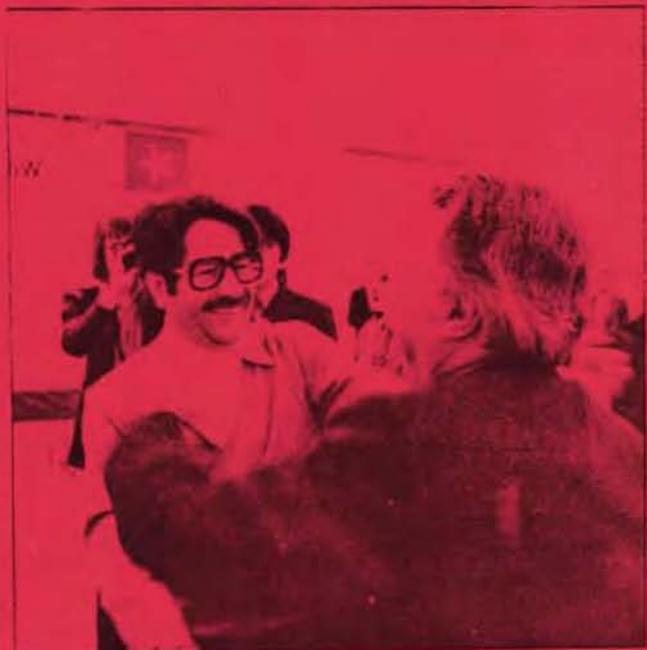
In Chile fanden die Hungerstreikenden sofort solidarische Unterstützung. Gewerkschaftliche, religiöse und soziale Organisationen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens drückten ihre Anteilnahme aus: 21 Gewerkschaftsverbände, Arbeitslose, 1000 Frauen, Parteiführer der PDC, darunter Frei und Tomic, katholische Bischöfe, u. a. m.

Am 25. Mai begann ein vierter Hungerstreik von fünf Angehörigen von Verschwendenen in den Räumen des Internationalen Roten Kreuzes. Einen Tag darauf begann in einer Kirche der erste solidarische Hungerstreik von 6 Priestern, 7 Nonnen und 3 Mönchen. Es folgten zwei weitere am 27. Mai: 8 Arbeiter in der Kirche San Alberto und 9 Arbeitslose und 2 Nonnen in der Kapelle von Lourdes.

Am Sonntag, dem 28. Mai fasteten Hunderte von Menschen im ganzen Land und es begannen drei neue Hungerstreiks: zwei in Santiago und einer in Concepción. Am 29. Mai traten auch 31 politische Gefangene in der Strafanstalt in Santiago in einen solidarischen Hungerstreik. Von diesem Tag an fanden in den Straßen Santiagos täglich Demonstrationen statt, bei denen Fotos der Verschwendenen getragen wurden und die Demonstranten zur Unterstützung der Hungerstreikenden aufriefen.

Am 30. Mai berichtete das Komitee der Angehörigen von Verschwendenen in seinem 12. Kommuniqué, daß „60 % der Teilnehmer am Hungerstreik keine Kraft mehr haben, um zu stehen. Ihr Geist bleibt jedoch fest, belebt durch die unzähligen Ausdrücke und Botschaften der Solidarität, die Tag für Tag aus Chile und dem Ausland kommen“. Der Zustand einiger von ihnen wurde so besorgniserregend, daß sie in Kliniken überführt werden mußten.

Am 31. Mai versammelten sich drei Frauen — eine von ihnen, die Witwe des Dichters Pablo Neruda — in der Botschaft der USA in Santiago, um 24 Stunden lang zu fasten. Am gleichen Tag begannen zwei weitere Hungerstreiks: einer in einer Kirche in Talca und



Wiedersehensfreude: Ivan Liubetić (r.) und Luis Corvalan auf dem vom ASK organisierten Treffen am 11. Mai 1978 in Bonn. In AIB 9/1978 bringen wir anlässlich des 5. Jahrestages des Putsches in Chile u. a. ein Exklusiv-Interview mit Luis Corvalan.

am anderen, der auf drei Tage befristet ist, beteiligten sich in Santiago 20 Priester.

Ende Mai gab es in Chile bereits 14 Hungerstreiks, an denen sich über 200 Personen beteiligten.

Aber die Aktionen bleiben nicht auf Chile beschränkt. Seit dem 24. Mai begannen in vielen Städten auf der ganzen Welt solidarische Hungerstreiks, an denen Chilenen im Exil — insbesondere Angehörige von Verschwendenen — und Bürger der jeweiligen Länder teilnahmen. Am 2. Juni gab es bereits in 100 Städten von 25 Ländern Solidaritäts-Hungerstreiks, an denen sich etwa 1000 Personen beteiligten. Überall weckten sie breite Anteilnahme.

Die Sache der Angehörigen der Verschwendenen hat die breiteste Unterstützung gefunden. Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale, sprach in Bonn mit einer Delegation der Hungerstreikenden. Er versprach ihnen volle Unterstützung und sich für die Sache der Verschwendenen verwenden zu wollen. US-Senator Edward Kennedy suchte die Hungerstreikenden in Genf auf. Der schwedische Premierminister sprach mit den Hungerstreikenden in Stockholm. Auch der Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes solidarisierte sich mit der Hungerstreikbewegung. Aus allen fünf Kontinenten kamen Berge von Briefen, Telegrammen und Fernschreiben nach Chile.

## Chilenische Bischofskonferenz solidarisch

Am 6. Juni d. J., als der Hungerstreik in Chile bereits 16 Tage andauerte und das Leben der Beteiligten in ernste Gefahr geriet, beschloß die chilenische Bischofskonferenz, die Streikenden zu bitten, ihr freiwilliges Hungern einzustellen. Sie verpflichtete sich gleichzeitig selbst dazu, das Problem aufzugreifen und „weiterhin alles zu tun, was in ihrer Macht steht, damit das legitime Recht der Angehörigen und die Opfer, die sie brachten, um es durchzusetzen, die gebührende Antwort erhalten.“ Daraufhin beendeten die Angehörigen der Verschwendenen am 7. Juni ihren Hungerstreik, womit eines der heroischsten Kapitel der chilenischen Geschichte beschlossen wurde.

Der Kampf um das Leben und die Freiheit der 2500 Verschwendenen aber geht weiter. Deshalb behalten auch die Worte, mit denen Luis Corvalan in Bonn auf dieses Problem einging, noch ihre volle Gültigkeit: „Sowohl in Chile selbst als auch außerhalb seiner Grenzen darf in diesem Problem nicht nachgegeben werden. Aus humanitären und aus politischen Gründen. Es ist eine große Aufgabe.“

I. Liubetić